MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die sozial-ökologische Transformation von Bodennutzung als Herausforderung in ländlichen Räumen
- eine Analyse anhand des Fallbeispiels „Dorfschmiede"

verfasst von | submitted by

Eva Danute Schubert Bakk.phil. BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 066 589
Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree programme as it appears on the student record sheet:	Masterstudium Internationale Entwicklung
Betreut von | Supervisor:	Mag. Dr. Johannes Jäger

Vorwort

Die folgende Arbeit handelt von einem Spannungsverhältnis und ist in einem Spannungsverhältnis entstanden. Das Spannungsverhältnis zwischen Ideal und Realität der Bodennutzung in ländlichen Räumen in Österreich spiegelt den Konflikt zwischen eigenen Vorstellungen, Werten und Idealen und der beruflichen Situation wider, in der diese Arbeit entstanden ist. Die Realität zeigt, dass Veränderungen nur schwer möglich sind und häufig an unterschiedlichen Hindernissen scheitern. Projekte, die im Sand verlaufen, enttäuschende Begegnungen mit politischen Vertreter*innen der ländlichen Gemeinden und unzählige fruchtlose Gespräche wie „gegen die Wand“ sind frustrierend und bringen immer wieder auf den Boden der Tatsachen zurück. Der Wunsch, etwas zu verändern, aber wenig bewirken zu können, spielt eine große Rolle für diese Arbeit. Dieser innere Konflikt kann sowohl als Hindernis, als auch als Vorteil betrachtet werden und war für das Entstehen dieser Arbeit ausschlaggebend. Die Erkenntnisse der Forschung zeigen aber, dass Veränderung im Kleinen möglich ist.

Danksagung

Ein großer Dank richtet sich mein soziales Umfeld, das mich finanziell und emotional in diesem herausfordernden Abschnitt unterstützt hat – darunter vor allem meine Freund*innen Liam, Lena, meine Eltern, Franz und Aušra, das gesamte Team von Coffee Pirates, meine Arbeitskolleg*innen Andreas und Soti. Danke auch an meinen Betreuer, Johannes. Der größte Dank geht aber an das Institut der Internationalen Entwicklung der Universität Wien und den Masterstudiengang Internationale Entwicklung, dem ich einen bedeutenden Teil meiner akademischen, politischen und persönlichen Bildung und Entwicklung zu verdanken habe. Die Gemeinschaft aus Lehrenden und Studierenden, die Werte und die emanzipatorische Ausrichtung des Studiengangs sind eine Bereicherung für die Universität Wien und waren es für meinen Bildungsweg.

Abstract

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, eine sozial-ökologische Transformation von Bodennutzung zu skizzieren und die Herausforderungen bzw. förderlichen Faktoren bei deren Umsetzung zu identifizieren. Gegenstand und Kontext sind ländliche Räume in Österreich. Die leitende Fragestellung konzentriert sich auf die hemmenden und förderlichen Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung. Dies wird aus polit-ökonomischer Perspektive mithilfe von konzeptuellen Grundlagen der Kritischen Geographie sowie der Politischen Ökologie anhand eines Fallbeispiels inklusive qualitativer Interviews beantwortet. Der Erkenntnisgewinn folgt einem abduktiven, dialektischen Prozess in der Tradition des Kritischen Realismus. Es wird festgestellt, dass rechtliche, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen gemeinsam mit diskursiven Aspekten je nach Ausprägung hemmend oder fördernd sein können. Förderlich sind vor allem Partizipation und Lokalisierung. Es zeigt sich zudem die Bedeutung von einem Verständnis für sozial-ökologische Transformationsprozesse bei allen Beteiligten. Bewusstseinsbildende Maßnahmen sind daher zu empfehlen.

The aim of this paper is to outline a socio-ecological transformation of land use and to identify the challenges and furthuring factors in its implementation. The subject and context are rural areas in Austria. The guiding question focuses on the inhibiting and promoting factors for a socio-ecological transformation of land use. This is answered from a political-economic perspective with the help of conceptual concepts of Critical Geography and Political Ecology using a case study including qualitative interviews. The insights gained follow an abductive, dialectical process in the tradition of Critical Realism. It can be found that legal, political and social framework conditions together with discursive aspects can be either inhibiting or promoting, depending on their characteristics. Participation and localisation are particularly beneficial. Moreover, the importance of an understanding of socio-ecological transformation processes among all those involved becomes apparent. Awareness-raising measures are therefore recommended.

Selbständigkeitserklärung

Ich bestätige hiermit, dass ich diese Arbeit selbständig verfasst und keine Hilfsmittel außer der hier angegebenen verwendet habe. Alle verwendeten Quellen sind im Literaturverzeichnis angegeben. Ich versichere, dass ich alle wörtlichen oder sinngemäßen Übernahmen aus anderen Werken wurden als solche kenntlich gemacht hat. Diese Arbeit wurde in dieser oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt oder veröffentlicht.

Wien, am 03.07.2024 Eva Schubert

Inhaltsverzeichnis

Vorwort i
Danksagung i
Abstract ii
Selbständigkeitserklärung iii
Inhaltsverzeichnis iv
Abbildungsverzeichnis v
1. Einleitung 1
1.1 Problemstellung 1
1.2 Relevanz und Forschungsbeitrag 3
1.3 Erkenntnisinteresse 3
1.4 Konzeptuelle Verortung 4
1.5 Methodologie 4
1.6 Aufbau 5
2. Konzeptionelle Grundlagen einer „sozial-ökologischen Transformation“ 7
2.1 Relevante Aspekte der Kritischen Geographie 9
2.1.1 Grundlagen und Ziele der Rural Studies 11
2.1.2 Ungleiche Entwicklung von ländlichen Räumen und Ländlichkeitsdiskurse 13
2.1.3 Themen und Forschungsschwerpunkte der Kritischen Landforschung 16
2.2 Relevante Aspekte der Politischen Ökologie 27
2.3 Der Transformationsprozess – alternative Konzepte 39
3. Ländlich ist nicht gleich ländlich – Gegenstand und Kontext ländlicher Räume 51
3.1 Klassifizierungen ländlicher Räume in Österreich 51
3.1.1 Statistische Klassifizierungsversuche ländlicher Räume 51
3.1.2 Diskursiv und sozial produzierte ländliche Räume 55
3.1.3 Die Beziehung zwischen Stadt und Land 56
3.2 Bodennutzung als zentrale Herausforderung im ländlichen Raum 58
3.2.1 Raumordnungspolitik in Österreich 60

3.2.2 Ökologische und soziale Auswirkungen von Flächeninanspruchnahme in ländlichen Räumen....68
3.2.3 Interessenskonflikte bei der Bodennutzung....73
3.2.4 Zusammenführung: So könnte eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung aussehen....75
3.3 Fallstudie: Hindernisse bzw. förderliche Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung....78
3.3.1 Methode....78
3.3.2 Fallbeispiel, Kontextbeschreibung und Dokumentation....81
3.3.3 Positionierung und Einschränkungen....85
3.3.4 Ergebnisse der Interviews – beschreibende Analyse....86
3.3.5 Ergebnisinterpretation: Hemmende Faktoren....99
3.3.6 Ergebnisinterpretation: Förderliche Faktoren....103
4. Conclusio....106
4.1 Resümee der Forschungsfragen....106
4.2 Einschränkungen und Diskussion....108
4.3 Empfehlungen und Ausblick....109
Bibliographie....I
Anhang....XV
Transkript 1....XVII
Transkript 2....XXV
Codebücher....XXXI

Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Vergleichende Fallübersicht....99

1. Einleitung

Vorab sollen einige Dinge klargestellt werden, um die Position, aus der diese Arbeit entstanden ist, zu verdeutlichen. Zunächst ist zu erwähnen, dass die Autorin dieser Arbeit eine *weiße* österreichische Frau mit akademischer Vorbildung und ökonomischen und gesellschaftlichen Privilegien, und damit einhergehenden Werten, Vorerfahrungen und politischen Einstellungen ist, welche sich auch auf die Forschung auswirken. Dies zu negieren, würde eine falsche Objektivität vortäuschen. Aus diesem Grund soll im Sinne der Transparenz darauf hingewiesen werden, dass die Entstehung und Ausführung dieser Arbeit in ihrer Weise subjektiv und einzigartig ist. Zudem ist die Forscherin Teil der erforschten Realität und kann nicht als objektive Beobachterin ausgeklammert werden. Hätte eine andere Person diese Arbeit verfasst, wären andere Voraussetzungen in die Forschung eingeflossen. Nichtsdestotrotz wurde darauf geachtet, nach bestem Wissen und Gewissen die Kriterien der guten wissenschaftlichen Praxis einzuhalten.

Die Entscheidung, in dieser Arbeit das Sternchen (*) als Instrument für eine gendersensible Sprache zu verwenden, wird begründet, dass dadurch alle binären und nicht-binären Geschlechtsidentitäten zum Ausdruck gebracht werden sollen. Es wurde die Schreibweise mit dem Sternchen gegenüber dem Doppelpunkt gewählt, um mit Nachdruck auf die Marginalisierung von weiblichen und nicht-binären Geschlechtsidentitäten in ländlichen Räumen in Österreich hinzuweisen und diese sichtbar zu machen. Auch die kursive Schreibweise von *weiß* soll deutlich machen, dass rassistische Diskriminierung real existiert. *Weiß* bezieht sich auf eine politische Kategorie, welche eine privilegierte und dominante Position innerhalb von gesellschaftlichen Machtverhältnissen beschreibt.

1.1 Problemstellung

Die Klimakrise und die sich zuspitzende soziale Krise zählen zu den größten Herausforderungen der heutigen Zeit. Angesichts der steigenden Anzahl an Naturkatastrophen, steigender Teuerungsraten und zunehmender Ungleichheit (vgl. Lessenich 2023: 37) haben politische, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteur*innen weltweit die Notwendigkeit einer Transformation menschlicher Produktions-, und Reproduktionsweisen erkannt. Schlagworte wie Nachhaltigkeit und Systemwandel werden auch in der öffentlichen Debatte präsenter (vgl. Brand & Wissen 2017: 21). Ein wichtiger Aspekt in dieser Debatte ist Bodennutzung. Seit Beginn der menschlichen Sesshaftigkeit hat das Thema Bodennutzung für Konflikte gesorgt. Während städtische Akteur*innen sich schon seit längerer Zeit der Knappheit von Grund und Boden bewusst sind, haben ländliche Regionen im Globalen Norden dies erst in den vergangenen Jahrzehnten erkannt. In einem

Staat wie Österreich, wo nur ein kleiner Teil des geografischen Territoriums von Menschen nutzbar ist, nimmt der fortschreitende Bodenverbrauch mittlerweile einen großen Teil der öffentlichen Debatte ein. Das grundlegende Problem ist die aufgrund der regen Bautätigkeit schwindende Verfügbarkeit von Boden als existentielle „Ressource“ *(Anmerkung: In dieser Arbeit wird der Begriff Ressource in Verbindung mit Boden unter Anführungszeichen gesetzt, um auf die Inwertsetzung von Natur, die diesem Begriff zugrunde liegt, hinzuweisen.*) zur Erhaltung der Ernährungssicherheit sowie die steigenden Kosten und die dadurch entstehende Verknappung von Wohnraum. Laut WWF Bodenreport wurden 2019 in Österreich täglich durchschnittlich 13 Hektar in Anspruch genommen (vgl. WWF Österreich 2021b: 3). Einwohner*innen ländlicher Regionen werden medial daher oft als verschwenderisch und wenig klimafreundlich dargestellt, während die städtische Bevölkerung aus Platzgründen dazu gezwungen ist, flächenschonender zu leben (vgl. Wagner 2021). Von den steigenden Wohnkosten sind in erster Linie bereits marginalisierte Gruppen betroffen. Sie sind auch Leidträger der Klimakrise und der steigenden Preise für Lebensmittel. Wie so oft sind jene, die am wenigsten zur Krise beitragen, am stärksten davon betroffen (vgl. Lessenich 2023: 34). Ländliche Räume sind ein besonderer Schauplatz dieser Krisen, weil sich sowohl die Folgen des Klimawandels als auch die gesellschaftlichen Auswirkungen der Krisen hier stark widerspiegeln. Gleichzeitig zielen ökologische und soziale Maßnahmen meist auf urbane Räume ab. Umfragen zufolge fühlen sich Menschen in ländlichen Regionen von der Politik vernachlässigt, was den Anstieg rechtspopulistischer Parteien in diesen Regionen befördert (vgl. Wiegandt & Krajewski 2020: 16).

Die sogenannte sozial-ökologische Transformation eröffnet eine Lösung für die Klimakrise und ihre vielfältigen Folgen. Ihr liegt eine grundlegende Veränderung der Mensch-Natur-Beziehung zugrunde (vgl. Brad & Brand 2016). Ökologische Maßnahmen sind erforderlich, um die Lebensgrundlagen für alle Menschen sicherzustellen. Die ökologische Transformation muss jedoch Hand in Hand gehen mit einer sozialen Transformation. Die Klimakrise ist Teil einer globalen Krise der Produktions- und Reproduktionsmuster und deren Folgen spüren zunächst jene am unteren Ende der Machthierarchie – insbesondere viele Menschen im Globalen Süden, aber auch in anderen peripheren Räumen. Aktuelle politische Strategien, um die Klimakrise zu lösen, hinterfragen nicht die der Krise zugrundeliegenden Prozesse von ökonomischem Wachstum, Ausbeutung, Externalisierung, Aneignung und Kapitalakkumulation (vgl. Brand & Wissen 2017), wie auch anhand der Bodennutzung zu sehen ist.

1.2 Relevanz und Forschungsbeitrag

Viele Politiker*innen und andere Verantwortungsträger*innen im Globalen Norden haben zwar verbal ihren Einsatz zu Bekämpfung der Krise zugesichert, doch die Bereitschaft für grundlegende Veränderungen bleibt aus, wie Vertreter*innen aus Forschung und zivilen Initiativen meinen (vgl. spiegel.de 2021). Die Entscheidungen und Verantwortung für das Klima werden auf die Zivilgesellschaft abgewälzt, was zu einer verstärken Ungleichheit führt. Andererseits entstehen auf lokaler Ebene Graswurzelbewegungen und solidarische Initiativen, die alternative Formen der Produktion, der Reproduktion und des Zusammenlebens in kleinem Rahmen implementieren. In vielen Fällen beschränken sich diese auf urbane Räume (vgl. Lefebvre 2009: 108). Ländliche und periphere Räume bleiben von diesen Initiativen oftmals unberührt, und auch im akademischen Diskurs oft außen vor (Mießner & Naumann 2019: 10), obwohl je nach Klassifizierung zwischen einem Viertel und einem Drittel der Bevölkerung Europas in als überwiegend ländlich klassifizierten Räumen lebt (vgl. Eurostat 2021; Statistik Austria 2021a). In Österreich leben nach Klassifikation der Statistik Austria etwa 40 Prozent der Gesamtbevölkerung und damit ein großer Teil der Menschen in vorwiegend ländlichen Regionen (vgl. Statistik Austria 2022). Ihre Bedürfnisse und Interessen sind in Politik und Ökonomie häufig unterrepräsentiert (vgl. Wiegandt & Krajewski 2020: 16).

Diese Forschung kann einen Beitrag leisten zum politischen und akademischen Diskurs rund um sozial-ökologische Maßnahmen in Österreich. Für den Forschungsbereich Internationale Entwicklung sind die Ergebnisse insofern relevant, als dass sie Zentrum-Peripherie-Beziehungen hinterfragen und Gründe für Ungleichheit aufdecken können. Zudem sollen mögliche alternative Konzepte und Entwicklungspfade für ländliche Räume im Globalen Norden ausgeforscht werden. Bodennutzung ist ein ausschlaggebender Faktor in den täglichen Produktions- und Reproduktionsmustern. Ziel ist, Boden als essenzielle und umstrittene „Ressource“ zu untersuchen und die verschiedenen und oftmals konkurrierenden Interessen, die bei Bodennutzung in ländlichen Regionen eine Rolle spielen, zu identifizieren und darzulegen.

1.3 Erkenntnisinteresse

Es ist das Ziel dieser Arbeit, einerseits die Hindernisse und Herausforderungen zu erforschen, die eine sozial-ökologische Transformation in ländlichen und peripheren Räumen erschweren. Andererseits sollen förderliche Faktoren für eine solche Transformation identifiziert werden. Schwerpunkt der Forschung ist der Aspekt Bodennutzung. Das Forschungsvorhaben ist räumlich in peripheren ländlichen Gemeinden in Österreich verortet. Die Forschungsfrage lautet daher:

Welche Hindernisse erschweren den sozial-ökologischen Wandel von Bodennutzung in peripheren und ländlichen Räumen in Österreich und welche fördernden Faktoren gibt es?

Darunter reihen sich folgende Unterfragen, die ebenso beantwortet werden sollen:

- Wie könnte eine sozial-ökologische Transformation von Bodennutzung in ländlichen und peripheren Räumen aussehen?
- Wie wird eine sozial-ökologische Transformation in Bezug auf Bodennutzung umgesetzt?
- Werden beide Aspekte – sozial und ökologisch – zu gleichen Maßen berücksichtigt?
- Was behindert und was fördert die gemeinsame Umsetzung der Aspekte sozial und ökologisch?

In dieser Masterarbeit sollen die komplexen Beziehungen und wechselseitigen Abhängigkeiten von Akteur*innen bezüglich der Bodennutzung beleuchtet werden. Die Ergebnisse sind als kritische Analyse der politischen, sozialen und ökonomischen Aspekte von Bodennutzung in ländlichen Räumen zu verstehen.

1.4 Konzeptuelle Verortung

Die konzeptuellen Hintergründe dieser Abend stehen in der Tradition des Kritischen Realismus (vgl. Buch-Hansen & Nielsen 2020). Die Kritische Politische Ökonomie, die Politische Ökologie und die Kritische Geografie (vgl. Mießner und Naumann 2019) dienen als inhaltliche Quellen sowie Analysewerkzeuge. Diese theoretischen Ansätze werden auf einer niedrigen Abstraktionsebene abgehandelt, da mit ihrer Hilfe im praktischen Teil dieser Arbeit ein konkretes Fallbeispiel untersucht wird. Es wird zudem vereinzelt auf Ansätze aus den Dependenztheorien (vgl. Weissenbacher 2019), der Diskursanalyse (vgl. Halfacree 2006) und der Regulationstheorie (vgl. Becker et al. 2020; Becker & Weissenbacher 2015) sowie weitere kleinere Konzepte zurückgegriffen. Mithilfe dieser konzeptuellen Ansätze sollen die Einflüsse von Politik, Ökonomie, sozialen Machtstrukturen und Produktionsmustern auf sozial-ökologische Transformationsprozesse veranschaulicht werden. Über alldem steht der Rahmen bzw. die Kritik der Politischen Ökonomie an kapitalistischen Produktionsverhältnissen und an der materiellen Produktion von Boden als „Ressource“.

1.5 Methodologie

Das wissenschaftstheoretische Paradigma des Critical Realism (vgl. Pühretmayer 2013; Buch-Hansen & Nielsen 2020) ist für die empirische Erkenntnisgewinnung dieser Arbeit

grundlegend. Durch das enge Ineinandergreifen von ontologischen, epistemologischen und methodologischen Ansätzen soll ein ganzheitlicher Zugang ermöglicht werden, dem gleichzeitig ein klarer und transparenter Rahmen zugrunde liegt. Es werden epistemologische Methoden aus der Sozialforschung verwendet: Methodisch greift diese Arbeit auf ein praktisches Fallbeispiel in Verbindung mit den unterschiedlichen bereits vorgestellten Ansätzen und Analysewerkzeugen des Kritischen Realismus zurück. Dadurch soll, ausgehend von der materiellen Ebene, ein dialektischer Prozess ermöglicht werden. Das Fallbeispiel wird durch Beschreibung, kontextuelle Einbettung, Analyse, Datensammlung in Form von qualitativen Interviews und deren Inhaltsanalyse und Interpretation veranschaulicht.

1.6 Aufbau

Die vorliegende Arbeit folgt einem Aufbau, der die konzeptionellen Grundlagen einer sozial-ökologischen Transformation, wie sie in dieser Arbeit verstanden wird, als Fundament und Ausgangspunkt nutzt: Zunächst soll ein Einblick in die Kritische Geographie gewährt werden. Hier wird vor allem auf den Zweig der Rural Studies bzw. der Kritischen Landforschung eingegangen. Infolgedessen werden zwei Konzepte herausgegriffen, die in dieser Arbeit als hilfreiche Analysewerkzeuge dienen und daher näher beschrieben werden: die ungleiche Entwicklung von ländlichen Räumen und Ländlichkeitsdiskurse. Es folgt ein Überblick über die vielseitigen Themen und Forschungsschwerpunkte der Kritischen Landforschung, der die Komplexität des Forschungsgegenstands verdeutlichen soll. Als zweites theoretisches Rahmenkonstrukt werden Ansätze der Politischen Ökologie konzeptionell und für den hier interessierenden Bereich Bodennutzung aufbereitet. Es folgt ein theoriegestützter Lösungsvorschlag für alternative Konzepte, die einen sozial-ökologischen Transformationsprozess einleiten und vorantreiben können. Kapitel 3 widmet sich dem Kontext und Gegenstand des Forschungsvorhabens: Bodennutzung und ländliche Räume. Zunächst soll in 3.1 der Begriff „ländliche Räume“ näher erläutert und definiert werden. Es folgen Ausführungen zu Klassifizierungssystemen von räumlichen Ebenen, diskursiv und sozial produzierten Räumen und zur Beziehung zwischen Stadt und Land. Kapitel 3.2 geht näher auf das Thema Bodennutzung ein. Hier kommen politische, ökologische und soziale Perspektiven zur Sprache, bevor im Anschluss in einer Zusammenführung von Theorie und Praxis mögliche konkrete Modelle einer sozial-ökologischen Transformation von Bodennutzung erarbeitet werden. Noch weiter konkretisiert wird dieser Versuch in Kapitel 3.3, wo anhand einer Fallstudie empirische Daten erhoben und im Sinne der Forschungsfragen interpretiert werden. Dieser Abschnitt gliedert sich in Ausführungen zu Methode, zum konkreten Fallbeispiel, möglichen Einschränkungen, der Analyse der empirischen Daten und deren Interpretation. In der abschließenden Conclusio werden die Forschungsfragen beantwortet, die Erkenntnisse der Arbeit resümiert und mögliche Einschränkungen bzw. neu aufgetretene Fragen diskutiert.

Zuletzt sollen Empfehlungen für eine Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation der Bodennutzung formuliert werden.

2. Konzeptionelle Grundlagen einer „sozial-ökologischen Transformation“

> „Wir fassen mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation jene Strategien, die auf eine bewusste gesellschaftspolitische Gestaltung zur Bearbeitung der multiplen Krise setzen und nicht zuvorderst auf den kapitalistischen (Welt-)Markt, der vermeintlich auf die ökologischen Probleme mittels Technologien und Knappheitssignalen reagiert. Wie im Adjektiv ‚sozial-ökologisch’ angezeigt, bedarf es grundlegender Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihrer Verhältnisse zu den geologischen, bio-physikalischen Lebensgrundlagen.“ (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 2013: 484)

So beschrieb die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages, die zwischen Januar 2011 und April 2013 parteiübergreifend und unter Einbeziehung fachlicher Expertise Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeitete, jenen Begriff, der für diese Arbeit zentral ist. Obenstehende Definition von „sozial-ökologische Transformation“ ist grundlegend für den deutschsprachigen Raum. Transformation bezieht sich, wie im Zitat erwähnt, auf eine grundlegende Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Brand und Wissen (2017) drücken es folgendermaßen aus:

> „‚Transformation‘ geht deutlich über die bislang dominanten umweltpolitischen und Nachhaltigkeitsperspektiven hinaus, die davon ausgehen, dass mit Technologien und Investitionen – und den entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten und politischen Rahmenbedingungen – ein Übergang in eine kohlenstoffarme Gesellschaft erreicht werden kann. Stattdessen werden grundlegendere Veränderungen für nötig gehalten, die von ‚Pionieren des Wandels‘ wie ökologisch orientierten Unternehmen, BürgerInneninitiativen [sic!] oder WissenschaftlerInnen [sic!] vorangetrieben werden sollen. Ergänzt wird das durch Hoffnungen auf einen gesellschaftlichen Wertewandel hin zur Nachhaltigkeit.“ (Brand & Wissen 2017: 29)

Brand plädiert für einen kritisch analytischen Transformationsbegriff (vgl. Brand 2014a: 256), der seinen Ausgangspunkt in den Widersprüchlichkeiten kapitalistischer Produktionsweisen nimmt (vgl. ebd. 258). Diese liegt unter anderem in den Verhältnissen von Produktion und natürlichen Ressourcen, die durch eine über eine substanzielle Aneignung hinausgehende Naturbeherrschung bzw. Kolonisierung charakterisiert sind (vgl. ebd. 259 & 265; Marcuse 2009: 158f.). Diese Feststellung geht auf Karl Marx zurück, der im „Kapital“ auf die destruktive Rolle kapitalistischer Produktion hinweist: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (Marx 192: 529f.). Kapitalistische Naturverhältnisse seien demnach in sich krisenhaft. Womit auch der erste Teil des Begriffs „sozial-ökologische Transformation“ zusammenhängt. Er nimmt Bezug auf die Art und Richtung der Transformation, die sowohl eine soziale als auch eine ökologische Komponente hat. Becker und Jahn (2006) verstehen unter Sozialer Ökologie „die Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen“ (ebd. 31). Während das Konzept

der gesellschaftlichen Naturverhältnisse noch in den folgenden Abschnitten näher thematisiert wird, soll an dieser Stelle lediglich hervorgehoben werden, wie das Konzept die Gegensätze von naturalistischen und soziozentrischen Positionen überwindet. Köhler und Wissen (2010) betonen, dass Natur und Gesellschaft in einem untrennbaren Zusammenhang stehen, aber gleichzeitig Differenzen aufweisen (vgl. 219). Köhler und Wissen appellieren, die ökologische Krise als Teil einer umfassenden Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse aufzufassen und betonen ihren strukturellen Charakter. Sie verdeutlichen damit, dass soziale und ökologische Fragen nicht als Gegensätze, sondern als nicht voneinander trennbar zu verstehen sind (vgl. 225f.). Mit Hinblick auf mögliche Maßnahmen im Zuge einer Transformation kann man daher vereinfacht schlussfolgern, dass ökologische Maßnahmen sozial verträglich sein müssen und sozialer Umbau ökologisch vonstattengehen muss. Der Grundgedanke des Begriffs „sozial-ökologische Transformation“ ist, die beiden Faktoren gemeinsam anstatt getrennt zu denken (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 18). Die multiplen Krisen betreffen vor allem Umwelt und soziale Gerechtigkeit und ihre Gründe sind in denselben Ursprüngen zu finden. Daher ist auch die „Lösung“ auf beide Faktoren abgestimmt (vgl. Christ & Sommer 2022: 464f.). Ein wichtiger Aspekt ist auch das Ziel der Transformation, welches vom I.L.A. Kollektiv als das „Gute Leben für alle“ bezeichnet wird (vgl. I.L.A. Kollektiv 2017: 99).

In weiterer Folge wird der Begriff „sozial-ökologische Transformation“ also gemäß diesem Verständnis verwendet: Angelehnt an die Definitionen von Brand und Wissen (2017), der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2013) sowie Brand (2014a) beinhaltet „Transformation“ in dieser Arbeit eine grundlegende Veränderung von wirtschaftlichen Zielen und Werten sowie eine Kritik an kapitalistischen Produktionsweisen. „Sozial-ökologisch“ meint hier in Anlehnung an Köhler und Wissen (2010) und Christ und Sommer (2022) ein Verhältnis von Wechselwirkungen und Untrennbarkeit, das jedoch Differenzen bzw. Grenzen von Natur und Gesellschaft anerkennt.

Heruntergebrochen auf das Thema der vorliegenden Arbeit – Bodennutzung – liegt der Schlüssel zu einem grundlegenden Verständnis der Problematik weniger im physischen Gegenstand Boden, sondern wie dieser von Menschen genutzt, umkämpft und welche Bedeutung ihm zugesprochen wird. Brand (2014a) betont aus diesem Verständnis heraus: „Insofern ist der zu untersuchende Gegenstand weniger ‚die Umwelt‘ oder ‚der Umweltraum‘ oder übernutzte Ressourcen und Senken, sondern der Gegenstand sind die sozialen Verhältnisse“ (Brand 2014a: 265). Analysiert wird demnach, wie die gesellschaftliche Naturaneignung von Boden materiell und symbolisch ausgeformt ist (vgl. Brand 2014a: 264f.).

Um zu verstehen, warum es einer sozial-ökologischen Transformation bedarf, muss man sich zunächst mit dem Ist-Stand, den auftretenden Krisen, deren Ursprüngen und den sie reproduzierenden gesellschaftlichen Strukturen auseinandersetzen. Dieser Rahmen wird in den nachfolgenden Abschnitten anhand einiger theoretischer Konzepte aus der Kritischen Geographie und Politischen Ökologie auf niedriger Abstraktionsebene erarbeitet. Dadurch soll die Kritik der Politischen Ökonomie an kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der materiellen und symbolischen Produktion von Boden verdeutlicht werden. Im Anschluss werden mögliche Schritte zu einem Transformationsprozess beschrieben.

2.1 Relevante Aspekte der Kritischen Geographie

Die Kritische Geographie ist ein Konzept innerhalb der Politischen Geographie, die wiederum ein Teilbereich der Humangeographie ist. Die Kritische Geographie hat im anglo-amerikanischen Raum – wo sie aus der Radical Geography hervorgegangen ist – eine längere Tradition als im deutschsprachigen Raum. Vertreter*innen der gegenwärtigen Kritischen Geographie legen eine Offenheit gegenüber post-modernen und post-strukturalistischen Einflüssen zutage: Es finden etwa Überlegungen zu gesellschaftlichen Raumkonstruktionen und Raumproduktionen im Sinne von Bedeutungszuschreibungen Platz (vgl. Reuber 2020: 728f.). Nichtsdestotrotz steht die hier angewandte Kritische Geographie in der Tradition des Kritischen Realismus, der post-modernen Konzepten durchaus etwas abgewinnen kann, dessen Ziel es aber ist, über Diskurse hinausgehend real existierende Muster zu erforschen (vgl. Buch-Hansen & Nielsen 2020: 114f., 127).

Raum wird in der Kritischen Geographie als in seiner Materialität und Bedeutung sozial produziert aufgefasst (vgl. Halfacree 2006: 44). Nach Lefebvre (zitiert nach: Belina 2020: 689) besteht Raum aus drei Dimensionen: seiner Materialität, seiner Bedeutung und seiner gelebten Praxis. Dabei werden sowohl materialistische als auch idealistische Zugänge zu Raum abgelehnt – Raum wird als weder etwas unabhängig Existierendes noch als ein reines Konstrukt verstanden. Während die Existenz einer äußeren Natur anerkannt wird, bleibt die Betonung innerhalb des Paradigmas auf der Annahme, dass Raum – so wie wir ihn erforschen – das Produkt konkreter sozialer Praxen darstellt. Erst durch die Bedeutung, die Räume in gesellschaftlichen und historischen Kontexten bekommen, können Räume erkannt und erforscht werden. Räumliche Unterschiede werden in diesem Verständnis als Voraussetzung, Mittel und Resultat sozialer Praxis aufgefasst. In diesem sozial produzierten Raum drücken sich abstrakte soziale Gesetzmäßigkeiten, Prozesse und Unterschiede konkret aus (vgl. Belina 2020: 688f.). Diese sind es, wonach kritisch-geographische Forschung fragt. Die Kritische Geographie bedient sich unterschiedlicher Ansätze und beleuchtet soziale und

ökonomische Themen aus kritischer Perspektive. Die für diese Arbeit relevanten sollen in Folge erläutert werden.

Ausgangspunkt kritisch-geographischer Forschung ist das Verhältnis von Raum und Macht auf unterschiedlichen Ebenen und die Kritik am marktwirtschaftlich-kapitalistischen System (vgl. Reuber 2020: 733). Die Produktion von Raum ist demnach auch entscheidender Erfolgsfaktor für die Verbreitung kapitalistischer Produktions- und Wirtschaftsweisen. Der Fokus bewegt sich in der Kritischen Geographie fort von Nationalstaaten und hin zu generellen Raum-Macht-Asymmetrien, auch im lokalen Kontext. Dadurch eignet sich das Konzept der Kritischen Geographie für die vorliegende Arbeit als Analysewerkzeug. Durch diese Linse werden soziale Ungleichheiten und ihre räumliche Dimension bzw. die Rolle von Raum in der gesellschaftlichen Praxis erforscht (vgl. Reuber 2020: 733f.).

Zentrale Konzepte für die Kritische Geographie sind einerseits die Scale-Debatte und andererseits die lokale Ungleichheitsforschung. Unter den Politics of Scales wird die „räumliche Dimensionierung sozialer Prozesse“ (vgl. Wissen 2008, zitiert nach: Reuber 2020: 734) verstanden. Demnach sind räumliche Kategorien oder Maßstäbe – wie beispielsweise Zentren und Peripherien – gesellschaftlich produziert und daher auch nicht neutral, sondern politisch aufgeladen. Ungleiche räumliche Entwicklung wird durch die gesellschaftliche Produktion von Scales unterstützt, da letztere in der Lage ist, Machtasymmetrien, die sie produziert, zu verstecken. Die Produktion von Raum im Kapitalismus ist, so Gangl (vgl. 2009), ein durchsichtiger Prozess, den offenzulegen es gilt. Die Kritische Geographie untersucht, unter welchen Bedingungen Scales entstehen und sich stabilisieren, sowie unter welchen Voraussetzungen sich die „Politics of Scale“ ändern können (vgl. Reuber 2020: 734).

Die lokale Ungleichheitsforschung untersucht Ungleichheit wiederum nicht auf globaler, sondern – wie bereits aus der Bezeichnung hervorgeht – auf lokaler und insbesondere städtischer Ebene. Die Kritische Geographie widmet sozialräumlicher Ungleichheit und Verdrängung im städtischen Kontext große Aufmerksamkeit, da in Städten Auseinandersetzungen zwischen sozialen Gruppen über räumlich-territoriale Repräsentation direkt ausgefochten werden. In städtischen Kontexten wird besonders klar deutlich, dass Räume sozial produziert und umkämpft sind. Öffentliche Räume in Städten spielen in diesem Forschungszweig eine wichtige Rolle (vgl. u.a. Reuber 2020: 734f.; Holm 2012 & 2013; Belina et al. 2014; Scambor & Fränk 2012). Ungleichheit in ländlichen Räumen wurde jedoch in der Kritischen Geographie bisher kaum erforscht. Besonders in der deutschsprachigen Forschung ist hier eine Lücke ersichtlich.

Diese Arbeit soll einen Beitrag dazu leisten, die von Mießner und Naumann (vgl. 2019: 10) angesprochene doppelte Leerstelle im Forschungsstand zu füllen: Den Autoren zufolge zeigt die deutschsprachige Forschung im Bereich der Kritischen Geographie im Vergleich zur englischsprachigen Forschung Lücken auf. In der deutschsprachigen Forschung zu Kritischer Geographie wurde der ländliche Raum als Gegenstand bisher wenig betrachtet und in der deutschsprachigen Forschung zu ländlichen Räumen wird umgekehrt auf die konzeptionellen Ansätze der Kritischen Geographie wenig Bezug genommen (vgl. Mießner & Naumann 2019: 10). Dies ist besonders relevant, da ländliche Räume aktuell große Transformationen im Zuge des strukturellen Wandels durchlaufen (vgl. ebd.: 13).

Da diese Arbeit im Anwendungsbereich ländlicher Räume verortet ist, soll in weiterer Folge auf den Forschungszweig „Kritische Landforschung“ eingegangen werden. Die Kritische Landforschung bedient sich vor allem der Ansätze der angloamerikanischen (Critical) Rural Geography bzw. der Rural Studies.

2.1.1 Grundlagen und Ziele der Rural Studies

Die Rural Studies, so betonen Cloke et al. in ihrem Vorwort, stehen vor der Schwierigkeit, dass ihre relevanten Publikationen über die verschiedenen akademischen Disziplinen und Subdisziplinen verteilt sind, was den Austausch zwischen den Forschenden erschwert (vgl. 2006: xi). Dies macht die Interdisziplinarität des Themas deutlich. Die unterschiedlichen theoretischen und empirischen Zugänge bereichern die Diversität der Rural Studies (vgl. ebd.).

Ein wichtiger Diskussionspunkt innerhalb der Rural Studies ist die Definitionsfrage. Wie werden ländliche Räume definiert? Deskriptive Zugänge basieren ihre Definition auf statistischen Messungen. Vertreter*innen des räumlichen Determinismus gehen davon aus, dass Orte Einfluss haben auf soziale Muster und Beziehungen. Die Rural Locality Studies sehen die Restrukturierung der globalen Welt als Ausgangspunkt, die sich auf ländliche Regionen anders auswirkt als auf urbane Räume. Sie erkennen auch die Relevanz von sozialer Repräsentation an. Die symbolische und diskursive Konstruktion vom Ländlichen steht währenddessen im Mittelpunkt von konstruktivistischen Ansätzen (vgl. Shucksmith & Brown 2016: 3). Während es unterschiedliche Zugänge gibt – von materialistisch-strukturellen über räumlichen Determinismus bis hin zu sozialem Konstruktivismus – herrscht in den Rural Studies ein breiter Konsens darüber, dass rural und urban keine Gegensätze sind, und durch die fortschreitende Digitalisierung und Technologisierung des Alltags keine essenziellen Unterschiede existieren. Gleichzeitig stimmen die Vertreter*innen der verschiedenen Ansätze überein, dass es dennoch Unterschiede gibt: Die symbolischen Konstruktionen von ländlich und urban unterscheiden sich in große Maße – und diese Symbole sind umkämpft und können

in sozialen Kämpfen auch manipuliert werden (vgl. Shucksmith & Brown 2016: 4; Cloke et al. 2006: 18).

Shucksmith und Brown (2016) identifizieren sechs dominierende Narrative, deren Analyse hilft, ländlichen Wandel zu verstehen. Diese Narrative wirken im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs kategorisierend und reproduzierend. Die sechs Meta-Narrative sind demnach: das Landwirtschaft-zentrierte Narrativ, das Narrativ urban-ländlicher Zugänglichkeit, das wettbewerbszentrierte Narrativ, das Narrativ des zurückgebliebenen Ländlichen Raums, das Annehmlichkeits-zentrierte Narrativ sowie das Narrativ der Gesellschafts-Naturverhältnisse (vgl. Shucksmith & Brown 2016: 5-7). Das Bewusstmachen dieser Narrative ermöglicht eine reflektierte Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Themen des Ländlichen.

Die Rural Studies befassen sich in ihrer Forschung mit ländlichen und peripheren Räumen – die sie unterschiedlich definieren. Da es sich um eine Querschnittsmaterie handelt, gibt es sehr viele unterschiedliche Aspekte, die erforscht werden. Die unterschiedlichen zu erforschenden Themen sind geprägt von Interdependenzen, wie etwa die Wechselbeziehung zwischen urbanen und ländlichen Räumen. Shucksmith & Brown (2016) empfehlen einen induktiven Ansatz, um das gängige Narrativ, wonach urban gleich dominierend ist, zu umgehen. Stattdessen sollen die Beziehungen und Interaktionen analysiert werden, um die Interdependenzen zwischen urban und rural und die dazwischen stattfindenden sozialen und ökonomischen Realitäten zu beschreiben. Nicht nur die Interdependenzen zwischen den plakativen Polen von Stadt und Land, sondern auch jene zwischen der lokalen und globalen Ebene, sowie auch jene zwischen Gesellschaft und Natur sind Gegenstand der Forschung. Hier werden insbesondere die Neoliberalisierung und ihre Auswirkung auf ländliche Ökonomien sowie das Wechselverhältnis von Mensch und Natur hervorgehoben (vgl. S. 8ff.).

Die verschiedenen Zugänge sind bezeichnend für die Themen, die im Zentrum der kritischen Landforschung stehen: Ein wichtiger Forschungsbereich ist Ungleichheit im ländlichen Raum. Es wird auf verschiedenen Ebenen nach Erklärungen und Mustern gesucht – auf individueller sowie struktureller Ebene – und Intersektionalität spielt zunehmend eine große Rolle. Dabei stellt sich auch die Frage, wie sich die Korrelation von ländlichen Räumen und Chancengleichheit gestaltet – ist diese kausal oder eher als Rahmen zu verstehen? Die Rural Studies befassen sich mit der Frage, ob Ländlichkeit einen Einfluss auf die Chancengleichheit hat, oder ob dieser Einfluss durch die Selektivität an ländlichen Orten gegeben ist (vgl. Shucksmith & Brown 2016: 11ff.). Maschke et al. (2020) nennen drei Hauptzugänge, die die konzeptionelle Landschaft der Rural Studies prägen: die Politische Ökonomie mit ihrem Fokus

auf ungleiche Entwicklung als Ursache für die strukturelle Benachteiligung ländlicher Räume, die Politische Ökologie mit ihrem Verständnis von gesellschaftlichen Naturverhältnissen sowie diskurstheoretische Zugänge, die Diskurse und Symbole von Ländlichkeit in den Mittelpunkt ihrer Forschung stellen (vgl. S. 5). Alle drei Zugänge sind für diese Arbeit relevant und werden in weiterer Folge genauer ausgeführt.

Erwähnenswert ist auch der Ansatz, der ländliche Räume als Widerstandsorte gegen die vorherrschende Neoliberalisierung vieler Lebensbereiche versteht. Während neoliberale Entwicklungen als Gefahr für ländliche Regionen gesehen werden, können letztere auch als Orte der Chancenvielfalt gesehen werden, um im Kleinen lokale und alternative Entwicklungsmöglichkeiten zu entwickeln. Shucksmith und Brown (2016) untersuchen diese nicht losgelöst von, sondern zwingend in Beziehung zu hegemonialen neoliberalen Mustern, die sie aufzubrechen versuchen (vgl. S. 15f.). Die Vertreter*innen der rural Studies betonen, dass es sich um einen Forschungszweig handelt, bei dem ein praxisorientierter Zugang vorherrscht (ebd. S. 17).

2.1.2 Ungleiche Entwicklung von ländlichen Räumen und Ländlichkeitsdiskurse

Maschke, Mießner und Naumann (vgl. 2020) plädieren für eine differenzierte Betrachtung ländlicher Räume, die häufig romantisiert oder als rückständig dargestellt werden. Dafür bedienen sie sich unter anderem polit-ökonomischer und polit-ökologischer Ansätze (vgl. S. 5). Sie arbeiten mit Konzepten wie „Recht auf Dorf“ und Mensch-Natur-Beziehungen. Diese werden in weiterer Folge sowie in Kapitel 2.2 näher beleuchtet. Sie beschäftigten sich im Rahmen einer Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung angesichts der oben erwähnten Leerstelle mit Fragen der ländlichen Entwicklung aus kritischer Perspektive. Demgegenüber steht der Forschungsbereich städtische Entwicklung, der mit der kritischen Stadtforschung in der deutschsprachigen kritischen Geographie bereits eine starke Vertreterin hat.

Eine grundlegende Unterscheidung zu anderen Studien fällen Maschke et al. (vgl. 2020) in ihrem Verständnis von ländlichen Räumen. Im Gegensatz zu Mainstream-Ansätzen verzichten sie in ihrer Arbeit zu Kritischer Landforschung bei der Bestimmung ländlicher Räume auf Indikatoren wie Bevölkerungsdichte oder räumliche Distanz zu Zentren. Stattdessen stützen sich die Autor*innen auf gesellschaftliche Zuschreibungen von „rural“ oder „ländlich“ (vgl. Maschke et al. 2020: 7f.). Ziel ist dabei, „[erstens] […] Bezüge zu allgemeinen gesellschaftlichen Prozessen herzustellen, zweitens gesellschaftlich relevant und engagiert zu sein und drittens die Perspektive bislang marginalisierter Bevölkerungsgruppen einzunehmen“ (Maschke et al. 2020: 8.).

Der Ansatz der ungleichen Entwicklung hakt an dieser Stelle an: Ungleiche Entwicklung bezeichnet die strukturelle „Herausbildung ungleicher Verteilungen von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ressourcen im Kapitalismus“ (Maschke et al. 2020: 11). Dies manifestiert sich auch und vor allem räumlich. Rosa Luxemburgs Argumentation nach ist die ungleiche geografische Entwicklung nicht nur die Folge, sondern sogar Voraussetzung kapitalistischer Produktionsweisen, da diese stets in neue „Außenräume“ zugreifen müssen, um sich zu erhalten (vgl. Luxemburg 1913: 411; Maschke et al. 2020: ebd.). Das betrifft einerseits Orte, die bislang noch nicht dem Kapitalismus untergeordnet waren, andererseits auch Sphären der Natur, wie beispielsweise Boden, CO2 oder Wasser. Eine der wichtigsten Formen der Akkumulation ist die Landnahme – die Enteignung von Grund und Boden. In Bezug auf ländliche Räume wurde das Konzept der ungleichen geografischen Entwicklung bisher kaum angewandt, wie Maschke et al. feststellen (vgl. Maschke et al. 2020: 11). Sie nennen die Industrialisierung der Landwirtschaft sowie die Geld-Anlage in landwirtschaftliche Flächen als offensichtliche Beispiele für ungleiche Entwicklung in ländlichen Räumen. Ein weiterer Aspekt, der zur ungleichen Entwicklung beiträgt, ist die politische Benachteiligung ländlicher Räume (vgl. ebd. S. 12). Akkumulation durch Enteignung, wie sie im Falle der Landnahme geschieht, wird neben dem Konzept der ungleichen Entwicklung als zweiter wichtiger Ansatz innerhalb der Politischen Ökonomie ländlicher Räume identifiziert (vgl. ebd.) und in vorliegender Arbeit unter Punkt 2.2. näher behandelt.

Grundlegend für das Konzept der ungleichen Entwicklung im Kapitalismus sind die Überlegungen von Harvey (2006 [1982]) und Smith (2010 [1984]) auf die sich auch Belina et al. (2022) stützen. Beide Klassiker befassen sich aus marxistischer Sicht mit den Gründen, warum räumliche Entwicklung im Kapitalismus zwingend ungleich verläuft. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Ungleichheit von der Inwertsetzung natürlicher Sphären herrührt. Besonders sichtbar werde dies in der Landwirtschaft, wo der Mehrwert der Arbeit von den natürlichen Bedingungen abhängt. Der kapitalistische Umgang mit den natürlichen Bedingungen sei letztendlich schuld an der ungleichen Entwicklung verschiedener Regionen. Dazu komme die territoriale Arbeitsteilung im Kapitalismus, die Produktionsprozesse beschleunigen soll. Konkrete Produktionszweige werden auf konkrete Orte konzentriert. Diese Trennung von Produktionsprozessen ist Voraussetzung des Kapitalismus, denn durch die Mehrwertsteigerung in der Landwirtschaft wurde historisch erst Industrie ermöglicht. Gleichzeitig braucht es für die Mehrwertsteigerung in der Landwirtschaft neue Produktionskräfte, was zu einer Ausdünnung der ländlichen Räume führte. Ein weiterer Aspekt sind die Transportwege, deren Ausbau aufgrund der Verderblichkeit von Waren im Sinne des kapitalistischen Marktes sei. Interessant ist dabei, dass die Investitionen in räumliche

Infrastrukturen, wie beispielsweise Verkehrs- und Transportwege oder andere Investitionen in Räume, sich nicht immer zwingend lohnen. Die Ungewissheit und die möglicherweise folgende Entwertung der Region durch Abzug kann zu regelrechter „Verwüstung“ führen. Solch verlassene oder entwertete Regionen können wiederum zu „profitablen Anlageregionen“ werden, so das Fazit (vgl. Smith 2010; Harvey 2006 zitiert nach: Belina et al. 2022: 11ff.). Demnach weist die ungleiche räumliche Entwicklung in kapitalistisch strukturierten Gesellschaften eine gewisse Dynamik auf. Auf die ungleiche Entwicklung von Stadt und Land bezogen bedeutet das, dass es aufgrund der oben beschriebenen marktwirtschaftlichen Prozesse teils große Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen gibt.

Daraus folgen auch spezifische Klassifizierungen ländlicher Räume, die sich in Diskursen widerspiegeln. Dazu tragen auch Medien, Kunst und Literatur bei, die die öffentliche Wahrnehmung von Land und Ländlichkeit maßgeblich beeinflussen (vgl. Nell & Weiland 2021). Ein bekannter Diskursstrang rund um ländliche Räume ist etwa jener des ländlichen Idylls. Der ländliche Raum als Sehnsuchtsort wird diskursiv mit Konzepten wie Naturnähe, dörfliche Gemeinschaft und Entschleunigung aufgeladen und idealisiert. Ländlichen Regionen werden Werte wie Tradition, Harmonie, Nostalgie, unberührte Natur etc. zugeschrieben. Diese Zuschreibungen werden im öffentlichen Raum medial (vgl. Österreichischer Gemeindebund 2022) oder auch künstlerischer Form reproduziert und beeinflussen Migrationsbewegungen, die Lebensrealitäten von Menschen sowie wirtschaftliche Vorgänge, indem sie beispielsweise der Tourismusindustrie in die Hände spielen oder Personengruppen, die nicht in das Bild des Idylls passen, aus den Diskursen, aber auch aus dem gesellschaftlichen Leben ausschließen (vgl. Maschke et al. 2020: 16; Belina et al. 2022: 16; Wiegandt & Krajewski 2020: 15).

Ein anderer, weitverbreiteter Diskurs ist jener von ländlichen Räumen als rückständige, zurückgebliebene und der Modernisierung bedürftige Orte. Demnach sind ländliche Räume in ihrer Entwicklung hinter den urbanen Regionen geblieben. Wiegandt und Krajewski (2020: 14) differenzieren zudem drei verschiedene Formen des „Abgehängtseins“ von ländlichen Räumen: Das infrastrukturelle, wirtschaftliche und kulturelle „Abgehängtsein“. Die dadurch entstehenden Empfindungen in der Fremd- sowie Eigenwahrnehmung von Akteur*innen in ländlichen Räumen sind durchaus problematisch. Sie können laut Maschke et al. (2020: 16) die Zuschreibungen von Peripherisierung, Marginalisierung und Stigmatisierung noch verstärken und reale Probleme diskursiv reproduzieren. In welcher Form diese und andere Diskurse die Realität prägen, versucht das Konzept des dreifachen ländlichen Raums zu erklären. Die Wechselbeziehungen zwischen politisch-ökonomischen und diskursiven Faktoren sollen damit erläutert werden. Das Konzept des sogenannten dreifachen ländlichen Raums (vgl. Halfacree 2006) knüpft an das bereits erwähnte Modell nach Henri Lefebvre an,

in dem die drei Dimensionen räumliche Praxis, Repräsentation und die gelebte Praxis den Raum prägen. Auf ländliche Räume übertragen können diese drei Dimensionen als ländliche Lokalitäten, als formale Repräsentation von ländlichen Räumen und als gelebtes Leben in ländlichen Räumen festgemacht werden. Dieses Zusammenspiel produziert ländliche Räume als Einheiten (vgl. Maschke et al. 2020: 16f.). Für diese Arbeit ist dies insofern relevant, als dass Diskurse maßgeblich die Art prägen, wie Räume – hier speziell Boden – gesellschaftlich verstanden und genutzt wird und gleichzeitig im Wechselverhältnis steht mit den realen sozialen Strukturen, die diese Diskurse hervorbringen und sich in realen räumlichen Bedingungen manifestieren. Dieses Verständnis ist grundlegend für Forschungsvorhaben mit dem Gegenstand ländliche Räume.

Im folgenden Abschnitt sollen einige konkrete Themen- bzw. Forschungsbereiche der Rural Studies bzw. der Kritischen Landforschung vorgestellt werden, die für die leitende Fragestellung von Bedeutung sind.

2.1.3 Themen und Forschungsschwerpunkte der Kritischen Landforschung

Als wichtigste Themenbereiche der Rural Studies identifizierten Cloke et al. in ihrem „Handbuch“ aus dem Jahr 2006 (vgl. S. 101) folgende:

- Kulturelle Repräsentation (Symbolik und diskursive Produktion von Ländlichkeit)
- Natur
- Nachhaltigkeit
- Neue Ökonomien (Kommodifizierung von Ländlichkeit)
- Energie (Regulationstheorie)
- Neue Konsummuster
- Identität (Otherness, Diskriminierung etc.)
- Exklusion (ländliche Armut, ländliche Wohnfragen und Obdachlosigkeit)

Zehn Jahre später haben sich die Schwerpunkte der Rural Studies angesichts neuer oder verstärkter Herausforderungen mehr in Richtung sozial-ökonomischer bzw. polit-ökonomischer Themen verschoben, wie ein Blick in das Inhaltsverzeichnis von Shucksmith und Browns Grundlagenwerk (2016) zeigt:

- Demografischer Wandel
- Ökonomische Transformationen
- Nahrungssysteme und Boden/Landnutzung
- Umwelt und Ressourcen
- Die Veränderung der Zusammenstellung von Gender und ländlicher Bevölkerung

- Soziale und ökonomische Ungleichheit
- Soziale Dynamiken und institutionelle Funktionen
- Macht und Governance

Aktuelle Publikationen bauen unter anderem auf diesen Themen auf. Die Arbeiten von Maschke et al. (2020) sowie Belina et al. (2022) befassen sich intensiv mit ungleichen ländlichen Räumen in Deutschland und geben einen Überblick über das aktuelle Forschungsgeschehen der Rural Studies bzw. der Kritischen Landforschung. Aktuelle Forschungsarbeiten befassen sich vor allem mit dem Strukturwandel, sozialem Wandel, Mensch-Umwelt-Beziehungen und Machtverhältnissen in ländlichen Räumen (vgl. Maschke et al. 2020). Einige Themenbereiche, die für die dieser Arbeit zugrundeliegende Fragestellung relevant sind, sollen in Folge genauer betrachtet werden. Ziel ist, die Vielzahl der Faktoren aufzuzeigen, die für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung eine Rolle spielen. Aus diesem Grund werden die verschiedenen Bereiche in Kürze beschrieben.

Ökonomischer Wandel der Landwirtschaft

Der ökonomische Wandel in ländlichen Räumen betrifft zu großen Teilen die Landwirtschaft, deren Bedingungen historisch geprägt und vor allem in den vergangenen Jahrzehnten vielen Veränderungen unterlegen sind. Von der Überförderung und Überproduktion von landwirtschaftlichen Produkten, über die Industrialisierung mit chemischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie Massenhaltung und Monokulturen, die zu massiven ökologischen Schäden geführt haben, bis zu einer steigenden Nachfrage nach Bioprodukten bei gleichzeitiger Intensivierung der Landwirtschaft und der Einbindung von landwirtschaftlichen Produkten in internationale Finanzmärkte – die agrarpolitischen Entwicklungen sorgen in ländlichen Räumen für verstärkte Ungleichheit und ökologische Schäden (vgl. Maschke et al. 2020: 19ff.). Bei der Finanzialisierung der Landwirtschaft ist der Handel mit Derivaten und die Finanzialisierung von Agrarland ausschlaggebend (vgl. Maschke et al. 2020: 21). Letztere ist in Bezug auf die vorliegende Fragestellung besonders relevant. Seit der Finanzkrise 2008 hat der Aufkauf von Agrarflächen stark zugenommen, was zu steigenden Bodenpreisen und Pachten führt. Die Einbindung von Agrarflächen in internationale Finanzanlagemärkte hat auch weitreichende materielle und nicht-materielle Auswirkungen: So wird Land und Boden im Zuge der Inwertsetzung aus seinem räumlichen Kontext losgelöst und deterritorialisiert, während der Wert des Landes – der für die Finanzialisierung im kapitalistischen Sinn bedeutend ist – weiterhin an physisch-materielle und biologische Faktoren gebunden ist. Die politische Regulierung der Bodennutzung ist ein weiterer Aspekt, auf den in Kapitel 3.2 weiter eingegangen werden soll. Letztendlich sind auch lokale Aushandlungen über Bodennutzung

nicht zu vernachlässigen, wenn etwa die Interessen der lokalen Bevölkerung von jenen von Investor*innen divergieren und es zu Konflikten um Bodennutzung kommt (vgl. Sippel & Böhme 2022: 121ff., 124, 126).

Struktureller Wandel ländlicher Räume

Doch auch abseits der Landwirtschaft entwickeln sich neue Ökonomien in ländlichen Räumen – beispielsweise der wachsende Dienstleistungssektor und der Ressourcenabbau bzw. die Nutzung immaterieller Ressourcen am Finanzmarkt. Ein besonders wichtiger Aspekt ist laut Maschke et al. die große Abhängigkeit ländlicher Regionen und ihrer politischen Vertreter*innen von internationalen Unternehmen, da erstere auf Steuereinnahmen (z.B. Kommunalsteuer) und Arbeitsplätze angewiesen sind. Das macht ländliche Regionen auch für Marktpreisschwankungen vulnerabler (vgl. Maschke et al. 2020: 22). Diese Abhängigkeit ist auch der Grund dafür, dass Widerstände der arbeitenden Bevölkerung unwahrscheinlicher und politische Akteur*innen in ländlichen Regionen gegen verschärfte Vorschriften für Konzerne sind. Dies lässt sich regelmäßig an Beispielen von Investor*innenprojekten etwa im Bereich von Bauvorhaben im Tourismus oder Einkaufszentren in ländlichen Gemeinden erkennen, die von der lokalen Politik verteidigt und trotz vereinzelter Widerstände der lokalen Bevölkerung oft nicht verhindert werden (vgl. Krenslehner 2022; Ebenführer 2021).

Während der Ressourcenverbrauch global steigt, hat der Ressourcenabbau im Globalen Norden abgenommen – Grund dafür ist, dass Abbau und Umwelt-Kosten vermehrt in den Globalen Süden ausgelagert werden. Rurale Ökonomien im Globalen Norden sind demnach verstärkt konsumorientiert und stützen sich auf die Vermarktung von Ressourcen im Tourismus (vgl. Maschke et al. 2020: 23). Heute verlagert sich der Wirtschaftsfokus in ländlichen Regionen immer mehr auf den Dienstleistungssektor. Die Gründe dafür werden in einer allgemeinen Tendenz zu Dienstleistungen, mehr staatlichen Förderungen für ländliche Ökonomien, dem steigenden Konsum in ländlichen Räumen und dem Ausbau des Breitbandnetzes verortet (ebd. S. 23). Eine wichtige Rolle kommt gemäß Maschke et al. (vgl. 2020: 24) der Kommodifizierung ländlicher Räume im Zuge des bereits erwähnten Tourismus zu. Hintergrund ist die Suche nach neuen Akkumulationsmustern. „Die Inwertsetzung von Ländlichkeit findet auf verschiedenen Ebenen statt“, so Maschke et al. (2020: 24). Vermarktet und zum Kauf angeboten werden Eigenschaften, die meist aus gezielt reproduzierten Diskursen entstehen, wie etwa als schön plakatierte Landschaften oder die als ruhig und unberührt ausgewiesene Natur, die zu Erholungszwecken angeboten wird. Beim „Urlaub am Bauernhof“ bekommen Tourist*innen die Möglichkeit, am ihnen als attraktiv angepriesenen ländlichen Leben teilzunehmen, und Bräuche zu pflegen, die sonst nicht mehr üblich wären

oder sind. Maschke et al. (2020) zeigen auf, dass ländliche Bevölkerungsgruppen davon nicht unberührt bleiben. Die touristische Beliebtheit einer Region macht sie auch für Zuzügler*innen attraktiv, was sich auf die Grundpreise vor Ort auswirkt und infolgedessen für die lokale Bevölkerung schwerer leistbar macht. Gleichzeitig entstehen viele Niedriglohnarbeitsplätze für Saisonarbeiter*innen gegenüber weniger Arbeitsplätze mit höherem Verdienst. Der Tourismus vergrößert daher auch die Einkommensschere in ländlichen Regionen. Zu den negativen Auswirkungen zählen den Autor*innen nach auch durch den Tourismus entstandene Umweltschäden (vgl. Maschke et al. 2020: 25). Die Ökonomien ländlicher Räume sind zusammenfassend geprägt von einem fortschreitenden Wandel: dem Wandel der Landwirtschaft, dem allgemeinen Strukturwandel hin zu Dienstleistungssektoren und von der Kommerzialisierung. In all diesen Prozessen spielen Finanzmärkte eine immer größer werdende Rolle (vgl. Maschke et al. 2020: 25).

Soziale Ungleichheit in ländlichen Räumen

Eng verbunden mit den ökonomischen Veränderungen sind auch soziale Wandlungsprozesse. Diese stellen einen weiteren wichtigen Forschungsbereich der Kritischen Landforschung dar. Zusammengefasst geht es hier um Themen wie ländliche Armut, Ausgrenzung, Konflikte um Wohnraum, Migration, Mobilität, Machtbeziehungen auf verschiedenen Ebenen sowie Akteur*innen und Netzwerke ländlicher Politik. Im folgenden Abschnitt soll in Kürze auf diese Themen eingegangen werden. Hilfreich dafür ist die Perspektive der Ungleichheitssoziologie.

Die Ungleichheitssoziologie befasst sich mit Ungleichheitsdimensionen wie Einkommen, Bildung oder Prestige. Stellt man diese in den Querschnitt mit der Kategorie Raum, so ergeben sich eine Vielzahl neuer Fragestellungen, wie räumliche und soziale Ungleichheit einander beeinflussen. Der Forschungsstand zeigt, wie ökonomische und politische Disparitäten sich auch räumlich ausdrücken, etwa durch mangelhaften Ausbau der (sozialen) Infrastruktur und welchen Einfluss dies auf unterschiedliche Lebensrealitäten hat (vgl. Neu 2022: 239). Demnach liegt soziale Ungleichheit vor, wenn der Zugang zu sozialen Dienstleistungen für bestimmte Gruppen erschwert ist, was auch eine räumliche Komponente hat. Beispiele dafür ist die Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen, Arbeitsplätzen, Gesundheitsversorgung, Betreuungseinrichtungen, Freizeitangeboten etc., die eng mit Mobilität und diskursiven Narrativen des „Abgehängtseins“ zusammenhängen und die subjektive Zufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen von Menschen beeinflussen (vgl. Neu 2022: 241-247). Ländliche Armut wird häufig auch versteckte Armut genannt, da sie weit weniger häufig thematisiert wird und weniger sichtbar ist als urbane Armut. Mitunter wird ländliche Armut tabuisiert (vgl. Haubner et al. 2022: 262f.). Maschke et al. (vgl. 2020) ziehen bei ihrer Definition

von Armut neben materiellen Gradmessern wie etwa Einkommen zusätzlich auch immaterielle Aspekte hinzu: Unter dem Begriff „soziale Exklusion“ werden beispielsweise soziale Ausschlüsse durch unzureichenden Zugang zu Bildung oder anderen öffentlichen Einrichtungen berücksichtigt (vgl. ebd. S. 26). Ältere Personen sowie im Niedriglohnsektor Beschäftigte sind laut Forschungsstand besonders häufig von Armut im ländlichen Raum betroffen. Die am stärksten von Armut betroffenen Gruppen sind meist marginalisierte ethnische Minderheiten (vgl. ebd. S. 27). Ein wichtiger Aspekt dabei ist Rassismus. Die diskursiven Zuschreibungen von Ländlichkeit im Globalen Norden als *weiße* Räume, resultieren in fehlender Repräsentanz von People of Colour – und das trotz zunehmender Migration. Maschke et al. (2020) nennen auch ökonomische Gründe für die Exklusion migrantischer Gruppen oder ethnischer Minderheiten. Weil im Niedriglohnsektor dringend Arbeitskräfte benötigt werden, die von der lokalen Bevölkerung nicht gedeckt werden, werden zunehmend Menschen aus dem Ausland „angelockt“. So etwa als Gastarbeiter*innen in den 90er Jahren in Österreich (vgl. Schader-Stiftung 2011: 58f.). Diese Menschen verbleiben häufig in Niedriglohnbeschäftigungen und werden durch Stigmatisierung und Isolierung von herrschenden sozialen Räumen ausgeschlossen (vgl. Maschke et al. 2020: 29). Aufgrund von struktureller Diskriminierung haben Minderheiten weniger oft Zugang zu Krediten und Subventionen, was sie wiederum in die Armut treibt (vgl. ebd.). Zudem nutzen und reproduzieren rechte Gruppen Diskurse rund um *weiße* und traditionelle ländliche Räume, um diese für sich zu reklamieren (vgl. Maschke et al. 2020: 29). Sarah Neal und Julian Agyeman (vgl. 2006) haben sich mit Ausgrenzung und Rassismus in ländlichen Regionen in England auseinandergesetzt und argumentieren, dass die britische Staatsbürgerschaft in ländlichen Regionen für nicht-*weiße* Menschen nicht automatisch zu einem Zugehörigkeitsgefühl führt. Sie stellen fest, dass „ländliche Räume“ in England symbolisch-diskursiv *weiß* besetzt sind (vgl. Neal & Agyeman 2006: 120). Auch Bhopal kritisiert ländliche Regionen in England im Kontext vom schulischen Umgang mit Kindern, die der Gruppe der Gypsy Travellers angehören. Im Gegensatz zu Schulen in urbanen Kontexten stellte Bhopal in ländlichen Schulen einen diskriminierenden Umgang mit dieser Minderheit angehörenden Schüler*innen fest (vgl. Bhopal 2006: 211f.). Ländliche Räume werden demnach als *weiße*, maskuline Orte dargestellt. Die rurale Geschlechterforschung befasst sich mit Geschlechterrollen und deren Auswirkungen auf Individuen am Land, Gleichstellung und Zuschreibungen von Männlichkeit und Weiblichkeit und deren Veränderungen sowie Sexualität in ländlichen Räumen. Aktuelle Arbeiten zu Genderforschung in ländlichen Regionen befassen sich mit dem Konzept der Intersektionalität in Verschränkung mit Räumlichkeit und stellen fest, dass der Strukturwandel in ruralen Räumen sich auch auf die Geschlechterverhältnisse auswirkt (vgl. Maschke et al. 2020: 30; Tuitjer 2022: 92). Im Zentrum der ruralen Geschlechterforschung steht häufig auch das Thema Abwanderung – vor allem junger Frauen von ländlichen in urbane Räume. Die

Gründe dafür sind komplex: Ähnlich wie beim Thema Rassismus sind bestehende patriarchale Strukturen dafür verantwortlich, dass als Frauen gelesene Personen in ländlichen Räumen Schwierigkeiten haben, Ausbildungs-, oder Bildungswege zu verfolgen und gut bezahlte Arbeitsplätze zu finden (vgl. Weber & Fischer 2012: 6; Oedl-Wieser 2018: 48ff.). Ein Beispiel ist die fehlende Infrastruktur in der Kinderbetreuung und eine mangelhafte gesellschaftliche Partizipation bzw. politische Repräsentation (vgl. Ödl-Wieser 2018: 50). Aus diesen Gründen kehren viele Frauen nach Abschluss ihrer Ausbildung in urbanen Zentren nicht in die ländlichen Regionen zurück, sondern bleiben in urbanen Räumen (vgl. Schubert 2022: 64). Meyer und Miggelbrink (2022) mahnen dazu, bei der Erforschung von individuellen Migrationsbewegungen subjektive Entscheidungen und strukturelle Bedingungen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern diese als wechselseitiges Zusammenspiel zu betrachten (vgl. S. 143). Migration prägt ländliche Räume maßgeblich und wirkt sich auf die unterschiedlichen Bereiche aus, auch auf die Bodennutzung. In ländlichen Räumen sind die Zuschreibungen von Fremdheit und Zugehörigkeit besonders stark ausgeprägt, was es für zugezogene Personen schwierig macht, sich mit dem Land zu identifizieren und Fuß zu fassen. Aktuelle Arbeiten argumentieren, dass Zuwanderung in Zukunft ein großes Potenzial für ländliche Räume darstellen kann, um Trends wie Arbeitskräftemangel und Überalterung zu begegnen, die im Kontext des Strukturwandels aufgefasst werden müssen. Dafür müssten rurale Entscheidungsträger*innen jedoch einen Perspektivenwechsel einlegen (vgl. Gruber und Schorn 2019: 6; Wiegandt & Krajewski 2020: 22). Gleichzeitig wird davor gewarnt, geflüchtete Personen für die Regionalentwicklung instrumentalisieren zu wollen (vgl. Scheib 2022: 362). Stattdessen werden alternative Lösungsansätze gefordert (vgl. S. 366). Migration ist demnach zugleich ein Produkt und eine Ursache von sozialer Ungleichheit in ländlichen Räumen.

Ländliche Mobilität

Ein weiteres Themengebiet, dem die Rural Studies bzw. die Kritische Landforschung viel Beachtung widmen, ist die Mobilität im ländlichen Raum. Auch politisch wird Mobilität im ländlichen Raum regelmäßig diskutiert. Die öffentliche Debatte ist von der Annahme geprägt, die ländliche Bevölkerung sei immobiler als die städtische. Tatsächlich legen Menschen aus ländlichen Räumen täglich größere Distanzen zurück, um zu Arbeitsplatz, Ausbildungsstätte oder Freizeitangebot zu gelangen. Die größeren Entfernungen bewirken eine stärkere Abhängigkeit von Transportmitteln, in der Regel vom motorisierten Individualverkehr. Der Ausbau von Telekommunikationsnetzwerken in peripheren Räumen auf die Mobilität ist Hoffnungsträger der Politik, um die Notwendigkeit von Mobilität abzuschwächen und etwa Arbeit im Home-Office bzw. Fernlehre zu ermöglichen. Politische Akteur*innen versprechen

sich davon eine Verkehrswende und eine Einsparung von Emissionen einerseits und eine Attraktivierung der von Abwanderung betroffenen ländlichen Räume andererseits. Die tatsächlichen Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten von Remote Work sind bisher jedoch nur wenig erforscht. In Bezug auf die Fragestellung sind daher Straßenbau bzw. der Ausbau von öffentlicher Verkehrsinfrastruktur in ländlichen Regionen für die sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung von großer Bedeutung (vgl. Maschke et al. 2020: 32; Horx, 2020).

Wohnen und Flächengerechtigkeit in ländlichen Räumen

Ein weiterer Themenbereich der Rural Studies, der in engem Zusammenhang mit Bodennutzung steht, ist die Frage des Wohnraums in ländlichen Räumen. Diese Frage ist in der öffentlichen wie auch akademischen Debatte meist urbanen Räumen vorenthalten. Dass gerade in ländlichen Regionen die Wohnraumproblematik seltener diskutiert wird, liegt laut Maschke et al. (2020: 32) unter anderem am hohen Eigentumsanteil in ländlichen Wohngegenden. Es ist jedoch unumstritten, dass ein Mangel an Miet- und vor allem Sozialwohnungen herrscht. Dies liegt an Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnsektor, an der schlechten Bausubstanz bzw. infrastrukturellen Versorgung bestehender Gebäude und der Schwierigkeit, neue Wohngebäude zu errichten: Zum einen sei es nicht im Interesse lokaler Eliten, das „Idyll des Ländlichen durch Mietwohnungen zu gefährden“, die zusätzlich den Wert von angrenzenden Privatimmobilien senken, so Maschke et al. Außerdem seien Naturschutz, Bebauungszonen und Bodenschutz zu beachten (vgl. Maschke et al. 2020: 32f.). Ein Phänomen, das Wohnungsmangel verstärkt, ist ländliche Gentrifizierung. Gentrifizierung bezeichnet die Aufwertung von Vierteln oder Häusern, verbunden mit einem Bevölkerungsaustausch der Nachbarschaft, der einen sozialen Wandel nach sich zieht (vgl. Holm 2012: 661). Dieser Prozess ist Holm zufolge überall zu beobachten, auch in Form von ländlicher Gentrifizierung (vgl. S. 677). Die treibenden Trends der ländlichen Gentrifizierung sind die Abwanderung junger Bevölkerungsgruppen einerseits und der Zuzug urbaner, soziodemografisch und finanziell privilegierter Gruppen andererseits. Durch deren Immobilienkäufe bzw. Investitionen in Bauland steigen Bodenpreise und Mieten, wodurch sich viele lokale Bevölkerungsgruppen diese nicht mehr leisten können. Das Phänomen der ländlichen Gentrifizierung ist jedoch auch akademisch umstritten (vgl. S. 33). Letztendlich zeugen widersprüchliche Studienergebnisse – wonach Migrationsbewegungen in ländliche Regionen ein komplexer Prozess sind, Gentrifizierung nicht zwangsläufig zur Verdrängung lokaler Gruppen führt und leistbarer Wohnraum zu den Motiven für Migration zählt – von der Diversität und Komplexität ländlicher Räume (vgl. Maschke et al. 2020: 34; Mießner & Naumann 2021: 200). Auch Holm (2012) stellt fest, wie sich Gentrifizierung durch die

Verwendung im stadtpolitischen Kontext zu einem umstrittenen Begriff entwickelt hat (vgl. 663). Grundsätzlich ist Gentrifizierung dennoch als nicht zu vernachlässigender treibender Faktor für den Mangel an Wohnraum und Preissteigerungen am Immobilienmarkt zu verstehen. Ländliche Regionen in Tourismusgebieten, aber auch in wachsenden Siedlungsgebieten in städtischen Randlagen – dem sogenannten Speckgürtel – sind besonders betroffen und tragen dadurch zur Ungleichheit in ländlichen Räumen bei (vgl. Mießner & Naumann 2020: 194).

Auch aus ökologischer Perspektive wird Wohnen nicht nur in den Rural Studies, sondern auch in der öffentlichen Debatte regelmäßig kontrovers diskutiert. Es überwiegen einerseits Argumente, die den „Ressourcenverbrauch“ anprangern – etwa durch die Versiegelung von Flächen in ländlichen Gebieten und die Problematik von abgelegenen Siedlungsgebieten, die eng im Zusammenhang mit fehlenden öffentlichen Verkehrsmitteln steht (vgl. Mießner & Naumann 2020: 194). Darauf wird im darauffolgenden Unterkapitel aus Sicht der Politischen Ökologie noch weiter eingegangen. Die Forderung nach weniger Versiegelung zugunsten der Ökologie scheint andererseits im Widerspruch zur sozialen Forderung nach mehr leistbarem Wohnraum zu stehen (vgl. Brokow-Loga und Neßler 2020: 183). Aus der Perspektive der Kritischen Landforschung steht die Frage im Vordergrund, welche Flächen für wessen Interessen verwendet werden, wer davon profitiert und wer nicht. Diese Fragen werden unter dem Konzept der Flächengerechtigkeit diskutiert. Brokow-Loga und Neßler (2020) verdeutlichen, dass die beiden widersprüchlich erscheinenden Problematiken – die soziale und ökologische Krise von Wohnraum – Ausprägungen derselben Krise sind (vgl. 183f.). Demnach geht die ungleiche Verteilung von Wohnraum einher mit soziodemografischen Faktoren. Kurz zusammengefasst kann man feststellen: Je mehr Einkommen, desto größer die Wohnfläche. Diese Flächenungerechtigkeit verstärkt wiederum weitere Ungleichheiten wie erhöhte Mietpreise, die Verknappung von Wohnraum, Verdrängung von Bevölkerungsgruppen, Armut durch Mietbelastung und in weiterer Folge Obdachlosigkeit. Gleichzeitig steigt der Wohnflächenverbrauch global, wodurch es zu Biodiversitätsverlusten, mehr versiegelten Flächen und Klimakrisen-Effekten, wie Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen kommt (vgl. Brokow-Loga und Neßler 2020: 184ff.). Die Folgen spüren wiederum Menschen in ärmeren Wohngegenden verstärkt. Auf dieses Phänomen wird im Kapitel aus Sicht der Politischen Ökologie unter dem Abschnitt zu Umweltgerechtigkeit näher eingegangen. Brokow-Loga und Neßler (2020) sprechen in diesem Zusammengang von Wohnflächenungerechtigkeit (vgl. ebd. S. 185) und lenken in ihrer Argumentation den Fokus auf die Frage, wer bzw. was diese Ungerechtigkeit verstärkt, und hinterfragen ungerechte gesellschaftliche Eigentums- und Machtverhältnisse (vgl. ebd. S. 187). Um diese zu überwinden, müsse sich die politische Debatte dahingehend ändern, dass weniger über

Mindestwohnflächen, sondern über Maximalwohnfläche pro Person diskutiert werde. Statt Scheinlösungen wie Tiny Houses, die sich in die marktwirtschaftliche Logik eingliedern und wiederum die angespannte Lage am Wohnungsmarkt befeuern sowie Wohnstandards für ärmere Personen senken, schlagen Brokow-Loga und Neßler Freiräume für solidarische Lebensweisen vor, wo Flächen über Teilen und gemeinschaftliche Nutzung dekommodifiziert werden (vgl. S. 188). Dafür seien aber politische Maßnahmen notwendig: Einerseits müsse man Neubauten und Förderungen wie beispielsweise die Eigenheimförderung – von denen in erster Linie die Bauwirtschaft profitiere – hinterfragen, die ungerechte Verteilung von Wohnraum sichtbar machen und andererseits Baustopps und Maximalwohnflächen einführen. Im Vordergrund des Konzepts der Flächengerechtigkeit stehe die bedürfnisorientierte und demokratische Verteilung von Flächen (vgl. ebd. S. 189). Auch in ländlichen Räumen ist dies von Bedeutung, so zeigt sich etwa, dass die Attraktivität von ländlichen Räumen als Wohnort in der Pandemie zugenommen hat, was sich auf die Immobilienpreise Gemeinden im Umland von urbanen Zentren auswirkt und möglicherweise Verdrängungsprozesse verstärkt (vgl. Neu 2022: 239). Zudem sind die Baustrukturen in peripheren Regionen eher flächenintensiver als in städtischen Räumen. Diskursiv spielen hier auch der „Traum vom Einfamilienhaus“ sowie die neoliberale Norm des privaten Eigenheims eine Rolle (vgl. Brokow-Loga und Neßler 2020: 184, 187).

Mensch-Umwelt-Beziehungen

Die Auswirkungen, die menschliches Verhalten auf Orte hat, sind Gegenstand von Mensch-Umwelt-Beziehungen, die auch in der Forschung rund um ländliche Räume erörtert werden. Ländliche Räume haben demnach einerseits eine wichtige Bedeutung im Naturschutz, andererseits hat der Klimawandel Auswirkungen, die sich vor allem in ländlichen Räumen zeigen. Ländliche Räume sind aufgrund ihrer historisch gewachsenen Aufgabe, Industrie-Gesellschaften mit „Ressourcen“ zu versorgen, stärker von Umweltbelastungen betroffen, die von „Ressourcenabbau“, Entsorgungsdeponien und großen Infrastrukturprojekten rühren. Naturschutz ist hingegen ein Konzept, dem ein Verständnis von idealisierten, abgeschlossenen und schutzbedürftigen Landschaften zugrunde liegt. Auch der Naturschutz unterliegt einer neoliberalen Inwertsetzung. Nicht nur Land, sondern auch Naturschutz wird als Anlageform genutzt, so die Feststellung kritischer Geograph*innen (vgl. Brand & Wissen 2014: 26f.; Sippel & Böhme 2022: 121f.). Umweltorganisationen seien oftmals innerhalb des kapitalistischen Systems angesiedelt und sehen dementsprechend auch die Lösungen in kapitalistischen Prozessen. Die Interessen der lokalen Bevölkerung würden in vielen Fällen beim Naturschutz nicht oder wenig berücksichtigt. Beispiele sind Nationalparks, Schutzzonen oder auch Landnutzungspläne (vgl. Maschke et al. 2020: 35ff.). Dazu kommt, dass ländliche

Regionen – und vor allem jene im Globalen Süden – von den Auswirkungen des Klimawandels besonders stark betroffen sind (vgl. Bauriedl 2016a: 345). Mit dem Begriff „Vulnerabilität“ wird in der Literatur dieses Phänomen der ungleichen Betroffenheit bezeichnet, das sich vor allem in der Landwirtschaft widerspiegelt. Doch auch andere Wirtschaftszweige, wie etwa der Tourismus, sind zum Teil von den Entwicklungen gefährdet – man denke nur an Wintersportregionen. Abseits wirtschaftlicher Konsequenzen sind Menschen in ländlichen Regionen auch stärker von Extremwetterereignissen und damit eintretenden Naturkatastrophen betroffen. Der Forschungsstand geht davon aus, dass die ungleiche Vulnerabilität auch das Resultat ungleich verteilter Macht ist. Gleichzeitig sind ländliche Regionen auch jene Orte, wo Klimaschutzmaßnahmen, wie beispielsweise Kraftwerke für Erneuerbare Energiequellen, Aufforstungsprogramme, Anpassungs- und Renaturierungsprojekte, umgesetzt werden (vgl. Maschke et al. 2020: 36f.). Ein Kritikpunkt der Forschung lautet auch, dass bei allen Anpassungsbestrebungen das Risiko besteht, die Verantwortung für Klimaschutz auf Individuen abzuwälzen, anstatt internationale Konzerne in die Pflicht zu nehmen (vgl. Maschke et al. 2020: 38). Häufig überwiegt im kommunalen Klimaschutz ein Framing, das strukturelle und wirtschaftliche Ursachen vernachlässigt (vgl. Hübler 2022: 206). Mehr zu Mensch-Umwelt-Beziehungen ist auch in den Ausführungen unter Punkt 2.2 nachzulesen.

Macht und Governance in ländlichen Räumen

Ungleiche Machtverhältnisse spiegeln sich auf allen Ebenen der Politik bzw. Governance wider: Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die verschiedenen Ebenen – selbst die globale – Einfluss auf lokale Gegebenheiten haben. Die den dort lebenden Menschen nächste Entscheidungsebene ist in vielen Fällen die Kommune bzw. Gemeinde. Sie gibt der Bevölkerung auch Mitspracherecht, in Form von Kommunalwahlen oder Bürgerbeteiligungsprozessen. Die Wirkungsmacht dieser Beteiligungsprozesse ist jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt. Maschke et al. (vgl. 2020) unterscheiden zwischen zwei maßgeblichen Paradigmen ländlicher Entwicklung, die politischen Regionalstrategien zugrunde liegen. Das Modernisierungsparadigma – auch exogenes Entwicklungskonzept – geht von linearen Entwicklungspfaden aus und hatte in der Vergangenheit häufig Zusammenlegungen von Gemeinden zur Folge. Diese Strategie gilt als überkommen. Dem gegenüber steht das endogene Entwicklungsparadigma, das von einer Bottom-Up-Strategie ausgeht, die unterschiedliche lokale Akteur*innen einbezieht. Endogene Entwicklungsstrategien sollen Umsetzungspotenziale stärken, verlagern jedoch die Verantwortung auf lokale Akteur*innen, während sie übergeordnete Prozesse ausblenden, so die Kritik (vgl. Maschke et al. 2020: 41-42).

Ländliche Räume werden häufig mit Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in Verbindung gebracht (vgl. Maschke et al. 2020: 44). Die Gründe dafür werden in verschiedenen Faktoren gesehen. Eine These lautet: Populistische, und insbesondere rechtspopulistische Bewegungen haben in ländlichen Räumen eine spezifische Dynamik, die von Gefühlen wie Macht- und Perspektivlosigkeit profitiert und diese gleichzeitig verstärkt (vgl. Maschke et al. 2020: 40-45). Infrastrukturelle Mängel und fehlender Zugang zu sozialen Einrichtungen stehen demnach im Zusammenhang mit rechtspopulistischen Politiken. Die politische Strategie der Schaffung einer räumlichen kollektiven Identität, etwa durch den Heimatbegriff, schafft zugleich ein Gefühl von Zugehörigkeit und Abgrenzung des Fremden. Auch das gemeinsame Erleben von Peripherisierung geht mit einem kollektiven identitätsstiftenden Gefühl einher, das zum subjektiven Erleben von Benachteiligung führt und autoritären Populismus wiederum befeuert (vgl. Zerche 2022: 375-377).

Der Begriff „Heimat“ wurde von populistischen, konservativen politischen Bewegungen angeeignet und steht eng in Verbindung mit ländlichen Räumen. Der Heimatbegriff ist im politischen Diskurs allgegenwärtig und dabei stark umkämpft. Regener et al. definieren drei Funktionen, die das Narrativ von Heimat erfüllt: Es fördert die Verantwortungsübertragung von Aufgaben von Bundes- oder Landesebene auf die Kommunen, es füttert das Narrativ des ländlichen Idylls und rechtfertigt dadurch strukturelle Mängel und verhüllt regionale Ungleichheiten (vgl. Regener et al. 2022: 428; 438-439).

Die angeführten Themen sind ein Auszug aus den Forschungsschwerpunkten der Kritischen Landforschung und spiegeln die Bandbreite und Komplexität von ländlichen Räumen wider. An der Kritischen Landforschung wird kritisiert, dass lokale Maßstäbe innerhalb von Konzepten bevorzugt und überbewertet werden (vgl. Purcell 2006: 1.931). Purcell nennt dies „The local trap“ und kritisiert den Fokus auf die lokale Ebene als Vorbild für demokratische Prozesse und die fehlende Miteinbeziehung der globalen Ebene bzw. der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Ebenen. Anstatt eines Rechts auf Stadt oder Rechts auf Dorf schlägt er ein Recht auf Wohnen vor (vgl. Purcell 2006: 1.936). Für die vorliegende Fragestellung ist dieser Kritikpunkt jedoch vernachlässigbar, da der Fokus spezifisch auf der lokalen Ebene liegt, anhand derer strukturelle Rahmenbedingungen konkret erforschbar werden, wie der empirische Teil dieser Arbeit zeigen wird. Insgesamt bietet die Kritische Landforschung eine geeignete Linse, um spezifische Phänomene in ihrer komplexen Einbettung in Strukturen zu erfassen und ein Verständnis dafür aufzubauen, welche Rolle diese Strukturen beim Thema Bodennutzung spielen. Zudem kritisiert sie nicht nur die bestehenden Verhältnisse, sondern

bietet auch Vorschläge für Alternativen (vgl. Blomley 2006: 88; Maschke et al. 2020: 52). Entsprechende Ansätze, die für diese Arbeit relevant sind, werden in Abschnitt 2.3 vorgestellt.

Das folgende Kapitel befasst sich mit einer weiteren Forschungsrichtung, die für die Erarbeitung der leitenden Fragestellung hilfreiche Konzepte liefert.

2.2 Relevante Aspekte der Politischen Ökologie

Die Politische Ökologie bietet als Ansatz zusätzlich zur Kritischen Geographie bestimmte Konzepte, die bei der Analyse der unterschiedlichen Interessen und damit verbundenen Herausforderungen rund um Bodennutzung nützlich sind. Vertreter*innen der Politischen Ökologie gehen davon aus, dass politisch-ökonomische und ökologische Dynamiken in einem engen Zusammenhang stehen. Im Zentrum polit-ökologischer Forschung steht die Analyse des Verhältnisses von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, Produktionsweisen, Arbeitsverhältnissen und Prozessen der Ressourcennutzung sowie damit einhergehenden sozialen Ungleichheiten auf globaler und lokaler Ebene. Auch postkoloniale und feministische Ansätze werden in der Politischen Ökologie berücksichtigt, wodurch marginalisierte Gruppen eine aktive Rolle einnehmen (vgl. Brad & Brand 2016: 5f.). Sprachlich-diskursive bzw. poststrukturalistische Überlegungen sind in der Politischen Ökologie ebenfalls vertreten (vgl. Köhler & Wissen 2010: 220; Brad & Brand 2016: 6). Diskursiven Ansätzen wird in dieser Arbeit ein bedeutsamer, jedoch nicht zentraler Platz eingeräumt. Stattdessen steht die Beschreibung und Wirksamkeit von gesellschaftlichen Phänomenen im Vordergrund. Ähnlich wie bei der Politischen Ökonomie und in der Kritischen Landforschung spielen Fragen der Gerechtigkeit von Verteilung in der Politischen Ökologie eine wesentliche Rolle (vgl. Bauriedl 2016a: 343). Robbins (vgl. 2004) spricht von der Politischen Ökologie als kritisches Analysewerkzeug, das sowohl „Hacke“ als auch „Samen“ vereint: Ihm zufolge kann der Ansatz einerseits genutzt werden, um mit einer symbolischen „Hacke“ Mainstream-Ansätze aufzubrechen und neu zu ordnen. Andererseits bietet der Ansatz auch Raum für Lösungsansätze und Alternativen, die wie aus einem „Samen“ in dem aufgebrochenen „Boden“ der Theorien und Grundannahmen entstehen können (vgl. Robbins 2004: 12f.). Ziel der politisch-ökologischen Forschung ist daher nicht nur, auf ungleiche Machtverhältnisse im Zuge von Umweltveränderungen hinzuweisen, sondern auch, Alternativen für eine ökologisch und sozial gerechte Gesellschaft zu entwickeln (vgl. Maschke et al. 2020: 12). Objekt politisch-ökologischer Forschung waren in den 1990er Jahren vorrangig agrarwirtschaftliche Problemfelder im Globalen Süden, bis in den vergangenen Jahren auch der Globale Norden in das Blickfeld der Forschung gerückt ist. Städtische Räume im Globalen Norden und ihre Umweltprobleme spielen für den Ansatz im letzten Jahrzehnt eine wachsende Rolle (vgl. Brad & Brand 2016: 6). Ebenfalls zentral für die Politische Ökologie ist die Kritik an kapitalistischen

Produktionsweisen und der diesen inhärenten ökologischen und sozialen Destruktivität. In den Worten von Brad und Brand (2016): „Eine implizierte ökologische Destruktivität des Kapitalismus bedeutet, dass er sich seiner eigenen (Re-)Produktionsbedingungen kontinuierlich beraubt und folglich seine eigene Existenzgrundlage untergräbt“ (Brad & Brand 2016: 7). Kapitalistische Produktionsmuster gehen, so die von Marx geprägte Annahme, über die reine Aneignung von Natur durch Menschen hinaus und greifen aufgrund ihres Akkumulationszwangs expansiv fortschreitend in natürliche Ressourcen über. Dabei wird die Eigenständigkeit von Natur nicht anerkannt (vgl. Brad & Brand 2016: 7). Ein Vertreter des Ökomarxismus – ein Ansatz im Rahmen der Politischen Ökologie – ist Elmar Altvater: Er stellt einen immanenten Widerspruch von kapitalistischen Produktionsweisen fest, da diese sich zwangsweise ihrer eigenen Grundlage – ökologischer und sozialer Reproduktionsbedingungen – berauben (vgl. Altvater 2005: 14). Diese Annahmen sind grundlegend für die Politische Ökologie und für den Blick auf den hier zu beforschenden Gegenstand – die sozial-ökologische Bodennutzung. In dem bekannten Bericht im Auftrag des Club of Rome mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ (vgl. Meadows et al. 1973) stellten Forscher*innen des MIT bereits 1972 fest, dass viele „endliche Ressourcen“ – wie etwa Boden – in der aktuellen Wirtschaftsweise nicht lange standhalten können. Das Exekutiv-Komitee des Club of Rome sprach bereits vor fast 40 Jahren davon, dass aufgrund der Komplexität der Verwicklungen „keine Kombination rein technischer, wirtschaftlicher oder gesetzlicher Maßnahmen eine wesentliche Besserung“ (Meadows 1973: 172) der Situation bringen könne. Die Erkenntnis lautete bereits damals, dass es neue Vorgehensweisen brauche. Das Ziel sei „ein harmonischer Gleichgewichtszustand der Weltwirtschaft, des sozialen und ökologischen Gleichgewichts“ (Meadows 1973: 174). Gleichzeitig wurde betont, dass die Herbeiführung dieses Gleichgewichtszustandes durch grundlegende Werteveränderungen auf individueller, nationaler und globaler Ebene geschehen könne bzw. müsse (vgl. Meadows 1973: 174). Diese Erkenntnisse sind heute weitläufig bekannt – nicht nur im akademischen, sondern auch im öffentlichen Diskurs. Bemerkenswert ist daher das Ausbleiben der als notwendig konstatierten sozial-ökologischen Transformation, was Hintergrund der hier zu beantwortenden Forschungsfragen ist. Der Club of Rome veröffentlichte dazu 2022 bereits den zweiten Bericht, in dem er diese Fragen anspricht und Alternativen vorschlägt, auf die in Kapitel 2.3 näher eingegangen werden soll (vgl. Club of Rome 2022). Zunächst sollen aber einige zentrale Annahmen und Konzepte der Politischen Ökologie vorgestellt und für den Kontext der Bodennutzung angewandt werden.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Ein Schlüsselkonzept der Politischen Ökologie stellt die kritische Betrachtung gesellschaftlicher Naturverhältnisse dar. Dieses setzt voraus, dass Natur sozial produziert wird, sowohl physisch-materiell als auch sprachlich-symbolisch. Mit dieser Dualität soll die Differenz zwischen naturalistischen und soziozentrischen Positionen überwunden werden. Betont wird der Zusammenhang von Gesellschaft und Natur, deren Unterschied sowie die historische Einordnung der unterschiedlichen Verhältnisse von Mensch und Natur vor dem Hintergrund von sozialökonomischen Herrschaftsverhältnissen. Das Konzept eignet sich mit Hinblick auf diese Arbeit dafür, soziale und ökologische Themen in einen Zusammenhang zu stellen, ohne dabei auf einer individuellen Ebene verweilen zu müssen (vgl. Köhler & Wissen 2010: 218ff.). Eine der Grundannahmen ist die Wechselwirkung von Gesellschaft und Natur, die nicht als voneinander getrennte Bereiche, sondern als miteinander verwoben aufzufassen sind. Krisenphänomene können mit dieser Anschauung in einem komplexen Kontext betrachtet werden: Der Ansicht, bei Umweltproblemen handle es sich um isolierte Phänomene, die von Menschen technisch gelöst werden können, kann die Reziprozität von gesellschaftlichem Tun und dem Walten der Natur entgegengesetzt werden (vgl. Becker et al. 2011: 77; Jahn & Wehling 1998: 80f.). Ein Ansatz innerhalb des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beschäftigt sich mit deren Regulation. Verbindet man gesellschaftliche Naturverhältnisse mit menschlichen Grundbedürfnissen, so entsteht laut Becker et al. (2011) ein normativer Charakter: Werden die Naturverhältnisse demnach auf eine „gerechte Art“ reguliert, so sollen die Grundbedürfnisse aller Menschen erfüllt werden können (vgl. S. 79), so der Ansatz. Dass es daran hapert, zeigen Statistiken zur Ernährungssicherheit – trotz ausreichender Nahrungs-Produktion ist diese global ungleich verteilt (vgl. FAO et al. 2022). Ein Augenmerk wird auf die Unterscheidung zwischen gesellschaftlicher Aneignung und Ausbeutung von Natur gelegt. Marx zufolge müssen sich Menschen zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse die Natur aneignen und transformieren (zitiert nach Dietz & Engels 2014: 79). Krisenhaft wird der Umgang von Menschen mit Natur durch hochindustrialisierte Produktionsweisen (vgl. Jahn & Wehling 1998: 81), wenn die Eigenständigkeit der Natur ignoriert wird, oder durch die Ungleichverteilung von Nutzungsrechten der Natur (vgl. Dietz & Engels 2014: 79). Das Thema Krisen und Konflikte im Zusammenhang mit Natur wird an anderer Stelle noch näher beleuchtet.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse stellen ein Rahmenkonzept innerhalb sozialwissenschaftlicher Forschung mit ökologischem Schwerpunkt dar und werden innerhalb der Politischen Ökologie als Referenz für ein einheitliches Gegenstandsverständnis genutzt (vgl. Becker et al. 2011: 86). Becker et al. (2011) heben die Vorteile des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse hervor (S. 93):

- „Das Konzept ist rekonstruktiv, denn es ermöglicht es, unterschiedliche Konzepte von einer theoretischen Perspektive aus zu vergleichen.
- Es ist reflexiv, denn es legt Voraussetzungen und Vorannahmen frei, die jeweils bei der Festlegung einer Zentralreferenz gemacht werden.
- Es ist prozessual verfasst, denn es zeichnet in einem konkreten sozial-ökologischen Problembereich vor, wie durch eine Abfolge von Unterscheidungen, Verknüpfungen und Abgrenzungen sozial-ökologische System- und Handlungszusammenhänge strukturiert werden.
- Es ist kritisch angelegt, denn es ermöglicht eine doppelseitige Kritik naturalistischer und kulturalistischer Reduktionen sowie dualistischer Konstruktionen.
- Es ist transdisziplinär, denn konkrete sozial-ökologische Krisenphänomene und Problemlagen bilden den Ausgangspunkt und das Ziel der Forschung.
- Es ist systemorientiert, denn es bezieht sich auf systemische Probleme und Risiken und kann auf die Konstruktion komplexer sozial-ökologischer Systeme bezogen werden." (Becker et al. 2011: 93)

Für diese Arbeit sind vor allem zwei Aspekte und deren Betrachtung aus Sicht der Politischen Ökologie relevant: Einerseits die Einordnung von Boden als „natürliche Ressource" und dessen Nutzung bzw. Übernutzung im Zuge menschlicher Produktionsweisen sowie die sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Übernutzung. Andererseits die räumlichen Aspekte – lokaler und globaler Natur – von Mensch-Natur-Verhältnissen und die Rolle von Machtverhältnissen bei der Raumnutzung.

Kontextualisiert man das Thema Bodennutzung mithilfe des Konzepts gesellschaftlicher Naturverhältnisse, wird deutlich: Boden wird als „Ressource" seit jeher von Menschen genutzt, er ist eine der wichtigsten Lebensgrundlagen für Nahrung, Leben und Wirtschaften. Aus der Linse der Politischen Ökologie betrachtet wird Boden von Gesellschaften sowohl sprachlich als auch physisch produziert und geformt. Das Verhältnis zu Boden hat sich in der Geschichte der Menschheit stark gewandelt: Von nomadischen Lebensformen ohne festgeschriebene Besitzverhältnisse oder spirituelle Beziehungen zu Boden, über die Bewirtschaftung von Grund und Boden unter subsistenzwirtschaftlichen Bedingungen oder feudalen Nutzungs- und Besitzverhältnissen bis hin zu kapitalistischen Produktions- und Eigentumsformen von Boden. Im Falle letzterer schlägt die Aneignung von Boden jedoch in manchen Bereichen in Übernutzung bzw. Ausbeutung um. Die Folgen sind Bodenerosion, -Degradation, Naturereignisse wie Überschwemmungen, Dürren und die Verdrängung von Arten sowie soziale Folgen wie Hunger oder Armut (vgl. Gömann & Weingarten 2018: 1.344; Berger 2002).

Die Politische Ökologie erlaubt zudem eine analytische Betrachtung der Räumlichkeit von Ungleichheit. Wer welchen Raum wozu nutzt und wer hingegen ausgeschlossen wird bzw. von den Folgen der oben genannten Produktions-Nebeneffekte in welcher Weise betroffen ist, kann mithilfe dieses Ansatzes kritisch in den Blick genommen werden. Dazu eignen sich auch Ansätze rund um den Begriff Umweltgerechtigkeit.

Umweltgerechtigkeit

Das Konzept der Umweltgerechtigkeit erforscht die Zusammenhänge zwischen (sozialer) Ungleichheit und den Folgen von Umweltkrisen. Der Begriff Umweltgerechtigkeit umfasst ein breites Forschungsfeld, insbesondere im englischsprachigen Raum unter „environmental justice“ (vgl. Elvers 2011). Elvers (2011) spricht von einer enormen Diversifizierung des Diskurses rund um Umweltgerechtigkeit, der auf der Grundannahme einer sozialen Differenzierung bei der Betroffenheit von Umweltrisiken beruht. Ein Aspekt davon sind die lokalen und sozialräumlichen Ungleichheiten dieser Umweltrisiken (vgl. Elvers 2011: 477). Vertreter*innen des Umweltgerechtigkeits-Konzepts argumentieren unter anderem, die Folgen des Klimawandels seien in ländlichen Gebieten stärker spürbar als in städtischen Gebieten (Mießner & Naumann 2019: 14). Das Konzept kommt in unterschiedlichen Forschungsansätzen zum Einsatz: Ökonomische Ansätze beschäftigen sich seit nicht allzu langer Zeit mit Umweltgerechtigkeit. Die Gründe für die Vernachlässigung liegen in der mangelnden Quantifizierbarkeit von Natur und in der normativen Begrifflichkeit von Gerechtigkeit, die das Konzept für Mainstream-Ansätze wenig attraktiv machten (vgl. Anderson in Banzhaf 2012: 267). Untersuchungen zeigen einen klaren Zusammenhang zwischen Umweltbelastungen und sozialer Ungleichheit. Der Forschungsbereich Public Health beschäftigt sich stark mit diesem Zusammenhang im Kontext von Gesundheitsrisiken (vgl. Bolte et al. 2018; Elvers 2011: 469). Die Politische Ökonomie sucht währenddessen nach den ökonomischen Kräften, die für diese Ungleichheit bzw. die Korrelation von Umweltrisiken und der Betroffenheit von marginalisierten Gruppen verantwortlich sind (vgl. Banzhaf 2012: 3).

Im Folgenden soll das Konzept Umweltgerechtigkeit mit dem Forschungsgegenstand dieser Arbeit in Verbindung gebracht werden. Ländliche Räume verkörpern oft die Orte von Auseinandersetzungen rund um Umweltgerechtigkeit: Häufig sind sogenannte „Senken“, wie etwa Mülldeponien oder Industriegebiete, die für Umweltbelastungen verantwortlich sind, in ländlichen Räumen verortet. Die dort angesiedelten Menschen tragen die Kosten der Produktionsweisen, die für die meist im städtischen Raum angesiedelten Unternehmer*innen Gewinne bringen. Ländliche Räume können daher auch als Brücke zwischen Bevölkerung, Umwelt und Gerechtigkeits-Forderungen verstanden werden. Umweltgerechtigkeitsansätze

haben meist die Anerkennung der Rechte von marginalisierten Gruppen sowie den Zugang zu natürlichen Ressourcen zum Ziel (vgl. Maschke et al. 2020: 15).

In Großbritannien, wo das Konzept Umweltgerechtigkeit auf eine bereits etablierte Forschungstradition zurückblickt, zählt zu den dominierenden Diskursen die Frage rund um die Exklusivität von ländlichen Räumen: „Die ländliche Provinz steht damit für einen geographischen Raum, in dem sich ethnische Minderheiten nicht willkommen fühlen“ (Elvers 2011: 471). Elvers nimmt damit Bezug auf den Forschungsschwerpunkt von Julian Agyeman. Agyeman forscht zu sozialer Ungleichheit im Kontext von Umweltgerechtigkeit (vgl. Agyeman 2005). Im Fokus seiner Forschung stehen sogenannte LULUs – Locally unwanted land uses (vgl. Agyeman 2005: 15) und nachhaltige Kommunen (vgl. S. 39ff.). Agyeman (vgl. 2005) spricht die Lücke zwischen Forschungserkenntnissen und politischen Handlungen beim Thema Nachhaltigkeit an – demnach bietet die Wissenschaft bereits seit geraumer Zeit Lösungen für mehr Umwelt und Nachhaltigkeit. Diese Lücke stellt auch den Problemaufriss vorliegender Arbeit dar. Es sei die Politik oder der öffentliche Wille zur Veränderung, der Agyeman zufolge fehlt (vgl. Agyeman 2005: 40). Er argumentiert, dass ökologische Transformation nur mit sozialer Transformation einhergehen kann und von letzterer getragen werden muss. In seinen Worten: „Bei Nachhaltigkeit geht es genauso viel um Politik, Ungerechtigkeit und Ungleichheit wie um Naturwissenschaft oder Umwelt“ (Agyeman 2005: 43; Übersetzung d. A.). Agyeman versteht Nachhaltigkeit als „die Notwendigkeit, eine bessere Lebensqualität für alle, jetzt und in Zukunft, auf gerechte und gleichberechtigte Art zu sichern, unter Wahrung der Grenzen der unterstützenden Ökosysteme“ (Agyeman et al. 2003: 5; Übersetzung d. A.). Das aktuelle Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist seinem Verständnis nach ein Politikrahmen, dem die Anerkennung von sozialer Ungleichheit bzw. Ungerechtigkeit als Ursache unserer nicht-nachhaltigen Lebensweise zugrunde liegt (vgl. Agyeman 2005: 43). Nachhaltige Kommunen können daher laut Agyeman ebenso nur aus der Zusammenarbeit von Umweltgerechtigkeits- und „Just Sustainability-Bewegungen – das von Agyeman begründete Konzept von Nachhaltigkeit mit sozialem Fokus (vgl. Agyeman 2008) – ausgebaut werden (vgl. Agyeman 2005: 77f.).

Das emanzipatorische Potenzial des Konzepts Umweltgerechtigkeit liegt Elvers (2011) zufolge in der Öffnung von umweltaktivistischen Strömungen für sozial Benachteiligte. Die Politische Ökologie wird dadurch mit dem Aspekt der sozialen Ungleichheiten untermauert und nimmt eine herrschaftskritische Perspektive ein (vgl. Bauriedl 2016a: 343). Globale Ungleichheitsstrukturen könnten dadurch auf lokale Sozialräume übertragen werden. Umgekehrt kann vom Lokalen ausgehend die globale Perspektive eingebunden werden (vgl. Elvers 2011: 477). Hier gibt es große Überschneidungen mit der Kritischen Geographie.

Nahrungsregime

Ein weiteres, bei der Analyse von Bodennutzung in ländlichen Räumen nützliches Konzept innerhalb der Politischen Ökologie ist jenes der Nahrungsregime. Die Theorie der Nahrungsregime beschreibt die historische Entwicklung von landwirtschaftlicher Produktion in Beziehung zum jeweiligen politischen und ökonomischen Kontext. Dabei werden zwei bzw. drei wesentliche Nahrungsregime differenziert: Das erste reicht von den 1870er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg und ist geprägt von extensiver kapitalistischer Produktion im Kolonialismus, dem Export der in den Kolonien gewonnenen landwirtschaftlichen Produkte in den Globalen Norden und einer ersten internationalen Arbeitsteilung. Der Beginn des zweiten großen Nahrungsregimes wird mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs datiert und charakterisiert sich durch die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Entwicklung einer lebensmittelverarbeitenden Industrie und die Konzentration auf große Anbauflächen. Zusätzlich kamen Regulierungen in Form eines Protektionismus im Globalen Norden und die Ausweitung des transnationalen Agrarhandels hinzu. Je nach Forschungsmeinung wird von manchen Vertreter*innen der Nahrungsregime-Theorie eine weitere, dritte Phase ausgerufen, die in der Gegenwart dominiert. Diese ist vor allem von der Neoliberalisierung und in der Folge von Deregulierung und Privatisierung der Landwirtschaft geprägt. Neue Trends wie die Biotechnologie oder auch „grüne“ Umweltregime gewinnen in dieser Phase an Bedeutung. Diese Veränderungen, vor allem in Bezug auf Landwirt*innen, haben große Auswirkungen auf ländliche Räume und die dort lebende Bevölkerung (vgl. Maschke et al. 2020: 12-14).

Imperiale Lebensweise

Ein anderes Konzept, das sich mit ungleicher Nutzung von Raum und Ressourcen auseinandersetzt, ist jenes der imperialen Lebensweise, das von Brand und Wissen (2017) konzeptualisiert wurde und folgendermaßen beschrieben wird: „[Eine] Lebensweise, die darauf beruht, sich weltweit Natur und Arbeitskraft zunutze zu machen und die dabei anfallenden sozialen und ökologischen Kosten zu externalisieren […]“ (Brand & Wissen 2017: 12). Als imperial wird diese Lebensweise bezeichnet, weil damit unbewusste Verhaltensweisen und deren Auswirkungen sichtbar gemacht und die „Normalisierung“ von Krisenphänomenen erklärt werden sollen. Während Umweltgerechtigkeits-Diskurse auch die lokale Ebene ins Auge fassen, nimmt das Konzept der imperialen Lebensweise vermehrt die globale Perspektive in den Blick (Brand & Wissen 2017: 11). Den Autoren zufolge ist die imperiale Lebensweise des Globalen Nordens auf ein „Außen“ angewiesen, auf das sie zurückgreifen kann, um einerseits Natur und Arbeitskraft zur Erhaltung dieser Lebensweise zu

schöpfen und andererseits die Kosten dieser Lebensweise dorthin zu verlagern. Die Vertreter*innen des „Außen“ müssen dafür auf ihren Anteil verzichten. Immer weniger Menschen seien dazu bereit, die negativen Folgen mitzutragen, wodurch das „Außen“ immer weiter ausgeweitet werden müsse, und die imperiale Lebensweise sich zunehmend durchsetze. Letztendlich führe dies zu einer Zerstörung der Grundlagen der imperialen Lebensweise – dieses „Außens“ – durch diese selbst (vgl. Brand & Wissen 2017: 14f.). Autoritäre, rassistische und nationalistische Trends werden von den Autoren als Folge dieser Entwicklungen eingeordnet, da die exklusive Stabilisierung der eigenen Lebensweise als letzter Versuch der kapitalistischen Zentren, die zunehmenden Krisen abzufedern, verstanden werden kann. Die Basis für die exklusive Stabilisierung ist die Verbreitung autoritärer, rassistischer und nationalistischer Trends (vgl. ebd.: 15). Dies ist insofern für ländliche Räume relevant, als dass die dort anzufindenden Trends und Phänomene, die sich oftmals in dieses Schema einordnen, dadurch erklärt werden können (siehe auch Kapitel 2.1). Zudem kann durch das Konzept der imperialen Lebensweise erklärt werden, warum eine sozial-ökologischen Transformation so schwer zu vollziehen ist bzw. von welchen Strukturen sie blockiert wird (vgl. I.L.A. Kollektiv 2017: 11). Das I.L.A. Kollektiv umfasst eine Gruppe an Forscher*innen, die sich mit den Problemen der imperialen Lebensweise auseinandersetzen und solidarische Alternativen entwickeln möchten (vgl. I.L.A. Kollektiv 2017: 120). Das Konzept der Imperialen Lebensweise leiht sich ihre Begrifflichkeiten und ihr Verständnis aus dependenztheoretischen Ansätzen sowie der Regulationstheorie und stützt sich auf Annahmen von Rosa Luxemburgs Imperialismustheorien. An dem Konzept wurden in politökonomischen Forschungskreisen mehrere Kritikpunkte geäußert. Unter anderem wird die Ausblendung der Klassenfrage offen kritisiert. Demnach negiert das Konzept der imperialen Lebensweise Klassenunterschiede und die sich dadurch unterscheidenden Lebensweisen in kapitalistischen Zentren. Darüber hinaus fehlt Kritiker*innen eine konkrete Abgrenzung „der“ imperialen Lebensweise. Neben der fehlenden Analyse von Klassenverhältnissen und deren Dynamik in Konsum und Lebensweisen wird die lückenhafte Darstellung des Verhältnisses von Produktion und Lebensweise bemängelt. Auf Kritik stößt zudem die Sichtweise, dass Menschen mit höherem Einkommen sich der imperialen Lebensweise eher entziehen könnten als Menschen mit niedrigerem Einkommen. Studien zeigen schließlich, dass wohlhabendere Gruppen einen größeren ökologischen Fußabdruck haben. Problematisch gesehen wird auch die Verlagerung von Konsum und Lebensweise auf die Ebene des individuellen Verhaltens, während Fragen rund um Produktionsmuster vernachlässigt werden. Die Frage nach den Ursachen von ungleicher Entwicklung auf globaler und lokaler Ebene bleibt laut Kritiker*innen bei Brand und Wissen ebenso unbeantwortet (vgl. Sablowski 2018). Trotz aller Kritikpunkte stellt das Konzept der Imperialen Lebensweise die Tatsache in den Vordergrund, dass Konsum- und Produktionsmuster im Globalen Norden krisenbehaftet sind und räumliche

Unterschiede bestehen, was Grundannahme der hier zu klärenden Forschungsfrage ist. Es eignet sich somit, um bestimmte Dynamiken zu verstehen und genauer zu untersuchen.

Multiple Krisen

Bereits in den 1980er Jahren war die Rede von einer „Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (vgl. Jahn & Wehling 1998: 80f.). Diese Krise äußere sich in vielen verschiedenen Bereichen und auf vielfältige Weise. Mit dem Konzept der multiplen Krisen wird versucht, den Zusammenhang verschiedener Krisenprozesse und -dynamiken zu verstehen. Dabei wird vermieden, von „der“ Krise des Kapitalismus oder einer „Dauerkrise“ zu sprechen, um die komplexen Zusammenhänge nicht zu negieren (vgl. Klauke 2019: 252). Es werden vier Krisen identifiziert, die in einem Wechselverhältnis zueinander stehen und jeweils aus vielen internen Krisenprozessen bestehen: die Krise der finanzdominierten Akkumulation, die sozial-ökologische Krise, die Dauerkrise der Reproduktion und die Krise der parlamentarischen Demokratie (vgl. Klauke 2019: 252). Krams (2018) spricht von der Klimakrise als (Teil der) Vielfachkrise (vgl. S. 70) und meint damit, „dass es die Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft selbst sind, die zu ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Instabilitäten wie auch zu sozialen Verwerfungen führen“ (ebd.). Ihm zufolge bedarf es für die Lösung der Klimakrise aus diesem Grund auch einer grundlegenden Transformation der bestehenden Verhältnisse von Produktion und Konsum (vgl. ebd.). Biesecker und Hofmeister (2013) sprechen gar von einer „Gleichursprünglichkeit“ der Klimakrise und der Reproduktionskrise (vgl. S. 241). In diesem Zusammenhang sehen Christ und Sommer (2022) in dem Begriff „sozial-ökologische Transformation“ Begriffsklarheit und Potenzial für Lösungsvorschläge. Technologische Lösungsvorschläge hingegen würden weder die herrschenden Machtverhältnisse hinterfragen, noch wollen sie am Wachstumsimperativ und den damit verbundenen Produktionsmustern etwas Grundlegendes ändern. Krams identifiziert somit auch das neoliberale Krisenmanagement als Teil der multiplen Krise (vgl. Krams 2018: 71) und wendet einen Gerechtigkeitsframe in Verbindung mit dem Konzept der Imperialen Lebensweise an, um Ungleichheiten sichtbar zu machen (vgl. ebd. 72).

Der Konfliktbegriff im Kontext von Bodennutzung

Die multiplen Krisen zeigen sich anhand von Bodennutzung, wo verschiedene Interessen aufeinandertreffen, und infolgedessen Konflikte entstehen. Dietz und Engels (2014) nehmen beim Konfliktbegriff Anleihe bei der soziologischen Konflikttheorie und definieren Konflikte als soziales Handeln, in dem gesellschaftliche Machtstrukturen sichtbar werden (vgl. Dietz & Engels 2014: 82). Demnach brauche es als Voraussetzung für einen Konflikt „a) das

Vorhandensein individueller oder kollektiver AkteurInnen [sic!] und b) einer sozialen Beziehung zwischen ihnen“ (Dietz & Engels 2014: 82). Ein reiner Widerspruch zwischen den Interessen von Akteur*innen stelle an sich noch keinen Konflikt dar, so die Autor*innen, dieser ergebe sich erst durch das Setzen einer Handlung (vgl. ebd.). Durch die Aspekte Macht und Interessen wird die Konflikthandlung zwischen Akteur*innen an gesellschaftliche Strukturen gekoppelt. Die Ebene der individuellen Handlung ist in diesem Konflikt-Verständnis daher untrennbar mit der gesellschaftlichen Ebene verbunden (vgl. Dietz & Engels 2014: 83). Im Falle von Bodennutzung kann ein solcher Konfliktbegriff zu einem besseren Verständnis der komplexen Zusammenhänge beitragen und dabei helfen, die verschiedenen Ebenen voneinander zu lösen und dabei die Kategorien Interessen und Macht mitzudenken. Dadurch können sich neue Fragestellungen und Perspektiven auftun, etwa wer über die Nutzung von Boden entscheidet, welche Rolle hier ökonomische oder politische Machtstrukturen spielen und welche historischen sozialen Handlungen sich auf Umweltkonflikte auswirken. Für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung spielt auch eine Rolle, wie Konflikte ausgetragen werden und wie diese sich auf zukünftige gesellschaftliche Naturverhältnisse auswirken (vgl. Dietz & Engels 2014: 84).

Kritik der Politischen Ökologie an „Scheinlösungen“

Ein wichtiger Kritikpunkt der Politischen Ökologie sind sogenannte Scheinlösungen für die ökologische Krise. Unter den Stichworten Green Economy und Greenwashing werden Lösungsansätze kritisiert, die den Fortbestand kapitalistischer Produktionsweisen sichern und Krisen in andere Bereiche verlagern (vgl. Brand & Wissen 2017: 149-151). Die Regulationstheorie besagt, dass der Kapitalismus stets neue Akkumulationsmuster finden müsse, um zu expandieren (vgl. Luxemburg 1913: 314 & 411; Becker & Weissenbacher 2015: 7). Manche dieser Muster lassen sich in der Kommodifizierung bzw. Inwertsetzung von Natur wiedererkennen: Grüne Wirtschaft oder Green Economy verspricht eine Verringerung der Emissionen und mehr Nachhaltigkeit in der Produktion bei gleichzeitig anhaltendem Wirtschaftswachstum. Ein Oxymoron, wie es Brand formuliert (vgl. Brand 2012: 28). Der Gedanke hinter diesen Scheinmethoden ist einfach: Auch mit Klimaschutz müsse man Profite erzielen können – erst dann sei der Anreiz, auf klimaschädliche Praktiken und Produkte zu verzichten, groß genug. Die ökonomische Bewertung von Natur – so der Glaube der Green Economy – solle zu einem schonenderen Umgang mit dieser beitragen (vgl. Görg 2016: 111; Brand & Wissen 2017: 150; Heuwieser 2015: 70-71; TEEB 2010: 25). Der Haken hierbei liegt in den bereits beschriebenen Zusammenhängen von kapitalistischen Produktionsweisen und „natürlichen Ressourcen“. Ist der Zugriff auf altbewährte Ressourcen erschöpft, so dehnt sich die kapitalistische Akkumulation auf andere Bereiche aus. Die Gefahr der Kommodifizierung

der Natur beginnt bei der Annahme, Natur sei substituierbar und endet mit der räumlichen und zeitlichen Verlagerung von krisenhaften Produktionskosten (vgl. Görg 2016: 111-112). Der Argumentation von Wachstumsbefürworter*innen zufolge muss Natur erst verkauft werden, um sie zu schützen. Erst dadurch bekomme sie einen Wert, wodurch sich ihr Schutz auszahle (vgl. Heuwieser 2015: 71). Diese Idee spiegelt sich auch in dem Konzept der Ökosystemleistungen wider (vgl. Görg 2016: 110f.). Aus marxistischer Sicht hat die Idee der Inwertsetzung von Natur zwei Bedeutungen, die über die wirtschaftliche Nutzbarmachung hinausgehen: Zunächst die Verwandlung von Ware in Geld und andererseits die Verselbständigung von Wert und Kapital gegenüber dem Gebrauchswert der Ware (vgl. Görg 2016: 111f.). Damit wird auf den Akkumulationszwang kapitalistischer Produktionsweisen Bezug genommen. Im Falle von Inwertsetzung von Natur durchläuft die Sache, die zur Ware werden soll, einen mehrstufigen Prozess, in dem sie konsekutive als Ressource definiert, identifiziert, extrahiert und in den Markt eingegliedert wird (vgl. Görg 2016: 113). Diese Stufen sind üblicherweise laut Görg (2016) mit sozial-ökologischen Konflikten verbunden, weil natürliche Bereiche stets erneut in kapitalistische Verwertungslogik eingebunden werden müssen und dabei hohe soziale und ökologische Kosten entstehen. Nicht-kapitalistische und kapitalistische Naturverhältnisse treffen konflikthaft aufeinander (vgl. Görg 2016: 113f.; Köhler 2019: 194; Altvater 2005: 50ff.). Anhand des Beispiels Emissionshandel zeigt Heuwieser (2015) die Problematik im Zusammenhang mit Green Economy-Ansätzen auf (vgl. S. 81f.). CO2 müsse, bevor es gehandelt werden kann, in Ware umgewandelt werden. Das setzt voraus, dass eine bestimmte Menge CO2 mit derselben Menge CO2 gleichzusetzen ist. Dabei wird vernachlässigt, wie und in welchem Kontext die Emissionen entstanden sind (vgl. Heuwieser 2015: 82). Ähnlich verhält es sich mit sogenannten Ökosystemleistungen, wie etwa Wäldern. Köhler (2019) betont die Bedeutung des Konzepts Kommodifizierung im Kontext von Land- und Rohstoffkonflikten. Demnach rücke der Begriff Kommodifizierung den Fokus auf die Prozesshaftigkeit des „Zu-Ware-Werdens“ und die Abstraktion der natürlichen Ressource, die aus ihrem Kontext losgelöst wird. Der gesamte Prozess sei laut Köhler sozial umkämpft (vgl. Köhler 2019: 191f.). Potenziell gefährlich sei an dieser Form von gesellschaftlichem Naturverhältnis die fehlende Anerkennung der Eigenständigkeit von Natur (vgl. Dietz & Engels 2014: 75; Dietz 2019: 247; Altvater 2005: 14). Der größte Widerspruch zeigt sich darin, dass sich kapitalistische Produktionsweisen mit der fortdauernden Inwertsetzung bzw. Transformation von Naturbereichen ihrer eigenen Reproduktionsquelle berauben (vgl. Köhler 2019: 193). Gleichzeitig kommt es durch die Outputs der Produktionsweisen zu einer Überlastung von Senken, etwa durch Müll, schädliche Abwässer oder Emissionen, die die Übernutzung von „natürlichen Ressourcen“ noch übersteigen (vgl. Altvater 2005: 14).

Im Zuge der Kommodifizierung von Natur spielen die Aspekte Eigentum und Narrative nicht zu vernachlässigende Rollen. Altvater (2005) sieht in der Frage des Eigentums eine der Grundvoraussetzungen für die Aneignung bzw. in weiterer Folge die ungleiche Verteilung von „Ressourcen“. Erst durch ein Verständnis von Eigentum werden soziale Besitzverhältnisse und Aneignung möglich. Dieses Verständnis wird durch dementsprechende Narrative gestärkt (vgl. Altvater 2005: 19). Auch in Bezug auf Umweltschutz prägen Narrative die Politik und damit einhergehend die gesetzten Maßnahmen einer möglichen Transformation. Hübler (2022) stellt fest, dass im kommunalen Klimaschutz ein technologisches Framing überwiegt. Dieses hindere den Suffizienzgedanken (vgl. Hübler 2022: 205), sei aber beliebt, da Klimaschutz nach diesem Ansatz bilanzierbar werde. Problematisch ist hierbei der Gedanke, Klimaschutz überhaupt bilanzieren zu wollen. Das untergrabe wichtige sozial-ökonomische Problemstellungen. Der Autor stellt fest: Kommunaler Klimaschutz sei nur dann attraktiv, wenn eine direkte Belohnung folge, etwa in Form von Kosteneinsparung oder Fördermitteln (vgl. Hübler 2022: 206-207).

Lang Grabbing bzw. Green Grabbing als Scheinlösung

Als Beispiel für die Inwertsetzung von Natur im Zuge von Green Economy Tendenzen kann das Phänomen Land Grabbing genannt werden, welches für das Thema Bodennutzung von großer Bedeutung ist. Laut Heuwieser (2015) erleben Phänomene wie Land Grabbing – auch Landnahme – in den letzten Jahren einen Anstieg (vgl. S. 69). Unter Land Grabbing bzw. Green Grabbing wird die Aneignung von Land unter dem Vorwand des Naturschutzes verstanden (vgl. Fairhead et al. 2012: 238). Heuwieser (vgl. 2015) untersuchte vor allem die sozialen Auswirkungen von Land Grabbing anhand des Beispiels von Honduras und beleuchtet die Phasen der Inwertsetzung bzw. Finanzialisierung von Natur. Sie kritisiert, dass häufig unter dem Vorwand von Klima- und Umweltschutz Land angeeignet werde, während die lokale Bevölkerung kaum oder nicht eingebunden werde (vgl. S. 70 & 75). Ungleichheiten zwischen Geschlechtern werden dabei häufig noch verstärkt, speziell bei Subsistenz-Landwirtschaft (vgl. Exner 2011: 159-165). Am Beispiel Green Grabbing zeigt sich das Zusammenspiel von sozialen und ökologischen Aspekten von Landnutzung besonders deutlich.

Als Kontrast zu den hier beispielhaft angeführten „Scheinlösungen“ sollen im folgenden Kapitel einige erforschte Alternativen und ihre Anwendungsmöglichkeiten im Bereich Bodennutzung vorgestellt werden.

2.3 Der Transformationsprozess – alternative Konzepte

Die Krisenhaftigkeit des Status quo ist in den vergangenen Kapiteln verdeutlicht worden. Es wurde gezeigt, dass eine Transformation notwendig ist. Wie eingangs erwähnt und in den vorangegangenen theoretischen Ausführungen vertieft, muss eine Reform der bestehenden Muster sowohl mit sozialen als auch ökologischen Maßnahmen einhergehen. Um die Nutzung von Boden von kapitalistischen – und in dieser Hinsicht krisenhaften – Produktions- und Nutzungsweisen hin zu einer sozial-ökologischen Nutzung zu transformieren, müssen beide Aspekte gemeinsam gedacht werden (vgl. I.L.A. Kollektiv 2017: 92). In diesem Abschnitt dient die Kapitalismuskritik als Startpunkt, von dem ausgehend mögliche Lösungsansätze folgen.

Wie bereits im vorangehenden Kapitel gezeigt, produzieren kapitalistische Produktionsweisen wiederkehrend neue Krisen. Obwohl es sich beim Kapitalismus um ein dynamisches, flexibles und anpassungsfähiges System handelt, sei dennoch eine Überwindung der Krisen möglich, so Altvater (vgl. 2005: 23). Altvater führt unterschiedliche Ansätze der Veränderung aus der Literatur an: Antonio Gramsci und Fernand Braudel sehen ein Ende des Kapitalismus nur durch heftige Stöße von außen und bei gleichzeitigem Heranwachsen glaubhafter Alternativen im Inneren des Systems (vgl. Altvater 2005: 23f.). Die unter anderem von Rosa Luxemburg (vgl. 1913/1975) vertretene Position besagt, dass ein Ende des kapitalistischen Systems unvermeidbar sei, weil dieses in sich eine historische Endlichkeit besitze. Daran lehnt sich Altvater mit seiner Feststellung, dass sich aus der Historizität des Kapitalismus Hoffnung schöpfe. Demnach betont er, dass entgegen der weitverbreiteten Auffassung, der Kapitalismus wäre naturgemäß dem Menschen zugehörig, die Menschheit zu 99 Prozent ihrer Geschichte unter nicht-kapitalistischen Bedingungen produziert und gelebt hat (vgl. Altvater 2005: 25). In seinem Werk von 2005 sieht Altvater die Welt an einer historischen Wegscheide stehen: Ein Weg führe in einen Kapitalismus ohne Ende, mit einer Kumulation von Krisen. Der zweite Weg führe in Richtung von Alternativen jenseits des Kapitalismus (vgl. ebd. S. 27). Aus diesen Szenarien leitet er die Notwendigkeit der Entwicklung von glaubwürdigen Alternativen ab. Wie Altvater betont, werden politische Alternativen nicht in akademischen oder politischen Elitekreisen umgesetzt, sondern in der Praxis von Menschen in sozialen Bewegungen. Ihre Umsetzung sei konfliktbehaftet, da jene, die eine ökonomische oder politische Machtposition halten, diese nur ungern abgeben. Machtfragen spielen demnach eine zentrale Rolle. Altvater verweist darauf, dass die Macht zwei Seiten habe – jene, die Macht aktiv ausübt, und jene, die sie passiv (er)trägt (vgl. Altvater 2005: 178f.). Daraus folgend haben soziale Bewegungen, die diese Macht nicht mehr ertragen wollen, auch eine gewisse Macht bzw. Spielraum für Transformation. Buch-Hansen (2018) spricht von vier Voraussetzungen für eine sozio-ökonomische Wende: eine tiefgreifende Krise, eine politische Alternative, gebündelte soziale Kräfte, die diese Alternative vorantreiben, und ein breiter Konsens. (vgl. Buch-Hansen 2018:

161-162). Auch der zweite Bericht an den Club of Rome (2022) mit dem Titel „Earth for all“, beschäftigt sich mit notwendigen Alternativen für das herrschende Wirtschaftssystem. Die Autor*innen skizzieren in diesem Ergebnisbericht die Erkenntnisse eines breit aufgestellten Think Tanks, in dem unterschiedliche Szenarien für die Zukunft erarbeitet werden. Vorgestellt werden die Szenarien „Too little too late“ und „Giant Leap“, die die Notwendigkeit einer Transformation betonen. Dafür wurden fünf außerordentliche Kehrtwenden formuliert: Beendigung der Armut, Beseitigung der eklatanten Ungleichheit, Ermächtigung (Empowerment) von Frauen, Aufbau eines für Menschen und Ökosysteme gesunden Nahrungsmittelsystems und Übergang zum Einsatz sauberer Energie (vgl. Club of Rome 2022: 15). Gleichzeitig wird betont, dass diese Kehrtwenden nur durch große Investitionen durch Regierungen von Staaten möglich sein werden. Um die disruptiven Übergänge dieser Kehrtwenden zu überbrücken, werden soziale Sicherheitsnetze gefordert (vgl. ebd. S. 16ff.). Die Autor*innen formulieren eine Reihe konkreter Hebel für die Kehrtwenden des Wirtschaftssystems (vgl. Club of Rome 2022: 189) sowie Empfehlungen an die Politik (vgl. ebd.: 221f.). Diese konzentrieren sich auf die globale Ebene, empfehlen Bürger*innen aber, sich lokalen Bewegungen zur Transformation anzuschließen (vgl. ebd.: 224). Damit wird verdeutlicht, dass globale Transformation vor Ort beginnen muss.

Nachfolgend sollen einige Konzepte vorgestellt werden, die aufgrund ihrer Zielsetzung oder ihres Anwendungsrahmens für die Fragestellung dieser Arbeit als relevant ausgewählt wurden. Die von Altvater angestellten Überlegungen sind in den letzten Jahren weiterentwickelt worden und auch die geforderten Alternativen wurden um neue Rahmenkonzepte erweitert. Dazu zählen etwa Degrowth, Gutes Leben für alle, Buen Vivir, Ökotopien, sowie andere solidarische Alternativmodelle, wie beispielsweise in „Earth for all“ (vgl. Club of Rome 2022) skizziert. Auf lokaler Ebene ist vor allem das Konzept „Recht auf Dorf“ hervorzuheben, welches in weiterer Folge vorgestellt wird. Es handelt sich dabei um Entwürfe, die zumeist als Utopien bzw. als lokale Experimente bisher nur räumlich und zeitlich beschränkt Anwendung gefunden haben. Gerade diese Entwürfe seien aber unerlässlich, wie Fritzsche (2022) betont: Demzufolge brauche es Erzählungen oder Narrative von einer besseren Welt als Vorbereitung für deren Implementierung. Fritzsche stützt sich dabei auf Erkenntnisse der Wahrnehmungspsychologie, Framing-Theorien und Erzählungstheorien, wonach das Gehirn in Bildern und Gefühlen denkt. Für einen neuen Entwurf des Lebens und Wirtschaftens müsse man sich ihr zufolge diesen zunächst konkret vorstellen und ausmalen können: Je konkreter die Worte, desto realistischer die Vorhaben (vgl. Fritzsche 2022: 299). Fritzsche unterstreicht, dass es dafür eine Vielzahl an Erzählungen und Utopien brauche (vgl. S. 297f.). Daniel und Exner (2020: 797) sehen das Potenzial von gelebten Utopien mit sozial-ökologischem Hintergrund – sogenannte Ökotopien – in der Vieldeutigkeit der Gegenwart,

indem Wunschszenarien für die Zukunft bereits in der Gegenwart getestet und damit hegemoniale Strukturen mit zahlreichen alternativen Möglichkeiten unterwandert werden. Dabei sei es von Vorteil, unterschiedliche Verständnisse und Praktiken von gelebten Ökotopien zuzulassen, anstatt allgemeine Regeln zu definieren (vgl. ebd. 796).

Degrowth

Das Konzept Degrowth bezeichnet einen alternativen Entwurf zum vorherrschenden Wachstumsmodell. Wichtige Vertreter*innen von Degrowth sind beispielsweise Ulrich Brand (2014b) oder etwa die internationale Bewegung Attac (vgl. Attac Österreich). Das Konzept setzt dort an, wo das Wachstumsmodell an seine – sozialen und ökologischen – Grenzen stößt. Die französischsprachige Décroissance-Bewegung gilt als Vorgänger von Degrowth und fordert eine radikale Transformation gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Ziel der heutigen Degrowth-Bewegung ist eine „gerechte, solidarische und demokratische Postwachstumsgesellschaft […], die nicht länger auf Wachstum angewiesen ist, um als stabil und legitim zu gelten“ (Muraca 2015: 105). Herrschende Strukturen werden radikal in Frage gestellt. Zu der Hegemonie-kritischen Komponente kommt die Handlungskomponente. Bloch (1985) spricht von einer konkreten Utopie anstelle der abstrakten Utopie. Damit ist gemeint, dass die Zukunft bereits in der Gegenwart experimentell getestet werden könne (vgl. Bloch 1985: 1.412; Muraca 2015: 106). Utopien haben demzufolge eine performative Kraft, die sich aus den unerfüllten Wünschen und Sehnsüchten der Menschen in den herrschenden Umständen speist und Raum für bereits existierende soziale Projekte und Experimente schafft. Mögliche Zukunftsmodelle können in dieser Form erprobt und weiterentwickelt werden (vgl. Muraca 2015: 106). Die globale „Transition-Town“-Bewegung ist ein Beispiel dafür.

Transition Towns

Die Bewegung, die seit 2005 in zahlreichen Städten, Gemeinden und Nachbarschaften kleinräumige gemeinschaftliche Projekte hervorbringt, hat sich zum Ziel gesetzt, einen geplanten Übergang in eine sozial gerechte, postfossile und resiliente Gesellschaft voranzutreiben. Dies geschieht auf lokaler Ebene auf Basis von Grundregeln, zu denen aktive Partizipation und gegenseitige Unterstützung zählen (vgl. Transition Network 2021). Die lokale Ebene, so die Argumentation, habe großes Potenzial für Veränderung. Top-Down-Ansätze sollten vermehrt mit lokalen Antworten kombiniert werden, so der Gedanke der Transition Towns. Mit Stand 2021 hatte das Netzwerk Teilnehmer*innen in 48 Ländern, die in Tausenden von Gruppen organisiert sind. In 23 Transition Hubs werden Unterstützungs- und

Vernetzungsangebote erarbeitet (vgl. Transition Network 2021). Muraca fasst die Initiative folgendermaßen zusammen:

> „Das Modell ist deswegen so erfolgreich, weil es eine Vielzahl von verschiedenen Initiativen kombiniert, die an die jeweiligen lokalen Gegebenheiten gut angepasst sind. In den zahlreichen, wenn auch kleinräumigen Aktivitäten können Menschen die Erfahrung machen, ohne Auto auszukommen, oder aber Kompetenzen erwerben, um technische Geräte zu reparieren und gemeinschaftlich zu nutzen. Auf diese Weise schaffen sie sich neue Freiräume und befreien sich von vermeintlich notwendigen Bedürfnissen." (Muraca 2015: 106f.)

Insgesamt spricht Muraca von konkreten Utopien als „Werkstätten der Befreiung" (S. 109), die auch die Funktion des kollektiven Lernens übernehmen. Ziel ist unter anderem die Aneignung von kollektiver Autonomie, einer Form von Freiheit, die miteinbezieht, dass Nutzer*innen oder Konsument*innen nicht nur über die Rahmenbedingungen von produzierten Waren mitbestimmen, sondern aktiv als Teil von ökologischen und sozialen Gefügen diese selbst gestalten können (vgl. Muraca 2015: 109).

Gutes Leben für alle – eine solidarische Lebensweise

Das „Gute Leben für alle" ist ein weiteres Modell eines solidarischen Miteinanders, das auf die Philosophie des Buen Vivir zurückgeht, welches seinen Ursprung in den indigenen Kulturen der Andenländer hat (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 103). Im deutschsprachigen Raum wurde das Konzept des guten Lebens für alle unter anderem vom I.L.A. Kollektiv geprägt und konkretisiert. Letzteres macht das „gute Leben" an einer solidarischen Lebensweise anstelle einer imperialen Lebensweise fest. Die Prinzipien dieser solidarischen Lebensweise werden wie folgt benannt: Demokratisierung, Commoning bzw. Gemeinschaffen, ReProduktion [sic!], Dependenz und Suffizienz (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 18-22). Diese fünf Begriffe sollen in Kürze nach dem Verständnis des I.L.A. Kollektivs erläutert werden: Unter Demokratisierung verstehen die Autor*innen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben sollten, ihr Leben aktiv zu gestalten und an sie betreffenden Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Ein wesentlicher Teilaspekt der Demokratisierung ist die Relokalisierung, worunter die Verlagerung von politischen Prozessen auf die jeweilige räumliche Ebene gemeint ist. Demnach sollen in lokalen Einheiten transparente, offene und gerechte Teilhabemöglichkeiten geschaffen werden. Commoning oder Gemeinschaffen meint die Nutzung von Gütern als Commons (Gemeingütern). Zentral ist, dass die beteiligten Personen gemeinsam über die Herstellung und Nutzung der Güter entscheiden. Ziel ist eine gemeinschaftliche Lösung, die sich nach dem Bedarf richtet. Das Prinzip ReProduktion bezieht sich auf die Aufwertung von reproduktiver Arbeit, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem der Erwerbsarbeit gegenübersteht bzw. letzterer untergeordnet ist. Reproduktive Arbeit und Erwerbsarbeit sollen im Sinne eines guten Lebens für alle in Bedeutung und Anerkennung gleichgestellt werden. Vor allem Tätigkeiten

der Sorgearbeit werden aufgewertet. Mit Dependenz wird eine Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bezeichnet. Der Natur soll in einem solidarischen Lebensentwurf mehr Eigenständigkeit und Eigenwert zugesprochen werden, zudem soll das Verhältnis der Menschen zur Natur demokratisiert werden. Das Prinzip der Suffizienz zielt auf einen Gegenentwurf der Wachstumslogik ab: Bestehende Bedürfnisse sollen mit weniger Ressourcenaufwand befriedigt werden, indem das Verständnis von Bedürfnissen hinterfragt und der Profitgedanke zurückgestellt wird (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 18-22).

Fähigkeiten für ein gutes Leben

Die Philosophin Martha Nussbaum (1999) prägte mit ihrem Fähigkeitsansatz, in dem sie konkrete Fähigkeiten für ein gutes menschliches Leben erarbeitet, das Konzept des guten Lebens für alle nachhaltig mit. Demnach sei ein Leben, in dem eine oder mehrere dieser Fähigkeiten fehlen, kein gutes Leben (vgl. Nussbaum 1999: 202 & 196; Schmidhuber 2010: 102). Dazu zählen die Aspekte Leben, körperliche Gesundheit, körperliche Unversehrtheit, Wahrnehmungs-, Vorstellungs- und Denkvermögen, Gefühle, praktische Vernunft, Verbundenheit mit anderen Menschen, Verbundenheit mit anderen Arten und der Natur, Spiel und Kontrolle über die eigene Umgebung. Die wichtigsten darunter seien demnach die praktische Vernunft sowie die Verbundenheit, die als Voraussetzung für andere Fähigkeiten gelten (vgl. Schmidhuber 2010: 107). Ein wichtiger Punkt innerhalb Nussbaums Überlegungen ist, dass sie für alle Menschen dieselben Ansprüche stellen und über kulturelle Grenzen hinweg die Voraussetzungen für ein gutes menschliches Leben für alle festlegen. An diesem Ansatz wurde Kritik laut, er ignoriere kulturelle Differenzen und nehme sich das Recht heraus, Menschen „aufzuerlegen“, was gut für sie sei (vgl. Schmidhuber 2010: 108 & 110). Andererseits eröffnet der Ansatz durch seine allgemeine Formulierung Raum für individuelle Umstände und eigene Auslegungen und ermöglicht allen Menschen – unabhängig von Herkunft etc. – zumindest die Vorstellung eines guten Lebens (vgl. Schmidhuber 2010: 113). Nussbaums Fähigkeitenliste soll zudem keine Vorgabe für das Individuum, sondern vielmehr ein Leitfaden für Nationalstaaten sein, um Bürger*innen die Voraussetzungen für ein gutes Leben zu ermöglichen. Mit dem Ansatz sollen daher Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden, in denen auch Spielraum für individuelle und kulturelle Unterschiede gegeben ist, wie Schmidhuber feststellt (vgl. 109f.). Umgemünzt auf den Bereich ländliche Räume kann Nussbaums Ansatz dafür genutzt werden, die Unterschiede zwischen urbanen und peripheren Regionen weniger als unüberbrückbare Differenz, sondern als Möglichkeit für ein gutes Leben für alle und auf allen räumlichen Ebenen zu sehen.

Amartya Sen setzt dem Ansatz Nussbaums einen weiteren entgegen: Ihm zufolge sind Menschen zu divers, um allgemeine Merkmale für ein gutes Leben für alle formulieren zu können. Stattdessen geht er von fünf Umständen aus, die entscheidend dafür seien, was Menschen für ein gutes Leben brauchen: Persönliche Eigenheiten, Unterschiede in den Umweltbedingungen, Unterschiede im sozialen Klima, Unterschiede in den relativen Aussichten und die Verteilung innerhalb der Familie. Mit diesen Kategorien sollen Unterschiede bzw. die ungleichen Chancen von Menschen anerkannt werden (vgl. Sen 2000: 89-91). Dies kann auch auf die unterschiedlichen Lebensräume von Menschen angewandt werden. Schmidhuber merkt zu Nussbaums Ansatz an, dass dieser durch interkulturelle Aspekte ergänzt werden müsse. Davon lässt sich abzuleiten, dass das gute Leben für alle in einer Region nicht dieselben Merkmale aufweist wie in einer anderen Region (vgl. Schmidhuber 2010: 113). Werner Nell (2022) hat diese Idee der Lokalisierung von Fähigkeiten auf ein „Gutes Leben auf dem Land“ heruntergebrochen und stützt sich dabei vor allem auf Nussbaums Überlegungen (1999). Er identifiziert fünf Dimensionen als Ansatzpunkte für eine Konzeption des guten Lebens auf dem Land:

- „Übersichtlichkeit/Gestaltbarkeit des Lebensumfeldes (Sozialität)
- Naturverhältnis (Ökologie)
- nachbarschaftliche Solidarität und Anerkennung (Kommunalität)
- hauswirtschaftliche (Teil-)Selbständigkeit beziehungsweise handwerklich gegründete Selbsttätigkeit (Ökonomie)
- politische (kommunale) Partizipationsperspektiven (Politik)“

(Nell 2022: 111)

Nell will diese Dimensionen einerseits als Leitlinien, andererseits als Analyseebenen für die Erforschung eines guten Lebens auf dem Land verstanden wissen. Sie decken sich zu einem gewissen Grad mit den Prinzipien für ein gutes Leben für alle nach dem I.L.A. Kollektiv.

Recht auf Dorf

Für ländliche Räume ist auch das Konzept bzw. die Forderung nach „Recht auf Dorf“ relevant. Es orientiert sich an dem aus der Kritischen Stadtforschung stammenden „Recht auf Stadt“. Angelehnt an Henri Lefebvres Theorien müssten Städte nach den Bedürfnissen ihrer Bewohner*innen gestaltet werden können – letztere sollten das Recht haben, sich ihren Lebensraum wieder anzueignen (vgl. Lefebvre 2009: 108). Der Theorie nach sollten alle Menschen an Entscheidungen beteiligt sein, die ihren Lebensraum betreffen. Orte sollten demnach unabhängig von Besitzverhältnissen genutzt werden können. Wendet man dieses Konzept auf ländliche Räume an, so haben auch ländliche Bevölkerungen das Recht auf Wohnen und Mitbestimmung (vgl. El Nour et al. 2015: 4). Andere Vertreter*innen sprechen

von einem Recht auf stabiles Gemeindewesen, auf Umweltschutz, funktionierende Infrastruktur und Schutz der Ökonomie (vgl. Barraclough 2013: 1.048; Purcell 2006: 1.930f.). El Nour u. a. (vgl. 2015) verstehen das Recht auf Mitbestimmung als Emanzipation ländlicher Räume, sehen aber Landreformen als notwendig, um bestehende Besitzverhältnisse aufzubrechen und ein solches Recht umsetzen zu können (vgl. S. 21). Soziale Bewegungen sollten demzufolge einfordern können, über ihr eigenes Lebensumfeld bestimmen zu können (vgl. El Nour et al. 2015: 4).

Unthan, Heuser und Kratzer (2022) befassen sich mit den konkreten Anwendungsmöglichkeiten dieses Konzepts. Unter einem Recht auf Dorf verstehen sie „das Recht einer eigenständigen, unabhängigen Gestaltung ländlicher Gesellschaften, die mittels kreativer, (sozial) innovativer Aktivitäten“ eingefordert wird (vgl. Unthan et al. 2022: 218). Sie haben in einem Beitrag innovationsfördernde und -hemmende Faktoren für Menschen in ländlichen Regionen untersucht. Ausgangspunkt ist das Konzept sozialer Innovationen, welches Räume nicht an sich, sondern die menschliche Praxis in Bezug auf ländliche Räume betrachtet. Das Potenzial von raumproduzierenden sozialen Innovationen für sozial-ökologische Transformationsprozesse in ländlichen Räumen wird hervorgehoben. Zentral dafür ist für die Autoren die Experimentierfreudigkeit von sozialen Bewegungen sowie das Hinterfragen etablierter sozialer Praktiken (vgl. Unthan et al. 2022: 219). Diskurse über ländliche Räume spielen dabei ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie entscheiden, welchem Narrativ Themen wie Klimaschutz unterliegen. Hübler (2022) betont beispielsweise, dass das Framing von Klimaschutz darüber entscheidet, welche Lösungen oder Probleme damit in Verbindung gebracht werden, sowie auch die Frage, ob lokale Entscheidungsträger*innen sich für Klimaschutz zuständig fühlen oder nicht (vgl. Hübler 2022: 205). Zu den motivierenden Faktoren für eine aktive Teilhabe an sozialen Bewegungen zählt das Spannungsfeld zwischen dem Bewahren von Lebensräumen und den (dafür) notwendigen Veränderungen (vgl. Unthan et al. 2022: 229 & 224). Ein treibender Faktor für Innovation in ländlichen Räumen war für viele Teilnehmende auch die Erfahrung des städtischen Lebens im Vergleich zum ruralen Leben, weshalb die Autoren sogenannte post-rurale Räume postulieren, die durch Multi- und Translokalität geprägt sind. Bei der post-ruralen Raumproduktion wird Urbanität in ländlichen Räumen reproduziert, so die These. Dabei wird keine funktionsräumliche Trennung zwischen städtischen und ländlichen Räumen gezogen (vgl. ebd.: 225 & 226). Die Praxiserfahrung zeigt, dass konkreten Maßnahmen nicht immer große transformative Ziele zuvor gehen müssen. Ein wichtiger motivierender Faktor ist laut Studie jedoch die lokale und regionale Betroffenheit der Teilnehmenden. Wenn Menschen sehen, dass ihr Handeln unmittelbar Auswirkungen auf ihr Lebensumfeld hat, so steigt die Motivation und der Glaube an Veränderung. Statt großer Narrative von sozial-ökologischer Transformation werden kleinskalige Impulse angestrebt, die

ihre Wirkung durch praxisorientierte (Re-)Produktion von Räumen entfalten (vgl. Unthan et al. 2022: 223). Als wichtigste befördernde Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation in ländlichen Räumen identifizieren Unthan u.a. (2022) folgende drei Voraussetzungen: die Notwendigkeit einer Nische, eine Projektionsfläche eines lokalen Bezuges und die Wechselwirkung zwischen dem Wunsch nach einer glücklichen Gemeinschaft und dem Problemverständnis über lokale Herausforderungen. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass es sich für einen Übergang zu nachhaltigen Lebensweisen anbietet, mit etablierten Institutionen und Akteur*innen zusammenzuarbeiten und bestehende Netzwerke zu nutzen, um alternative Impulse zu setzen. Zu den Beispielen zählen etwa gemeinschaftliche Wohnformen, (nicht-kommerzielle) Kunst- und Kulturprojekte, die Missstände thematisieren oder auch das Vorleben von kleinbäuerlichen Subsistenzwirtschaften als Gegenentwurf zu hegemonialen Wirtschaftspraktiken (vgl. Unthan et al. 2022: 227; Naumann & Mießner 2020: 197). Ein Recht auf Dorf wird demnach nicht nur gefordert, sondern aktiv gestaltet – es geht um die emanzipatorische und kollektive Produktion der gewünschten Lebensumstände. In den Worten von Unthan u.a.: „Post-ruraler Raum ist so als ein Ermöglichungsraum zu begreifen, in dem eine Mischung aus Variation und gezielter Abstimmung der vielen Initiativen als Hebel zur emanzipatorischen nachhaltigen Entwicklung gesehen werden kann“ (Unthan et. al 2022: 229). Naumann und Mießner (2020) mahnen dazu, die praktischen Anwendungsbereiche für ein Recht auf Dorf regelmäßig zu hinterfragen und auf spezifische Bereiche zu konkretisieren – etwa auf das Recht auf Wohnen, Wasser, Energie und auf Mobilität (vgl. ebd. 197).

Zusammenfassend lässt sich sagen: Das Konzept Recht auf Dorf verdeutlicht das Potenzial von lokalen und kleinräumigen Initiativen in ländlichen Räumen. Mießner und Naumann (2020) zeigen auf, wie das Recht auf Dorf am Beispiel der Wohnungsfrage eingefordert und umgesetzt werden kann, wie bereits in 2.1.3 angeführt wurde. Dies zeigt: Maßnahmen der sozial-ökologischen Transformation können auch vor Ort in kleiner Größenordnung umgesetzt werden. Zentral ist der Aspekt des Mitbestimmens. Die Handlungsmöglichkeiten sind vielseitig und offen für Experimente, wobei Ansätze, die von post-ruraler Erfahrung und Multi- bzw. Translokalität beeinflusst sind, besondere Chancen für Veränderung bieten.

Ansätze einer sozial-ökologischen Bodennutzung

Die folgenden Konzepte für Alternativen können für das konkrete Beispiel sozial-ökologische Bodennutzung angewandt werden.

Commons

Das Konzept der Commons, auch Gemeinschaftsgüter oder Allmende genannt, bezeichnet die Nutzung einer „Ressource“ – materiell oder immateriell – durch eine Gemeinschaft. Es steht dabei dem Privatbesitz bzw. Staatsbesitz gegenüber. Beispiele für Commons sind etwa Trinkwasser, Wald, die Atmosphäre oder Weideland bzw. Boden. Commons bestehen nicht natürlich, sondern werden durch gesellschaftliche Prozesse geschaffen, die die gemeinschaftliche Nutzung nach gemeinsam festgelegten Regeln hervorbringen (vgl. Helfrich & Bollier 2020: 19-22). Durch die Überwindung von Privateigentum, Wettbewerb, Markt, Knappheit und Lohnarbeit setzt das Konzept der Commons der kapitalistischen Produktion ein alternativen Entwurf entgegen (vgl. Exner & Kratzwald 2021: 42-45). Die Regelfindung von Commons kann jedoch langwierig und konfliktreich sein, da sie in hegemoniale Systeme eingebettet sind (vgl. ebd. S. 54). Ostrom (2015) hat Leitlinien für die erfolgreiche Verwaltung von Commons festgelegt (vgl. Ostrom 2015: 185f.). Darunter fällt beispielsweise die gemeinschaftliche Teilhabe an Entscheidungsprozessen sowie Regelkontrolle wie auch Sanktionsmöglichkeiten für Verstöße. Unter anderem nennt sie eine Obergrenze für die Anzahl der Mitglieder einer Gemeinschaft, mit dem Argument, dass für eine erfolgreiche Nutzung von Commons die lokale, kleinräumige Ebene eine Voraussetzung ist (vgl. Ostrom 2015: 26). Exner und Kratzwald (2021) erweitern dies um ein emanzipatorisches Konzept von Commons – das Erlangen von Selbstbestimmung und Autonomie von kapitalistischen, aber auch sozialen Herrschaftsverhältnissen (vgl. Exner & Kratzwald 2021: 60). Diesen Ausführungen zufolge eignen sich regionale Räume besonders gut für die Implementierung des Konzepts der Commons, das bislang in der kritischen Stadtforschung viel Aufmerksamkeit bekommen hat. Interessant und für diese Arbeit relevant ist in erster Linie die gemeinschaftlich organisierte Nutzung von Boden (vgl. Maschke et al. 2020: 49).

Ein Beispiel dafür ist die solidarische Landwirtschaft – auch Community Supported Agriculture -, die dem Prinzip folgt, dass sich Gemeinschaften landwirtschaftliche Erzeugnisse und deren Finanzierung teilen und damit das Produktionsrisiko gemeinsam tragen. Die Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge, die vor dem landwirtschaftlichen Anbau solidarisch über anonyme Bieterrunden festgelegt werden. Dadurch wird einerseits das Einkommen und die Produktionskosten derer, die in der Landwirtschaft arbeiten, gesichert und andererseits können auch Menschen mit geringerem Einkommen teilnehmen. Dieses Konzept ermöglicht den landwirtschaftlichen Erzeuger*innen, sich unabhängig von Marktzwängen einer verantwortungsvollen landwirtschaftlichen Praxis zu widmen, dabei auf die Bodenqualität zu achten und bedarfsorientiert zu produzieren. Außerdem kommt es zu einer Umverteilung zwischen den Konsument*innen. Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft vernetzt die mittlerweile internationale Bewegung und bietet Beratungsmöglichkeiten. Im

deutschsprachigen Raum gibt es bereits über 400 solcher Initiativen (vgl. Helfrich & Bollier 2020: 25-27; Netzwerk Solidarische Landwirtschaft 2024; Exner & Kratzwald 2021: 118).

Auch das Konzept der Gemeinwohlverpachtung von Land schlägt in dieselbe Kerbe: Durch Konzeptvergabeverfahren wird öffentliches Land anhand eines Punktekatalogs bevorzugt an ökologisch und sozial wirtschaftende Landwirt*innen verpachtet. Auch private Flächen können nach diesem Prinzip in gemeinwohlorientierte Nutzung überführt werden. Als unterstützende Maßnahmen empfehlen Langlotz et al. gemeinwohlorientierte Rechtsformen, staatliche Förderungen für Neugründungen und Junglandwirt*innen sowie bessere soziale Absicherung für Menschen in der Landwirtschaft (vgl. Langlotz et al. 2023: 10-13, 20).

In Bezug auf Wohnraum soll an dieser Stelle das Mietshäuser Syndikat als Beispiel für eine gemeinschaftliche Nutzung von Boden genannt werden. Es handelt sich um einen Verbund von Wohnprojekten mit dem Ziel, Wohnraum dem Markt zu entziehen. Die Bewohner*innen verwalten die Wohnprojekte selbst und zahlen lediglich die laufenden Kosten zur Erhaltung der Gebäude. Von Genossenschaften unterscheidet sich das Syndikat durch eine besondere sozio-rechtliche Struktur, die den Bewohner*innen als Hausverein und dem Syndikat gleichrangige Entscheidungsmacht und ein Vetorecht einräumt. Dadurch soll eine Rückführung des Wohnraums an den Kapitalmarkt dauerhaft verhindert werden (vgl. Helfrich & Bollier 2020: 236-240; Mietshäuser Syndikat 2024).

Suffizienz und Postwachstum

Ein weiteres alternatives Modell stellt das Konzept der Suffizienz dar. Suffizienz bedeutet eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch veränderte Wirtschafts- und Nutzungsweisen (vgl. von Winterfeld 2016: 283). Jonas (2022) bringt Suffizienz in Städten in Verbindung mit dem sogenannten DIY-Urbanismus. Darunter fallen sämtliche Phänomene des Reparierens und Selber-Machens, die vor allem in den Städten zuletzt an Popularität gewonnen haben, beispielsweise in Form von Grätzel-Oasen, Reparatur-Cafés, Urban Gardening usw. (vgl. Jonas 2022: 9). In ländlichen Räumen nehmen Suffizienz-Ansätze trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen ähnliche Formen an. Hübler (2022) versteht unter Suffizienz in ländlichen Räumen etwa flächensparendes Bauen, solidarisches Wirtschaften und Nutzen von Gütern und Dienstleistungen. Dies geht über die individuelle Ebene hinaus und erstreckt sich auf kollektive und systematische Infrastrukturen. Ausschlaggebend ist auch, dass diese Lebensweisen über technologische Lösungsansätze hinausgehen, wie sie in nationalen und transnationalen Strategien wie etwa dem Europäischen Green Deal propagiert werden (vgl. Hübler 2022: 202; vgl. Europäische Kommission 2023).

Modelle der Suffizienz verändern sich kontinuierlich und sind sozialen Framings ausgesetzt. Hübler (2022) zeigt auf, dass ein technologisch geprägtes Framing von Klimaschutzmaßnahmen zu den zentralen Hemmnissen für Suffizienz in der Gemeindepolitik zählt, da es wichtige sozial-ökonomische Problemstellungen untergräbt (vgl. Hübler 2022: 206; von Winterfeld 2016: 286). Suffizienz-Praktiken werden zwar als positiv dargestellt, die Verantwortung wird jedoch auf die Verbraucher*innen abgewälzt, anstatt die strukturellen Rahmenbedingungen und Ungleichverhältnisse zu hinterfragen. (vgl. Hübler 2022: 207). Als Voraussetzung für eine Transformation braucht es daher laut Hübler (2022) ein verändertes Framing von Klimaschutz und Suffizienz. Er zeigt verschiedene Erfolgsfaktoren auf, die eine Transformation zum Suffizienz-Gedanken in ländlichen Räumen ermöglichen und das Framing verändern: Es brauche engagierte Personen für Netzwerkbildung und Wissensaustausch, stark ausgeprägte Strukturen der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand anstatt in Privathand sowie die dazugehörigen finanziellen und personellen Mittel für den kommunalen Klimaschutz (vgl. ebd. S. 209). Neuere Beiträge aus dem Suffizienz- und Postwachstumsansatz befassen sich mit der Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie und nennen in diesem Zusammenhang kooperatives Wirtschaften, selektive Regionalisierung von Versorgungsketten, Suffizienz und Subsistenz und eine stärkere Unabhängigkeit der Regionen und der dort lebenden Menschen von Zentren als konkrete Ansatzpunkte (vgl. Hübler 2022: 211; Hahne 2017: 51). Den Kommunen kommt eine bedeutende Rolle in der Transformation zu: Sie sind für den Bereich Klimaschutz Impulsgeber, Vorbilder, Planungsautoritäten, öffentliche Auftraggeber, Eigentümer und Bereitsteller von öffentlichen Flächen und Infrastruktur. Deshalb bietet die kommunale Ebene viele Chancen, aber auch Hemmnisse für Suffizienz – oder andere transformative Prozesse (vgl. Hübler 2022: 204-205).

Dieser Abschnitt hat – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einige Konzepte und Möglichkeiten dargestellt, wie eine sozial-ökologische Transformation aussehen kann. Die Konzepte haben gemeinsam, dass sie wenig konkrete Leitlinien oder Handlungsempfehlungen vorgeben und stattdessen auf die jeweilige Situation und den Kontext anpassbare Grundpfeiler vorschlagen. Es wurde klar dargestellt, warum es nicht hilfreich oder zielführend ist, die Möglichkeiten einzuschränken, denn gerade in der Offenheit, dem Ausprobieren auf kleinräumiger lokaler Ebene, im daran Scheitern und Nachbessern liegt die Transformationskraft. Dadurch eröffnen sich zahlreiche diverse Möglichkeiten, um individuell auf den jeweiligen Ort und die Bedürfnisse aller dort lebenden Menschen abgestimmt einzugehen bzw. ihnen zu ermöglichen, selbstermächtigt Impulse zu setzen (vgl. Hübler 2022: 202). Die Rolle von Diskursen über ländliche Räume und Klimaschutz darf nicht vernachlässigt werden (vgl. Hübler 2022). Für die vorliegende Arbeit und vor allem für die später folgende Analyse von

hemmenden sowie förderlichen Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation von Bodennutzung in ländlichen Räumen ist es dennoch essenziell, den Begriff „sozial-ökologische Transformation“ greifbar zu machen. Die Analyse des Fallbeispiels soll sich daher an einigen weit gefassten Kriterien orientieren. Hier der Vorschlag, die Prinzipien, die vom I.L.A. Kollektiv für eine solidarische Lebensweise festgelegt wurden, dafür heranzuziehen und diese bei Bedarf um einige speziell auf ländliche Räume und Bodennutzung bezogene zu erweitern: Demokratisierung, Commoning bzw. Gemeinschaffen, ReProduktion [sic!], Dependenz und Suffizienz (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 18-22). Spezifisch auf ländliche Lebenswelten bezogen erweisen sich auch die Prinzipien von Werner Nell (vgl. 2022: 111) als hilfreich. Diese Prinzipien sind breit gefasst und können auf unterschiedliche Bereiche des Lebens angewandt werden. Sie wurden auch deshalb ausgewählt, weil damit Bestrebungen für ein gutes Leben für alle im Kontext von ungleichen Räumen und damit verbundenen sozial-ökonomischen Lebensverhältnissen gefördert werden. Die anhand des Fallbeispiels aufzuzeigenden hemmenden sowie fördernden Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation von Bodennutzung sollen an diesen Prinzipien gemessen werden.

Im folgenden Kapitel soll der Kontext für die Fragestellung dieser Arbeit verortet und definiert werden: Was kennzeichnet ländliche Räume in Österreich und wie sind sie eingebettet? Dabei soll näher auf die Ausgangslage und die unterschiedlichen Rahmenbedingungen ländlicher Räume sowie die Beziehung von Stadt und Land eingegangen werden. Darüber hinaus werden relevante Aspekte der Bodennutzung und die damit verbundenen Herausforderungen in ländlichen Räumen vorgestellt. In weiterer Folge widmet sich das folgende Kapitel einem konkreten Fall aus der Praxis, anhand dessen die Hindernisse und förderlichen Faktoren für eine Transformation veranschaulicht werden sollen.

3. Ländlich ist nicht gleich ländlich – Gegenstand und Kontext ländlicher Räume

Forschungsgegenstand und gleichzeitig Kontext dieser Arbeit sind ländliche und periphere Räume in Österreich, die im Folgenden charakterisiert werden sollen. Für die* Leser*in wird erläutert, was gemeint ist, wenn in dieser Arbeit von „ländlichen Räumen“ die Rede ist. Im Anschluss daran wird die Bodennutzung als zentrale Herausforderung von ländlichen Räumen und als Schwerpunkt dieser Arbeit nähergebracht. Abschließend sollen die in den konzeptuellen Grundlagen diskutierten Ansätze und Überlegungen mit dem Anwendungsbereich in Beziehung gesetzt werden, indem sozial-ökologische Ansätze mit Bodennutzung im Kontext ländlicher Räume zusammengeführt und anhand eines Fallbeispiels aufgezeigt werden.

3.1 Klassifizierungen ländlicher Räume in Österreich

In diesem Abschnitt sollen die gängigsten Klassifizierungen und die dafür hinzuzuziehenden Indikatoren in Kürze dargestellt und kritisch reflektiert werden. Dies dient dazu, um in weiterer Folge die dieser Arbeit zugrundeliegende Definition von ländlichen Räumen zu begründen. In weiterer Folge wird auf die Beziehungen von Stadt und Land eingegangen, da ländliche Räume stets in einen breiteren Kontext eingebunden sind und nicht losgelöst für sich allein, sondern in Wechselwirkung zu strukturellen Bedingungen auf höhergelagerter Ebene stehen.

Es existieren verschiedene Versuche der Raumtypisierung, um ländliche Räume von urbanen Räumen etc. abzugrenzen. Die gängigsten Abgrenzungsversuche sind die OECD-Methode und die darauf aufbauende Weiterentwicklung durch die Europäische Kommission. In Österreich sind Klassifizierungen durch die Statistik Austria sowie die ÖROK in Verwendung, die sich auf die europäischen Methoden stützen.

3.1.1 Statistische Klassifizierungsversuche ländlicher Räume

Die OECD-Methode wurde in den 1990er Jahren entwickelt und folgt einem statistischen Bezugssystem mit klaren Zielen und Kriterien für Regionen weltweit. Das Klassifizierungssystem des EUROSTAT (Statistisches Amt der Europäischen Union) baut darauf auf und konzentriert sich auf das geografische Gebiet Europas. Die Einteilung nach OECD-Methode erfolgt in TL2 oder TL3 (Territorial Level), wobei TL2 größere Verwaltungseinheiten direkt unter der nationalen Ebene kennzeichnet – in Österreich etwa die Bundesländer – und TL3 kleinräumigere Regionen. Sie decken sich mit dem europäischen Bezugssystem des EUROSTAT 2021 mit der Bezeichnung NUTS (Nomenclature des Unités

Territorial Statistique, zu Deutsch: Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik), welches drei Ebenen umfasst (NUTS 1-3). NUTS-1 beinhaltet sozioökonomische Großregionen, wie beispielsweise Westösterreich, NUTS-2 die Basisregionen für regionalpolitische Maßnahmen – im Fall Österreichs die Bundesländer – und NUTS-3 kleine Regionen für spezifische Diagnosen. Alle Regionseinheiten werden innerhalb von Nationalstaatsgebieten definiert. Diese Klassifizierungen sollen internationale Vergleiche ermöglichen, und regionalen Strukturwandel auf transnationaler Ebene analysieren (vgl. OECD 2022: 3; Eurostat 2021).

Zusätzlich nimmt das NUTS-System auf Ebene der NUTS-3-Regionen eine Einteilung nach einer Stadt-Land-Typologie vor. Die drei Kategorien sind: überwiegend ländlich, intermediär und überwiegend städtisch. Die Einteilung erfolgt nach Bevölkerungsdichte in 1 km²-Rasterzellen. Dafür wird der Anteil der in städtischen Clustern und in ländlichen Rasterzellen lebenden Bevölkerung erfasst und wie folgt klassifiziert:

- „überwiegend städtische Regionen (NUTS-3-Regionen, in denen mindestens 80 % der Bevölkerung in städtischen Clustern leben);
- intermediäre Regionen (NUTS-3-Regionen, in denen zwischen 50 % und 80 % der Bevölkerung in städtischen Clustern leben);
- überwiegend ländliche Regionen (NUTS-3-Regionen, in denen mindestens 50 % der Bevölkerung in ländlichen Rasterzellen leben)“ (Eurostat 2021)

Die Cluster werden wie folgt kategorisiert:

- „Städtische Cluster: Cluster zusammenhängender Rasterzellen von 1 km² mit einer Dichte von mindestens 300 Einwohnern pro km² und einer Bevölkerung von mindestens 5 000 Einwohnern — die Kriterien für zusammenhängende Zellen bei städtischen Clustern schließen Diagonale ein (mit anderen Worten, Zellen, die sich nur an den Ecken berühren);
- ländliche Rasterzellen: Rasterzellen mit einer Dichte von weniger als 300 Einwohnern pro km² und andere Zellen außerhalb städtischer Cluster“ (Eurostat 2021)

Nach dieser Berechnungsart waren im Jahr 2016 44,8 Prozent des Gebietes der Europäischen Union überwiegend rural, in Österreich sind es demnach mehr als 80 Prozent (vgl. EUROSTAT 2017, zitiert nach: Gebhardt et al. 2020: 908f.). Gleichzeitig lebte jedoch nur knapp ein Fünftel (19,2 Prozent) der Gesamtbevölkerung der EU in überwiegend ländlichen Regionen.

Die Typologie berücksichtigt auch weitere Faktoren wie etwa die Nähe zu urbanen Zentren: Wenn beispielsweise Städte mit mehr als 200.000 Einwohner*innen und damit mindestens 25 Prozent der Bevölkerung in als überwiegend ländlich eingestuften Regionen liegen, so werden

diese Regionen als intermediär eingestuft. Auch bei der Kategorisierung nach Stadt-Land-Typologie wird miteinbezogen, ob eine überwiegend ländliche Region entlegen oder in der Nähe einer Stadt liegt, was Auswirkungen auf die ökonomischen und sozialen Strukturen der dort lebenden Bevölkerung hat. Die NUTS-Systematik stellt die Grundlage für die Aufteilung von Mitteln aus Struktur- und Investitionsfonds unter verschiedenen Regionen der EU dar und spielt dadurch eine wichtige Rolle für die ökonomische Entwicklung der Regionen (vgl. Eurostat 2021).

Neben der NUTS-Systematik auf regionaler Ebene bietet das Eurostat auch eine Klassifizierung auf der Ebene lokaler Verwaltungseinheiten (LAU 2 – Local Administrative Units). Auf dieser Ebene erfolgt die Einteilung in „ländlich“ oder „städtisch“ nach Bevölkerungsdichte. Bei weniger als 150 Einwohner*innen pro Quadratkilometer ist somit von ländlichen Gemeinden die Rede (vgl. EUROSTAT 2017, zitiert nach: Gebhardt et al. 2020: 908f.). Zudem können weitere Klassifizierungen vorgenommen werden wie beispielsweise nach Verstädterungsgrad – umfasst Städte, kleinere Städte und Vorstädte sowie ländliche Gebiete -, nach funktionalen städtischen Gebieten – umfasst Städte und ihre Pendlereinzugsgebiete -, sowie nach Küstenregionen (vgl. Eurostat 2021). Ziel dieser Kategorisierung ist eine auf die jeweiligen Umstände der Region angepasste europäische Entwicklungspolitik inklusive der Berücksichtigung bei Zielvorgaben und rechtlichen Vorgaben. Trotz alldem bietet die NUTS-Systematik keine Rechtsgrundlage für Grenzregionen, Inselregionen oder - wie in Österreich relevant – für Berge (vgl. Eurostat 2021).

Die Stadt-Land-Typologie der Statistik Austria orientiert sich stark an der Klassifizierung nach NUTS-Systematik, unterscheidet hierbei jedoch noch detaillierter in:

- „Urbane Großzentren
- Urbane Mittelzentren
- Urbane Kleinzentren
- Regionale Zentren, zentral
- Regionale Zentren, intermediär
- Ländlicher Raum im Umland von Zentren, zentral
- Ländlicher Raum im Umland von Zentren, intermediär
- Ländlicher Raum im Umland von Zentren, peripher
- Ländlicher Raum, zentral
- Ländlicher Raum, intermediär
- Ländlicher Raum, peripher“

(vgl. Statistik Austria 2022)

Die Statistik Austria bedient sich für ihre Klassifizierung von ländlichen Räumen zusätzlich zur Bevölkerungsdichte folgender Indikatoren: Erreichbarkeit einer städtischen bzw. regionalen Kernzone in Minuten sowie des Zusatzkriteriums Tourismus, das anhand von Nächtigungszahlen ermittelt wird (vgl. Statistik Austria 2021b: 5). Verdichtete Siedlungsstrukturen werden anhand von den Kenngrößen Bevölkerungspotenzial und Tagesbevölkerung klassifiziert. Das Bevölkerungspotenzial wird wie folgt berechnet: BP = Wohnbevölkerung + (Nebenwohnsitze*0,14) + Tagesbevölkerung. Für die Tagesbevölkerung werden auch Pendlerströme mitberücksichtigt (vgl. Statistik Austria 2021b: 7).

Ein weiterer Klassifizierungsversuch speziell für ländliche Räume stamm von Lienau (2020, zitiert nach: Gebhardt et al. 2020: 909), der weitreichendere Faktoren umfasst, die über die Bevölkerungsdichte hinausgehen. Demnach zeichnen sich ländliche Räume aus durch:

- „Vorherrschen von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen
- Relativ geringe Größe der Siedlungen mit geringer Bebauungsdichte bezogen auf den kultivierten Raum
- Geringe Arbeitsplatzdichte
- Geringe Industriedichte, geringe Größe der Industriebetriebe und Hervortreten bestimmter Industriearten
- Schmaleres Spektrum der im ländlichen Raum vertretenen Berufsgruppen, geringere Einkommen und ein höherer Anteil im primären Sektor arbeitender Menschen
- Versorgung mit höherwertigen Gütern in hohem Maße von der Stadt abhängig sowie Übernahme zahlreicher Funktionen für die Städte
- Unterschiedliche Entwicklungsdynamik zwischen Stadt und Land“

(Lienau, zitiert nach: Gebhardt et al. 2020: 909)

Weitere Indikatoren zur Abgrenzung ländlicher Räume sind beispielsweise die Dimensionen Peripherisierung und Suburbanisierung (vgl. Gebhardt et al. 2020: 910), sozioökonomische Lage und Ländlichkeit, die durch ein Zusammenspiel von Siedlungsdichte, den Anteil an Einfamilienhäusern unter allen Wohnformen, den Anteil der landwirtschaftlichen Flächen, die Erreichbarkeit von Zentren und das regionale Bevölkerungspotenzial definiert werden (vgl. Grabski-Kieron 2020: 910). Doch auch Funktionen wie zum Beispiel landwirtschaftlich begünstigte oder touristisch attraktive ländliche Regionen werden als Abgrenzungskriterien verwendet. Henkel (2020) teilt ländlichen Räumen vier Funktionen zu: die ökologische Funktion, die Agrarproduktionsfunktion, die Erholungsfunktion sowie die Standortfunktion (vgl. Henkel 2020: 49). In der Forschung um ländliche Räume hat sich der Begriff der Multifunktionalität etabliert, der die Ausdifferenzierung unterschiedlicher Funktionen meint. Ländliche Räume können demnach mehrere Funktionen zugleich erfüllen (vgl. Gebhardt et al.

2020: 911f.; Mose 2018: 1.323). Diese Klassifizierungsversuche werden in vorliegender Arbeit mit Vorsicht betrachtet, da Regionen durch solche Funktionen ein Wert im Sinne der gewinnmaximierenden Verwertbarkeit zugeschrieben wird und andere Aspekte dabei zu kurz kommen können.

Die Klassifizierung von ländlichen Räumen soll das Verständnis gemeinsamer bzw. unterschiedlicher Herausforderungen der Regionen im Vergleich erleichtern. Aus anwendungsorientierter Sicht ist es daher sinnvoll, ländliche Räume zu charakterisieren zu versuchen, um geeignete Entwicklungsstrategien und Instrumente zu entwickeln (vgl. Mose 2018: 1329). Gleichzeitig lassen viele der konventionellen Klassifizierungsmethoden qualitative sozialgeografische Faktoren außer Acht und beschränken sich auf Aspekte, die quantifizierbar oder in irgendeiner Weise für ökonomische oder politische Zwecke verwertbar sind. So erfolgt die Abgrenzung von ländlichen Räumen nach statistischen Klassifizierungen häufig von außen, ohne die Einschätzung der dort lebenden Menschen zu ihrer Lebensqualität zu berücksichtigen. Sozialgeografischen Ansätzen folgend ist territoriale Abgrenzung eine soziale Praxis, die sich durch soziale Zugehörigkeit und räumlich definierte Kollektivität auszeichnet (vgl. Pollini 2005: 493). Zu den weichen Faktoren, die hier eine Rolle spielen, zählen beispielsweise die Zufriedenheit mit dem Wohnstandort, das Zugehörigkeitsgefühl, die Vertrautheit mit dem sozialen Umfeld oder landschaftliche Reize (vgl. ebd.). Strassoldo & Tessarin (1992) stellen die in ländlichen Regionen lebenden Subjekte ins Zentrum ihrer Klassifizierung und nennen abseits der klassischen Parameter etwa auch Faktoren wie sprachliche Zugehörigkeit durch Dialektgebrauch, Kulturverhalten, Religionsverhalten sowie Wegziehwünsche. Sogenannte soziokulturelle Ansätze von Raumtypologien gehen noch einen Schritt weiter und orientieren sich an unterschiedlichen Weltanschauungen und Lebensstilfragen in ländlichen und städtischen Räumen (vgl. Hermann & Leuthold 2003: 30ff.).

Die unterschiedlichen Klassifizierungsversuche zeigen deutlich die Diversität von ländlichen Räumen und die zahllosen Möglichkeiten der Wechselbeziehungen zwischen Stadt und sie umgebender Region. Für die Zielsetzung dieser Arbeit ist in erster Linie Raum als sozial produzierte Praxis und damit auch territorial produzierte Praxis relevant. Diese soziale Praxis steht in einem Wechselverhältnis zu den sie umgebenden räumlichen Rahmenbedingungen, ist in diese eingebettet und beeinflusst sie mit.

3.1.2 Diskursiv und sozial produzierte ländliche Räume

Das zuvorgehende Kapitel hat gezeigt, dass die Abgrenzung von ländlichen Räumen ein schwieriges Unterfangen ist, das viele verschiedene Faktoren berücksichtigen muss. Es wurde deutlich, dass quantitative Indikatoren für sozialökonomische Fragestellungen zu kurz greifen.

Die Definition von ländlichen Räumen, die dieser Arbeit zugrunde liegt, beschränkt sich daher nicht auf statistische Klassifizierungsverfahren, sondern greift das Verständnis von ländlichen Räumen als sozial produzierte Praxis auf und erweitert es um die diskursive Ebene: Maßgebend sollen gesellschaftliche und diskursive Konstruktionen von ländlichen Räumen sein, wie bereits unter 2.1.2 näher erläutert. Demzufolge werden ländliche Räume hier als jene Räume gefasst, die im gesellschaftlichen Diskurs als ländlich beschrieben und daher diskursiv und mittels sozialer, ökonomischer und politischer Handlungen als ländliche Räume produziert werden. Ziel dieses Verständnisses ist es, das emanzipatorische Veränderungspotenzial und die aktive Rolle von (Raum-)produzierenden Personen zu betonen, ohne reale sozioökonomische Rahmenbedingungen außer Acht zu lassen. Dieses Verständnis macht gleichzeitig die Herausforderungen und Hemmnisse für Veränderung deutlich, da es für die Veränderung von Rahmenbedingungen eine Veränderung von Diskursen und umgekehrt für veränderte Diskurse auch veränderte Rahmenbedingungen braucht (vgl. Maschke et al. 2020: 7f.; Wiegandt & Krajewski 2020: 14). Dadurch wird auch klar, dass das Verhältnis des ländlichen Raums zur Stadt ein diskursiv, sozial und in der Folge auch real produziertes ist.

3.1.3 Die Beziehung zwischen Stadt und Land

Für diese Arbeit ist von Relevanz, dass ländliche Räume stets in einen breiten Kontext eingebettet sind. Sie können daher nicht als abgetrennte Sphäre betrachtet werden und stehen immer in Beziehung zu der sie umgebenden Region und den urbanen Zentren der Region. Auch wenn nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich, besteht ein reger Austausch, der wechselseitige Dependenzen beinhaltet. Damit einher gehen beispielsweise Pendler*innenmigration, Bildungsmigration, Lieferketten, Energieversorgung, Lebensmittelversorgung, Wasserversorgung, Rohstoffversorgung, ökonomische Verflechtungen, Erholungs- und Reproduktionsräume, Wohnen, kulturelles und soziales Angebot und vieles mehr (vgl. Maschke et al. 2020: 31-32; Krajewski & Wiegandt 2020: 27-28). Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Lebensrealitäten von Menschen, die in ländlichen Räumen leben.

Gebhardt und Reuber (2020: 904f.) betonen, dass das dichotome Verständnis von „Stadt versus Land“ dringend zu hinterfragen sei. Komplexe globalisierte Produktions- und Lebensbedingungen verwischen zunehmend die Grenzen zwischen ländlich und urban. Die komplexen Beziehungen zwischen „Stadt“ und „Land“ werden über unterschiedliche Arten von Migration deutlich – Freizeitwohnsitze und Home-Office erschweren die Trennung weiter (vgl. ebd.; Horx 2020). In der Forschung zu ländlichen Räumen herrscht Übereinkunft, dass es nicht *den* ländlichen Raum gebe. Ein Begriff, der die Unterschiede zwischen Regionen anhand von Abwanderung, Abkopplung und Abhängigkeit beschreibt, ist Peripherisierung (vgl. Wiegandt

& Krajewski 2020: 18). Peripherisierung ist als prozessual und dynamisch zu verstehen und spricht die graduellen Unterschiede an. Keim (2006) beschreibt Peripherisierung „als graduelle Schwächung und/oder Abkopplung sozial-räumlicher Entwicklungen gegenüber den dominanten Zentralisierungsvorgängen“. Dabei soll betont werden, dass eine klare Abgrenzung von sogenannten peripheren Räumen zu kurz gegriffen sei (vgl. Keim 2006). Ein weiterer Versuch, die Diversität ländlicher Räume zu beschreiben, ist das Konzept des Stadt-Land-Kontinuums. Ziel dessen ist es, den Ort von der ihr zugeschriebenen Lebensweise zu entkoppeln – also Stadt bedeutet nicht gleich Urbanität und Land bedeutet nicht gleich Ruralität. Kritisch zu betrachten sind jedoch die quantitativen Zuschreibungen von rural oder urban, da diese dem hier vorliegenden Verständnis nach gesellschaftlich produziert sind (vgl. van Lessen 2022: 167). Auch das Konzept der Zwischenstadt, die „weder Stadt noch Land ist, aber Eigenschaften von beidem besitzt“, wird mit Vorsicht betrachtet, da es rein städtische Eigenschaften postuliert, die darüber hinaus als hegemonialer Ausgangspunkt gesehen werden (vgl. Sievert 2008: 14, zitiert nach: van Lessen 2022: 167). Stattdessen hebt van Lessen hervor, dass das Verhältnis von Stadt und Land auf „(1) zeitlich veränderbaren, gesellschaftlich hergestellten raumbezogenen Bedeutungen [beruhe, Anm. d. A.], deren Bestimmung (2) von Machtasymmetrien geprägt ist“ (van Lessen 2022: 168). Um die Polarisierung zwischen peripher und prosperierend in der entwicklungspolitischen Praxis zu vermeiden, empfehlen Wiegandt und Krajewski (2020) politischen Entscheidungsträger*innen den Ansatz der integrierten ländlichen Entwicklung, der die Multifunktionalität von ländlichen Räumen anerkennt und mithilfe von unterschiedlichen Strategien dem Strukturwandel begegnet. Für gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen brauche es demnach in der Praxis ein Zusammenspiel von unterschiedlichen Akteur*innen auf den verschiedenen räumlichen Ebenen: Kommunale, regionale und Bundespolitik müssten mit Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten (vgl. Wiegandt & Krajewski 2020: 28). Auch van Lessen fordert die Einbindung aller Betroffenen. Sie stellt bei den Zuschreibungen der Machtasymmetrien zwischen Stadt und Land Parallelen zu kolonialen diskursiven Strategien fest und appelliert an Forschung sowie politische Entscheidungsträger*innen in ländlichen Räumen, für negative Zuschreibungen zu sensibilisieren oder diese zu vermeiden. Indem die Perspektiven der am Land lebenden Menschen miteinbezogen werden, könnten Stadt-Land-Dichotomien aufgebrochen werden (vgl. van Lessen 2022: 178f.).

In diesem Zusammenhang ist das Phänomen Multilokalität zu erwähnen, welches die unterschiedlichen Verflechtungen zwischen städtischen und ländlichen Räumen verdeutlicht. Unter Multilokalität versteht man, „dass Individuen, soziale Gruppen oder ökonomische Subjekte die Handlungsvollzüge zur Verwirklichung ihrer spezifischen Intentionen gleichzeitig oder abwechselnd an unterschiedlichen Orten abwickeln“ (Weichhart 2020: 43). Auf

individueller Ebene wird von residentieller Multilokalität gesprochen, die dann vorliegt, „wenn Individuen oder Haushalte über zwei oder mehr Behausungen verfügen, die sie in mehr oder weniger großen Abständen mehr oder weniger regelmäßig für Wohnzwecke nutzen." (ebd.) Der Anteil der multilokal lebenden Personen nimmt zu (vgl. Amt der Oö. Landesregierung 2019: 4), zum Stichtag 2009 gab es über eine Million Menschen in Österreich, die multilokal leben (vgl. Fischer 2020: 262). Die Befassung mit Multilokalität im Kontext von räumlichen Trends auf Mikroebene stellt handelnde Individuen in den Mittelpunkt der Analyse. Dadurch werden Handlungspotenziale eröffnet und bestehende Strukturen infrage gestellt. Multilokalität und insbesondere residentielle Multilokalität hat als Massenphänomen daher Auswirkungen auf die Regionen, indem sie bestimmte Chancen und Herausforderungen für die jeweiligen Orte eröffnet. Dies hat die Politik bereits erkannt (vgl. Amt der Oö. Landesregierung 2019: 23ff.). Fischer (2020) betont das Potenzial, aber auch die Risiken von Multilokalität für strukturschwache Regionen (vgl. S. 266f.). Multilokalität kann demnach zur Folge haben, dass strukturschwache Gemeinden in Konkurrenz zu strukturstarken größeren Zentren treten, da mit der Zahl der mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen an einem Ort auch die Zuweisung von Ertragsanteilen aus dem Finanzausgleich für den jeweiligen Ort steigt (vgl. Fischer 2020: 267). Auch die Auswirkungen von Multilokalität auf soziale, ökonomische, lokalpolitische und infrastrukturelle Strukturen eines Ortes sind nicht zu vernachlässigen – und stellt Regionen vor Herausforderungen (vgl. Weichhart 2020: 46f.) Darüber hinaus hat residentielle Multilokalität große Auswirkungen auf den Wohnungs- und Bodenmarkt: Das Verhältnis von Wohnfläche und Bevölkerung verschiebt sich in Richtung steigendem Wohnflächenverbrauch und damit Bodenverbrauch pro Person (vgl. Weichhart 2020: 45). Wie Weichhart betont, wird dies je nach Ausgangslage regional unterschiedlich bewertet: Während in touristischen Regionen in Westösterreich die Verknappung an Wohnraum ein großes Problem darstellt, werden sogenannte Zweitwohnsitze als Katalysatoren für die Kaufkraft und die soziale Belebung der Region gesehen (vgl. Weichhart 2020: 45f.). Die Wohnfrage aber auch zunehmende Verkehrsbelastungen durch multilokal lebende Personen erschweren die Raumordnung und Verkehrsplanung in peripheren ländlichen Regionen laut Weichhart künftig weiter (vgl. ebd. S. 47f.).

3.2 Bodennutzung als zentrale Herausforderung im ländlichen Raum

Die dieser Arbeit zugrundeliegende Problemstellung befasst sich mit der Nutzung von Boden und den dadurch entstehenden Konfliktfeldern in Bezug auf die sozial-ökologische Transformation. Die Nutzung von Boden ist in ländlichen Räumen ein entscheidender Bereich, wo viele unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen. In diesem Abschnitt soll ein Überblick über diese Interessen gegeben werden. Im Zentrum steht Boden als zentrale „Ressource" für Sphären der Produktion und der Reproduktion.

Boden ist eine endliche „Ressource“, die die Grundlage für verschiedene menschliche Bedürfnisse darstellt. Zu diesen Bedürfnissen zählen unter anderem die Ernährungssicherheit, die Nutzung für Siedlungszwecke, die Nutzung für kapitalbringende Zwecke, die Archivierung von Natur- und Kulturgeschichte, der Erhalt der Biodiversität sowie Erholungs- und Entsorgungszwecke (vgl. Bubenzer 2020: 1189). Gömann und Weingarten stellen fest, dass die vielfältigen gesellschaftlichen Ansprüche an die Nutzung des nicht vermehrbaren Bodens und die damit verbundenen Nutzungskonkurrenzen und -konflikte eine immer größer werdende Rolle im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs spielen (vgl. Gömann & Weingarten 2018: 1.337). Boden sei entgegen seiner intensiven und oft sorglosen Nutzung durch Menschen eine „kaum erneuerbare Ressource“ (Bubenzer 2020: 1189), die wie erwähnt viele Funktionen für das menschliche Dasein erfüllt: Zu den wichtigsten zählt die land- und forstwirtschaftliche Produktion, die über 90 Prozent der weltweit produzierten Nahrung sicherstellt (vgl. ebd.).

Die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) definiert zehn Prozesse, die global gesehen zu Bodendegradation führen: Bodenerosion, Verlust an organischem Kohlenstoff, Nährstoffungleichgewichte, Versalzung, Versiegelung, Verlust an Biodiversität, Kontamination, Versauerung, Verdichtung und Staunässe (vgl. FAO & ITPS 2015: 168-222). Als wichtigste Gefährdung von Böden sieht die FAO das Bevölkerungswachstum, die Industrialisierung, den Klimawandel und nicht nachhaltiges Bodenmanagement (vgl. FAO & ITPS 2015: 170; Bubenzer 2020: 1189). Aufgrund der unterschiedlichen konkurrierenden Bedürfnisse und Interessen braucht es Spielregeln, die die Nutzung von Boden regulieren. Die österreichische Bodenpolitik ist unter dem Begriff Raumordnung zusammengefasst. Sie ist gesetzlich geregelt und ein wichtiger Teil der Regionalpolitik.

Unter Raumordnung oder auch Raumplanung wird „die Gesamtheit der Maßnahmen und Aktivitäten öffentlicher Gebietskörperschaften verstanden […], die die Gestaltung des Territoriums, basierend auf politischen Zielvorstellungen, zum Gegenstand haben“ (Kanonier & Schindelegger 2018a: 56). Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) merkt an, dass die Begriffe Raumordnung und Raumplanung in Österreich häufig synonym verwendet werden (vgl. ebd.). Zudem fehle eine einheitliche Legaldefinition der Begriffe für ganz Österreich (vgl. Kanonier & Schindelegger 2018a: 56). Unterschiedlichen Körperschaften wie Bund, Länder und Gemeinden sind im Rahmen der ihnen zugewiesenen Kompetenz- und Aufgabenbereiche mit der Raumplanung befasst (vgl. ebd. S. 57). Dafür stehen ihnen unterschiedliche Planungsinstrumente zur Verfügung, die in weiterer Folge näher erläutert werden sollen (vgl. ebd. S. 56).

3.2.1 Raumordnungspolitik in Österreich

In Österreich werden die Kompetenzen zur Nutzung von Boden auf die drei Ebenen Gemeinden, Bundesländer und Bund aufgeteilt, die Verteilung der Kompetenzen legt das Bundes-Verfassungsgesetz fest (vgl. Art. 10-12, B-VG). In den Kompetenzbereich des Bundes fallen als Fachplanungen bezeichnete Befugnisse, wie beispielsweise das Starkstromwegerecht oder das Forstwesen. Die gesetzliche Grundlage für die überörtliche und örtliche Raumplanung und Raumordnung bilden die Landesgesetze. Die Bundesländer sind darüber hinaus auch für bestimmte Fachplanungen zuständig, wie etwa beim Verkehr, beim Naturschutz oder in der Landesenergieversorgung (vgl. ÖROK 2021a: 17f.). Im Bundes-Verfassungsgesetz unter Art. 118 Abs 3 Z. 9 wird festgelegt, dass Gemeinden das Recht haben, im eigenen Wirkungsbereich über die örtliche Raumplanung zu bestimmen. Zu den wichtigsten Raumplanungsinstrumenten von Gemeinden zählen der Flächenwidmungsplan und das Örtliche Entwicklungskonzept, die festlegen, welche Flächen für welche Art von Nutzung bestimmt sind (vgl. ÖROK 2021: 18). Die Widmungskategorien sind je nach Bundesland unterschiedlich, meist gibt es jedoch drei: Grünland bzw. Freiland, Bauland sowie sonstige Flächen, zu denen auch Verkehrsflächen und Sondergebiete zählen. Die Erstellung des Flächenwidmungsplans orientiert sich an örtlichen und überörtlichen Richtlinien für die Raumplanung (vgl. Reindl 2018).

Die Raumordnungsgesetze der Bundesländer orientieren sich an den Grundsätzen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), der leitenden Institution der österreichischen Raumordnungspolitik. Sie wurde 1971 mit dem Ziel gegründet, eine Plattform zur Abstimmung von Raumbelangen der unterschiedlichen Gebietskörperschaften zu schaffen. Wie die ÖROK im Raumordnungsbericht festhält, spielen bei der Raumordnung viele unterschiedliche Interessen von Akteur*innen aus verschiedenen Bereichen mit ein. Aufgrund dessen wird die Raumordnung von der Geschäftsstelle der ÖROK auch als Querschnittsmaterie bezeichnet (vgl. ÖROK 2021a: 18). Die politische Konferenz der ÖROK setzt sich aus Vertreter*innen von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen: Das Beschlussorgan der ÖROK umfasst alle Bundesminister*innen und Landeshauptleute, die Präsident*innen des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes sowie jene der Wirtschafts- und Sozialpartner. Alle Beschlüsse müssen einstimmig gefasst werden. Zusätzlich gibt es eine Stellvertreterkommission, welcher die Sektionsleiter*innen, Landesamtsdirektor*innen und Generalsekretär*innen der Körperschaften angehören sowie mehrere ständige Unterausschüsse, die für Sachfragen zuständig sind. Die ÖROK-Geschäftsstelle hat ihren Sitz bei dem für Raumordnung und Regionalpolitik zuständigen Bundesministerium – zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit

ist dies das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft. Geleitet wird die Geschäftsstelle von zwei Geschäftsführer*innen, die von dem bzw. der Bundeskanzler*in ernannt werden. Eine der beiden leitenden Personen wird über einen Vorschlag der Landeshauptleutekonferenz bestellt. Die ÖROK-Geschäftsstelle agiert lautet eigenen Angaben selbständig (vgl. ÖROK 2021a: 19; ÖROK 2022 [1]). Die ÖROK ist wie oben dargestellt keine unabhängige Instanz und unterliegt bestimmten Interessen. Alle Akteur*innen und politischen Vertreter*innen in der ÖROK gehören Interessenvertretungen an. Die ÖROK soll den verschiedenen Interessen eine Plattform zum Austausch bieten. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass manche Interessen stärker vertreten sind als andere.

Die ÖROK leistet durch laufende Raumbeobachtung Beiträge zur Raumforschung, etwa mit dem Raumatlas und der ÖROK-Rechtssammlung. Darüber hinaus fungiert sie beim Thema Regionalpolitik als Schnittstelle für die nationale und europäische Ebene. Eine der wichtigsten Aufgaben der ÖROK ist jedoch die Erstellung des Österreichischen Raumentwicklungskonzeptes (ÖREK) (vgl. ÖROK 2022 [2]).

3.2.1.1 Der 16. Österreichische Raumordnungsbericht 2021

Die ÖROK hält die Ergebnisse der politischen Konferenz schriftlich fest und veröffentlicht im Drei-Jahres-Rhythmus den Österreichischen Raumordnungsbericht. Der aktuelle 16. Bericht stammt von Sommer 2021, fasst die wichtigsten raumrelevanten Entwicklungen der Jahre 2018 bis 2020 zusammen und gewährt Einblick in den Prozess rund um die Erstellung des ÖREK 2030 (Anm.: wurde im Oktober 2021 beschlossen) (vgl. ÖROK 2021a: 10). Im Folgenden werden die wichtigsten Inhalte des 16. Raumordnungsberichts mit Relevanz für die leitende Fragestellung dargestellt:

Demnach deuten die Prognosen auf strukturelle Veränderungen in der demographischen und räumlichen Verteilung der Bevölkerung in Österreich hin: Die Alterung der Gesellschaft, das Wachstum der in Österreich lebenden Bevölkerung und die Wanderungsströme von außen sowie innerhalb des Landes tragen dazu bei, dass Ballungszentren und das weitere Umland von Städten wachsen, während periphere ländliche Regionen sowohl an Raum, als auch in ihrem Anteil an erwerbstätigen Personen schrumpfen (vgl. Neugebauer & Dallhammer 2021: 27-28). Die damit einhergehenden arbeitsspezifischen Trends haben den Autoren zufolge große Auswirkungen auf die Infrastruktur und ökonomische Situation der ländlichen Regionen. Prognosen zufolge könnte es langfristig zu Personalmangel in ländlichen Regionen kommen (vgl. ebd.: 28) – die ersten Beispiele dafür machen sich bereits heute bemerkbar (vgl. WKS 2022). Dies wieder könnte zu einer Standortverlagerung von Unternehmen in Ballungsräume führen, was wiederum eine verstärkte Abwanderung von vor allem jungen Menschen im

erwerbstätigen Alter zur Folge haben könnte (vgl. Neugebauer & Dallhammer 2021: 27-30). Die räumliche Ungleichheit lässt auch die Schere zwischen Privileg und Nachteil weiter auseinandergehen und zieht Parallelen zwischen räumlicher Verortung und entsprechendem Lebensstandard. Die Abwanderung von jungen Menschen könnte den Autoren dieses Prognoseberichts auch Schwierigkeiten bei der Erhaltung der Grundversorgung in Abwanderungsregionen bewirken. Demnach sei eine der größten Herausforderung für die verschiedenen Räume in Österreich, die Infrastruktur und Siedlungsentwicklung den demographischen Trends anzupassen (vgl. ebd.: 43). Dies habe laut Raumordnungsbericht auch Einfluss auf die Nutzung von Grund und Boden: Der Bedarf an Einpersonenhaushalten und damit einhergehende Pflege- und Betreuungsangeboten werde demzufolge durch den wachsenden Anteil an älterer Bevölkerung in ländlichen peripheren Regionen steigen. In urbanen Zentren sowie deren Umland werde hingegen der Bedarf an Mehrpersonenhaushalten steigen (vgl. ebd.: 46-48). Die effiziente Nutzung von Raum und bereits bestehenden Einfamilienhäusern mit hohem Pro-Kopf-Flächenverbrauch in ländlichen Regionen sei demnach wesentlich für die Einsparung von Bodenverbrauch und den Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen (vgl. ebd. 53ff.). Dies wird in Kapitel 3.2.3 weiter ausgeführt. Der 16. Raumordnungsbericht mahnt dazu, die Bodenversiegelung bzw. den Bodenverbrauch zu reduzieren (vgl. Neugebauer & Dallhammer 2021: 53). Aktuelle Entwicklungen wie die Pandemie hätten laut Bericht das Potenzial, die oben beschriebenen Trends zu verändern – etwa durch die Einführung von Telearbeit (Home-Office) und innovativen Wohn- bzw. Arbeitsformen wie etwa Co-Working-Räumen. Diese stellen eine Chance für periphere ländliche Regionen dar, indem sie Pendlerströme reduzieren, periphere Regionen attraktiver machen und Wohnpreise senken könnten. Voraussetzung dafür sei der Ausbau von flächendeckendem leistungsstarkem Internet (vgl. ebd.: 39f.). Um zu diesen Entwicklungen und Potenzialen feste Prognosen zu erstellen, sei es jedoch noch zu früh, so die Autoren des Berichts. Als die größten Herausforderungen für die Raumplanung und speziell den ländlichen Raum in Österreich nennt der Bericht die Eindämmung der Folgen des Klimawandels, die Gewährleistung von Infrastruktur und Daseinsvorsorge in allen Regionen und die Anpassung bzw. abfedernde Maßnahmen für den sich fortsetzenden Strukturwandel (vgl. Neugebauer & Dallhammer 2021: 27-30). Für die Regionalpolitik und die regionale Wirtschaftsentwicklung sind laut Raumordnungsbericht die Themen Digitalisierung, Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft große Herausforderungen. Die Regionen Europas müssten sich laut Raumordnungsbericht verstärkt um Krisenresilienz und die ökologische Transformation bemühen. Die Covid-19-Pandemie verstärke die Notwendigkeit von Maßnahmen im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt (vgl. Handler & Gruber 2021: 131). Zum Zeitpunkt des Erscheinens des Raumordnungsberichts war der Angriffskrieg Russlands in der

Ukraine ab Februar 2022, sowie dessen geopolitische und ökonomische Folgen noch nicht berücksichtigt.

Der Bericht beinhaltet des Weiteren die wichtigsten Neuerungen im österreichischen Raumordnungsrecht der letzten drei Jahre. Hier sind in erster Linie die Novellen von Raumordnungsgesetzen und Bauordnungen zu nennen, die im Zeitraum 2018 bis 2020 in den meisten Bundesländern außer in Salzburg und in Kärnten in Kraft getreten sind. Schwerpunkte dieser Novellen sind Maßnahmen gegen die Zersiedelung, für den Klimaschutz, leistbares Wohnen und gerechtere Verteilung von Raum in Form von Baulandmobilisierung, Verdichtung, Einschränkung von Großbetrieben, verbessertes Naturgefahrenmanagement, Einschränkungen von Zweitwohnsitzen und Ferienwohnung. Außerdem gab es Neuerungen, die intensivierte Energieraumplanung und verstärkte überörtliche Raumplanung ermöglichen (vgl. Kanonier & Schindelegger 2021: 133-172).

3.2.1.2 ÖREK 2030

Das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) 2030 mit dem Untertitel „Raum für Wandel“ wurde im Oktober 2021 von der politischen ÖROK beschlossen und fungiert als grundlegendes Ziel für eine gemeinsame Raumentwicklungsstrategie für Österreich. Es enthält ein gemeinsames Handlungsprogramm für die Umsetzung dieser Ziele inklusive eines 10-Punkte-Plans und wird als öffentlich zugängliches Dokument veröffentlicht. Es handelt sich um „ein freiwilliges und gemeinsames Übereinkommen von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden und wurde von allen beteiligten ÖROK-Mitgliedern im Konsens erstellt und beschlossen“ (ÖROK 2021b: 5). Damit sind mit dem ÖREK keine Verpflichtungen oder Sanktionen bei Nichteinhaltung der Ziele verbunden. Die vier Säulen des beschlossenen Handlungsprogramms lauten:

1. „Mit räumlichen Ressourcen sparsam und schonend umgehen
2. Den sozialen und räumlichen Zusammenhalt stärken
3. Wirtschaftsräume und -systeme klimaverträglich sowie nachhaltig entwickeln
4. Vertikale und horizontale Governance weiterentwickeln“ (ÖROK 2021b: 54f.)

Den vier Säulen sind jeweils konkrete Ziele untergeordnet (vgl. ebd.: 18). Das 10-Punkte-Programm beinhaltet folgende Maßnahmen:

1. „Raumentwicklung auf Klimaneutralität und Energiewende fokussieren
2. Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung reduzieren
3. Orts- und Stadtkerne stärken sowie Raum für Baukultur eröffnen

4. Freiräume ressourcenschonend und für den Klimaschutz gestalten
5. Erreichbarkeit sichern und klimaneutral gestalten
6. Klimawandelanpassung durch Raumentwicklung und Raumordnung unterstützen
7. Daseinsvorsorge für gleichwertige Lebensbedingungen gestalten und leistbares Wohnen sichern
8. Regionale Wertschöpfungsketten und Kreislaufwirtschaft stärken
9. Die Digitalisierung nutzen und regionale Innovationssysteme stärken
10. Government und Governance als Querschnittsthema integrieren“ (ÖROK 2021b: 144f.)

Im Rahmen der ÖREK 2030 wurde ein Umsetzungspakt vereinbart, wonach eine „Bodenstrategie für Österreich“ ausgearbeitet werden sollte, welche konkrete Ziele und Vorgaben für die Bodennutzung vorgibt. Sie sollte im Herbst 2022 beschlossen werden und unter anderem eine gemeinsame Datengrundlage, ein bundesweit einheitliches Monitoring, quantifizierte Flächenziele für jedes Bundesland, einen konkreten Aktionsplan bis 2030 und die Weiterentwicklung wirksamer Instrumente bei der Raumplanung beinhalten (vgl. ÖROK 2021c). Der Beschluss verzögerte sich aufgrund von Konflikten zwischen den ÖROK-Parteien: Die Städte und Gemeinden sowie die Bundesländer lehnten konkrete Flächenkontingente für den maximalen Bodenverbrauch pro Tag ab. Im Juni 2023 sollte die Bodenstrategie nach eineinhalb Jahre dauernden Verhandlungen konträr zu ihrem ursprünglichen Ziel ohne verbindliche Vorgaben oder konkreten Zahlen beschlossen werden, woraufhin die zu diesem Zeitpunkt gemeinsam mit der ÖVP regierende Partei Die Grünen den Entwurf in letzter Minute zurückzog. Der Beschluss der Bodenstrategie wurde abermals vertagt (vgl. Putschögl 2023). Im Februar 2024 beschlossen die Raumordnungsrät*innen der Bundesländer gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund und Österreichischen Städtebund im Zuge einer Tagung in Linz im Alleingang eine Bodenstrategie für Österreich, die das von Bundesseite – speziell von der Regierungspartei die Grünen – geforderte Ziel von maximal 2,5 Hektar Bodenverbrauch pro Tag nicht beinhaltet. Das ÖVP-geführte Landwirtschaftsministerium unterstützte diesen Beschluss, was zu öffentlichen und politischen Diskussionen um den Stellenwert der ÖROK führte (vgl. ÖROK 2024; BML 2024; ORF.at 2024). Im Frühjahr 2024 veröffentlichte der Österreichische Gemeindebund einen Entwurf für einen „Kommunalen Bodenschutzplan“ mit konkreten Maßnahmen für Bodenschutz. Gleichzeitig wurde ein offener Beteiligungsprozess initiiert, der alle Gemeinden und interessierte Bürger*innen dazu aufrief, an der Debatte teilzunehmen. Die Ergebnisse sollen an Expert*innen sowie die gesetzgebenden politischen Ebenen weitergetragen werden (vgl. Österreichischer Gemeindebund 2024a & 2024b). Der folgende Abschnitt gewährt einen Überblick über einige relevante Instrumente der Raumplanung.

3.2.1.3 Instrumente der Raumplanung

Die verschiedenen Planungsinstrumente können nach verschiedenen Kriterien differenziert werden: Etwa nach Rechtswirkung und deren Verbindlichkeit – so gibt es einerseits hoheitliche Instrumente, die rechtsverbindlich sind und andererseits informelle Instrumente wie etwa Leitbilder und Strategien, die nicht rechtlich bindend sind. Differenziert man nach Geltungsbereich und Planungsebenen, so können Raumpläne auf internationaler, auf bundesweiter, landesweiter, regionaler und örtlicher Ebene unterschieden werden. Die Differenzierung nach Zuständigkeit und Planungsträger bezieht sich darauf, welche Instanz für das betreffende Instrument zuständig ist, wie beispielsweise Bundesbehörden, Landesregierungen, Regionalverbände oder Gemeinden. Eine weitere Differenzierung kann nach Planungsgegenstand bzw. Inhalt erfolgen – je nachdem, welche Themen oder Planungen das Instrument betrifft. Die unterschiedlichen Kriterien sind bei der Anwendung und Entwicklung von Planungsinstrumenten verschieden kombinierbar (vgl. Kanonier & Schindelegger 2018b: 76f.).

Eingangs wurden bereits die wichtigsten Instrumente für die lokale Ebene genannt: der Flächenwidmungsplan und das Örtliche Entwicklungskonzept. Im Folgenden sollen einige darüber hinausgehende Planungsinstrumente beschrieben werden, die in der Praxis derzeit viel Aufmerksamkeit erfahren. Sie beschränken sich auf den Bodennutzungsbereich Bauen und Wohnen, welcher mit permanenter Bodenversiegelung verbunden ist: Beispiele für aktuelle und nicht-herkömmliche Instrumente zur Steuerung von Bodennutzung sind Maßnahmen zur Mobilisierung von leer stehenden oder als Zweitwohnsitz genutzten Wohnflächen, die sich preissteigernd auf den Immobilienmarkt auswirken, wie etwa die Freizeitwohnsitzabgabe oder die Leerstandsabgabe. Ziel dieser ist es, den nicht genutzten Wohnraum der regelmäßigen Nutzung zuzuführen. In der Praxis sind diese Instrumente jedoch meist wenig zielführend, da die erwähnten Abgaben zu gering sind, um bei großen Investor*innen einen Lenkungseffekt zu erzielen und eher vernachlässigbare, kleinere Privatbesitzer*innen treffen (vgl. Grünbacher 2022; Bettel 2020). Zudem ist die Einhebung einer Leerstandsabgabe durch die Bundesländer aus juristischer Sicht umstritten, da diese in das Volkswohnwesen eingreift, welches verfassungsrechtlich auf Bundesgesetzebene liegt. Eine bundesgesetzliche Regelung bleibt Huck und Wagner zufolge jedoch fraglich – nicht nur, weil sie unter anderem in die Eigentumsfreiheit eingreifen könnte, sondern auch aus politisch-ökonomischer Sicht (vgl. Huck & Wagner 2022). Weitaus zielführender sei die Verhängung von Baustopps in Regionen mit hoher Bodenversiegelung sowie der „Bauzwang“ – eine Regelung, wonach sich die Eigentümer*in eines Bauland-Grundstücks dazu verpflichtet, innerhalb einer bestimmten Frist nach der Widmung bzw. dem Erhalt des Grundstücks ein Bauprojekt zu realisieren. Sogenannte Baulandsicherungsmodelle zielen darauf ab,

gewidmetes Bauland rasch einer baulichen Nutzung zuzuführen, indem Grundstücke von Behördenseite gekauft und innerhalb einer Gemeinde zu günstigen Preisen für bodensparende Bauprojekte und leistbares Wohnen weitergegeben werden (vgl. Bettel 2020). Als problematisch erweisen sich große Flächen an gewidmetem Bauland in Privatbesitz, auf dem jedoch nicht gebaut wird, was zur Verknappung von verfügbarem Bauland und Wohnraum und wiederum zu einer Steigerung der Boden- und Mietpreise führt. Obwohl in den vergangenen Jahren in allen Bundesländern ein Rückgang dieser sogenannten Baulandreserven zu verzeichnen ist, bleiben diese eine große Herausforderung (vgl. ÖROK-Atlas 2022: 1-2). Im Jahr 2022 nahm das österreichweit gewidmete Bauland laut ÖROK-Atlas eine Fläche von 318.243 Hektar (= 3.182 km²) ein. Davon waren 251.101 Hektar bebaut und 67.142 Hektar unbebaut. Die Zahlen beziehen sich auf Netto-Bauland, in das keine Straßenflächen eingerechnet sind. Demzufolge steht etwa 21 Prozent des gewidmeten Baulands als „Reserve“ zur Verfügung. Die Baulandreserven haben in jedem Bundesland einen unterschiedlichen Anteil. Im Burgenland beträgt der Anteil von Baulandreserven etwa 33,2 Prozent, in Wien liegt er bei 7,7 Prozent (vgl. ÖROK-Atlas 2022: 1).

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Instrumente der Raumplanung in aktueller legistischer Form limitiert sind. In Bezug auf ländliche Räume gibt es zusätzliche Einschränkungen: Praxis und Theorie traditioneller Raumplanung sind stark von städtischen Bedingungen und Normen beeinflusst und daher nicht ausreichend für die Herausforderungen von Bodennutzung in ländlichen Räumen. Traditionelle Raumplanungsinstrumente berücksichtigen nicht die diversen Ausprägungen ländlicher Räume und können die komplexen Problemstellungen des jeweiligen örtlichen Rahmens nicht zielführend bearbeiten (vgl. Zachrisson et al. 2021: 1, 10). Zachrisson et al. kommen zu dem Schluss, dass Raumplanung in ländlichen Räumen die Konflikte rund um Bodennutzung anerkennen und behandeln müsse (vgl. ebd. S. 10). Bei der Frage nach der Effektivität von Raumplanungsinstrumenten müssten dahinterstehende Interessen hinterfragt werden: Was ist das Ziel der Steuerung von Boden und welche Interessen werden bedient? Zudem stellt sich die Frage nach der Deutungshoheit, etwa wer die Instrumente der Raumplanung beschließt und wie sie angewandt werden. Die Entscheidungsträger*innen für Raumplanungsmaßnahmen in Politik, Forschung und Ökonomie haben Machtpositionen inne (vgl. Zachrisson et al. 2021: 11). Die lokale Bevölkerung kann in traditionellen Planungsprozessen meist wenig mitbestimmen.

3.2.1.4 Reflexion und Anwendung

Die ÖROK-Geschäftsstelle erfüllt die Aufgabe, alle raumordnungsrelevanten Entwicklungen in Österreich zu dokumentieren, Prognosen zu erstellen und eine Plattform für die

unterschiedlichen Akteur*innen zu bieten. Die politische Konferenz der ÖROK beschließt obenstehende Ziele im Regelfall gemeinsam, diese Beschlüsse basieren jedoch auf Freiwilligkeit. Angesichts der komplexen Herausforderungen und Interessen, die die Nutzung von Boden mit sich bringt, stellt sich die Frage nach der Effektivität der Ziele. Zudem zeigt sich aufgrund der oben beschriebenen Ereignisse rund um die Beschlussfassung der „Bodenstrategie für Österreich“ die Schwierigkeiten, die mit der Unverbindlichkeit der ÖROK einhergehen. Die Interessenskonflikte und Machtpositionen bestimmter Akteur*innen bzw. Interessensvertretungen im Bereich Bodennutzung werden anhand dieses Beispiels deutlich. Während die im ÖREK 2030 angeführten Maßnahmen durchaus sinnvoll sind, fehlen meist konkrete Zahlen und Vorgaben für die Anwendung. Mit den ökonomischen Entwicklungen in Folge des Ukraine-Kriegs gehen auch Veränderungen in der Politik einher. Klimaschutz wird manchen politischen Vertreter*innen zufolge nicht als oberste Priorität gesehen, wie der Klima- und Umweltsprecher der ÖVP, Johannes Schmuckenschlager in einem Radio-Interview betonte (vgl. ORF.at 2022). Dabei bleibt außen vor, dass ökologische und sozial-ökonomische Faktoren nicht zu trennen sind, auch in Bezug auf Bodennutzung.

Abgesehen von der ÖROK und ihren Empfehlungen dürfen andere Einflüsse auf die Bodenpolitik in Österreich nicht übersehen werden. Wirtschaftliche Bestreben für die Region stehen häufig im Gegensatz zum Ziel, Boden zu schützen. Nicht zu vergessen sind Siedlungsentwicklungen und Verkehrsvorhaben, die sich schwer mit Umwelt- und Bodenschutz vereinen lassen. Doch die Versiegelung von Boden wirkt sich nicht nur auf den Klimawandel aus. Auch umgekehrt hinterlässt der Klimawandel Spuren in der Nutzbarkeit von Böden. Dazu mehr in Kapitel 3.2.2.

Auch die politische Organisation der Kompetenzen in der Raumordnung erzeugt Wiedersprüche: Besonders auf lokaler Ebene ist der Druck auf Bürgermeister*innen in Widmungsfragen nicht zu unterschätzen: Die Balance zwischen ökologisch langfristig sinnvollen Maßnahmen und dem kurzfristigen Druck, wieder gewählt zu werden, erscheint hier ein schwieriges Ermessen. Dem WWF zufolge würden es viele Bürgermeister*innen als Erleichterung empfinden, wenn es strengere überörtliche Raumordnungsregelungen gäbe, die den Druck von den lokalen Entscheidungsgremien nehmen würde (vgl. WWF 2023: 37; Putschögl 2021). Gleichzeitig wehrt sich die Interessensvertretung der Gemeinden dagegen, den Bürgermeister*innen die Raumordnungs- und Flächenwidmungskompetenz zu entziehen. Die Selbstverwaltung bei der Gestaltung des gemeinsamen Lebensraumes sei hoheitliches Recht der Gemeinden, heißt es in einem Positionspapier des Österreichischen Gemeindebundes von September 2021. Die österreichischen Gemeinden bekennen sich aber zu einem behutsamen Umgang mit Grund und Boden (vgl. Österreichischer Gemeindebund

2021: 2). Des Weiteren heißt es: „Der Österreichische Gemeindebund fordert vom Landes- und Bundesgesetzgeber sinnvolle und geeignete Instrumente, um Brachflächen, Leerstände und ungenutztes Bauland zu mobilisieren“ (Österreichischer Gemeindebund 2021: 2). In seinem Entwurf zum „Kommunalen Bodenschutzplan“ nennt der Österreichische Gemeindebund konkrete Vorschläge, unter anderem Erleichterungen für Rückwidmungen von Baulandüberschüssen durch die Gemeinden, Erleichterungen für Rückwidmungen von Baulandüberschüssen durch die Gemeinden, die Ausweisung landwirtschaftlicher Vorbehaltsflächen und zusammenhängender Grüngürtel, eine umfassende Etablierung des Modells der Vertragsraumordnung, eine Reform der Grundsteuer, die Möglichkeit zur Einführung von Leerstandsabgaben, Förderungen für flächensparende Nutzungsformen, und mehr Transparenz in Umwidmungsprozessen (vgl. Österreichischer Gemeindebund 2024b).

3.2.2 Ökologische und soziale Auswirkungen von Flächeninanspruchnahme in ländlichen Räumen

Eine Form der Bodennutzung, welche Böden langfristig für andere Nutzungsformen unbrauchbar macht, ist die Bodenversiegelung. Bodenversiegelung hat, wie bereits angerissen, zahlreiche negative Auswirkungen, sowohl ökologischer als auch sozialer Natur. Im diesem Abschnitt werden beide Aspekte gemeinsam behandelt, da sie im Sinne der sozial-ökologischen Transformation untrennbar miteinander verwoben sind. Bodenversiegelung ist definitorisch von Flächeninanspruchnahme zu unterscheiden, die ebenfalls nicht zu unterschätzende Folgen für Mensch und Natur hat.

Das Österreichische Umweltbundesamt definiert Versiegelung wie folgt:

> „Flächen, die für Siedlung, Verkehr, Gewerbe, Bergbau etc. genutzt werden, sind teilweise versiegelt. Versiegelung ist die Abdeckung des Bodens mit einer wasser- und luftundurchlässigen Schicht, wodurch das Bodenleben abstirbt. Versiegelung bedeutet daher den dauerhaften Verlust biologisch produktiven Bodens für Siedlungs- und Verkehrszwecke, aber auch für intensive Erholungsnutzungen, Deponien, Abbauflächen, Kraftwerksanlagen und ähnliche Intensivnutzungen.“ (UBA 2022a)

Demgegenüber steht der Terminus Flächeninanspruchnahme:

> „Unter Flächeninanspruchnahme versteht man den Verlust biologisch produktiven Bodens durch Verbauung für Siedlungs- und Verkehrszwecke, aber auch für intensive Erholungsnutzungen, Deponien, Abbauflächen, Kraftwerksanlagen und ähnliche Intensivnutzungen.“ (UBA 2022a)

Das bedeutet, dass in Anspruch genommene Flächen zwar nicht zwingend versiegelt sind, der Boden aber dennoch nicht mehr für landwirtschaftliche Nutzung verfügbar ist. Der Anteil von versiegeltem Boden an der jährlichen Flächeninanspruchnahme lag zuletzt bei rund 41-42 Prozent (vgl. UBA 2022a). Laut Umweltbundesamt, das sich bei der Definition von Flächeninanspruchnahme an den Grundlagendaten der Grundstücksdatenbank orientiert, liegt bei Gebäudeflächen etwa 100-prozentige Versiegelung vor, bei Gebäudenebenflächen 75

Prozent und bei Freizeitflächen beispielsweise nur 20 Prozent Versiegelungsgrad. Alle genannten Flächen sind jedoch bei der Flächeninanspruchnahme inbegriffen (vgl. UBA 2022b). Bei dem im ÖREK 2030 geforderten Ziel der Reduktion auf 2,5 Hektar Bodenverbrauch pro Tag ist von Flächeninanspruchnahme die Rede. Derzeit wird in Österreich pro Tag durchschnittlich eine Fläche von 11,5 Hektar in Anspruch genommen. Diese Zahl berechnet sich aus dem Drei-Jahresmittelwert, der 2020 bei 42 Quadratkilometern an Flächeninanspruchnahme lag. Bis zum Jahr 2020 wurden in Österreich „insgesamt 5.768 Quadratkilometer in Anspruch genommen, was etwa sieben Prozent der Landesflächen und rund 18 Prozent des Dauersiedlungsraumes entspricht (vgl. UBA 2022a). Manche Bereiche nehmen mehr Flächen ein als andere. So beanspruchen Betriebsflächen als auch Wohn- bzw. Geschäftsgebiete den größten Anteil der Flächeninanspruchnahme. Auf der Webseite des österreichischen Umweltbundesamtes heißt es: „Den größten Anteil an der Flächeninanspruchnahme haben Betriebsflächen, mit einer Schwankungsbreite von 10,6 bis 31 km² pro Jahr (etwa 2,9 bis 8,4 Hektar täglich) Zuwachs [sic!]. Nach 2014 ist ein Rückgang zu beobachten“ (UBA 2022a). Wohn und Geschäftsgebiete verzeichnen demgegenüber einen relativ konstanten Zuwachs, der bei durchschnittlich 17 ± 2 Quadratkilometern liegt, wobei der Anstieg in den letzten beiden Messjahren 2019 und 2020 deutlich darüber lag (vgl. UBA 2022a). Der Zuwachs von Erholungs- und Abbauflächen pro Jahr liegt zwischen eineinhalb und acht Quadratkilometern. In den letzten Jahren hat sich der Zuwachs in diesem Bereich deutlich eingebremst. Die Straßenflächen in Österreich wachsen jedes Jahr um etwa vier bis 13,5 Quadratkilometer. Wenig signifikant ist die Flächeninanspruchnahme von Bahnflächen, die im Schnitt pro Jahr um bis zu 6,6 Quadratkilometer schrumpft. Zu beachten ist jedoch, dass die Zuweisung zu den Sektoren nicht immer eindeutig ist und sich über die Jahre hinweg ändern kann (so wurden Forststraßen ab 2015 nicht mehr als Straßen, sondern als Wald kategorisiert, was wiederum die Zahlen zur Flächeninanspruchnahme von Straßenflächen beeinflusst) (vgl. UBA 2022a). Die größten Zuwächse von Flächeninanspruchnahme gab es in den letzten Jahren in der Steiermark, in Niederösterreich und in Oberösterreich, den häufig als „Flächenbundesländern“ bezeichneten Regionen. Dies deckt sich mit den im Raumordnungsbericht der ÖROK ausgewiesenen Zahlen und Trends, wonach in jenen Regionen, wo Flächen knapp sind, diese umso effizienter und sparsamer genutzt werden (vgl. Neugebauer & Dallhammer 2021: 54 & 58).

Flächenversiegelung hat viele negative Auswirkungen auf die Umwelt: Das Umweltbundesamt Österreich führt etwa den Verlust von biologischen Funktionen an. Die Neubildung eines Zentimeters Humus dauert demnach 100 bis 200 Jahre. Damit einher geht der Verlust von Produktivität, wenn Böden der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden. Dieser Verlust entspricht in Österreich laut Umweltbundesamt einem jährlichen Nahrungsbedarf von rund

20.000 Personen (vgl. UBA 2022a). Auch die biologische Vielfalt von Pflanzen und Tieren wird durch Flächeninanspruchnahme gefährdet (vgl. UBA 2022a; WWF Österreich 2021b: 10). Der Living Planet Index, der die Bestandsdaten von Wirbeltierarten ermittelt, zeigt für Österreich im Zeitraum von 1986 bis 2015 einen Rückgang der Wirbeltierbestände von 70 Prozent. Als Grund dafür nennen der WWF und die Universität für Bodenkultur die Einschränkung des Lebensraumes der gefährdeten Arten (vgl. WWF Österreich 2018). Eine hohe Versiegelungsdichte erhöht zudem das Hochwasserrisiko. Wenn Wasser nicht versickern kann, so werden Schadstoffe nicht gefiltert und Überschwemmungen werden wahrscheinlicher. Gleichzeitig wird Staubbindung unterbunden, was die Luftqualität vermindert. Im Zusammenspiel mit dem Klimawandel führt eine hohe Versiegelungsdichte zu einer höheren Wahrscheinlichkeit von Extremwetterereignissen wie den erwähnten Hochwassern, aber auch Hitzeeffekten, weil Wasser bei versiegelten Flächen schlechter verdunsten kann (vgl. UBA 2022a).

Nicht zu vernachlässigen sind darüber hinaus die psychosozialen Folgen von Bodenversiegelung für Menschen. Umweltmediziner*innen halten in einem Endbericht zu den Auswirkungen des Bodenverbrauchs auf die menschliche Gesundheit fest, dass sowohl die direkten Gesundheitsrisiken als auch die indirekten psychosozialen Folgen von durch Bodenversiegelung verstärkt auftretenden Extremwetterereignissen wie Hitzewellen oder Überschwemmungen gravierend sind (vgl. AGU 2020: 9). Bodenversiegelung führt zudem besonders im städtischen Bereich zu stärkerer Lärmbelästigung (vgl. AGU 2020: 9).

Flächen werden auch zum Zwecke der Energieerzeugung beansprucht. Gerade bei Erneuerbaren Energiequellen scheint die Debatte um Flächeninanspruchnahme zweischneidig. PV-Anlagen, Windkraftanlagen oder Wasserkraftwerke nehmen ebenso Boden ein wie Kraftwerke zur Gewinnung fossiler oder nuklearer Energie, erstere stoßen aufgrund ihrer ökologischen Verträglichkeit hingegen auf mehr öffentliche Akzeptanz als letztere. Ein gewichtiger Kritikpunkt der Gemeindevertreter*innen an der ursprünglichen Bodenstrategie 2030 war die fehlende Ausweisung von Flächen für Energiegewinnung als in Anspruch genommene Böden (vgl. Leiss 2023). Nichtsdestotrotz nehmen Erneuerbare-Energie-Projekte große Flächen ein und treffen bei der lokalen Bevölkerung immer wieder auf Widerstand, da diese häufig nicht eingebunden werden bzw. die Flächen der öffentlichen Nutzung entzogen werden. So wurden bereits mehrere Bürgerinitiativen gegen die Errichtung von Windkraftanlagen gegründet (vgl. Schmudermayer 2023). Eng damit verbunden ist auch das bereits beschriebene Phänomen Land Grabbing bzw. Green Grabbing, bei dem Flächen unter dem Mantel der Umweltfreundlichkeit angeeignet und für die Öffentlichkeit unzugänglich gemacht werden (vgl. Heuwieser 2015).

Ein Sektor, der bei der Flächeninanspruchnahme vom Umweltbundesamt nicht angeführt wird, ist die Landwirtschaft. Unter der Definition von Flächeninanspruchnahme des Umweltbundesamtes werden landwirtschaftlich genutzte Flächen wie Äcker, Wiesen und Weiden, Dauerkulturen und Erwerbsflächen sowie verbuschte Flächen, aber auch Weingärten (die eine eigene Kategorie darstellen) nicht unter Flächeninanspruchnahme angeführt. Sie werden laut Definition des Umweltbundesamtes aber zum Dauersiedlungsraum gezählt (vgl. UBA 2022b). Dem Umweltbundesamt zufolge geht Bodenverbrauch demnach hauptsächlich zulasten der Landwirtschaft:

> „Der fortschreitende Bodenverbrauch, der zumeist landwirtschaftlich genutzte Böden betrifft, hat sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich negative Folgen. Wirtschaftliche Konsequenzen deshalb, weil damit der Selbstversorgungsgrad von einigen ackerbaulichen Produkten (Getreide, Hülsenfrüchte, Ölsaaten, Gemüse) Österreichs von Jahr zu Jahr abnimmt und die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten steigt.“ (UBA 2022a)

Etwa die Hälfte des bewohnbaren und bewirtschaftbaren Bodens der Erde wird für Landwirtschaft genutzt. Nur etwa ein Prozent des weltweit bewohnbaren Bodens ist verbaut. Etwa 77 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen werden für Viehhaltung bzw. als Weideland genutzt, was für nur rund 18 Prozent der weltweiten Kalorienproduktion verantwortlich ist (vgl. Ritchie & Roser 2013). Landwirtschaftlich genutzte Böden können jedoch auch sozial und ökologisch schädlich sein. Die intensive landwirtschaftliche Nutzung von Boden, welcher infolgedessen nicht mehr nutzbar ist, hat beispielsweise gravierende Folgen für die biologische Vielfalt. Die fortschreitende Intensivierung von Landwirtschaft durch flächendeckende Monokulturen und der Einsatz von Pestiziden gefährden die Biodiversität, indem sie zu Bodenerosion und -Degradation führen (vgl. Otero et al. 2020: 3; Ritchie & Roser 2013). Intensive Landwirtschaft reduziert Humus im Boden und große Mengen an Klimagasen werden abgesetzt. Dadurch verursacht Landwirtschaft rund ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen (vgl. WWF Österreich 2021a). Otero et al. argumentieren, dass Wirtschaftswachstum und Biodiversitätsverluste durch die intensive „Ressourcennutzung“ eng zusammenhängen und aktuelle Umweltförderungsmaßnahmen diesen Zusammenhang nicht berücksichtigen würden (vgl. Otero et al. 2020: 12). Der WWF identifiziert Landwirtschaft als größte Treibkraft für den Klimawandel, die Verletzung der Biosphäre und den hohen Wasserverbrauch, was wiederum Bodensystemen schadet und das Risiko für Biodiversitätsverlust und Bodendegradation erhöht (vgl. WWF 2020: 60).

Auch sozial-ökonomische Aspekte, die eng mit der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung von Boden zusammenhängen, bleiben außen vor: Kleinbäuer*innen leiden unter dem Trend der zunehmenden industrialisierten Landwirtschaft. Das sogenannte „Bauernsterben“ ist eine häufige Folge dieser Entwicklung (vgl. Weiss 2022). Weiss argumentiert für eine sprachliche

Trennung des Begriffs Landwirtschaft. Demzufolge fasst er unter Kern-Landwirtschaft die primäre Bodenbewirtschaftung an sich zusammen, unter Mantel-Landwirtschaft hingegen alle anderen, erstere überlagernden Bereiche wie etwa der Vertrieb, die Vermarktung, Verarbeitung und Bepreisung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. All diese Tätigkeiten haben einen hohen Energieverbrauch. Weiss macht darauf aufmerksam, dass das Energieproblem der Landwirtschaft aus dem kapitalistischen Verständnis von industrialisierter Landwirtschaft rühre. Eine Klimawende sei nur durch Energiewende und Agrarwende schaffbar, so der Autor. Doch die industrialisierte Ausweitung von Landwirtschaft entziehe nicht nur Tier- und Pflanzenarten, sondern auch Menschen Raum (vgl. Weiss 2022). Öffentliche Flächen sind laut Holm (2013) essenziell für marginalisierte Gruppen, deren Zugang zu Frei- und Erholungsräumen oftmals eingeschränkt ist (vgl. Holm 2013:1). Die Produkte landwirtschaftlicher Nutzung stehen zudem in vielen Fällen nicht den Menschen in der Region, in welcher sie produziert werden, zur Verfügung. Stattdessen werden sie woanders oder überteuert verkauft. Die globalisierte Lebensmittelproduktion führt auch vermehrt zu Land-Enteignungen von Bäuer*innen (vgl. Brand & Wissen 2017: 101-102). Die Nichtausweisung von landwirtschaftlich genutzten Böden als Flächeninanspruchnahme durch das Umweltbundesamt ist im Kontext dieser Arbeit daher kritisch zu betrachten. Die Kritik bezieht sich dabei auf die industrialisierte, intensivierte Landwirtschaft und ihre Produktionsweisen, und nicht auf das allgemeine Konzept der landwirtschaftlichen Nutzung von Boden, die eine existenzielle Grundlage für die Nahrungsmittelversorgung in den Regionen darstellt. Unangefochten bleibt, dass Bodennutzung soziale Auswirkungen hat. In einem Wechselverhältnis dazu steht außerdem der Klimawandel. Ressourcenintensive Produktionsweisen, die Boden verbrauchen, sind maßgeblich für den menschengemachten Klimawandel. Umgekehrt verstärkt Bodenversiegelung die Symptome und Auswirkungen des Klimawandels, was wiederum soziale Folgen hat (vgl. Henkel 2020: 402; Gömann & Fick 2021: 1, 6). Die vorangehenden Ausführungen geben einen Einblick in die Komplexität der Wirkungszusammenhänge. Gömann und Fick (2021) haben die interdependenten Faktoren von Landnutzung und Klimawandel zusammengetragen und stellen eine Schwierigkeit bei der Vereinbarung von Klimaanpassungsmaßnahmen und der Verringerung der Flächeninanspruchnahme fest (vgl. S. 425). Auch Gömann und Weingarten (2018: 1.339) sehen im Klimawandel einen wichtigen Treiber für den Wandel in der Landnutzung. Der Klimawandel zeige sich in ländlichen Regionen auf andere Weise als in urbanen Zentren. Aus diesem Grund seien differenzierte Anpassungsmaßnahmen notwendig (vgl. Meyer 2016: 341). Großes Potenzial liege jedoch in einer Art der Raumplanung, welche unterschiedliche Nutzungsansprüche berücksichtigt und sichert (vgl. Gömann & Fick 2021: 426). Bei den Bestrebungen, die unterschiedlichen Nutzungsansprüche unter einen Hut zu bringen, kommt es oftmals zu Interessenskonflikten.

3.2.3 Interessenskonflikte bei der Bodennutzung

Es wurde bereits festgestellt, dass bei der Bodennutzung zahlreiche kontrahierende Interessen aufeinandertreffen, deren Gewichtung innerhalb von gesellschaftlichen Strukturen unterschiedlich ist. Dieser Abschnitt geht den Fragen nach, wer welches Interesse an Bodennutzung hat, wer in der Bodennutzungsdebatte dominiert und wer hingegen wenig Mitspracherecht hat. Wessen Interessen sind stärker vertreten als andere und wodurch werden sie verstärkt bzw. gehemmt? Im Folgenden sollen entscheidende Interessen und Akteur*innen identifiziert und einige Beispiele für Interessenskonflikte in der Bodennutzung genannt werden. Dafür wird der bereits beschriebene Konfliktbegriff aus Kapitel 2.2. nach Dietz und Engels verwendet (vgl. Dietz & Engels 2014: 82f.). Das Augenmerk liegt daher auf dem Aspekt Macht innerhalb von gesellschaftlichen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen.

Hoymann et al. (2021) betonen, dass es Aufgabe der Raumordnung eines Staates sei, die unterschiedlichen Ansprüche an Bodennutzung zu berücksichtigen und in einer Strategie unterzubringen. Wirtschaft, Daseinsvorsorge, Arbeitsplatzangebot, Siedlungstätigkeit und freie Naturräume sowie Klimawandelanpassung müssen Berücksichtigung finden. Prägend dafür seien unter anderem die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) und Förderungen durch europäische, staatliche oder private Akteur*innen. Auch umweltrechtliche Vorgaben, die zum Teil gesetzlich verankert sind, haben demzufolge einen Einfluss darauf, wie Boden genutzt wird (vgl. Hoymann et al. 2021: 22-30). Nicht zu vernachlässigen seien gesellschaftliche und kulturelle Trends, die mit der fortschreitenden Industrialisierung und Globalisierung der Wirtschaft einhergehen, wie etwa die Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße bei gleichzeitig zunehmender Flächeninanspruchnahme pro Kopf (vgl. ebd. S. 34). Auch die Kommunen und die herrschende Landes- und Bundespolitik, die wiederum die fiskalischen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen für die Raumordnung schaffen, haben Einfluss (vgl. Henkel 2020: 290-295). Hervorzuheben sind hier die mit dem Bevölkerungsschlüssel-gebundenen-Einkommenssystem verbundenen Anreize für Kommunen, mehr Flächen zu Bauland zu widmen, um jungen Familien attraktive Lebens- und Arbeitsorte zu bieten und dadurch mehr Einwohner*innen anzulocken. Hoymann et al. beziehen sich auf die Situation in Deutschland, die genannten Aspekte können jedoch auch auf Österreich angewandt werden (vgl. Hoymann et al. 2021: 35; WWF Österreich 2021a: 35). Gemeinden werben um Betriebsansiedlungen, indem beispielsweise der Neubau von Gewerbeflächen gefördert wird. Der Konkurrenzkampf zwischen Städten und Gemeinden um Einwohner*innen und Betriebe und in weiterer Folge um öffentliche Einnahmen hat daher große Auswirkungen auf die Widmung von Boden in Österreich und die daraus folgende Situation am Wohnungs- und

Arbeitsmarkt. Einkommensschwache Gruppen werden dabei wenig berücksichtigt (vgl. Schipper 2018). Die staatlichen Ebenen überlagernd zählen auch die Europäische Union, aber auch Interessenvertretungen von Landwirtschaft, Industrie und Umweltorganisationen zu den entscheidenden Akteur*innen im Bereich Bodenpolitik. Speziell profitorientierte Lobbys – beispielsweise von großen Agrarkonzernen und Investor*innen – prägen raumordnungspolitische Entscheidungen (vgl. Langlotz et al. 2023: 1, 6). Die Interessen der lokalen Bevölkerung bleiben häufig außen vor. Es ist meist abhängig von Entscheidungsträger*innen in Politik und Industrie, ob Flächen für die Allgemeinnutzung bereitgestellt werden und ein Mitspracherecht über die Art der Nutzung eingeräumt wird (vgl. Sippel & Böhme 2022: 123). Wie Nießmer und Naumann (2020) betonen, stellt sich in ländlichen Räumen die Frage um den Besitz von Boden besonders mit Hinblick auf die sozial-ökologische Transformation. Die Autoren schlagen vor, bei Kampagnen für Enteignungen auch auf Investor*innen von Agrarflächen zu zielen. Als Stärke des ländlichen Raumes sehen sie den sogenannten „neuen Munizipalismus“, im Zuge dessen kommunale Selbstverwaltung auf kleinräumiger Ebene die Partizipation der Bevölkerung und die Wiederaneignung von Flächen befördern und somit zu einer Lösung von Wohnungs- und Umweltkonflikten beitragen könne (vgl. Nießmer & Naumann 2020: 196). Dass ökologische und soziale Interessen oftmals gegeneinander ausgespielt werden, zeigt sich etwa bei den Kosten für energetische Gebäudesanierung (vgl. Großmann 2020). Ein weiteres Beispiel für diese Konflikte sind etwa städtische Kleingärten. Planer*innen in Großstädten verwirklichen großräumige Wohnprojekte mit Kleingartenarealen, die zwar von den Nutzer*innen als öffentliche und ökologische Landreserven diskutiert werden, oftmals jedoch nur einzelnen, privilegierten Gruppen zur Verfügung stehen. In dieser Diskussion zeigt sich die Politisierung von Planungsvorhaben sowie die diskursive Macht mancher Stimmen bzw. Interessen gegenüber anderen (vgl. Thomas 2020). Ein weiteres Beispiel für Interessenskonflikte im Bereich Wohnen ist das bereits beschriebene Phänomen der Gentrifizierung. Als weitere wichtige Aspekte in der Debatte um sozial-ökologischen Wohnformen nennen Vollmer und Michel (2020) ökologische Baumaterialien, den Wohnflächenverbrauch, die bauliche Dichte, die Flächenversiegelung, Umweltgerechtigkeitsfragen sowie ländliche Daseinsvorsorge (vgl. S. 163-165). Problematisch ist die bereits erwähnte Kommodifizierung von Wohnraum als Renditeobjekt. Andreas Koch bringt auch die sozialen und kulturellen Aspekte von Wohnen ins Spiel:

> „Die Ausrichtung der Wohnung an der Kleinfamilie, die Propagierung von Wohneigentum oder die Inszenierung des Wohnens als Mittel individualistischer Selbstdarstellung laufen einer adäquaten Antwort auf die Klimakrise zuwider. Vielmehr tragen sie zu einem weiterhin steigenden Ressourcen- und Flächenverbrauch bei.“ (Koch 2020: 174)

Dies verdeutlicht die Widersprüche, die durch die herrschenden Strukturen erzeugt werden. Eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung stellt eine Lösung für diese Konflikte in Aussicht. Im nachfolgenden empirischen Teil dieser Arbeit soll auf einen möglichen

Lösungsweg geblickt werden, um anhand eines Beispiels zu erörtern, welche Faktoren die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation hemmen bzw. fördern.

3.2.4 Zusammenführung: So könnte eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung aussehen

Was mit dem Begriff sozial-ökologische Transformation gemeint ist, wurde in Kapitel 2 dargestellt. Der Kontext des ländlichen Raums in Österreich sowie Bodennutzung als zentrale Problemstellung dieser Arbeit wurden in den vorangehenden Abschnitten von Kapitel 3 näher beleuchtet. Was bräuchte es nun für die Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation im Bereich Bodennutzung in ländlichen Räumen in Österreich? Dieser Abschnitt soll die vorangehenden Ausführungen mit Hinblick auf den Forschungsgegenstand Bodennutzung in ländlichen Räumen zusammenführen und den empirischen Teil dieser Arbeit einleiten sowie unterstützen.

Angelehnt auf das von Mießner und Naumann (2020) geforderte Recht auf Dorf könnte eine Art untergeordnetes Recht auf Boden postuliert werden, das die Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung bei der Nutzung voraussetzt. Lokale Initiativen bringen ökologische sowie soziale Prozesse in ländliche Kommunen (vgl. Hübler 2022: 209-210). Um diese auf ihr transformatives Potenzial zu prüfen, können die fünf Prinzipien der solidarischen Lebensweise – Demokratisierung, Commoning bzw. Gemeinschaffen, ReProduktion [sic!], Dependenz und Suffizienz – nach dem I.L.A. Kollektiv herangezogen werden (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 18-22) und um jene des guten Lebens auf dem Land nach Werner Nell (vgl. 2020: 111) ergänzt werden. Hier sind vor allem die Aspekte Kommunalität und Sozialität hervorzuheben. Obwohl man argumentieren könnte, diese seien bereits in Commoning enthalten, so unterstreichen sie im ländlichen Kontext noch stärker die Bedeutung der Aspekte Nachbarschaft und die Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfelds. Für die leitende Fragestellung bedeutet das, dass eine vermeintlich sozial-ökologische Nutzung von Boden anhand dieser Kriterien gemessen werden könnte. Wenn Unthan et al. (vgl. 2022) das Potenzial von raumproduzierenden sozialen Praktiken betonen und vor allem jene sozialen Innovationen, die mit hegemonialen Raumideologien brechen, Trennungen zwischen den Kategorien Stadt und Land verwischen und einen Veränderungswillen aufweisen, dann kann das auch auf Bodennutzung angewandt werden (vgl. Unthan 2022: 219, 225, 229). In der Praxis könnte dies wie eine Initiative zur gemeinschaftlichen Nutzung von Agrar- oder Erholungsflächen aussehen. Auch Wohn- und Betriebsflächen, die etwa genossenschaftlich betrieben und unter den Mitgliedern geteilt werden, können laut Unthan et al. als wegweisende Beispiele genannt werden. Hier sei darauf zu achten, dass ein gleicher Zugang für alle ermöglicht wird. Darüber hinaus sollten jene Gruppen, deren Interessen bei der Bodennutzung allgemein nicht vertreten

sind, ein Mitspracherecht erhalten. So wie beim Konzept Recht auf Dorf müssten laut den Autor*innen die betroffenen Menschen im Fokus der Maßnahmen stehen (vgl. Unthan et al. 2022: 218).

Technologische Lösungen für die Energiewende wurden bezüglich ihres transformativen Potenzials bereits an oberer Stelle kritisch beleuchtet. Werden sie jedoch inklusiv und sozial verträglich umgesetzt, so bringen sie auch Vorteile: Peters (2018) argumentiert beispielsweise, dass durch Erneuerbare-Energie-Projekte für Bürger*innen in ländlichen Regionen finanzielle Anreize entstehen, wenn sie sich in Form von Energiegemeinschaften oder Bürgergenossenschaften an der Energiewende beteiligen. Auch durch die Verpachtung von Gemeindeflächen an gemeinnützige Betreiber*innen von Wind- oder Solaranlagen werde die selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebensumfelds gestärkt (vgl. 7). Beispiele sind auch die bereits erwähnten Transition Towns (vgl. Muraca 2015; Transition Network 2021) oder sogenannte neue (Bio)Energiedörfer, die auf den Säulen Strom, Wärme, Effizienz, Landnutzung, Innovation und soziale Teilhabe aufbauen (vgl. Heck 2018: 18). Auf Bodennutzung bezogen bieten diese Initiativen große Chancen, um zu einer gerechteren und auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung abgestimmten Nutzung von Land zu gelangen. Konkrete Beispiele sind etwa Mehrnutzungskonzepte für landwirtschaftliche oder auch andere Flächen (vgl. Heck 2018: 18).

Wenngleich wenn der ländliche Raum viele Chancen bietet, so kommen mit der sozial-ökologischen Transformation der Bodennutzung viele Herausforderungen auf die ländlichen Kommunen zu. Welche Rolle die Raum- und politische Ebene im Transformationsprozess spielt, hat Cindy Sturm erarbeitet (vgl. 2019). Sie konzentriert sich in ihrem Band zwar auf deutsche Kommunen im Allgemeinen, ohne auf den ländlichen Raum spezifisch einzugehen. Doch ihre Folgerungen sind auch auf die föderal strukturierten Gemeinden im ländlichen Österreich anwendbar. Sturm untersucht mithilfe einer diskursanalytischen Betrachtung Muster von städtischen Klimapolitiken und identifiziert neoliberale Strategien der Verantwortungsdelegation sowie unterschiedliche Zugänge zu Klimaschutz sowie deren Folgen. Die Ausführungen machen deutlich, wie die Stadtverwaltung in breitere Strukturen eingebettet ist und wie sozial-ökologische Maßnahmen bei der Bodennutzung erschwert werden. Eine wichtige Bedeutung schreibt Sturm der Zivilgesellschaft zu. Miosga (2020) hebt dazu in einer Rezension hervor: „Zivilgesellschaftlicher Druck könnte an geeigneter Stelle zu einem Katalysator und Accelerator für städtische Klimapolitiken werden und zur Öffnung von Gelegenheitsfenstern beitragen“ (Miosga 2020: 265). Auch die Diskurse rund um Bodenverbrauch, Bodennutzung etc. lassen sich von der Zivilgesellschaft beeinflussen, was wiederum Anreize für öffentliche Einrichtungen wie etwa Gemeinden setzen könnte. Dass dies

dringend notwendig ist, argumentiert auch Hübler (2022), der zu dem Schluss kommt, dass Flächenschutz oder flächensparendes Wohnen in der kommunalen Klimaschutzarbeit bisher kaum eine Rolle spielen (vgl. Hübler 2022: 204). Das zeige wiederum, wie wichtig eine partizipative und demokratisierte (Lokal-)Politik sei, besonders in Bezug auf Bodennutzung. Gleichzeitig mache es die positive Besetzung des Diskurses rund um Klimaschutz unabdingbar. Dabei könnte das Hervorheben der sozialen Aspekte der Transformation hilfreich sein, so Hübler. Bei der Erklärung für die Rolle von Diskursen kann das oben angeführte Konzept des dreifachen ländlichen Raums nach Halfacree zurande gezogen werden, da es das Zusammenspiel von Diskurs und polit-ökonomischen Aspekten in den Blick nimmt (vgl. Halfacree 2006: 47; Maschke et al. 2020: 16f.). Diskurs und reale Rahmenbedingungen beeinflussen sich demnach wechselseitig (vgl. Maschke et al. 2020: 7f.; Wiegandt & Krajewski 2020: 14). Daher sei für die Umsetzung von sozial-ökologischen Maßnahmen bei der Bodennutzung auch eine Transformation des Diskurses Voraussetzung. Aus politischer Sicht könne dies potenziellem Widerstand in der Bevölkerung entgegenwirken. Aus Sicht der Bevölkerung steht das Mitspracherecht lokaler Gruppen und Transparenz an oberster Stelle (vgl. NÖ Gemeindebund 2021; I.L.A. Kollektiv 2019: 18f.).

Ein zentrales Werkzeug bei der Transformation der Bodennutzung ist – wie oben angeführt – die Raumplanung. Mit ihrer Hilfe können wichtige Weichenstellungen gesetzt werden. Ausschlaggebend dabei ist die Frage, wer bei der Raumplanung (mit)entscheidet. Eine Gruppe Studierender hat die Online-Plattform „Raumplanung WTF!“ erstellt, um Beispiele für sozial-ökologische Raumplanung vorzustellen. So etwa die Erfolgsgeschichte der Landesgrünzone in Vorarlberg, bei der Bürger*inneninitiativen mehrere Umwidmungsverfahren verhinderten, um den Erhalt der Grünzone zu sichern und dadurch ihr eigenes Lebensumfeld gestalteten (vgl. Forschungsbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung 2020). Ein weiteres Vorzeigebeispiel für partizipative Raumplanung im ländlichen Raum rekonstruieren Zachrisson et al. (2021) im Zuge einer Untersuchung von gesamtheitlichen kommunalen Planungsprozessen. Sie kommen zum Ergebnis, dass ein partizipativer Ansatz, der alle Bevölkerungsgruppen, die lokale Politik und die Wissenschaft einbindet, im ländlichen Kontext großes Potenzial habe. Wichtig sei dabei, Machtpositionen und Interessenskonflikte rund um Bodennutzung anzuerkennen und zu behandeln und speziell dünn besiedelte ländliche Räume ökologisch und sozial verträglich zu gestalten (vgl. Zachrisson et al. 2021: 10-11).

Die vorangehenden Absätze boten einen kurzen beispielhaften Überblick darüber, welche Aspekte für die Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation der Bodennutzung relevant sind. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, soll an dieser Stelle

wiederholt werden, dass der individuellen Ausgestaltung und Kreativität bei Lösungsansätzen keine Grenzen gesetzt sind. Wie bereits in 2.3 erwähnt, bietet besonders der kleine und lokale Rahmen Spielraum zum Austesten verschiedener Ansätze und transformativer Prozesse. Dabei gibt es kein „Erfolgsrezept“, sondern lediglich einerseits förderliche und andererseits hemmende Faktoren. Im Folgenden sollen diese anhand eines konkreten Falls identifiziert werden.

3.3 Fallstudie: Hindernisse bzw. förderliche Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung

Die vorangehenden Überlegungen sollen nun anhand eines Fallbeispiels aus der Praxis konkret visualisiert werden: Ziel des empirischen Teils dieser Arbeit ist es, neue Erkenntnisse über die Umsetzung sozial-ökologischer Maßnahmen bei der Bodennutzung im ländlichen Raum in Österreich zu gewinnen. Dafür sollen die konkreten Rahmenbedingungen identifiziert, beschrieben und analysiert werden und lokale Entscheidungsträger*innen zu Wort kommen. Im Zentrum steht, einerseits Herausforderungen und Hindernisse sowie andererseits begünstigende Faktoren bei der Implementierung sozial-ökologischer Maßnahmen in der Bodennutzung zu erforschen. Diese empirische Vorgehensweise wurde ausgewählt, weil sie einen praxisbezogenen Einblick in die wirkenden Kräfte ermöglicht und die Anwendungsorientierung dieser Arbeit steigert. Die Ergebnisse des empirischen Teils sollen in weiterer Folge in den theoretischen Rahmen eingebettet werden und mit den aus der Theorie gewonnenen Erkenntnissen in Bezug gesetzt werden. Ausgangspunkt ist dabei ein „Best Practice-Beispiel“ im Bereich sozial-ökologischer Bodennutzung. Dieses Kapitel gliedert sich in Unter-Abschnitte zur Methode, zum konkreten Fallbeispiel, zur Reflexion, sowie zur Beschreibung und Interpretation der Ergebnisse in Bezug auf die Forschungsfrage.

3.3.1 Methode

Um die dieser Arbeit zugrundeliegenden Überlegungen anhand eines praktischen Beispiels zu untersuchen und die Forschungsfrage zu beantworten, wurde für den empirischen Teil dieser Arbeit ein sogenanntes Fallbeispiel ausgewählt. Dabei handelt es sich um ein Beispiel aus einer Gemeinde im ländlichen Raum in Österreich, wo Bestrebungen bzw. Projekte in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation angestellt wurden. Diese Vorgehensweise wurde ausgewählt, weil anhand eines praktischen Beispiels die komplexen Einflüsse, Interessen, Akteur*innen und Wechselwirkungen beim Thema Bodennutzung sichtbar werden. Ziel ist, die Herausforderungen sowie begünstigenden Faktoren der Implementierung sozial-ökologischer Maßnahmen zu erforschen.

Dafür wurde ein methodologischer Ansatz gewählt, der sich im wissenschaftstheoretischen Paradigma des Critical Realism (vgl. Pühretmayer 2013; Buch-Hansen & Nielsen 2020) verortet. Zhang (2023) kritisiert, dass im Critical Realism wissenschaftstheoretische und theoretische Überlegungen verschmelzen. Diese Arbeit macht sich die von Zhang als mangelnde Abgrenzung bewertete Tendenz zum Vorteil: Durch das enge Ineinandergreifen von ontologischen, epistemologischen und methodologischen Ansätzen soll ein ganzheitlicher Zugang über mehrere Abstraktionsebenen hinweg ermöglicht werden, dem gleichzeitig ein klarer und transparenter Rahmen gesetzt wird. Im Sinne dieser Transparenz sollen im Folgenden die Grundannahmen dieser Arbeit ausgelegt werden: Wissenschaftstheoretisch verortet sich diese Arbeit wie oben erwähnt im Critical Realism und in der Kritischen Politischen Ökonomie. Außerdem werden epistemologische Überlegungen aus dem Paradigma der Kritischen Geografie integriert. Methodisch greift diese Arbeit auf ein praktisches Fallbeispiel in Verbindung mit Ansätzen und Analysewerkzeugen des Kritischen Realismus zurück: Ausgehend von der materiellen Ebene soll ein dialektischer Prozess mit der darüberliegenden Theorie ermöglicht werden. Die empirische Erhebung neuer Daten erfolgt qualitativ, um bei der Beantwortung der Forschungsfrage möglichst offen zu sein. Der Erkenntnisgewinn ergibt sich aus Abduktion, indem neu gewonnene qualitative Ergebnisse mit induktiv erstellten Fragen verknüpft werden.

Die konkrete empirische Vorgehensweise der Fallstudie unterteilt sich einerseits in qualitative Interviews mit zentralen Entscheidungsträger*innen des Projekts und deren Auswertung sowie andererseits in die Falldokumentation und -Beschreibung. Als Orientierung dienen hierbei die Empfehlungen von Rashid et al. (2019) und Yin (2017) zur Durchführung einer Fallstudie und die Ausführungen zum problemzentrierten Interview nach Witzel (1982 & 2000). Dafür wurde zunächst ein Interviewleitfaden erstellt und teilstrukturierte Interviews durchgeführt. Diese wurden aufgezeichnet, transkribiert und im Anschluss anhand einer strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse mit Kategorienbildung ausgewertet. Der Interviewleitfaden diente dabei als Orientierungshilfe. Für die Erstellung des Leitfadens wurde aufbauend auf dem problemzentrierten Interview nach Witzel (1982 & 2000) ein strukturiertes Vorgehen gewählt: Ausgangspunkt war ein offenes sowie literaturgeleitetes Brainstorming, infolgedessen Themencluster erstellt und konkrete Fragen abgeleitet wurden. Schlussendlich wurden mit Miteinbeziehung der Forschungsfragen die wichtigsten Fragen als offene Leitfragen identifiziert und formuliert und ein Kurzfragebogen mit relevanten Informationen zu den befragten Personen und dem konkreten Projekt erstellt. Der Leitfaden befindet sich im Anhang, ebenso wie die Transkripte der Interviews. Nicht nur für die Leitfadenerstellung, sondern auch für die Kategorienbildung der darauffolgenden qualitativen inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse wurde in Anlehnung an Mayrings (2010) Ausführungen induktiv-deduktiv

vorgegangen. Zusätzlich dienten die Erkenntnisse aus dem theoretischen Teil dieser Arbeit sowie die methodischen Überlegungen von Kuckartz (vgl. 2018: 95f.) als Orientierung. Zunächst wurden die Rohdaten, d.h. die aufgezeichneten Interviews und deren Transkripte intensiv studiert und mit den Forschungsfragen in Verbindung gebracht (vgl. Kuckartz 2018: 56f.). Dabei wurden bereits relevante Abschnitte markiert, strukturiert und mit Notizen versehen. In einem nächsten Schritt wurden aus dieser initiierenden und reflexiven Textarbeit Hauptkategorien festgelegt, diese mit Ankerbeispielen für die Kategoriendefinitionen versehen und in Anlehnung an Kuckartz (2018: 58f.) strukturierende Fallzusammenfassungen angefertigt. Diese sind im Abschnitt zur beschreibenden Analyse dargestellt. Infolgedessen wurde das Material anhand der Hauptkategorien durchcodiert, die betreffenden Textstellen markiert und mittels eines induktiv-deduktiven Verfahrens Subkategorien abgeleitet. Nach Durchsicht, Sortierung und Zusammenfassung der Subkategorien wurde das gesamte Material erneut codiert, um die Reproduzierbarkeit und Anwendbarkeit der Subkategorien zu prüfen. Das Kategoriensystem bzw. Codebuch befindet sich im Anhang.

Für die Benennung der Subkategorien wurden auch die im theoretischen Teil dieser Arbeit vorgestellten Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle nach dem I.L.A. Kollektiv und Werner Nell als Orientierung herangezogen (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 18-22; Nell 2022: 111). Über alldem steht als leitendes Ziel die Beantwortung der Forschungsfragen. Im Anschluss wurden auf Empfehlung von Kuckartz (2018: 111-117) zu den Hauptkategorien 1 und 2 jeweils fallbezogene thematische Summarys erstellt und daraus vergleichende Fallübersichten abgeleitet (siehe Abschnitt zu den Ergebnissen der Interviews). Hierbei wurden Aussagen der interviewten Personen zu den jeweiligen Themen in eigenen Worten zusammengefasst und analytisch komprimiert, um die Aussagen der verschiedenen interviewten Personen zu einem Thema vergleichen zu können. Hier wurde in erster Linie pragmatisch vorgegangen. Diese Vorgehensweise beinhaltet selbstverständlich subjektive Bewertungen der Autorin, die sich jedoch bemüht hat, alle Überlegungen transparent zu machen. Für die Interpretation der Ergebnisse wurden die Erkenntnisse aus den Interviews mit dem Kontext des Fallbeispiels sowie der ländlichen Räume und Bodennutzung in Österreich in Zusammenhang gebracht und mit den theoretischen Vorüberlegungen verknüpft.

Dieses konkrete methodische Vorgehen wurde gewählt, weil es einen praxisbezogenen Einblick in die wirkenden Kräfte ermöglicht und die Anwendungsorientierung der Arbeit steigert. Durch die Verortung der Ergebnisse der Fallstudie im polit-ökonomischen bzw. kritisch-geografischen Kontext soll erarbeitet werden, wie politische, ökonomische und sozial-hierarchische Strukturen sowie Produktionsmuster als Hindernisse für Prozesse des sozial-ökologischen Wandels wirken. Die Arbeit soll nicht als „Richtlinie“ fungieren, sondern als

Verständnisaufbau und Beitrag des akademischen sowie – soweit möglich – des öffentlichen Diskurses rund um sozial-ökologische Orientierung ländlicher Räume.

3.3.2 Fallbeispiel, Kontextbeschreibung und Dokumentation

Das konkrete Fallbeispiel und dessen Kontext sollen an dieser Stelle näher beschrieben werden, zusätzlich wird die Auswahl des Falles sowie die Vorgehensweise bei der Sammlung der empirischen Daten transparent gemacht. Dies dient sowohl der gesamtheitlichen Einbettung der Forschungsergebnisse als auch der Ableitung von Interpretationen und deren Nachvollziehbarkeit.

3.3.2.1 Das Projekt

Das für diese Arbeit gewählte Fallbeispiel ist die gemeinnützige Genossenschaft „Dorfschmiede für nachhaltige Lebensräume eG“ mit Sitz in der niederösterreichischen Gemeinde Gutenstein. Die Dorfschmiede wurde 2018 gegründet und versteht sich laut eigenen Angaben als „Pilotprojekt“: „Wir verstehen unser Tun auch als Experiment, als Lernfeld und Inspiration für andere Projekte“ (Dorfschmiede für nachhaltige Lebensräume eG 2024). Obfrau der Genossenschaft ist Theresa Mai, gleichzeitig Gründerin und Geschäftsführerin des Unternehmens „Wohnwagon“, welches Tiny Houses entwirft und baut. Die Genossenschaft ist dementsprechend eng mit dem Unternehmen verbunden. Der Vorstand der Dorfschmiede besteht aus drei Personen, darunter Theresa Mai und der Bürgermeister der Gemeinde, Michael Kreuzer. Mit ihnen wurden im Zuge dieser Arbeit Interviews geführt. Beide haben ihr Einverständnis zur Nutzung ihrer Aussagen und Daten zum vereinbarten Zweck dieser Forschungsarbeit gegeben.

Die Ausgangssituation des Projekts war eine leerstehende Nagelfabrik und ein leerstehender Gasthof in der Gemeinde Gutenstein. Das Unternehmen „Wohnwagon“ suchte mittels öffentlicher Zeitungsberichte im Frühjahr 2018 einen Ort für ihre Produktion sowie einen Raum für die Entwicklung von autarken Wohn- und Lebensräumen. Die Gemeindevertretung von Gutenstein reagierte darauf und lud Mai mitsamt ihrem Team von „Wohnwagon“ in die Gemeinde ein. Zunächst wurden sowohl die Fabrikhalle als auch der Gasthof vom Unternehmen gemietet (vgl. Nothegger 2018). In weiterer Folge wurde die Genossenschaft gegründet, die den Gutensteiner Hof über einen „Vermögenspool“ mit privaten Darlehen um 300.000 Euro kaufte, renovierte und ausbaute. Es entstanden die Dorfküche, sechs kleine Wohnungen, Veranstaltungsräume – inklusive Theater und Kegelbahn – die Büroräumlichkeiten für die Genossenschaft sowie für Wohnwagon. Der Aus- um Umbau wurde mit 700.000 Euro veranschlagt (vgl. Fellner 2014). Der Gutensteiner Hof dient nun als Hauptsitz der Genossenschaft. Der laufende Betrieb und die Instandhaltung des Hofs werden

zu einem Großteil durch Mieteinnahmen finanziert. An Wochentagen wird in der Gemeinschaftsküche für Genossenschaftsmitglieder gekocht, das Mittagsmenü steht auch Nicht-Mitgliedern zu einem günstigen Preis zur Verfügung. Verwendet werden dafür unter anderem Zutaten, die im Garten gemeinschaftlich angebaut und geerntet oder von lokalen landwirtschaftlichen Betrieben angekauft werden. Im Gutensteiner Hof werden regelmäßig öffentliche Veranstaltungen organisiert, an denen vor allem die Genossenschaftsmitglieder und die lokale Bevölkerung teilnehmen. Im Jahr 2023 übernahm die Genossenschaft zusätzlich die „Dorfpension“ am Mariahilfberg – einer Gutensteiner Siedlung, die als Wallfahrtsort bekannt ist (vgl. Dorfschmiede für nachhaltige Lebensräume eG 2024; Fellner 2019; Nothegger 2018, Hacker-Walton 2023; Interview 1 und 2).

3.3.2.2 Die Gemeinde

Die Genossenschaft arbeitet eng mit der Gemeindevertretung von Gutenstein zusammen – Bürgermeister Michael Kreuzer ist wie bereits erwähnt Teil des dreiköpfigen Vorstands. Die Marktgemeinde Gutenstein liegt im Tal der Piesting im Bezirk Wiener Neustadt in Niederösterreich. Aufgrund der gebirgigen Landschaft inmitten der Gutensteiner Alpen ist die Region bei Naturliebhaber*innen, Radfahrer*innen, Läufer*innen und Wander*innen beliebt (vgl. Marktgemeinde Gutenstein 2024). Die Gemeinde erstreckt sich auf 104 Quadratkilometer und hat mit Stand 1.1.2023 1.272 Einwohner*innen (vgl. Statistik Austria 2023). Damit zählt Gutenstein im Österreich-Vergleich zu den kleinen Gemeinden. Etwa 500 Personen haben einen Zweitwohnsitz in Gutenstein. Der Ortskern liegt auf einer Seehöhe von 481 Metern. Teile des Gemeindegebiets, die bis an den Schneeberg reichen, liegen jedoch auf einem Höchstpunkt von 1.800 Metern (vgl. Marktgemeinde Gutenstein 2024). Das Ortsbild ist aufgrund der Tallage von einer langgestreckten Durchfahrtsstraße geprägt. Mit Hinblick auf die in dieser Arbeit als relevant hervorgehobenen Ländlichkeitsnarrative ist bemerkenswert, dass die Gemeinde auf ihrer Webseite mit „einzigartigen Erlebnissen in unberührter Natur“ wirbt (vgl. Marktgemeinde Gutenstein 2024). Über 90 Prozent der Gemeindefläche sind bewaldet. Laut Bundesforschungszentrum für Wald (2017) hat die Gemeinde Gutenstein mit Stand 2017 den zweithöchsten Waldanteil aller Gemeinden Österreichs (vgl. Bundesforschungszentrum für Wald 2017). In Gutenstein gibt es eine Volksschule, eine Pfarre und ein Kloster. Auf der Gemeinde-Webseite sind 42 Betriebe und 30 Vereine mit Sitz in Gutenstein angeführt. Die Gemeinde betreibt ein Freibad mit Kantine und Eisstand. Die öffentliche Anbindung ist durch einen Bahnhof gegeben, an dem Züge der Lokalbahn verkehren. Von dort gibt es eine direkte Verbindung in die Bezirkshauptstadt Wiener Neustadt, die als nächstgelegenes Zentrum eine wichtige Rolle für die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung und für die soziale und bildungstechnische Infrastruktur spielt (vgl. Marktgemeinde Gutenstein 2024).

Die Gemeinde ist wirtschaftlich, strukturell und geografisch abgelegen und hat nach Angaben des Bürgermeisters mit Abwanderung, Leerstand und dem Abzug von lokalen Betrieben zu kämpfen. Der Leerstand ist in diesem Fall nicht durch Zweitwohnsitze oder Investor*innenprojekte, sondern durch strukturelle Mängel bedingt. Für den Fremdenverkehr war in der Vergangenheit der Wallfahrtsort Mariahilfberg relevant, in den letzten Jahren hat die Besucherzahl jedoch abgenommen. Der Journalist Sebastian Fellner beschreibt Gutenstein in einem Standard-Artikel als „Gemeinde mit 1.300 Einwohnern, viel Wald, einem handfesten Abwanderungsproblem und den jährlich stattfindenden Raimund-Festspielen“ (vgl. Fellner 2019). Die Gemeinde selbst hatte nicht die finanziellen Mittel, um den leerstehenden Dorfgasthof zu kaufen oder für die Verpachtung zu renovieren (vgl. Interview 2, Z. 40-48). Die politische Aufstellung des Gutensteiner Gemeinderats ist für das ÖVP-geprägte Niederösterreich ungewöhnlich: Seit 2015 ist Michael Kreuzer Bürgermeister und stellt mit seiner unabhängigen Liste GfG (Bürgerforum „Gut für Gutenstein“) die stärkste Fraktion im Gemeinderat. Seit den niederösterreichischen Gemeinderatswahlen 2020 hat die GfG zwölf Mandate, die ÖVP hat fünf Mandate und die SPÖ hat zwei Mandate im Gutensteiner Gemeinderat (vgl. Marktgemeinde Gutenstein 2024; Amt der NÖ Landesregierung 2020).

Hinsichtlich der Bodennutzung ist erwähnenswert, dass die Marktgemeinde Gutenstein in einer Gemeinderatssitzung am 24.03.2014 per Verordnung für überflutungsgefährdete Bereiche eine Bausperre erlassen hat (vgl. Marktgemeinde Gutenstein 2014: 4). In derselben Sitzung wurde das örtliche Raumordnungsprogramm um ein Entwicklungskonzept erweitert. Wichtiger Bestandteil davon ist die Stabilisierung der Bevölkerungszahl. Es wurden Schwerpunkte für die Siedlungsentwicklung festgelegt. Die Gemeinde bekennt sich zu flächensparender und verdichteter Weiterentwicklung, baulandmobilisierenden Maßnahmen und zur Erhaltung von Naturräumen (vgl. Marktgemeinde Gutenstein 2014: 5). Zudem ist für jeden neu zu schaffenden Bauplatz eine öffentliche Verkehrserschließung vorgesehen. Soziale Aspekte werden im Entwicklungskonzept nur in Bezug auf Barrierefreiheit für ältere Personen erwähnt (vgl. Marktgemeinde Gutenstein 2014: 6).

3.3.2.3 Die interviewten Personen

Die erste Person, die interviewt wurde, ist Theresa Mai. Im Zuge eines Kurzfragebogens zu Beginn des Interviews wurden einige soziodemografische Daten erörtert: Zum Zeitpunkt des Interviews war die Interviewte 33 Jahre alt, wohnte in Gutenstein und war nicht Mitglied einer politischen Partei. Mai ist österreichische Staatsbürgerin und hat einen Masterabschluss.

Die zweite interviewte Person ist Michael Kreuzer. Er war zum Zeitpunkt des Interviews 56 Jahre alt, wohnte in Gutenstein, wo er auch Bürgermeister ist. Sein höchster Bildungsabschluss ist die Matura und er ist österreichischer Staatsbürger. Laut eigenen Angaben ist Kreuzer nicht Mitglied einer politischen Partei. Rechtlich gesehen sind Bürgerlisten wie jene von Kreuzer jedoch als wahlwerbende Parteien anzusehen, deren Satzungen veröffentlicht und beim Innenministerium hinterlegt werden müssen. Als solche sind Teile des österreichischen Parteiengesetzes auch auf die Bürgerliste anzuwenden (vgl. oesterreich.gv.at 2024).

Beide Interviewpartner*innen haben zugestimmt, dass ihre Daten für diese Arbeit verwendet und transparent gemacht werden dürfen. Die beiden Befragten stehen in einem Arbeits- bzw. freundschaftlichen Verhältnis zueinander und wussten, dass sie – örtlich und zeitlich getrennt – zum Zwecke dieser Arbeit interviewt werden.

3.3.2.4 Auswahl des Falls

Das Beispiel wurde ausgewählt, weil das Projekt „Dorfschmiede“ nach Urteil der Verfasserin dieser Arbeit Bestrebungen einer sozial-ökologischen Transformation im Bereich der Bodennutzung aufweist. Der umgebende Kontext ist ländlich und der Ausgangspunkt – ein leerstehendes Gebäude, welches im Zuge des Projekts wiederbelebt und für gemeinschaftliche, ökologische und platzsparende Zwecke genutzt wird – verdeutlicht das Thema Bodennutzung aus mehreren Hinsichten: Es wird argumentiert, dass unter anderem die Bestandsnutzung von leerstehenden Gebäuden, der flächensparende Umbau der Gebäude, die daraus folgende Ortskernbelebung, der partizipative Prozess sowie die gemeinschaftliche Nutzung als sozial-ökologische Maßnahmen gesehen werden können. Die Auswahl des Fallbeispiels erfolgte willkürlich bzw. pragmatisch und nach subjektiver Einschätzung der Verfasserin. Aufgrund der Diversität ländlicher Räume, wo sich die äußeren Rahmenbedingungen und die infrastrukturelle, wirtschaftliche und soziale Einbettung von Fall zu Fall unterscheiden, erscheint das gewählte Fallbeispiel nach eigenem Ermessen der Autorin als für die Zwecke dieser Forschungsarbeit geeignet.

3.3.2.5 Vorgehensweise bei Fallbeispiel

Das Interesse der Autorin für das Fallbeispiel wurde durch einen öffentlichen Vortrag von Theresa Mai geweckt. Nach weiterführenden Online-Recherchen und einem persönlichen Gespräch im Rahmen einer Veranstaltung mit Mai wurde ein telefonischer Kontakt hergestellt. Mai und Kreuzer erklärten sich sofort bereit, das Projekt vorzustellen. Es ist notwendig zu erwähnen, dass das Fallbeispiel Dorfschmiede Gutenstein sowohl im Zuge dieser Forschungsarbeit als auch für eine Videoreportage im Rahmen der beruflichen Tätigkeit der

Forscherin untersucht wurde. Die Dreharbeiten fanden am selben Tag statt wie die qualitativen Interviews für diese Arbeit – am 10. Oktober 2023. Die Vorgangsweise bei der Erstellung des Interviewleitfadens und bei der Auswertung der Interviews sind in Kapitel 3.3.1 (Methode) näher beschrieben.

3.3.3 Positionierung und Einschränkungen

In diesem Abschnitt sollen die eigene Position der Forscherin und die Vorgehensweise bei der empirischen Untersuchung des Forschungsgegenstands kritisch beleuchtet und transparent gemacht werden. Ziel ist nicht, Ansprüche auf Objektivität oder Vollständigkeit zu stellen, sondern darauf hinzuweisen, dass die Forscherin selbst nicht aus dem Forschungsprozess ausgeklammert werden kann. Vor allem sollen jene Faktoren, die einen direkten oder indirekten Einfluss auf den Forschungsprozess sowie die Ergebnis-Interpretation haben, deutlich gemacht werden.

Zunächst ist hier die erwerbstätige Beschäftigung der Autorin dieser Arbeit beim Österreichischen Gemeindebund und die dadurch entstehende Beeinflussung insbesondere in Bezug auf das Thema Bodennutzung und die österreichische Raumordnungspolitik zu nennen. Diese Voraussetzung hat auch Vorteile für den Forschungsprozess: Sie ermöglicht tiefe Einblicke in politische Abläufe und Hintergründe. Zudem wird die Komplexität der Interessenskonflikte, Akteur*innen-Ebenen und Machtpositionen rund um Bodennutzung in informellen Gesprächen im politischen Umfeld des Gemeindebundes sichtbar. Diese Einblicke können zwar nicht als empirische Daten für diese Arbeit verwendet werden, tragen jedoch zu einem tieferen Verständnis der Zusammenhänge bei. Es wurde versucht, im Zuge der theoretischen und Fallstudien-Aufarbeitung diese unterschiedlichen Interessen und deren Wirkungszusammenhänge zu verdeutlichen.

Ein weiterer Punkt, der Einfluss auf die Datenerhebung hat, ist die Tatsache, dass im Zuge des Besuchs der Gemeinde Gutenstein sowohl eine Video-Reportage über das Projekt gedreht als auch die Interviews geführt wurden, die Teil der empirischen Datensammlung dieser Arbeit darstellen. Dies wurde zwar zeitlich und räumlich getrennt durchgeführt, um die Forschungssituation von der journalistischen Situation abzugrenzen. Dennoch kann es zu Beeinflussung der Wahrnehmung von sowohl Forscherin als auch Forschungsobjekten gekommen sein – etwa dadurch, dass die Videoreportage für die Genossenschaft eine willkommene öffentlichet Wirkung hat und die Interviewteilnehmer*innen dadurch womöglich bereitwilliger ihren Beitrag zur Forschung zugesagt haben. Dieser Umstand hat den Vorteil, dass ein besseres Kennenlernen möglich war, da vor der Interviewsituation bereits ein

persönlicher und informeller Austausch stattgefunden hatte und zudem ein noch tieferer Einblick in das Fallbeispiel gewährt wurde.

Es ist anzumerken, dass lediglich zwei Interviews mit den ausgewählten Personen für eine umfassende Erforschung des Projekts „Dorschmiede“ nicht repräsentativ sind. Dies war auch nicht der Anspruch – die Interviews stellen lediglich einen Teil der empirischen Erarbeitung dar. Die Tatsache, dass beide Interviewpartner*innen Teil des Vorstands der Genossenschaft und somit die wichtigsten Entscheidungsträger*innen des Projekts sind, hat sowohl Vor- als auch Nachteile: Es wurde zwar nur die Sicht der entscheidenden Personen dargestellt und die Bedürfnisse von weiteren Genossenschaftsmitgliedern, der lokalen Bevölkerung oder anderen Außenstehenden bleiben unerforscht. Gleichzeitig wurde dadurch eine tiefe Einsicht in die Entstehung, Führung und die für die Forschungsfrage relevanten hemmenden und förderlichen Faktoren bei der Umsetzung des Projekts gewährt.

Der Transparenz wegen soll an dieser Stelle abermals klargestellt werden, dass die Auswahl des Fallbeispiels willkürlich, pragmatisch und geleitet von theoretischem Vorwissen – welches jedoch nicht von subjektiven Annahmen ausgenommen werden kann – getroffen wurde.

3.3.4 Ergebnisse der Interviews – beschreibende Analyse

Die qualitative inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse der Interviews nach Mayring (2010) ergab in induktiv-deduktiver Methode sieben Hauptkategorien mit einer jeweils unterschiedlichen Anzahl an untergeordneten Subkategorien, die zur Beantwortung der Forschungsfragen bzw. dem Erkenntnisinteresse dienen. Die Hauptkategorien lauten:

1. Hemmende Faktoren
2. Förderliche Faktoren
3. Verständnis von sozial-ökologischer Bodennutzung
4. Verständnis von sozial-ökologischer Transformation
5. Narrativ von Ländlichkeit
6. Partizipation
7. Trends

Daraus ergaben sich nach inhaltlich strukturierender Inhaltsanalyse folgende Unterkategorien:

1) Hemmende Faktoren
   a) Innere Strukturen
   b) Rahmenbedingungen
   c) Gesellschaftliche Hürden
   d) (Mangel an) Ressourcen

2) Förderliche Faktoren
   a) Soziodemografischer Hintergrund
   b) Interne Strukturen
   c) Rahmenbedingungen
   d) Selbstverständnis
3) Verständnis von sozial-ökologischer Bodennutzung
   a) Commoning
   b) Konkrete Beispiele für Bodenschutz
   c) Suffizienz
   d) „Rückbesinnung“
4) Verständnis von sozial-ökologischer Transformation
   a) Kommunalität
   b) Sozialität
   c) Regionale Wirtschaft
   d) Dynamischer Prozess
   e) Dependenz
   f) Demokratisierung
   g) Vergleich mit Ökosystem
   h) Neue Technologien
   i) Suffizienz
   j) Politische Rahmenbedingungen
   k) Universalität
5) Narrativ von Ländlichkeit
   a) Ländliches Idyll bzw. Naturverbundenheit
   b) Sehnsuchtsort bzw. Sicherheit
   c) Sozialer Aspekt („Dörfliche Gemeinschaft“)
   d) Rückständigkeit
   e) Dependenz
   f) Dichotomes Verständnis (Stadt und Land als Gegensätze)
6) Partizipation
   a) Offen
   b) Geschlossene Strukturen
   c) Herausforderungen
7) Trends
   a) Sozialität (Das eigene Wirken im großen Ganzen spüren und verstehen)
   b) „Rückbesinnung“ (Tradition)
   c) Demokratisierung

d) Suffizienz
e) Naturverbundenheit
f) Dynamischer Lernprozess
g) Politik aus Überzeugung

Diese Kategorien wurden in einem induktiv-deduktiven Verfahren festgelegt und kennzeichnen Überbegriffe, die vor allem in den Hauptkategorien 1 und 2 – welche zur Beantwortung der Forschungsfragen zentral sind – im Rahmen der Ergebnis-Interpretation noch weiter aufgeschlüsselt werden sollen. Die konkreten Hemmnisse bzw. Fördernisse für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung sollen dadurch identifiziert werden. Die Hauptkategorien 3 bis 6 dienen der besseren Einbettung der Ergebnisse in den konkreten Kontext, da bei dem Fallbeispiel von Bestrebungen in Richtung sozial-ökologischer Transformationen ausgegangen wird. Zusätzlich sollen mit Kategorie 7 weitere Trends bzw. Aspekte ausfindig gemacht werden, die für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung in ländlichen Räumen relevant sind. Wie bereits erwähnt wurden für die Bildung der Subkategorien der Hauptkategorie 4 (Verständnis von sozial-ökologischer Transformation) unter anderem die literaturgestützten Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle nach dem I.L.A. Kollektiv (2019: 18-22) sowie nach Werner Nell (2020: 111) zur Orientierung herangezogen.

3.3.4.1 Kategoriendefinitionen und Beispiele

In weiterer Folge sollen die Kategoriendefinitionen sowie korrespondierende Ankerbeispiele für jede Hauptkategorie sowie beispielhaft für einzelne Subkategorien angeführt werden, die als besonders relevant für die Beantwortung der Forschungsfrage erachtet werden. In diesem Abschnitt sollen mithilfe von Beispielen lediglich Erläuterungen geliefert und Beobachtungen von Häufigkeiten und Zusammenhängen angestellt werden. Da es sich um ein qualitatives Forschungsvorhaben handelt, und das Ziel ist, unbekannte oder neue Faktoren aufzudecken, wird von detaillierten quantitativen Analysen abgesehen. Eine genauere Interpretation der Ergebnisse folgt unter 3.3.5 sowie 3.3.6.

Kategorie 1 „Hemmende Faktoren“ wurde definiert als: „explizit als herausfordernd, schwierig genannt“. Die genannten Hemmnisse wurden in Folge in Subkategorien unterteilt und zusammengefasst. Diese Zusammenfassungen wurden wiederum unter Überbegriffen eingeordnet. Beispiel für Kategorie 1 ist etwa folgendes Zitat aus Interview 1:

> „Also wir hatten am Anfang oft das Problem, es gab eben ne Idee, irgendwer bringt das in die Gruppe mit ein und will, dass es einen … Gartenprojekt oder ein Konzert oder irgendwas gibt. Der aber das einbracht hat, übernimmt aber nicht die Verantwortung dafür, dass es dann organisiert, kommuniziert und fertig ist und erwartet das aber in ner Form vom Vorstand, von den anderen Mitgliedern, die des aber gar nicht leisten können. Also wir sind bei so Gemeinschaftsprojekten oft noch so bissl in an so am

> Konsumentendenken gefangen. Quasi so i bestell mir jetzt mein Gemeinschaftsprojekt. Aber dass i da selber was dafür tun muss und auch Verantwortung tragen muss, damit das gelingen kann, ist noch nicht bei allen so angekommen.“ (Interview 1, Z. 49-57)

Wie im Codebuch ersichtlich, wurde diese Textstelle als Hemmnis kodiert und in einem ersten Schritt zusammengefasst als „gemeinschaftliche Verantwortung, Konsumentendenken“. Im nächsten Schritt wurde dies mit dem Überbegriff der Subkategorie 1c „gesellschaftliche Hürden“ betitelt. Weitere gesellschaftliche Hürden waren beispielsweise „Individualismus“ oder „fehlendes Bewusstsein“. Als hemmende Faktoren wurden besonders häufig Aspekte genannt, die unter der Subkategorie 1b „Rahmenbedingungen“ zusammengefasst wurden. Dazu zählen die in den Interviews oft angesprochenen politischen und rechtlichen Strukturen. Auch einige Aspekte unter 1a „Innere Strukturen“ wurden oftmals als hinderlich genannt, dazu zählen etwa Probleme bei der Kommunikation, bei der Organisation und die kleine Struktur des Projekts.

Als **Kategorie 2 „förderliche Faktoren“** wurden neben den explizit als hilfreich genannten Aspekten auch Details kodiert, die implizit bei der Entstehung und Durchführung des Projekts eine fördernde Rolle spielten, wie beispielsweise Rahmenbedingungen und andere Voraussetzungen. Dazu ein Beispiel aus Interview 2:

> „Ich glaub die Theresa war a Person, oder ist noch immer so eine Person, wo man sagt, da spielt das Herz viel mit. Und man sieht, ob eine Gemeinde oder ein Bürgermeister nach Veränderung oder Verbesserung brennt, und sagt, okay, i geh’s an, i steh dazu. Oder er brennt ned dafür. Das glaub ich sind die Entscheidungen, ob i mir wen in die Ortschaft oder ins Boot holen kann. I glaub das Geld ist nicht der Punkt, wo man sagt, das gibt’s bei großen Konzernen, das sind Börseunternehmen, die schauen auf die Rendite, aber auf klein herunter nicht mehr. Da muss das Herz brennen, dass man es herzeigen kann.“ (Interview 2, Z. 61-67)

Diese Textstelle wurde als fördernder Faktor kodiert und unter dem Begriff „Überzeugung“ zusammengefasst. Infolgedessen wurde der Begriff unter der Subkategorie 2d „Selbstverständnis“ eingeordnet. Häufig genannte förderliche Faktoren für das Projekt sind die „internen Strukturen“ (Subkategorie 2b) der Projektorganisation – es zeigten sich vor allem Aspekte der Kommunikation und Organisationsstruktur sowie das innerhalb des Vereins angewandte Prinzip der Soziokratie als förderlich. Oftmals kam auch die Subkategorie „Selbstverständnis“ vor (darunter die Faktoren Überzeugung, Offenheit und aktive Politik) und an dritter Stelle die Subkategorie „2c - Rahmenbedingungen“ – darunter fallen etwa Aspekte wie Partizipation und Akzeptanz der lokalen Bevölkerung.

Die Zuordnung zu **Kategorie 3, „Verständnis von sozial-ökologischer Bodennutzung“**, erfolgte über die Aussagen der Interviewten zu Bodennutzung. Für die Einordnung von Textpassagen zu dieser Kategorie wurde auf eine einschränkende Definition verzichtet und stattdessen induktiv herangegangen. Es wurde nicht explizit nach dem Verständnis von sozial-

ökologischer Bodennutzung gefragt, um Einflussnahme durch die Interviewerin zu vermeiden und das Gespräch nicht in eine Richtung zu lenken. Darüber wurde davon ausgegangen, dass der abstrakte Begriff „sozial-ökologisch“ nicht gemeinhin bekannt ist. Stattdessen wurden bei der Interviewführung Begriffe wie „Nachhaltigkeit“ verwendet. Beispielhaft soll hier ein Ausschnitt aus Interview 2 angeführt werden:

> „Aber wir müssen bei der Nachhaltigkeit aufpassen, dass wir unsere, unsere Flächen nicht noch mehr verbauen und zubetonieren und zuasphaltieren. Das ist ein schwerer Schritt, wo man sagt, wir müssen ein paar Schritte wieder zurückgehen und ein paar Flächen wieder aufreißen. Nicht alles vergeben, aber bei Nachhaltigkeit geht’s oft darum, wir haben Bauplätze, da sagt die Gemeinde, dass wir auch das Recht haben, dass man sagt, okay wir können das auch zurück in Grünland umwidmen. Da sind uns die Hände gebunden. Das ist uns ein bissl ein Punkt, wo man sagt, da passiert nix. Also i bin ned der Bürgermeister, der sagt, i würd gern umwidmen auf Bauland, sondern i bin der Bürgermeister, der sagt, i will Bauland wieder zurückwidmen in Grünland. Ich weiß nicht ob man dann auch ein schlechtes Omen hat oder dann ah noch in den Bremen [sic!] steht, das kann ich nicht sagen, das weiß ich nicht [lacht]. Ich geh eben den anderen Weg.“ (Interview 2, Z. 145-154)

Dieses Beispiel wurde in zwei Themen zusammengefasst – einerseits Postwachstums-Verständnis von sozial-ökologischer Bodennutzung und andererseits das konkrete Thema Rückwidmung bzw. Baustopp. Diese wurden wiederum zwei Subkategorien zugeordnet: „3c – Suffizienz“ und „3b – konkrete Beispiele“. Die Ergebnisse zu Kategorie 3 waren geprägt von konkreten Beispielen im Bereich ökologischer Bodennutzung. Häufig genannt wurden Bestrebungen, weniger zu versiegeln bzw. zu „bauen“, aber auch andere Beispiele wie eine Verkehrswende und die Nutzung von Leerstand. Die Subkategorie „Suffizienz“ war in Form von Themen der Stabilisierung bzw. Postwachstum vertreten. Des Weiteren wurde die „Rückbesinnung zu früheren Arten der Bodennutzung“ als erstrebenswert genannt. Kaum angesprochen wurden soziale Aspekte der Bodennutzung – nur einmal war die Rede von Leben auf geteiltem Boden.

Bei der Definition von **Kategorie 4, „Verständnis von sozial-ökologischer Transformation“**, wurde ähnlich vorgegangen wie bei Kategorie 3. Das Augenmerk wurde auf subjektive und implizite Vorstellungen vom konkreten Projekt gelegt. Bei der Analyse der Antworten wurde besonders darauf geachtet, welches Narrativ von Ökologie vorliegt, in welchem Zusammenhang soziale und ökologische Aspekte genannt werden, welche impliziten Grundhaltungen mitschwingen, ob Transformation als Prozess verstanden wird und ob in dem Verständnis von sozial-ökologisch Raum für dynamische Prozesse, Fehler und Adaptation ist. Dementsprechend ergab sich aus Kategorie 4 eine Vielzahl an Themen, die zur Bildung von insgesamt elf Subkategorien führte. Ein Beispiel aus Interview 1 zeigt auf, wie diese unterschiedlichen Fragen analysiert, entschlüsselt, in Überthemen zusammengefasst und zu Subkategorien verarbeitet wurden:

> „Da einfach, darum sag ich immer, die Dorfschmiede ist dafür da, die Verbindungen zu stärken. Je besser wir verbunden sind miteinander und verstehen, was es braucht, was wir miteinander brauchen, was die Projekte brauchen, desto einfach ist es, da in einem dynamischen Umfeld zu agieren und das brauchma in Wirklichkeit als Gesellschaft auch, weil wir so herausfordernde Zeiten haben und so ein dynamisches Umfeld, dass es nicht geht, da einfach nur starr, Schema F. Und ich bin auch echt kein Freund von diesen technischen Lösungen, von: irgendeine neue Erfindung kommt daher und damit ist unser CO2-Problem gelöst. Ich glaub da nicht dran. Ich glaub, sobald wir's kapiert haben, dass wir ein Teil der Natur sind und miteinander verbunden sind, anders, uns anders verhalten können. Weil wir ein tieferes Verständnis davon entwickeln und das bedeutet für mich im Endeffekt auch Nachhaltigkeit. Dieses Verständnis davon zu haben, wie ich im Gesamten wirke." (Interview 1, Z. 266-275)

In dieser Textpassage wurden mehrere Themen identifiziert und analysiert: Ein Thema war die Verbundenheit der Menschen mit der Natur und miteinander. Dies wurde der Subkategorie „4e – Dependenz" zugeordnet. Ein weiteres, in dieser Passage mitschwingendes Thema der Transformation ist der Handlungsspielraum und die Wirkungsmacht des Einzelnen im großen Ganzen. Da dieser Aspekt im Interview mehrfach genannt wurde, entstanden daraus die Subkategorien 4b (Sozialität) und 4f (Demokratisierung). Die häufigste Zuordnung innerhalb der Kategorie „Verständnis von sozial-ökologischer Transformation" lag in der Subkategorie Sozialität vor: Es wurde vor allem sozialen Netzwerken und der Zusammenarbeit innerhalb eines Projekts viel Bedeutung zugeschrieben. Auch die Subkategorie „4a -Kommunalität" wurde oft genannt. Hier lag ein Fokus der Interviewten darauf, Bestehendes (in der Region) zu integrieren und „Ursprüngliches" beizubehalten. In der obenstehenden Textpassage kommt auch der dynamische Aspekt, der Wille zur Veränderung und die damit verbundene Flexibilität zum Vorschein. Die daraus entstandene Subkategorie „4d – Flexibilität" wurde in beiden Interviews häufig genannt. Es liegt daher ein dynamisches Verständnis von Transformation vor. Auffällig ist, dass die Subkategorie „Demokratisierung" öfters gemeinsam mit anderen Kategorien wie Sozialität genannt wurde, was ein Verständnis der befragten Personen von dem Zusammenhang zwischen Partizipationsprozessen und sozialem Miteinander nahelegt. Auffällig ist darüber hinaus der Vergleich des Projekts mit einem Ökosystem (Subkategorie 4g), was auch Parallelen zu dem dynamischen Verständnis von Transformation aufweist. Vereinzelt wurden im Zusammenhang mit sozial-ökologischer Transformation die Aspekte regionale Wirtschaft (Subkategorie 4c) sowie auch der Vergleich mit einem Unternehmen genannt, als auch neue Technologien im Bereich Klimaschutz (Subkategorie 4h). Auffällig ist, dass Wirkungszusammenhänge von sozialen und ökologischen Aspekten der Transformation nicht genannt wurden. Der soziale Aspekt wurde in den Interviews vor allem im Zusammenhang mit Netzwerken und Zusammenarbeit von Menschen und Akteur*innen-Ebenen erwähnt, jedoch nicht mit der Frage des Zugangs für alle.

Die **Kategorie 5 „Narrativ von Ländlichkeit"** wurde aus den Antworten auf die Interview-Leitfrage „Was verstehst du unter Ländlichkeit, was verstehst du unter Dorf?" gebildet. Ziel war

es, implizit mitschwingende Vorstellungen und Diskurse rund um ländliche Räume zu identifizieren, um deren Einfluss auf die Umsetzung des Projekts zu berücksichtigen. Hier zeigte sich, dass vor allem die Narrative eines Ländlichkeitsidylls und des Sehnsuchtsorts ländlicher Raum – es werden etwa Begriffe wie Naturverbundenheit, Geborgenheit und Sicherheit genannt – und das Narrativ des rückständigen ländlichen Raums überwiegen. Die häufige Nennung von sozialem Zusammenhalt als Merkmal des Ländlichen ist bezeichnend. Zudem weisen die Aussagen der Befragten auf ein dichotomes Verständnis von Stadt und Land hin – sie werden als Gegensätze gesehen. Auch eine gegenseitige Abhängigkeit von Stadt und Land wird erwähnt. Ein Beispiel aus Interview 2 ist kennzeichnend für das dichotome Verständnis:

> „Das Ländliche, das ist … wir sind einfach froh, dass wir am Land sind. Ich sag immer, das, das, das Dorf braucht auch die Stadt, die Stadt braucht auch das Dorf. Ohne diese, wo einer, sagt ich bin Stadt und der andere sagt, ich bin Land – na. Es braucht sich gegenseitig. Vielleicht kommen wir wieder zurück, dass wir sagen, wir produzieren im Dorf gewisse Produkte, die in die Stadt geführt werden, was früher so war. Und wir brauchen aber die Stadt, dass sie sie uns abnehmen. Und wir brauchen die Stadt, dass sie zu uns aufs Land kommen. Und auch sich bei uns bewegen und den Tourismus und so weiter. Da glaub ich, dass das Ländliche … da gibt's verschiedene Menschen, der eine ist Stadtkind und der andere ist Dorfkind oder Landkind und ich bin halt ein Landkind und man fühlt sich wohl dort." (Interview 2, 169-177)

Diese Passage wurde sowohl der Subkategorie „5b – Sehnsuchtsort", als auch der Subkategorie „5f – dichotomes Verständnis" zugeordnet. Nicht erwähnt werden Narrative des Ländlichen als Ort der Innovation oder als „Versuchslabor" für sozial-ökologische Alternativen.

In der **Kategorie 6, „Partizipation"** wurde bei der Zuordnung vor allem auf folgende Fragen geachtet, die im Interviewleitfaden berücksichtigt wurden:

- Wer sind die Akteur*innen?
- Welche Interessen sind vertreten (wer bestimmt viel, wer weniger)?
- Wie werden die Interessen einbezogen?
- Welche Kommunikation liegt vor?
- Ist die Miteinbeziehung von Gruppen strukturiert oder offen?
- Wie erfolgt die Entscheidungsfindung (demokratische Abstimmung oder sonstige)?

Als Beispiel soll ein Zitat aus Interview 1 angeführt werden:

> „Wir haben ein monatliches Genossenschaftstreffen, die wesentlichen Entscheidungen werden dort gefällt, miteinander. Dort sind grundsätzlich alle Mitglieder eingeladen. Ah wir haben ein Team von um die 10, 15 Leute, die sehr regelmäßig zu diesen Treffen kommen, dann auch genau am Ball sind, sozusagen, was sind die Projekte, was wird entschieden und ahm dort bringt sozusagen ein Projektteam oder der Vorstand die Entscheidungen mit ein, bereitet die vor und dann wird das in dieser Gruppe entschieden. Ahm die laufenden Geschäfts- äh Entscheidungen laufen in den Arbeitsgruppen. Also der Vorstand, die großen wirtschaftlichen Entscheidungen, der Dorfküchenbetrieb und der Mariahilfberg-Betrieb, die, dort gibt's immer einen Betriebsleiter und die treffen ihre eigenen Entscheidungen, also die Yvonne fragt mich

> nicht, ob's wieder Bier bestellen kann, das muss jetzt nicht in der Gruppe besprochen werden, das wär absurd. Also sind schon normale Betriebsstrukturen dahinter, aber die Richtungsentscheidungen, die kommen dann wieder zurück in die Gruppe." (Interview 1, Z. 145-156)

Dieses Zitat beschreibt die Struktur des genossenschaftlichen Projekts und geht auf die Entscheidungsfindung sowie die unterschiedlichen Akteur*innen ein. Bei der Kodierung ergab sich daraus zusammenfassend die geschlossene Struktur der Genossenschaft mit interner kleinmaschiger Hierarchie bei der Entscheidungsfindung. Daraus entstand die Subkategorie „6b – geschlossen". In anderen Passagen der Interviews gab es jedoch auch Hinweise zu einer offenen Struktur, wonach zivile, politische und betriebliche Akteur*innen bei der Umsetzung des Projekts zusammenarbeiten. Ein Beispiel aus Interview 2 soll hier angeführt werden:

> „Ich glaub, es gehört viel dazu in der Gemeinde. Das heißt, es gehören die Vereine dazu, es gehören die Genossenschaften dazu, es gehört auch eine Gemeinde, die offen ist, dazu, und nicht immer nur verschlossen ist. Ich glaub das ist auch wichtig, dass eine Gemeinde jedem Freiraum gibt, jedem der kommt. Dass man sagt, schaut man sich an und tut man nicht vorverurteilen." (Interview 2, Z. 111-114)

Dieser Ausschnitt zeigt die Kooperation von Lokalpolitik, Zivilgesellschaft und den Vereinen bzw. der in dieser Arbeit zentralen Genossenschaft. Diese Passage wurde daher unter der Subkategorie „6a – offen" kodiert. Insgesamt überwog die Subkategorie „offene Partizipation". In den Interviews wurde die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen und Gruppen und insbesondere die Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft sowie die Akzeptanz des Projekts in der Gemeinde häufig erwähnt. Eine Aussage aus Interview 1 verdeutlicht jedoch die Herausforderungen, die dabei auftreten, die geschlossene Vereinsstruktur für alle zugänglich machen zu wollen:

> „Und ich glaub es ist auch noch nicht angekommen, dass ich, wenn man möchte, wirklich Mitglied werden kann und Mitbesitzer von dem allem ist. Ein Genossenschaftsprojekt ist darauf aufgebaut: Jedes Mitglied, dem gehört zu gleichen Teilen das, was wir da aufbauen. Und das war … glaub ich auch okay, dass wir jetzt noch nicht so viele, so viele Mitglieder haben. Aber das wär schon ein Ziel von mir, dass man wirklich dieses, ‚das sind unsere regionalen Betriebe', dieses Bewusstsein stärkt, dieses Werkzeug Genossenschaft dafür nutzt. Ich glaub das weiß … echt noch keiner, dass die Möglichkeit gibt, dass mir das Haus quasi mitgehört, dass ich da mitgestalten kann und mitentscheiden kann." (Interview 1, Z. 160-172)

Wie in dem Beispiel ersichtlich, sind einige Aspekte der genossenschaftlichen Struktur für die Partizipation der Menschen hinderlich. Die Interviewte bezieht die Schwierigkeiten nicht auf die Struktur selbst, sondern empfindet das mangelnde Wissen bzw. Verständnis der lokalen Bevölkerung über die Strukturen des Projekts als hemmend. Fragen des Zugangs für alle wurden in den Interviews kaum erwähnt.

Kategorie 7 („Trends") war darauf ausgelegt, weitere für das Fallbeispiel relevante Muster und Zusammenhänge zu erkennen. Besonders häufig wurden Themen wie Politik nahe am

Menschen, die Unabhängigkeit von politischen Parteien und eine gestaltende Politik als erstrebenswert genannt. Diese wurden unter dem Trend zur Demokratisierung (Subkategorie 7c) zusammengefasst. Beispielhaft dafür steht folgendes Zitat aus Interview 2:

> „Ich sag immer, meine Meinung dazu, das kann i als Bürgermeister sagen: Der Bürgermeister ist in Österreich für alles verantwortlich und für alles haftbar und geht mit seinen zweieinhalb Tausend netto nach Hause. Und ein Nationalratsabgeordneter geht mit einem 9er heim und braucht nur aufzeigen und hat keine Verantwortung. Das ist der Unterschied. Und Gesetze möchte der Nationalrat entscheiden, für eine Gemeinde. I glaub das ist der falsche Weg. Das heißt, es sollten viel mehr Bürgermeister mitentscheiden, was in den Gemeinden passiert. Da geht's auch um diese ländlichen Gemeinden, was in den ländlichen Gemeinden passiert, da kann man nicht alles über einen Kamm scheren." (Interview 2, Z. 178-185)

Der Abschnitt spricht die unproportionale Vergütung bzw. Wertschätzung von Verantwortung in der Politik an. Die ungleiche Verteilung von politischen Kompetenzen und Verantwortung innerhalb des föderalen Systems in Österreich wird kritisiert. Zudem wird die im theoretischen Teil dieser Arbeit erläuterte Diversität von ländlichen Räumen angesprochen. Der Befragte ist dafür, dass lokale Gemeinschaften mehr für sich selbst entscheiden können sollten, da die Voraussetzungen je nach Kontext und Einzelfall unterschiedlich und generelle Gesetze in der Praxis wenig zielführend seien. Die Passage wurde daher unter „7c – Demokratisierung" kodiert. Eine weitere Interpretation dieses Trends legt den Überbegriff „Lokalisierung" nahe.

Als weiterer Trend wurde der Gedanke, das eigene Wirken im großen Ganzen zu spüren und zu verstehen identifiziert. Nennungen dieser Art wurden unter Subkategorie „7a – Sozialität" kodiert. Auffällig war auch die häufige Nennung von Vorstellungen des „Ursprünglichen" als wünschenswert: Dazu zählen etwa die Aufforderung zur Orientierung an der Natur und an der Tradition – dies wurde als „Rückbesinnung" bzw. „Systemdenken" (Subkategorie 7b) kodiert. Ein gesamtheitlicher Zugang von Wirtschaften und Zusammenleben – insbesondere in Bezug auf Bodennutzung wurde dabei ersichtlich. Ein Beispiel dafür findet sich in Interview 1:

> „Dieses Verständnis davon zu haben, wie ich im Gesamten wirke. Dann schmeiß i mein Papierl ned weg und dann achte i auf Region … also das hängt ja dann auch alles zam. Wenn ich irgendwo anfange, sei's bei der Ernährung. Was tut mir gut, aha, es tun mir auch im Körper die saisonalen Gemüse besser, weil das, was hier wächst, liefert mir jetzt im Winter die Nährstoffe, die i jetzt brauch, wenn ich hier leb. Jetzt wär's in Marokko was anderes. Aber ich wohn in Gutenstein und meinem Körper tun jetzt auch die Sachen gut, die jetzt da reif sind. Da fangt man halt an, sich von der Ernährung aus zu beschäftigen, kommt aber eh automatisch zu regionalem Wirtschaften, weil man sieht, wie hart's der Erich [Landwirt, Anm. d. A.] hat, wie sehr er drum kämpfen muss, dass die Leut wirklich da bei ihm das auch bestellen und dann. Ja. Wächst es da sozusagen von einem Bereich ausgehend." (Interview 1, Z. 275-284)

Nicht genannt werden hierbei die komplexen sozial-ökonomischen Verhältnisse, die es nicht allen möglich machen, auf eine Weise zu handeln bzw. die Bildung zu genießen, die zu dem hier vorliegenden Verständnis führt. Kritisch betrachtet ist hier eine Trennung von

„Rückbesinnung auf das Ursprüngliche“ und „Systemdenken“ angebracht, da sonst ein romantisierendes Verständnis des Vergangenen vorliegt.

Es wurden weitere Muster identifiziert, darunter etwa die Vorstellung von Politik aus Überzeugung, Trends zu Suffizienz – etwa durch Postwachstumsbestrebungen – Naturverbundenheit als Ideal und das Verständnis von Transformation als dynamischem Prozess.

Aus der beschreibenden Analyse der Kategorien geht hervor, dass die leitende Forschungsfrage zu den hemmenden und förderlichen Faktoren nicht allein durch die expliziten Fragen im Interview, sondern vor allem auch aus den weiteren Umständen des Fallbeispiels beantwortet werden muss. Diese gehen sowohl aus den Aussagen der Interviews implizit und explizit, als auch aus den Rahmenbedingungen des Falls, wie in 3.3.2 beschrieben, hervor. Die Aussagen der Interviews können nicht allein für sich stehend aus dem Kontext gerissen analysiert bzw. interpretiert werden. Um auch die Wechselwirkungen und komplexen Zusammenhänge zwischen den befragten Personen, deren Positionen und Einbettung in den Kontext zu verdeutlichen, sollen in weiterer Folge die Unterschiede zwischen den beiden Interviews transparent gemacht werden. Dadurch soll ein besserer Vergleich ermöglicht werden. Für diese Kontextualisierung und Einordnung wurden für die jeweiligen Interviews Fallzusammenfassungen erstellt.

3.3.4.2 Fallzusammenfassungen

Interview 1: Die Initiatorin mit konkreter Zukunftsvision

- Gründerin und Leiterin des Projekts
- Hat einen Universitätsabschluss
- Hat eine Zukunftsvision
- Findet Balanceakt zwischen strukturiertem Rahmen und Energie für Veränderung schwierig
- Findet Prinzip der Soziokratie und engmaschige Strukturen hilfreich
- Sieht das Konsumentendenken der Menschen als große Hürde
- Sieht das Projekt als dynamischen Prozess, bei dem man lernt
- beschreibt Schwierigkeit, das Engagement der Menschen nach der Corona-Pandemie wieder zu entfachen
- Bemüht sich sehr, alle miteinzubeziehen und Bestehendes zu integrieren
- Sieht soziales Miteinander und regionale Wirtschaft als Schlüssel für gutes Zusammenleben
- Orientiert sich an traditionellen Strukturen und Gepflogenheiten wie z.B. Handwerk

- Sieht Kommunikation und Vermittlung ihrer Anliegen als Herausforderung
- Will Menschen und Strukturen miteinander vernetzen, nicht ersetzen
- Sieht große Hürde in rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen
- Orientiert ihre Vision an Natur, ist für Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse
- sieht das Handeln Einzelner als Teil eines großen Ganzen
- fühlt sich am Land sicher und geborgen, schätzt den sozialen Zusammenhalt und die Naturverbundenheit

Interview 2: Der parteifreie Bürgermeister mit emanzipatorischem Anspruch

- ist parteifreier Bürgermeister und gleichzeitig zentraler Entscheidungsträger im Projekt
- sieht Hürde darin, alle Menschen überzeugen zu wollen
- sieht die finanziellen Grenzen des Projekts bzw. der Gemeinde als Herausforderung
- orientiert sich bei seiner Vision an Traditionellem, will Bestehendes stärken, will sich an frühere Strukturen rückbesinnen
- sieht die Kooperation und Vernetzung zwischen den Ebenen als wichtigen Faktor
- betont den Vorteil der genossenschaftlichen Organisation für die Gemeinschaft und die Wirtschaft in der Gemeinde
- betont auch die ökonomischen Aspekte
- sieht das Projekt als etwas Dynamisches, Verbesserbares
- stellt das Soziale in der Gemeinde über wirtschaftliches Wachstum
- kritisiert die Verbauung von Boden
- kritisiert das politische System in Österreich
- versteht Nachhaltigkeit als etwas Ursprüngliches
- sieht Dilemma in der Vereinbarkeit des politischen, gewählten Amts und dem Gestaltungswillen für die Menschen
- versteht Land als Gegensatz zur Stadt und in gegenseitiger Abhängigkeit stehend
- kritisiert das Verhältnis von Verantwortung, Macht und Entlohnung im politischen System
- kritisiert die zentralistische Politik und Hürden durch rechtliche und finanzielle Vorgaben
- versteht Politik als Gestalten für die Bürger*innen
- kritisiert Parteipolitik und Schubladendenken

3.3.4.3 Vergleichende Fallübersicht

Im Zuge der Analyse der Interviewergebnisse wurde in einem weiteren Schritt eine vergleichende Fallübersicht erstellt. Dies dient der Veranschaulichung der Ergebnisse und als

Zwischenschritt vor der Interpretation. Sie konzentriert sich auf die Ergebnisse aus den Kategorien 1 und 2 – die hemmenden und förderlichen Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung anhand des Fallbeispiels. Die Aussagen der interviewten Personen zu den jeweiligen Themen wurden in eigenen Worten zusammengefasst und komprimiert, um Vergleiche zwischen den Personen herstellen zu können. Die Ergebnisse der Fallübersicht sind in Tabelle 1 dargestellt.

PERSON	HEMMENDE FAKTOREN	FÖRDERLICHE FAKTOREN	ZUSAMMENFASSUNG PERSON
INITIATORIN	3 mal gesellschaftliche Hürden, 4 mal innere Strukturen, 4 mal Rahmenbedingungen, 2 mal Ressourcen genannt. Davon vor allem Kommunikation und Organisation innerhalb des Projekts, aber auch rechtliche Hürden unter Rahmenbedingungen häufig genannt. Besonders heraus sticht auch, dass mangelndes Verantwortungsgefühl als Hindernis genannt wird	10 mal interne Strukturen, 5 mal Rahmenbedingungen, 4 mal Selbstverständnis, 2 mal soziodemografischer Hintergrund. Die Initiatorin betont mehrmals die innerhalb des Projekts etablierten Kommunikations- und Organisationsstrukturen, darunter vor allem das Prinzip der Soziokratie, das als sehr förderlich wahrgenommen wird. Auch die Unterstützung durch die Politik und die Offenheit von sowie gegenüber der Zivilgesellschaft vor Ort wird immer wieder als förderlich betont. Hilfreich ist auch ein dynamisches Verständnis von Transformation und das Gefühl von Selbstwirksamkeit, etwas gestalten können, Verständnis von Wirkungszusammenhängen	Die Initiatorin sieht die hemmenden Faktoren in den inneren Strukturen, darunter Kommunikation und Organisation, die auch als förderliche Faktoren genannt werden. Sie legt einen großen Wert auf die Weiterentwicklung des Projekts und hat ein dynamisches Verständnis von Transformation. Als hemmend empfindet sie zudem die rechtlichen Rahmenbedingungen und das mangelnde Verantwortungsgefühl in der Gesellschaft. Als besonders förderlich sieht die Initiatorin des Projekts das Prinzip der Soziokratie, die Unterstützung durch die Lokalpolitik sowie die Offenheit der, aber auch gegenüber den Menschen vor Ort wird betont. Als wichtig und motivierend für ein Gelingen erscheint ihr das Verständnis für komplexe Wirkungszusammenhä

			nge, und das Gefühl von Selbstwirksamkeit.
BÜRGER MEISTER	7 mal Rahmenbedingungen als hinderlich genannt, 2 mal Ressourcen, 2 mal gesellschaftliche Hürden, 1 mal innere Strukturen. Als besonders hemmend werden politische Strukturen, etwa die zentralistische Art, Politik zu machen, Machtstrukturen und daraus resultierende Abhängigkeiten sowie Schubladendenken.	In dem Interview mit dem Bürgermeister kamen 7 mal das Selbstverständnis des Projekts, 5mal Rahmenbedingungen, 3mal interne Strukturen und einmal der soziodemografische Hintergrund als förderliche Faktoren vor. Unter Selbstverständnis fiel in erster Linie die Überzeugung des Befragten von dem Projekt auf. Auch die genossenschaftliche Lösung wurde oftmals als förderlich genannt. Weitere begünstigende Faktoren: Parteiunabhängigkeit, Offenheit, Partizipation und die dadurch resultierende Akzeptanz des Projekts	Der lokale Politiker empfindet in erster Linie politische Strukturen als hinderlich. Er klagt über die zentralistische Politik, Machtstrukturen und daraus entstehende Abhängigkeiten und das „Schubladendenken“. Das Selbstverständnis des Bürgermeisters und seiner Rolle in dem Projekt scheint besonders förderlich zu sein. Er ist überzeugt von dem Projekt und der genossenschaftlichen Lösung. Weitere begünstigende Faktoren: Parteiunabhängigkeit, Offenheit, Partizipation und die dadurch resultierende Akzeptanz des Projekts. Der Bürgermeister will aktiv die lokale Politik gestalten, was ihm auf anderen politischen Ebenen fehlt.
AUSWER TUNG THEMEN	Als hemmende Faktoren können in erster Linie die Rahmenbedingungen (politisch, rechtlich) genannt werden. Auch manche strukturellen Aspekte innerhalb des Projekts werden als hinderlich identifiziert. Auch gesellschaftliche Hürden wie mangelndes Verständnis für sozial-	Für das Projekt förderliche Faktoren sind vor allem die internen Strukturen, darunter kommunikative und organisatorische – das Prinzip der Soziokratie wird hier angewandt – und die genossenschaftliche Form des Vereins.	

	ökologische Themen bzw. mangelndes Verantwortungsbewusstsein sind hinderlich.	Weitere begünstigende Faktoren: Parteiunabhängigkeit, Unterstützung durch die Lokalpolitik, die breite Partizipation und die dadurch resultierende Akzeptanz des Projekts. Hilfreich ist auch ein dynamisches Verständnis von Transformation und das Gefühl von Selbstwirksamkeit, etwas gestalten können, sowie ein Verständnis von Wirkungszusammenhängen

Tabelle 1: Vergleichende Fallübersicht

Die vergleichende Fallübersicht zeigt einerseits die Unterschiede zwischen den befragten Personen in Bezug auf die konkreten Themen und fasst andererseits die genannten Aspekte zu den hemmenden bzw. förderlichen Faktoren auf einen Blick zusammen.

Die vorangehenden Absätze haben einen Überblick über die Ergebnisse der Interviews gewährt und dienen maßgeblich als Grundlage zur Beantwortung der Forschungsfragen. In den folgenden Unterkapiteln werden die Ergebnisse in Bezug auf die hemmenden und förderlichen Faktoren einer sozial-ökologischen Transformation der Bodennutzung interpretiert.

3.3.5 Ergebnisinterpretation: Hemmende Faktoren

In diesem Abschnitt wird jener Teil der leitenden Forschungsfrage behandelt, der sich auf die hemmenden Faktoren bzw. Hindernisse bei der sozial-ökologischen Transformation von Bodennutzung in ländlichen Räumen konzentriert. Anhand des Fallbeispiels und vor allem der Ergebnisse der Interviews sollen in Rückkopplung mit den theoretischen Vorüberlegungen jene Faktoren und Aspekte identifiziert werden, die als hemmend für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung wirken.

Ausgehend von den Interviews können als hemmende Faktoren in erster Linie die Rahmenbedingungen des Projekts genannt werden. Hier wurden vor allem rechtliche und politische Aspekte erwähnt. Aus Interview 1 geht hervor, dass die rechtliche Einstufung des

Projekts als gemeinnützige Genossenschaft Herausforderungen bezüglich der Finanzierung mit sich bringt. Konkret fehlt die Absicherung der gemeinschaftlichen Finanzierung, da im Konkursfall eine Nachhaftung für die Genossenschaftsmitglieder tragend wird (vgl. Interview 1, Z. 204-228). Dies wirft die Frage auf, auf welche Art und Weise Gemeinschaften, die sozial-ökologische Projekte umsetzen, gebündelt bzw. organisiert werden können, sodass für die Teilnehmenden keine Nachteile entstehen und Prozesse der Finanzierung bzw. Verantwortungsverteilung reibungsfrei funktionieren. Besonders der soziale Aspekt der Transformation muss dabei betont werden, um auch finanziell schwächeren Personen die Teilhabe zu ermöglichen und ein Mitspracherecht einzuräumen. Das Beispiel der rechtlichen Rahmenbedingungen zeigt auch die Macht von herrschenden Diskursen rund um Haftung, Finanzierung und Verantwortung. Sie werden von profitorientierten polit-ökonomischen Strukturen hervorgebracht und reproduzieren diese. An diesem Beispiel wird deutlich, wie gesellschaftliche, staatliche und rechtliche Strukturen mit ökonomischen Mustern der Kapitalakkumulation und Produktion verwoben sind und wie sich Diskurse und Rahmenbedingungen gegenseitig bedingen (vgl. Maschke et al. 2020: 7f.; Wiegandt & Krajewski 2020: 14). Dies gilt auch für politische Systeme: Bezüglich der politischen Rahmenbedingungen zeigt Interview 2, dass politische Machtstrukturen und die daraus resultierende ungleiche Verteilung von Kompetenzen, Vergütung und Verantwortung sozialen Druck erzeugen: Der Bürgermeister einer Gemeinde ist demnach verantwortlich für die Gestaltung des Lebens der Gemeindebürger*innen, hat dafür jedoch nur begrenzten gesetzlichen und finanziellen Handlungsspielraum zur Verfügung (vgl. Interview 2, Z. 178-182). Zusätzlicher Druck wird durch sozial-ökonomische Widersprüchlichkeiten erzeugt, die sich etwa ergeben, wenn die Bedürfnisse von lokalen Wirtschaftstreibenden und der lokalen Bevölkerung sowie ökologische Bestrebungen unter einen Hut gebracht werden müssen. Die Vereinbarkeit des politischen, gewählten Amts und den eigenen Wertvorstellungen ist für den Bürgermeister laut eigenen Angaben ein Hindernis. Die Diskrepanz zwischen dem Gestaltungswillen für die Menschen und den oftmals begrenzten Möglichkeiten ist besonders für lokale Entscheidungsträger*innen belastend: Oftmals sind ihnen aufgrund von mangelnden finanziellen und personellen Ressourcen sowie fehlenden politischen oder legistischen Kompetenzen die Hände gebunden (vgl. Interview 2, Z. 115-120; 126-128; 148-151; 185-195). Als hemmend wird vom Bürgermeister auch das politische Parteiensystem und das damit einhergehende „Schubladendenken“ empfunden (vgl. Interview 2, Z. 219-223). Im konkreten Kontext des Fallbeispiels ist diese Sichtweise naheliegend, weil die stärkste Macht im Gutensteiner Gemeinderat eine unabhängige Liste ist und der Interviewte selbst keiner politischen Großpartei angehört. Die hier angeführten Beispiele für hemmende Faktoren legen nahe, was bereits aus dem theoretischen Teil dieser Arbeit hervorgegangen ist: Die ungleiche Verteilung von Macht im föderalen Staat und zwischen Wirtschaft, verschiedenen

Bevölkerungsgruppen und politischen Entscheidungsträger*innen ist für eine sozial-ökologische Transformation hinderlich. Speziell für den Bereich Bodennutzung sind hier die Themen Widmung von Boden und Eigentumsverhältnisse zu nennen. Das Konzept von Privateigentum ist Voraussetzung und grundlegender Bestandteil von kapitalistischen Mustern der Kapitalakkumulation und Produktion. Ergebnis ist die ungleiche Verteilung von Grund und Boden, deren Zugänglichkeit und die daraus resultierende soziale Ungleichheit (vgl. Altvater 2005: 19). Dies zeigt sich auch am Beispiel Gutensteiner Hof, dessen ursprüngliche Eigentümer nicht in der Lage waren, das Gebäude zu erhalten bzw. den Gasthof zu betreiben.

Auch manche strukturellen Aspekte innerhalb des Projekts werden als hinderlich identifiziert. Dazu zählen beispielsweise die Kommunikation und Organisation sowie die kleine Struktur. Interview 1 zeigt die Schwierigkeiten, Ideen mit transformativem Anspruch zu bündeln und in der Praxis umzusetzen. Ein Zitat aus Interview 1 beschreibt dies besonders deutlich: „Eine Herausforderung [war] immer […] die Balance zu finden zwischen Begeisterung und […] ausreichend Menschen zu finden, die das gut finden, die das interessiert, die da mit dabei sein wollen." (Interview 1, Z. 21-23). Die interviewte Person schlussfolgert:

> „Je mehr Partizipation, desto besser müssen die Kommunikationsstrukturen sein und desto mehr muss ich eigentlich schauen […] i hab jetzt da ganz viele Meinungen, ganz viele Erwartungen und Wünsche, bringe ich die alle unter einen Hut, will ich sie überhaupt unter einen Hut bringen oder muss ich manche per se enttäuschen, weil die Erwartungen gar ned zum Projekt passen" (Interview 1, Z. 26-31).

Dies ist ein neuer, jedoch nicht zu vernachlässigender Aspekt, der sicherlich auf viele Graswurzelbewegungen zutrifft. Er zeigt die Schranken eines kleinen Projekts mit begrenzter Teilnehmer*innenzahl auf. Wie aus dem Fallbeispiel hervorgeht, konnten aus diesem Grund viele Ideen noch nicht umgesetzt werden bzw. mussten überarbeitet oder auf unbestimmte Zeit verschoben werden (vgl. Interview 2, Z. 91-96). Die Theorie zeigt jedoch, dass in der kleinen Struktur auch viele Vorteile zu finden sind: Kleine Strukturen ermöglichen eine bessere Einbindung aller Beteiligten und schaffen Raum zum Austesten von alternativen Konzepten (vgl. Club of Rome 2022: 224). Gerade beim Thema Bodennutzung in ländlichen Räumen haben lokale Initiativen mehr Potenzial als generalisierende, überregionale Konzepte, da im kleinen Rahmen besser auf die konkreten Bedürfnisse und Umstände eingegangen werden kann – hierzu zählt die geografische Lage, die Wünsche der Bevölkerung, die Anzahl der betroffenen Menschen, die wirtschaftliche Situation, die Art des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, das Vorhandensein und der Bedarf von Infrastruktur und sozialen Angeboten. Nur im kleinen Rahmen ist es möglich, dem emanzipatorischen Anspruch, Raum für und unter Einbezug der dort lebenden Menschen zu produzieren, gerecht zu werden (vgl. Unthan et al. 2022: 218).

Als weiteres Hindernis für die Umsetzung des Projekts wurden gesellschaftliche Hürden identifiziert. Diese manifestierten sich im konkreten Fall in einem mangelnden Verständnis für die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation, was zum Teil durch diskursanalytische Ansätze erklärt werden kann. Es liegt nahe, dass die öffentliche Debatte zu sozial-ökologischer Bodennutzung oftmals zugunsten der Interessen von profitorientierten Akteur*innen geprägt ist. Diese herrschenden Diskurse laufen in Übereinstimmung mit den bereits erwähnten Rahmenbedingungen innerhalb von Kapital-orientierten Ökonomien. Das in Interview 1 angesprochene Hindernis des mangelnden Verantwortungsbewusstseins in der Bevölkerung, das sich in einer Art „Konsumentendenken“ zeigt (vgl. Interview 1, Z. 54-55), kann möglicherweise auf ähnliche Gründe zurückgeführt werden. Parallel dazu hemmt auch das fehlende Bewusstsein für gemeinschaftliche Formen des Gestaltens und Zusammenlebens die aktive Teilhabe von Menschen am Projekt, wie das folgende Zitat aus Interview 1 zeigt: „Ich glaub das weiß … echt noch keiner, dass die Möglichkeit gibt [sic!], dass mir das Haus quasi mitgehört, dass ich da mitgestalten kann und mitentscheiden kann“ (Interview 1, Z. 171-172).

Die oben beschriebenen Hindernisse beziehen sich zwar auf das konkrete Fallbeispiel. Es ist jedoch das Ziel, in einem induktiv-deduktiven Prozess jene hemmenden Faktoren zu identifizieren, die auch in anderen bzw. künftigen Projekten berücksichtigt werden können. Für die sozial-ökologische Transformation von Bodennutzung kann daher im Zusammenspiel mit den theoretischen Überlegungen allgemein abgeleitet werden, dass die ungleiche Machtverteilung in Diskursen, in der Politik und in den ökonomischen Strukturen betreffend Bodennutzung ein großes Hindernis darstellt und dass kleine Strukturen nicht nur Vorteile, sondern auch Herausforderungen mit sich bringen, die nicht zu unterschätzen sind. Ein weiterer Aspekt, der sich aus der Untersuchung des praktischen Fallbeispiels hervorgetan hat und bislang noch wenig erforscht scheint, ist das mangelnde Bewusstsein bzw. Verständnis für sozial-ökologische Transformationsprozesse und die gemeinschaftliche Nutzung von und damit einhergehende Verantwortung für Boden. Diese Aspekte sollten bei künftigen Projekten mittels bewusstseinsbildender Maßnahmen berücksichtigt werden.

Stellt man diese Erkenntnisse vor den Hintergrund der theoretischen Vorüberlegungen, so werden die praktischen Folgen der Machtasymmetrien im marktwirtschaftlichen kapitalistischen System (vgl. Reuber 2020: 733) ersichtlich. Der Ansatz der ungleichen Entwicklung kann entlang der räumlichen Ebene und anhand des Umgangs mit Boden als „natürliche Ressource“ angewandt werden. Die damit verbundenen Diskurse festigen die ökonomischen Interessen an der Inwertsetzung von Boden (vgl. Köhler 2019: 191f.). Das Fallbeispiel verdeutlicht die Wechselwirkungen der drei Dimensionen des ländlichen Raums

nach Halfacree (vgl. 2006): Das Projekt „Dorfschmiede“ ist in einen räumlichen Kontext eingebettet, der wiederum das Verständnis von sozial-ökologischer Transformation prägt und sich auf die praktischen Handlungen der darin agierenden Menschen auswirkt. Es zeigt sich die Komplexität und dadurch die vielen potenziell hemmenden Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung.

3.3.6 Ergebnisinterpretation: Förderliche Faktoren

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt die hemmenden Faktoren identifiziert und evaluiert wurden, sollen an dieser Stelle die förderlichen Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung in ländlichen Räumen unter die Lupe genommen werden. Die Interpretation erfolgt aus dem Zusammenspiel der Interviewergebnisse in Verbindung mit dem breiteren Kontext des Fallbeispiels und den aus dem theoretischen Teil dieser Arbeit hervorgegangenen Erkenntnissen. Die identifizierten förderlichen Faktoren sollen als Hilfestellung für künftige Projekte im Bereich der sozial-ökologischen Transformation dienen.

Für das Fallbeispiel waren vor allem interne Strukturen förderlich. Konkret taten sich spezifische kommunikative und organisatorische Ansätze als hilfreich hervor: Mehrmals genannt wurde das Prinzip der Soziokratie, wo die Entscheidungsfindung nicht nach Mehrheiten erfolgt, sondern wenn von keinem Mitglied grobe Einwände erhoben werden. Die Bildung von Projektgruppen und die Ernennung von Gruppenverantwortlichen erleichtert zusätzlich den Entscheidungsprozess und entlastet die Strukturen, sodass nicht direkt betroffene Abläufe nicht gehindert werden (vgl. Interview 1, Z. 46-49). Größere Richtungsentscheidungen und Interessenskonflikte innerhalb des Projekts werden in Form von Kreiskultur-inspirierten Gesprächsrunden ausgetragen (vgl. Interview 1, Z. 64-75). Auch die genossenschaftliche Struktur als Voraussetzung für die Organisation des Projekts ist ein Transformations-fördernder Faktor (vgl. Interview 2, Z. 76-89). Diese spezifischen Aspekte beziehen sich zwar auf das konkrete Beispiel, zeigen aber die Bedeutung von internen Strukturen und deren Abstimmung auf die jeweiligen Erfordernisse bei sozial-ökologischen Transformationsprozessen. Mit Rückblick auf den vorangehenden Abschnitt zeigt sich auch, dass bestimmte Aspekte zugleich förderlich und herausfordernd sein können.

Als weiterer begünstigender Faktor wurde die Parteiunabhängigkeit des Vereins bzw. von der stärksten Fraktion in der Gutensteiner Gemeindevertretung identifiziert. Die Loslösung von großen Parteiapparaten bedeutet zwar weniger überregionale politische Unterstützung, eröffnet aber Raum für unabhängige, neue Formen des Zusammenlebens und alternative Wege der Umsetzung. Wie in dem konkreten Beispiel in Gutenstein ersichtlich, ist die Unterstützung des Projekts „Dorfschmiede“ durch die Gemeindevertretung ein wichtiger,

fördernder Faktor. Es liegt die Vermutung nahe, dass die politische Unabhängigkeit der wichtigsten lokalen Entscheidungsträger*innen dabei hilfreich ist. Die Zusammenarbeit der Gemeinde mit der Genossenschaft stellt einen beidseitigen Nutzen dar: Durch die Implementierung der „Dorfschmiede“ wurden die sozialen Kontakte und das ehrenamtliche Engagement in der Gemeinde gestärkt. Dies hat für die Gemeinde das Potenzial, die Bindung der Menschen an den Ort zu fördern, die Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort zu steigern und für mehr Zuzug bzw. wirtschaftliche Betätigung zu sorgen, was sich wiederum auf die Bevölkerungszahl und Betriebsansiedlungen und damit auf die Höhe der Ertragsanteile bzw. der anfallenden Kommunalsteuer auswirkt – beides kommt dem öffentlichen Haushalt der Gemeinde zugute. Aus politischer Sicht hat ein solches Projekt also finanzielle Vorteile. Aus sozialer Sicht kann sich diese Entwicklung positiv auf die Infrastruktur und den Zugang zu sozialen Einrichtungen auswirken. Daraus kann man schließen, dass politische Unterstützung von sozial-ökologischer Bodennutzung Vorteile für alle Beteiligten bringt.

Ein besonders relevanter begünstigender Faktor ist die breite Akzeptanz des Projekts durch die lokale Bevölkerung (vgl. Interview 2, Z. 136-137). Auch aus den theoretischen Vorüberlegungen geht klar hervor, dass Partizipation und die Einbindung verschiedener Akteur*innen wichtige Voraussetzungen für die sozial-ökologische Transformation sind (vgl. Nell 2022: 111; Nießmer & Naumann 2020: 196). Der Kontext des Fallbeispiels zeigt, dass Partizipation in einer kleinen Gemeinde wie Gutenstein leicht umsetzbar ist. Aus dem Fallbeispiel geht jedoch nicht hervor, welche Bevölkerungsgruppen mehr und welche weniger eingebunden sind. Besonders im Bereich Bodennutzung ist Partizipation aller Beteiligten ein Schlüsselfaktor.

Anhand des Fallbeispiels zeigt sich auch, dass ein dynamisches Verständnis des Projekts hilfreich ist. Transformation als dynamischen, sich verändernden Prozess zu verstehen, kann als förderlicher Faktor identifiziert werden. Dasselbe gilt für das Gefühl von Selbstwirksamkeit verbunden mit der aktiven Möglichkeit, selbst zu gestalten. Es scheint empfehlenswert, bei allen Beteiligten von sozial-ökologischen Projekten ein Bewusstsein für größere Wirkungszusammenhänge zu schaffen. Ausschlaggebend ist das Gefühl, selbst „Teil eines großen Ganzen“ zu sein (vgl. Interview 1, Z. 258 & 297), welches ein emanzipatorisches Potenzial für die Akteur*innen darstellt. Hier können Parallelen zu den vom I.L.A. Kollektiv postulierten Prinzipien für ein gutes Leben für alle gezogen werden. Vor allem die Aspekte Demokratisierung und dabei speziell Relokalisierung von Entscheidungen, als auch Commoning (Gemeinschaffen) von Gütern wie in diesem Fall Boden werden anhand des Fallbeispiels verdeutlicht und gehen als förderlich hervor (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 18-22).

Im konkreten Fall des Beispiels „Dorfschmiede“ ist von Vorteil, dass im Hintergrund der Genossenschaft das Unternehmen „Wohnwagon“ steht. Obwohl es sich um getrennte Bereiche handelt, profitiert die „Dorfschmiede“ indirekt oder direkt von den personellen, finanziellen und strukturellen Ressourcen und Erfahrungswerten von „Wohnwagon“. Diese Schnittstelle führt zu gegenseitigen Vorteilen – etwa durch handwerkliche und materielle Unterstützung und vor allem die Tatsache, dass das Unternehmen die Räumlichkeiten der Genossenschaft mietet. Wichtige Voraussetzung für die Ansiedlung von „Wohnwagon“ und in weiterer Folge für die Gründung der „Dorfschmiede“ war die geografische Situation der Gemeinde Gutenstein mit hohem Anteil an Waldflächen – die Ressource Holz ist wichtigstes Hauptproduktionsmittel für den Betrieb von „Wohnwagon“. Daraus kann abgeleitet werden, dass es Vorteile hat, bestehende Strukturen zu nutzen, solange dabei nicht allein die Profitmaximierung von wirtschaftlichen Akteur*innen im Vordergrund steht.

Es kann insgesamt resümiert werden, dass die Lokalisierung des Projekts – die Abstimmung auf die konkreten Bedürfnisse und Rahmenbedingungen – ein großer fördernder Faktor für sozial-ökologische Transformationsprozesse bei der Bodennutzung ist. Dies geht Hand in Hand mit den in Kapitel 2.3 beschriebenen Ansätzen für eine sozial-ökologische Transformation – es sollen daher keine allgemeinen Regeln und Leitlinien formuliert, sondern die Vorteile der konkreten Situation genutzt und betont werden. Dadurch bleibt auch Raum für dynamische Prozesse der Anpassung und Weiterentwicklung und vor allem zum Hinterfragen von herrschenden gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen (vgl. Daniel und Exner 2020: 796; Unthan et al. 2022: 219).

4. Conclusio

Abschließend sollen in diesem Abschnitt die im Rahmen dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und die Forschungsfragen beantwortet werden. Dabei wird auch auf die Grenzen dieser Arbeit sowie mögliche Empfehlungen für weiterführende Forschungsvorhaben oder zukünftige Projekte in der Praxis eingegangen.

4.1 Resümee der Forschungsfragen

Ziel dieser Arbeit war es, die hemmenden und förderlichen Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung zu identifizieren. Die leitende Forschungsfrage lautete dementsprechend:

Welche Hindernisse erschweren den sozial-ökologischen Wandel von Bodennutzung in peripheren und ländlichen Räumen in Österreich und welche fördernden Faktoren gibt es?

Diese Frage kann anhand des Zusammenspiels der empirischen und theoretischen Abhandlungen dieser Arbeit beantwortet werden: Grob zusammengefasst lässt sich feststellen, dass rechtliche, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen gemeinsam mit diskursiven Aspekten je nach Ausprägung hemmend oder fördernd sein können. Daran wird der Einfluss von überlagernden Strukturen deutlich: Ökonomische Muster der Kapitalakkumulation und Produktion prägen Diskurse und reale Bedingungen vor Ort, die einander wiederum beeinflussen. Ungleiche Machtstrukturen in marktwirtschaftlichen Systemen sind zugleich Ergebnis und Grundlage von kapitalistischen Produktionsweisen (vgl. Reuber 2020: 733) und stellen ein Hindernis für die sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung dar. Der Ansatz der ungleichen Entwicklung kann hier als Erklärungshilfe angewandt werden. Als hinderlich wird anhand des Fallbeispiels auch das mangelhafte Bewusstsein für gemeinschaftliche Formen von Zusammenleben und Bodennutzung in der Bevölkerung identifiziert. Die damit verbundenen Diskurse festigen die ökonomischen Interessen an der Inwertsetzung von Boden (vgl. Köhler 2019: 191f.). Eigentumsverhältnisse rund um Boden führen zu ungleicher Verteilung und Zugänglichkeit und hemmen wiederum sozial-ökologische Transformationsprozesse.

Es hat sich gezeigt, dass kleine, lokale Strukturen zwar eine Vielzahl an Herausforderungen mit sich bringen, aber grundsätzlich innovations- und transformationsfördernd sind. Als förderliche Faktoren können zudem die breite Partizipation, sowie die Lokalisierung von Projekten in Abstimmung auf die spezifischen Bedürfnisse und Bedingungen des jeweiligen Kontexts identifiziert werden. Dies bestätigt die Prinzipien für ein gutes Leben für alle nach

dem I.L.A. Kollektiv (2019). Vor allem die Aspekte Demokratisierung und speziell die Relokalisierung von Entscheidungen, als auch Commoning (Gemeinschaffen) von Gütern wie in diesem Fall Boden können als förderliche Faktoren für sozial-ökologische Transformationsprozesse genannt werden (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 18-22). Die empirischen Daten zeigen zudem, dass ein Verständnis des sozial-ökologischen Projekts als dynamischer, verhandelbarer Prozess unter den Beteiligten förderlich wirkt. Auch das Gefühl von Selbstwirksamkeit bei Akteur*innen fördert den Transformationsprozess. Mit Hinblick auf die alternativen Konzepte einer solidarischen und verantwortungsvollen Nutzung von Boden wird anhand des Fallbeispiels deutlich, dass es kein Patentrezept für Transformation gibt. Ganz im Gegenteil – konkrete, lokale Initiativen haben den Vorteil, dass sie stetig weiterentwickelt werden können. Dies bietet Raum für Experimente auf lokaler Ebene, um herrschende gesellschaftliche und ökonomische Strukturen zu hinterfragen und das emanzipatorische Potenzial von handelnden Akteur*innen zu fördern (vgl. Daniel und Exner 2020: 796; Unthan et al. 2022: 219).

Neben der leitenden Forschungsfrage konnten auch folgende Unterfragen beantwortet werden:

- Wie könnte eine sozial-ökologische Transformation von Bodennutzung in ländlichen und peripheren Räumen aussehen?

Wie in 3.2.4 dargestellt, gibt es einige Voraussetzungen, an denen eine sozial-ökologische Transformation der Bodennutzung festgemacht werden kann. Dazu zählt in erster Linie die demokratische Einbindung der lokalen Bevölkerung und die Orientierung an deren Bedürfnissen. Dies kann konkret eine partizipative Form von Raumplanung sein, die allen Betroffenen ein Mitspracherecht einräumt. Wie aus dem Forschungsstand und den empirischen Daten hervorgeht, gelten die Aspekte Demokratisierung, Commoning bzw. Gemeinschaffen, ReProduktion, Dependenz und Suffizienz als wichtige Leitlinien (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019: 18-22). Mögliche Ausprägungen einer sozial-ökologischen Transformation von Bodennutzung können etwa auch die gemeinschaftliche Nutzung von landwirtschaftlichen oder Erholungsflächen oder genossenschaftlich betriebene Wohn- und Betriebsflächen sein.

- Wie wird eine sozial-ökologische Transformation in Bezug auf Bodennutzung umgesetzt?

Es gibt kein Allgemeinrezept, jedoch können mit Hinblick auf das Fallbeispiel einige förderliche Faktoren für die Umsetzung von sozial-ökologischen Initiativen identifiziert werden (siehe

oben). Hervorzuheben ist dennoch die Kontextorientierung und die innere Struktur bzw. Vision. Oftmals können vorhandene Strukturen genutzt und umgewandelt werden. Im konkreten Fall Gutenstein sind dies beispielsweise der einst leerstehende Gasthof, die leerstehende Fabrikhalle, der hohe Waldanteil und das Interesse der lokalen Politik und Bevölkerung an transformativen Projekten.

- Werden beide Aspekte – sozial und ökologisch – zu gleichen Maßen berücksichtigt?

Bezugnehmend auf die theoretischen Vorüberlegungen kann festgehalten werden, dass die Gefahr besteht, dass soziale und ökologische Aspekte in den herrschenden Diskursen gegeneinander ausgespielt werden. Das Fallbeispiel und die durchgeführten Interviews zeigen jedoch, dass es möglich und zielführend ist, Soziales und Ökologisches gemeinsam zu denken – etwa bei der Bewirtschaftung der Dorfküche und der gemeinschaftlichen und nachhaltigen Nutzung des Gutensteiner Hofs. Da jedoch die Auswirkungen dieser Maßnahmen nicht erforscht wurden, kann diese Frage nur zu einem Teil beantwortet werden.

- Was behindert und was fördert die gemeinsame Umsetzung der Aspekte sozial und ökologisch?

Bezugnehmend auf das Fallbeispiel in Verbindung mit dem theoretischen Rahmen kann festgestellt werden, dass bestimmte Narrative von Ökologie hemmend für ein ganzheitliches Verständnis der Wirkungszusammenhänge und damit für eine sozial-ökologische Transformation sein können. Die gewonnenen Daten zeigen ein mangelndes Bewusstsein für die gemeinschaftliche Nutzung von Boden und alternative Produktionsweisen abseits von Kapitalakkumulation bei den Menschen. Mit Hinblick auf die drei Dimensionen des ländlichen Raums nach Halfacree (vgl. 2006) werden die komplexen potenziell hemmenden Faktoren für eine sozial-ökologische Transformation deutlich. Demnach können bewusstseinsbildende Maßnahmen, Bildung und alternative Modelle der Produktion bzw. der Nutzung von Ressourcen für die sozial-ökologische Transformation förderlich sein. Sie wirken sich positiv auf die gelebte Praxis, die räumliche Praxis und deren Repräsentation aus.

4.2 Einschränkungen und Diskussion

Die Erkenntnisse des empirischen Teils dieser Arbeit sind qualitativ begründet und stützen sich auf subjektive Einschätzungen. Ihre Gültigkeit ist schwer zu überprüfen, da sie sich auf ein konkretes Fallbeispiel konzentrieren. Es ist daher auch kein Vergleich mit anderen sozial-ökologischen Transformationsprozessen möglich. Es bleibt dahingestellt, ob dieselben förderlichen und hemmenden Faktoren auch in anderen Situationen gelten.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit lag auf dem Thema Bodennutzung. Es betrifft alle gesellschaftlichen Prozesse, da jede Handlung eine räumliche Komponente hat. In dieser Hinsicht ist es kein einfaches Unterfangen, Bodennutzung konkret zu untersuchen. Für den empirischen Teil dieser Arbeit wurde ein Fallbeispiel gewählt, das Bodennutzung nicht als Hauptfokus hat, anhand dessen aber bestimmte Muster aufgezeigt werden konnten. Insgesamt wurde Bodennutzung in dieser Arbeit stets als Rahmen von sozialen Handlungen verstanden. Damit wurde die Akteur*innen-Ebene in den Vordergrund gestellt, um emanzipatorische Potenziale für die Veränderung bei der Nutzung von Boden zu unterstreichen.

Wie aus dem theoretischen Teil dieser Arbeit hervorgeht, steht über den konkreten Ausprägungen von Bodennutzung auf praktischer Ebene der strukturelle Überbau von kapitalistischen Produktionsweisen. Die hier angewandten Konzepte und Ansätze aus der Kritischen Geographie und Politischen Ökologie sind in den Rahmen der Kritik der Politischen Ökonomie eingebettet. Über die verschiedenen Abstraktionsniveaus wird sichtbar, wie Boden zugleich als Austragungsort und Gegenstand von gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen fungiert und innerhalb kapitalistischer Produktionsweisen materiell und symbolisch produziert wird.

4.3 Empfehlungen und Ausblick

In diesem Abschnitt sollen mögliche weiterführende Forschungsvorhaben angedacht und Empfehlungen für konkrete Initiativen und Projekte im Bereich sozial-ökologische Transformation ausgesprochen werden.

Interessant wäre ein Vergleich bzw. ein weiteres Beispiel, um zu erheben, ob sich die hemmenden und förderlichen Faktoren bei unterschiedlichen Projekten von Fall zu Fall unterscheiden oder ob die hier gewonnenen Erkenntnisse auch für andere Fälle Gültigkeit haben. Neben dem Vergleich zwischen Fallstudien, um die Aussagekraft der hier gewonnenen Erfahrungswerte zu steigern, wäre auch eine Diskursanalyse rund um das konkrete Beispiel interessant. Dadurch könnten Aussagen zur Rezeption des Projekts „Dorfschmiede“ in der Bevölkerung, in den Medien sowie unter den Mitgliedern selbst getroffen und diese mit der praktischen Umsetzung verglichen werden. Eine Längsschnittstudie wäre interessant, um zu erforschen, wie sich das Projekt weiterentwickelt, ob und wie sich die hemmenden und förderlichen Faktoren verändern und welche Auswirkungen die „Dorfschmiede“ langfristig auf die Region und die dort lebenden Menschen hat.

Vom akademischen Kontext abgesehen sollen an dieser Stelle noch allgemeine Empfehlungen für ähnliche, praktische Initiativen abgegeben werden: Wie oben erwähnt, steht an oberster Stelle die Einbindung aller Betroffenen. Es empfiehlt sich, auf die konkreten Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, die der jeweilige Ort und die jeweiligen Akteur*innen bieten, einzugehen und bestehende Potenziale zu nutzen, um die herrschenden Muster von Zusammenleben und Wirtschaften zu hinterfragen und Alternativen zu entwickeln. Eine gute interne Kommunikations- und Organisationsstruktur mit klaren Zielen und konsensueller Verteilung von Aufgaben und Verantwortung sind für die beteiligten Akteur*innen wichtige förderliche Faktoren.

Darüber hinaus soll aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Arbeit eine allgemeine Empfehlung ausgesprochen werden: Das Team rund um die „Dorfschmiede“ hält regelmäßig Vorträge und teilt ihre Erfahrungen mit Gemeinden und anderen Interessierten. Um ein Verständnis für soziale-ökologische Transformation und die damit verbundenen Wirkungszusammenhänge bei Menschen aufzubauen, sowie um alternative Wege aufzuzeigen, sind vermehrt bewusstseinsbildenden Maßnahmen notwendig. Diese können die Form von Forschungsbeiträgen annehmen, sollten vor allem jedoch in öffentlichen Debatten, in den Massenmedien, in den sozialen Netzwerken und in persönlichen Gesprächen gestreut werden. Ziel soll sein, dass mehr Menschen ein Verständnis für die Komplexität der Zusammenhänge von Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft und deren praktische Auswirkungen bekommen und gleichzeitig für transformative Prozesse motiviert werden. Durch das Hinterfragen von herrschenden Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnissen können emanzipatorische Prozesse angestoßen und eben jene Verhältnisse und Strukturen Schritt für Schritt transformiert werden.

Bibliographie

AGU ÄrztInnen für eine Gesunde Umwelt (Hrsg.) (2020): Auswirkungen des Bodenverbrauchs auf die menschliche Gesundheit aus umweltmedizinischer Sicht. Endbericht. Aufgerufen unter: https://www.natur-statt-beton.at/bericht-ueber-gesundheitliche-folgen-von-bodenversiegelung/ [10.09.2022]

Agyeman, Julian; Bullard, Robert D.; Evans, Bob (Hrsg.) (2003): *Just Sustainabilities: Development in an Unequal World.* Cambridge MA: MIT Press.

Agyeman, Julian (2005): *Sustainable Communities and the Challenge of Environmental Justice*. New York: New York University Press.

Agyeman, Julian (2008): Toward a 'just' sustainability? In: *Continuum - Journal of Media & Cultural Studies Vol. 22, No. 6*, S. 751–756.

Altvater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik.* Münster: Westfälisches Dampfboot.

Amt der NÖ Landesregierung (2020): Wahlergebnis Gemeinderatswahl in Gutenstein. Aufgerufen unter: https://www.noe.gv.at/wahlen/G20201/Index.html#/G32308.htm [12.06.2024]

Amt der Oö. Landesregierung (2019): Leben an mehreren Orten. Multilokalität als Chance für Stadt und Land. Aufgerufen unter: https://www.ooe-zukunftsakademie.at/leben-an-mehreren-orten-multilokalitat-395.htm [10.06.2023]

Attac Österreich (o. J.): Was ist Attac? Aufgerufen unter: https://www.attac.at/ueber-attac/was-ist-attac [12.03.2023]

Banzhaf, Spencer (Hrsg.) (2012): *The Political Economy of Environmental Justice*. Stanford: Stanford University Press.

Barraclough, Laura (2013): Is There Also a Right to the Countryside? In: *Antipode, 45(5),* S. 1047–1049.

Bauriedl, Sybille (2016a): Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen. In: *Geographica Helvetica, 71*. S. 341–351.

Bauriedl, Sybille (Hrsg.) (2016b): *Wörterbuch Klimadebatte.* Bielefeld: transcript Verlag.

Becker, Egon; Hummel, Diana; Jahn, Thomas (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept. In: Groß, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 75-96.

Becker, Egon; Jahn, Thomas (Hrsg.) (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen.* Frankfurt: Campus Verlag.

Becker, Joachim; Weissenbacher, Rudy (2015): Changing Development Models: Dependency School régulation a l'epreuve des crises". S. 10 - 12, aufgerufen unter: http://www.eiseverywhere.com/retrieveupload.php?c3VibWlz2lvbl84NTg3OF8NTYyMzlucGRmKmVzZWxlY3Q=;retrieved [25.10.2021]

Becker, Joachim; Weissenbacher; Rudy, Jäger; Johannes (2020): Uneven development in the EU. Processes of core-periphery relations. In: Bigo, D.; Diez, T.; Fanoulis, E. (u.a.) (Hrsg.): *The Routledge Handbook of Critical European Studies*. London: Routledge. S. 224 -238.

Belina, Bernd (2020): Kritische Geographie. In: Gebhardt, Hans; Glaser, Rüdiger; Radtke, Ulrich; Reuber, Paul; Vött, Andreas (Hrsg.): *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. 3. Auflage. Dresden: Springer. S. 687-691.

Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.) (2022): *Ungleiche ländliche Räume.* Bielefeld: transcript Verlag.

Belina, Bernd; Naumann, Matthias; Strüver, Anke (Hrsg.) (2014): *Handbuch Kritische Stadtgeographie.* Münster: Westfälisches Dampfboot.

Berger, Ina (2002): Desertifikation: Lässt sich die Wüstenbildung aufhalten? In: Onlinemagazin scinexx vom 22. 02. 2002. Aufgerufen unter: www.scinexx.de/dossier-67-1.html [24.09.2022]

Bettel, Sonja (2020): Wie man den Flächenfraß auf Diät setzt. Erschienen auf Kommunal.at am 10.11.2020. Aufgerufen unter: https://kommunal.at/wie-man-den-flaechenvielfrass-auf-diaet-setzt [19.07.2023]

Bhopal, Kalwant (2006): Issues of rurality and good practice: Gypsy Traveller pupils in schools. In: Neal, Sarah; Agyeman, Julian (Hrsg.): *The new countryside? Ethnicity, nation and exclusion in contemporary rural Britain.* o.O.: Cambridge University Press. S. 193-216.

Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine (2013): Zur Produktivität des „Reproduktiven". Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge. In: *Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung. 31. Jg., Nr. 2,* S. 240-252.

Bloch, Ernst (1985): *Das Prinzip Hoffnung*. Band 5. Werkausgabe. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Blomley, Nicholas (2006): Uncritical critical geography? In: *Progress in Human Geography, 30(1), S. 87–94.*

BML - Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (2024): Beschluss der Bodenstrategie durch Raumordnungs-Tagung. Aufgerufen unter: https://info.bml.gv.at/themen/regionen-raumentwicklung/raumentwicklung/beschlussbodenstrategie.html [18.05.2024]

Bolte, Gabriele; Bunge, Christiane; Hornberg, Claudia; Köckler, Heike (2018): Umweltgerechtigkeit als Ansatz zur Verringerung sozialer Ungleichheiten bei Umwelt und Gesundheit. In: *Bundesgesundheitsblatt Gesundheitsforschung Gesundheitsschutz. 61(6),* S. 674-683.

Brad, Alina; Brand, Ulrich (2016): Die Macht der ökologischen Krise. Perspektiven der Politischen Ökologie. In: *Politix 40*, S. 5-10.

Brand, Ulrich (2012): Green Economy - the Next Oxymoron. No Lessons Learned from Failures of lmplementing Sustainable Development. In: *GAIA 21/1*. S. 28-32.

Brand, Ulrich (2014a): Transition und Transformation. Sozialökologische Perspektiven. In: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 242-280.

Brand, Ulrich (2014b): Degrowth. Der Beginn einer Bewegung? In: *Blätter, 10/2014*, S. 29-32.

Brand, Ulrich; Brad, Alina (2019): Sozial-ökologische Transformation. In: Brunner, Jan, Dobelmann, Anna; Kirst, Sarah; Prause, Louisa (Hrsg.): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte. Ein kritisches Handbuch*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 279-285.

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2014): The Financialisation of Nature as Crisis Strategy. In: *Journal für Entwicklungspolitik. vol. XXX/2.* S. 16-45.

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom verlag.

Brokow-Loga, Anton; Neßler, Miriam (2020): Eine Frage der Flächengerechtigkeit! Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage". In: *Suburban, Band 8, Heft 1/2.* S. 183-192.

Brunner, Jan; Dobelmann, Anna; Kirst, Sarah; Prause, Louisa (Hrsg.) (2019): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte*. Bielefeld: transcript Verlag.

Bubenzer, Olaf (2020): Globale Bodenprobleme. In: Gebhardt, Hans; Glaser, Rüdiger; Radtke, Ulrich; Reuber, Paul; Vött, Andreas (Hrsg.): *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie.* 3. Auflage. Dresden: Springer. S. 1189-1193.

Buch-Hansen, Hubert (2018): The Prerequisites for a Degrowth Paradigm Shift: Insights from Critical Political Economy. In: *Ecological Economics 146,* S. 157–163.

Buch-Hansen, Hubert; Nielsen, Peter (2020): *Critical Realism. Basics and Beyond*. London: Macmillan.

Bundesforschungszentrum für Wald (2017, 21.08.): Die waldreichsten Gemeinden Österreichs. Aufgerufen unter: https://www.bfw.gv.at/ [15.06.2024].

Christ, Michaela; Sommer, Bernd (2022): Transformation (sozial-ökologische). In: Gottschlich, Daniela; Hackfort, Sarah; Schmitt, Tobias; von Winterfeld, Uta (Hrsg.): *Handbuch Politische Ökologie.* Bielefeld: transcript Verlag. S. 461-466.

Cloke, Paul; Marsden, Terry; Mooney, Patrick (Hrsg.) (2006): *Handbook of Rural Studies.* London: SAGE.

Club of Rome (Hrsg.) (2022): *Earth for All. Ein Survivalguide für unseren Planeten*. München: Oekom Verlag.

Daniel, Antje; Exner, Andreas (2020): Kartographie gelebter Ökotopien. In: *FJSB 2020; 33(4),* S. 785–800.

Dietz, Kristina; Engels, Bettina (2014): Immer (mehr) Ärger wegen der Natur? Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 43. Jg., H. 1,* S. 73–90.

Dietz, Kristina (2019): "Materialität der Natur". In: Brunner, Jan; Dobelmann, Anna; Kirst, Sarah; Prause, Louisa (Hrsg.): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte: Ein kritisches Handbuch.* Bielefeld: Transcript Verlag. S. 245-251.

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2018): *Klimaschutz und ländlicher Raum*. Köln: difu Eigendruck.

Dorfschmiede für nachhaltige Lebensräume eG (2024): Dorfschmiede - nachhaltige Lebensräume. Aufgerufen unter: https://dorfschmiede.net/ [12.06.2024]

Ebenführer, Astrid (2021, 27. Mai): "Schauplatz"-Reporterin Nora Zoglauer: "Das Unwort des Jahres ist für mich Chalet". Erschienen im Standard. Aufgerufen unter: https://www.derstandard.at/story/2000126922668/schauplatz-reporterin-nora-zoglauer-das-unwort-des-jahres-ist-fuer [03.02.2023]

El Nour, Saker; Gharios, Cynthia; Mundy, Martha; Zurayk, Rami (2015): The right to the village? Concept and history in a village of South Lebanon. In: *Spatial Justice. 2015/7,* S. 1-24.

Elvers, Horst-Dietrich (2011): Umweltgerechtigkeit. In: Groß, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie.* Wiesbaden: VS Verlag, S. 464-484.

Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2013). *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft*. Eigendruck.

Europäische Kommission (2023): Europäischer Grüner Deal. Aufgerufen unter: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de [27.05.2023]

Eurostat (2021): Statistiken über Regionaltypologien in der EU. Aufgerufen unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Archive:Statistics_on_regional_typologies_in_the_EU/de&oldid=541020#Stadt-Land-Typologie [04.06.2023]

Eurostat (2023): Distribution of population by degree of urbanisation, dwelling type and income group - EU-SILC survey. Aufgerufen unter: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ILC_LVHO01__custom_981728/default/table?lang=en [21.05.2021]

Exner, Andreas (2011): Land Grabbing: die große Enteignung. In: Exner, Andreas; Fleissner, Peter; Kranzl, Lukas; Zittel, Werner (Hrsg.): *Kämpfe um Land. Gutes Leben im postfossilen Zeitalter.* Wien: Mandelbaum. S. 130-169.

Exner, Andreas; Kratzwald, Brigitte (2021): *Solidarische Ökonomie & Commons. Intro. Eine Einführung.* Wien: Mandelbaum.

Fairhead, James; Leach, Melissa; Scoones, Ian (2012): Green Grabbing: a new appropriation of nature? In: *The Journal of Peasant Studies. Vol. 39, No. 2, April 2012*. S. 237–261.

FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO (Hrsg.) (2022): The State of Food Security and Nutrition in the World 2022. Repurposing food and agricultural policies to make healthy diets more affordable. Rome: FAO. Aufgerufen unter: https://www.fao.org/documents/card/en/c/cc0639en [07.10.2022]

FAO & ITPS (2015): *Status of the World's Soil Resources. Main Report*. Rom: o.V.

Fellner, Sebastian (2019): Wie Pioniere in Gutenstein die Welt wieder zum Dorf machen wollen. Erschienen am 3.8.2019 auf Standard.at. Aufgerufen unter: https://www.derstandard.at/story/2000106697954/wie-pioniere-in-gutenstein-die-welt-wieder-zum-dorf-machen [12.06.2024]

Fischer, Tatjana (2020): Multilokale Lebensführung in Österreich. In: Danielzyk, Rainer; Dittrich-Wesbuer, Andrea; Hilti, Nicola; Tippel, Cornelia (Hrsg.): Multilokale Lebensführungen und räumliche Entwicklungen: ein Kompendium. Hannover: Forschungsberichte der ARL 13. S. 260-269.

Forschungsbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung (2020): Raumplanung WTF! Aufgerufen unter: http://raumplanung.wtf/ [23.09.2023]

Fritzsche, Julia (2022): Wie wir mit guten Geschichten das gute Leben säen. Utopie und Klimagerechtigkeit. In: Bruschi, Valeria; Zeiler, Moritz (Hrsg.): *Das Klima des Kapitals. Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Ökonomiekritik.* Berlin: Dietz. S. 294-308.

Gangl, Georg (2009): Space, Place and Gender - Raum als soziale Kateogorie. Ein Überblick. In: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte 29/09, S. 25.37. Aufgerufen unter: http://www.grundrisse.net/grundrisse29/Space_Place_and_Gender.html [03.02.2023]

Gebhardt, Hans; Glaser, Rüdiger; Radtke, Ulrich; Reuber, Paul; Vött, Andreas (Hrsg.) (2020): *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie.* 3. Auflage. Dresden: Springer.

Gebhardt, Hans; Reuber, Paul (2020): Der Ländliche Raum im globalen Wandel. In: Gebhardt, Hans; Glaser, Rüdiger; Radtke, Ulrich; Reuber, Paul; Vött, Andreas (Hrsg.): *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie.* 3. Auflage. Dresden: Springer. S. 904-906.

Gömann, Horst; Fick, Johanna (Hrsg.) (2021): *Wechselwirkungen zwischen Landnutzung und Klimawandel*. Braunschweig: Springer.

Gömann, Horst; Weingarten, Peter (2018) Landnutzungswandel. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): H*andwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. ARL, Hannover. S. 1.335-1.347.

Görg, Christoph (2016): Inwertsetzung von Natur. In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript Verlag. 109-115.

Gottschlich, Daniela; Hackfort, Sarah; Schmitt, Tobias; von Winterfeld, Uta (Hrsg.) (2022): *Handbuch Politische Ökologie.* Bielefeld: transcript Verlag.

Grabski-Kieron, Ulrike (2020): Weitere Beispiele für Indikatoren zur Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. In: Gebhardt, Hans; Glaser, Rüdiger; Radtke, Ulrich; Reuber, Paul; Vött, Andreas (Hrsg.): *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. 3. Auflage. Dresden: Springer. S. 910.

Großmann, Katrin (2020): Gebäude-Energieeffizienz als Katalysator residentieller Segregation. Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“. In: *Suburban. Band 8, Heft 1/2*. S. 199-210.

Gruber, Elisabeth; Schorn, Martina (2019): Outmigrating youth: A threat to European peripheries? In: *ÖGfE Policy Brief 17/2019*.

Grünbacher, Ulla (2022, 08.05.): Umstritten: Wo die Steuer auf leer stehende Wohnungen kommt. Erschienen auf Kurier.at, am 08.05.2022. Aufgerufen unter: https://kurier.at/wirtschaft/immobiz/umstritten-wo-die-steuer-auf-leer-stehende-wohnungen-kommt/401997828 [19.07.2023]

Hacker-Walton, Philipp (2023, 05.10.): Eine „Dorfpension“ am Mariahilfberg in Gutenstein. Erschienen am 5.10. auf noen.at. Aufgerufen unter: https://www.noen.at/wr-neustadt/neu-uebernahme-eine-dorfpension-am-mariahilfberg-in-gutenstein-388480622 [12.06.2024]

Hahne, Ulf (2017): Die Region in der Postwachstumsdebatte. In: Knieling, Jörg (Hrsg.*): Wege zur großen Transformation. Herausforderungen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung.* München: oekom. S. 49-64.

Halfacree, Keith (2006): Rural space. Constructing a three-fold architecture. In: Cloke, Paul; Marsden, Terry; Mooney, Patrick (Hrsg.): *Handbook of Rural Studies*. London: SAGE. S. 44-62.

Handler, Renate; Gruber, Markus (2021): Regionalpolitik und regionale Wirtschaftsentwicklung. In: ÖROK - Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (Hrsg.) (2021): *16. Raumordnungsbericht. Analysen und Bericht zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2018-2020.* Wien: ÖROK Eigendruck. S. 101-131.

Harvey, David (2006 [1982]): *The Limits to Capital.* London. New York: Verso.

Haubner, Tine; Laufenberg, Mike; Boemke, Laura (2022): Zweiklassengesellschaften auf dem Land. Rurale Armutsräume im Spannungsfeld von Aufwertungs- und Peripherisierungsprozessen. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 253-269.

Heck, Peter (2018): Neue (Bio)Energiedörfer – innovative Konzepte und regionale Wertschöpfung. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): *Klimaschutz und ländlicher Raum*. Köln: difu Eigendruck. S. 16-25.

Helfrich, Silke; Bollier, David (2020): *Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons*. Bielefeld: transcript.

Henkel, Gerhard (2020): *Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland.* 5., aktualisierte, ergänzte und neu bearbeitete Auflage. Stuttgart: Borntraeger.

Hermann, Michael; Leuthold, Heiri (2003): *Atlas der politischen Landschaften: Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich: Vdf Hochschulverlag.

Heuwieser, Magdalena (2015): Green Grabbing im globalen Kontext. In: *Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons*. Wien: Promedia. 67-93.

Holm, Andrej (2012): Gentrification. In: Eckhardt, F. (Hrsg.): *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Holm, Andrej (2013): Recht auf die Stadt - Soziale Bewegungen in umkämpften Räumen. In: *participate: Kultur aktiv gestalten, 2013/03*, 1-10.

Horx, Matthias (2020): Corona und die Kommunalpolitik. In: Österreichischer Gemeindebund (Hrsg.): *Kommunaler Zukunftsbericht 2020*. S. 30-37.

Hoymann, Jana; Baum, Sarah; Elsasser, Peter; Dechow, Rene; Gutsch, Martin; Fick, Johanna (2021): Ist-Situation der Landnutzung in Deutschland. In: Gömann, Horst; Fick, Johanna (Hrsg.): *Wechselwirkungen zwischen Landnutzung und Klimawandel*. Braunschweig: Springer. S. 21-70.

Hübler, Marius (2022): Suffizienz und Postwachstum in ländlichen Räumen. Kommunaler Klimaschutz als Katalysator einer sozial-ökologischen Transformation? In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume.* Bielefeld: transcript Verlag. S. 201-216.

Huck, Wilhelm; Wagner, Paul (2022): Rechtliche Probleme einer Leerstandsabgabe. In: Newsletter Hsp.law, 02.06.2022. aufgerufen unter: https://www.hsp.law/de/news/rechtliche-probleme-einer-leerstandsabgabe [19.07.2023]

I.L.A. Kollektiv (Hrsg.) (2017): *Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert.* München: oekom.

I.L.A. Kollektiv (Hrsg.) (2019): *Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise*. München: oekom Verlag.

Jahn, Thomas; Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse — Konturen eines theoretischen Konzepts. In: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): *Soziologie und Natur - Theoretische Perspektiven*. Reihe Soziologie und Ökologie, Opladen: Leske + Budrich. S. 75-93.

Jonas, Michael (2022): *Schauplätze des Reparierens und Selbermachens. Über neue urbane Infrastrukturen der Sorge und der Suffizienz in Wien*. Bielefeld: transcript Verlag.

Kallert, Andreas; Bernd, Belina; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (2020): *Gleichwertige Lebensverhältnisse? Zur Entwicklung ländlicher Räume in Hessen*. O.O: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Kanonier, Arthur; Schindelegger, Arthur (2018a): Begriffe und Ziele der Raumplanung. In: ÖROK (Hrsg.): *Raumordnung in Österreich und Bezüge zur Raumentwicklung und Regionalpolitik*. ÖROK-Schriftenreihe 202. Wien: ÖROK Eigendruck. S. 54-59.

Kanonier, Arthur; Schindelegger, Arthur (2018b): Planungsinstrumente. In: ÖROK (Hrsg.): *Raumordnung in Österreich und Bezüge zur Raumentwicklung und Regionalpolitik*. ÖROK-Schriftenreihe 202. Wien: ÖROK Eigendruck. S. 75-123.

Kanonier, Arthur; Schindelegger, Arthur (2021): Aktuelle Entwicklungen im Österreichischen Raumordnungsrecht. In: ÖROK - Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (Hrsg.) (2021): *16. Raumordnungsbericht. Analysen und Bericht zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2018-2020*. Wien: ÖROK Eigendruck. S. 133-172.

Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume – Essay. Aufgerufen unter: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29544/peripherisierung-laendlicher-raeume-essay/ [18.05.2023]

Klauke, Sebastian (2019): Multiple Krise. In: Brunner, Jan; Dobelmann, Anna; Kirst, Sarah; Prause, Louisa (Hrsg.): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte*. Bielefeld: transcript Verlag.

Koch, Andreas (2020): Stadtökologie statt Ökologie. Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“. In: *Suburban. Band 8, Heft 1/2.* S. 167-176.

Köhler, Bettina (2019): Kommodifizierung. In: Brunner, Jan; Dobelmann, Anna; Kirst, Sarah; Prause, Louisa (Hrsg.): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 189-196.

Köhler, Bettina; Wissen, Markus (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, Bettina; Thimmel, Andreas (Hrsg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 217-224.

Langlotz, Gesine; Mahnke, Eva; Talanow, Katharina (2023): *Gerechte Bodenpolitik.* Herausgegeben in Leipzig vom: Konzeptwerk Neue Ökonomie.

Krams, Mathias (2018): Die Klima- und Vielfachkrise der letzten Dekade. In: *Kurswechsel. 4/2018*. S. 67-77.

Krenslehner, Eike (2022, 29. November): Chaletdorf ja oder nein? „Das muss sehr gut abgewogen werden". Erschienen auf MeinBezirk.at. aufgerufen unter: https://www.meinbezirk.at/pinzgau/c-lokales/das-muss-sehr-gut-abgewogen-werden_a5741413 [03.02.2023]

Kuckartz, Udo (2018): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung.* Weinheim: Beltz Verlagsgruppe.

Lefebvre, Henri (2009): *Le droit à la ville.* 3. Auflage. Paris: Economica-Anthropos.

Leiss, Walter (2023): Der Kampf um die Nutzung des Bodens. Erschienen auf Kommunal.at am 15.07.2023. Aufgerufen unter: https://kommunal.at/der-kampf-um-die-nutzung-des-bodens [19.07.2023].

Lessenich, Stephan (2023): Klima – Klasse – Konsum. Ungleichheitsdynamiken in der ökologischen Krise. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): *Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten.* O.O.: BoD Verlag. S. 31-42.

Luxemburg, Rosa (1913/1975): *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus.* Gesammelte Werke (Bd. 5). Berlin: Dietz.

Marcuse, Herbert (2009): Kinder des Prometheus. Thesen zu Technik und Gesellschaft. In: Jansen, Peter-Erwin (Hrsg.): *Ökologie und Gesellschaftskritik*. *Nachgelassene Schriften*. Bd. 6. Springe: Zu Klampen Verlag. S. 157-176.

Marktgemeinde Gutenstein (2014): Niederschrift über die am 24.3.2014 stattgefundene 16. Sitzung des Gemeinderats der Marktgemeinde Gutenstein. Aufgerufen unter: https://www.gutenstein.at/b%C3%BCrgerservice/sitzungsprotokolle/ [13.06.2024]

Marktgemeinde Gutenstein (2024): Gutenstein.at. [12.06.2024]

Marx, Karl (1962/1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: *MEW*. Band 23. Berlin: Dietz Verlag.

Maschke, Lisa; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (2020): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aufgerufen unter: https://www.rosalux.de/publikation/id/41516/kritische-landforschung [15.10.2022].

Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken.* Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich; Milling, Peter (1973): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Meyer, Michelle A. (2016): Climate Change, Environment Hazards and Community Sustainability. In: Shucksmith, Mark; Brown, David L. (Hrsg.): *Routledge International Handbook of Rural Studies*. New York: Routledge. S. 335-345.

Meyer, Frank; Miggelbrink, Judith (2022): Regionale Bedingungen der Subjektivierung in peripherisierten Regionen beforschen. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 131-146.

Mießner, Michael; Naumann, Matthias (2019): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung: Globale Transformationen und lokale Herausforderungen – Zur Einleitung. In: Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung: globale Transformationen und lokale Herausforderungen. Münster*: Westfälisches Dampfboot. 1. Auflage. S. 9-26.

Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.) (2019): *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung: globale Transformationen und lokale Herausforderungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot. 1. Auflage.

Mießner, Michael; Naumann, Matthias (2020): Nachhaltiges Wohnen auf dem Dorf? Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“. In: *Suburban Zeitschrift für kritische Stadtforschung*. Band 8, Heft 1/2. S. 193-198.

Mießner, Michael; Naumann, Matthias (2021): Ländliche Gentrifizierung. Aufwertung und Verdrängung jenseits der Großstädte – Vorschlag für ein Forschungsprogramm. In: *Geographica Helvetica 76(2),* S. 193-204.

Mietshäuser Syndikat (2024): Mietshäuser Syndikat. Der Projektverbund. Aufgerufen unter: https://www.syndikat.org/der-projektverbund/ [11.05.2024]

Miosga, Manfred (2020): Können Kommunen das Klima retten? Rezension zu Cindy Sturm (2019): Klimapolitik in der Stadtentwicklung. Zwischen diskursiven Leitvorstellungen und politischer Handlungspraxis. In: *Suburban, Band 8, Heft 1/2*, S. 282-286.

Mose, Ingo (2018): Ländliche Räume. In: ARL (Hrsg.): *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hannover: o.V., S. 1323-1334

Muraca, Barbara (2015): Wider den Wachstumswahn. Degrowth als konkrete Utopie. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2015*, S. 101-109.

Neal, Sarah; Agyeman, Julian (Hrsg.) (2006): *The new countryside? Ethnicity, nation and exclusion in contemporary rural Britain*. Cambridge: Cambridge University Press.

Neal, Sarah; Agyeman, Julian (2006): Remaking English ruralities: processes of belonging and becoming, continuity and change in racialised spaces. In: Neal, Sarah; Agyeman, Julian (Hrsg.): *The new countryside? Ethnicity, nation and exclusion in contemporary rural Britain*. Cambridge: Cambridge University Press. S. 99-126.

Nell, Werner (2022): „Gutes Leben auf dem Land?“ Diskursfeld und Analyse-Dimensionen. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume.* Bielefeld: transcript Verlag. S. 99-115.

Nell, Werner; Weiland, Marc (2021): Der Topos vom guten Leben auf dem Land. Geschichte und Gegenwart. In: Nell, Werner; Weiland, Marc (Hrsg): *Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 9-73.

Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V. (2024): Was ist solidarische Landwirtschaft? Aufgerufen unter: https://www.solidarische-landwirtschaft.org/das-konzept/was-ist-solawi [11.05.2024]

Neu, Claudia (2022): Ungleiches Land. Eine ungleichheitssoziologische Betrachtung. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 237-252.

Neugebauer, Wolfgang; Dallhammer, Erich (2021): Rahmenbedingungen und Trends der räumlichen Entwicklung. In: ÖROK - Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (Hrsg.) (2021): *16. Raumordnungsbericht. Analysen und Bericht zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2018-2020.* Wien: ÖROK Eigendruck. S. 21-71.

NÖ Gemeindebund (2021): Gemeindetag in Tulln – das war der Auftakt! Erschienen auf: meinegemeinde.blog. abgerufen unter: https://meinegemeinde.blog/?p=1398 [22.09.2023]

Nothegger, Barbara (2018, 26.11.): Zurück aufs Land: Wir gründen ein Dorf! Erschienen am 26.11.2018 auf kurier.at. Aufgerufen unter: https://kurier.at/wirtschaft/immobiz/zurueck-aufs-land-wir-gruenden-ein-dorf/400333185 [12.06.2024]

Nussbaum, Martha Craven (1999): *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

OECD Centre for Entrepreneurship, SMEs, Regions and Cities (2022): OECD Territorial grids. Abgerufen unter: https://www.oecd.org/regional/regional-statistics/geographical-definitions.htm [03.06.2023]

Oedl-Wieser, Theresia (2018): ‚Voice' und ‚exit' – Perspektiven für Frauen in Regionen mit Bevölkerungsrückgang. In: *Kurswechsel. 2/2018*. S. 40-52.

Oesterreich.gv.at (2024): Parteien in Österreich. Aufgerufen unter: https://www.oesterreich.gv.at/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen/wahlen/1/Seite.320250.html [14.06.2024]

ORF.at (2022, 22.08.): Klimaschutzgesetz in der Sackgasse. Erschienen auf orf.at. Aufgerufen unter: https://orf.at/stories/3281906/ [10.12.2022].

ORF.at (2024, 29.02.): Bodenstrategie: Alleingang der Länder beschlossen. Erschienen auf ooe.orf.at. Aufgerufen unter: https://ooe.orf.at/stories/3246883/ [18.05.2024]

ÖROK (Hrsg.) (2018): *Raumordnung in Österreich und Bezüge zur Raumentwicklung und Regionalpolitik. ÖROK-Schriftenreihe 202*. Wien: ÖROK Eigendruck.

ÖROK - Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (Hrsg.) (2021a): *16. Raumordnungsbericht. Analysen und Bericht zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2018-2020.* Wien: ÖROK Eigendruck

ÖROK – Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (Hrsg.) (2021b): *Österreichisches Raumentwicklungskonzept – ÖREK 2030. Raum für Wandel.* Wien: ÖROK Eigendruck.

ÖROK (2021c): ÖREK 2030-Umsetzungspakt „Bodenstrategie für Österreich". Aufgerufen unter: https://www.oerok.gv.at/raum/oesterreichischesraumentwicklungskonzept/bodenstrategie-fuer-oesterreich [03.09.2022]

ÖROK (2022) [1]: Organisation der ÖROK. Aufgerufen unter: https://www.oerok.gv.at/oerok/organisation-der-oerok [19.08.2022]

ÖROK (2022) [2]: Aufgaben und Produkte. Aufgerufen unter: https://www.oerok.gv.at/oerok/aufgaben-und-produkte [19.08.2022]

ÖROK (2024): Bodenstrategie für Österreich. Strategie zur Reduktion der weiteren Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung bis 2030. Entwurf. Aufgerufen unter: https://www.oerok.gv.at/bodenstrategie [18.05.2024]

ÖROK-Atlas (2022): Baulandreserven 2022. Aufgerufen unter: https://www.oerok-atlas.at/#indicator/70 [15.07.2023]

Österreichischer Gemeindebund (2021): Positionspapier zum Thema Bodenverbrauch. Beschlossen vom Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes, am 15. September 2021 in Tulln. Aufgerufen unter: https://gemeindebund.at/medien-presse-presseaussendungen/ [15.07.2023]

Österreichischer Gemeindebund (2022, 24.01.): Gemeindebund: Ländlicher Raum ist in der Krise zum Sehnsuchtsort für die Menschen geworden. Aufgerufen unter: https://gemeindebund.at/gemeindebund-laendlicher-raum-ist-in-der-krise-zum-sehnsuchtsort-fuer-die-menschen-geworden/ [14.05.2023]

Österreichischer Gemeindebund (2024a, 19.03.): Gemeindebund-Präsident Pressl präsentiert „Kommunalen Bodenschutzplan“. Aufgerufen unter: https://gemeindebund.at/gemeindebund-praesident-pressl-praesentiert-kommunalen-bodenschutzplan/ [18.05.2024].

Österreichischer Gemeindebund (2024b, 19.03.): „Kommunaler Bodenschutzplan“. Entwurf. Aufgerufen unter: https://gemeindebund.at/gemeindebund-praesident-pressl-praesentiert-kommunalen-bodenschutzplan/ [18.05.2024].

Ostrom, Elinor (2015): *Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action*. Cambridge: Cambridge University Press.

Otero, Iago; Kallis, Giorgos; Farrell, Katharine N.; Kehoe, Laura (2020): Biodiversity policy beyond economic growth. In: *Conservation Letters. A journal of the Society for Conservation Biology. 13 (4).*

Peters, Marco (2018): Klimaschutz “auf dem Land“ – vielfältige Chancen und Potenziale. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): *Klimaschutz und ländlicher Raum.* Köln: difu Eigendruck. S. 6-15.

Pollini, Gabriele (2005): Socio-Territorial Belonging in a Changing Society. In: *International Review of Sociology, Volume 15, 2005 - Issue 3.* S. 493-496.

Pühretmayer, Hans (2013): Kritischer Realismus. Eine Wissenschaftstheorie der Internationalen Politischen Ökonomie. In: Wullweber, Joscha; Behrens, Maria; Graf, Antonia (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 217-232.

Purcell, Mark (2006): Urban Democracy and the Local Trap. In: *Urban Studies, 43(11)*, S. 1921–1941.

Putschögl, Martin (2021): Wie die Raumplanung in Österreich ins Hintertreffen gerät. Erschienen am 05.06.2021 auf standard.at. Aufgerufen unter: https://www.derstandard.at/story/2000127162689/wieso-die-oesterreichische-raumplanung-ins-hintertreffen [15.07.2023]

Putschögl, Martin (2023): Beschluss der Bodenstrategie neuerlich vertagt. Erschienen am 20.06.2023 auf standard.at. Aufgerufen unter: https://www.derstandard.at/story/3000000175495/beschluss-der-bodenstrategie-neuerlich-vertagt [01.07.2023]

Rashid, Yasir; Rashid, Ammar; Warraich, Muhammad Akib; Sabir, Sana Sameen; Waseem, Ansar (2019): Case Study Method: A Step-by-Step Guide for Business Researchers. In: *International Journal of Qualitative Methods, Volume 18.* S. 1–13.

Regener, Anna; Kallert, Andreas; Dudek, Simon (2022): Autoritärer Populismus und „Heimat". In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume.* Bielefeld: transcript Verlag. S. 427-443.

Reindl, Helmut (2018): Was ist ein Flächenwidmungsplan? Erschienen am 14.11.2018 auf Kommunal.at. Aufgerufen unter: https://kommunal.at/was-ist-ein-flaechenwidmungsplan [15.07.2023]

Reuber, Paul (2020): Politische Geographie. In: Gebhardt, Hans; Glaser, Rüdiger; Radtke, Ulrich; Reuber, Paul; Vött, Andreas (Hrsg.): *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. 3. Auflage. Dresden: Springer. S. 727-761.

Ritchie, Hannah; Roser, Max (2013): Land Use. Erschienen auf OurWorldInData.org. Aufgerufen unter: https://ourworldindata.org/land-use [21.07.2023]

Robbins, Paul (2004): *Political Ecology. A Critical Introduction*. Malden MA: Blackwell. Xv-xxi & 3-16. (Introduction + Chapter 1).

Sablowski, Thomas (2018): Warum die Imperiale Lebensweise die Klassenfrage ausblenden muss. Erschienen in: zeitschrift-luxemburg.de. Aufgerufen unter: https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/warum-die-imperiale-lebensweise-die-klassenfrage-ausblenden-muss/ [26.10.2022].

Scambor, Elli; Zimmer, Fränk (Hrsg.) (2012): *Die intersektionelle Stadt. Geschlechterforschung und Medienkunst an den Achsen der Ungleichheit*. Bielefeld: Transcript.

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): *Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts*. Darmstadt: Schader-Stiftung.

Scheib, Anna (2022): Flucht- und zuweisungsbedingte Migration als Entwicklungsstrategie für ländliche Räume? In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 357-371.

Schipper, Sebastian (2018): Stadt im Wettbewerb. Programm und Wirklichkeit der unternehmerischen Stadt. Erschienen auf: bpb.de. Aufgerufen unter: https://www.bpb.de/themen/stadt-land/stadt-und-gesellschaft/216891/stadt-im-wettbewerb/ [24.05.2024]

Schmidhuber, Martina (2010): Ist Martha Nussbaums Konzeption des guten Lebens interkulturell brauchbar? Einige interkulturelle Aspekte des Fähigkeitenansatzes. In: *Polylog. Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren. 2010/23*. S. 102-113.

Schmudermayer, Alfred (2023): Bürgerinitiative Windpark-frei. Aufgerufen unter: https://windpark-neindanke.at/ [19.07.2023]

Schubert, Eva (2022): Jung, weiblich, gebildet – und ländlich? In: Österreichischer Gemeindebund (Hrsg.): *Kommunaler Zukunftsbericht 2022*. S. 56-67

Segert, Astrid (2016): *Gewerkschaften und nachhaltige Mobilität Verkehr und Infrastruktur*. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Eigendruck.

Sen, Amartya (2000): *Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. München: Hanser.

Shucksmith, Mark; Brown, David L. (Hrsg.) (2016): *Routledge International Handbook of Rural Studies.* New York: Routledge.

Sippel, Sarah Ruth; Böhme, Michaela (2022): Gemeinschaftliches Gut, nationales Territorium, Finanzanlageobjekt. Aktuelle Neuaushandlungen von Land. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 117-130.

Smith, Neil (2010 [1984]): *Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space.* London, New York: Verso.

Spiegel.de (o.A.) (15.11.2021): Was Wissenschaftler zum Klimapakt von Glasgow sagen. Aufgerufen unter: https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/weltklimakonferenz-cop26-wie-bewerten-wissenschaftler-den-pakt-von-glasgow-a-d69e66fe-115e-4e16-b4a2-7bc509a96808. [20.12.2021]

Statistik Austria (2021a): Gliederungen nach städtischen und ländlichen Gebieten. Aufgerufen unter: https://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadt_land/index.html [18.08.2023]

Statistik Austria (Hrsg.) (2021b): Urban-Rural-Typologie. Stand 2021. Methodik. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria (2022): Überblick Stadt-Land-Typologien. Aufgerufen unter: https://www.statistik.at/atlas/?mapid=topo_stadt_land&layerid=layer1 (Datenstand: 1.1.2022) [18.05.2023]

Statistik Austria (2023): Ein Blick auf die Gemeinde Gutenstein. Aufgerufen unter: https://www.statistik.at/atlas/blick/ [12.06.2024]

Strassoldo, Raimondo; Tessarin, Nicoletta (1992): *Le radici del localismo. Indagine sociologica sull'appartenenzaterritoriale in Friuli.* Trento: Reverdito.

Sturm, Cindy (2019): *Klimapolitik in der Stadtentwicklung. Zwischen diskursiven Leitvorstellungen und politischer Handlungspraxis*. Bielefeld: transcript.

TEEB (2010): *The Economics of Ecosystems and Biodiversity: Mainstreaming the Economics of Nature: A synthesis of the approach, conclusions and recommendations of TEEB*. Malta: Progress Press.

Thomas, Nicola (2020): Urbane Kleingärten im Fokus von Stadtentwicklung. In: *Suburban Zeitschrift für kritische Stadtforschung. Band 8, Heft 1/2*. S. 11-34.

Transition Network (2021): What is transition? Augerufen unter: https://transitionnetwork.org/about-the-movement/what-is-transition/ [11.03.2023]

Tuitjer, Gesine (2022): Rurale Geschlechterforschung. Räumliche und soziale Praktiken der Differenzierung und gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 83-97.

Umweltbundesamt Deutschland (Hrsg.) (2019): *Ökologische und ökonomische Potenziale von Mobilitätskonzepten in Klein- und Mittelzentren sowie dem ländlichen Raum vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Abschlussbericht*. Dessau-Roßlau: o.V.

Umweltbundesamt Österreich (2022a): Flächeninanspruchnahme. Aufgerufen unter: https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/boden/flaecheninanspruchnahme [27.08.2022]

Umweltbundesamt Österreich (2022b): Definitionen zur Flächeninanspruchnahme. Aufgerufen unter: https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/boden/flaecheninanspruchnahme/definition-flaechen [10.09.2022]

Unthan, Nils; Heuser, Jacob; Kratzer, Armin (2022): Das Recht auf Dorf. Von Experimenten, Pionieren und (sozialen) Innovationen in ländlich-peripheren Biosphärenreservaten. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 217-233.

Van Lessen, Julia (2022): Machtasymmetrien im Verhältnis von Stadt und Land. Eine Analyse von Land-Diskursen anhand von Halls Strategien der Kolonialisierung. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 165-182.

Vitale Brovarone, Elisabetta (2021): Accessibility and mobility in peripheral areas: a national place based policy. In: *European Planning Studies.*

Vollmer, Lisa; Michel; Boris (2020): Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage“. In: *Suburban Zeitschrift für kritische Stadtforschung. Band 8, Heft 1/2*. S. 163-166.

Von Winterfeld, Uta (2016): Suffizienz. In: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): *Wörterbuch Klimadebatte*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 283-288.

Wagner, Gernot (2021): *Stadt, Land, Klima. Warum wir nur mit einem urbanen Leben die Erde retten.* O.O: Brandstätter Verlag.

Weber, Gerlind; Fischer, Tatjana (2012): Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen. In: *Ländlicher Raum 04/2012.* S. 1-13.

Weichhart, Peter (2020): Das Phänomen der residentiellen Multilokalität – Lifescapes, soziale Figurationen und raumstrukturelle Konsequenzen. In: Danielzyk, Rainer; Dittrich-Wesbuer, Andrea; Hilti, Nicola; Tippel, Cornelia (Hrsg.): *Multilokale Lebensführungen und räumliche Entwicklungen: ein Kompendium*. Hannover: Forschungsberichte der ARL 13. S. 42-49.

Weiss, Jakob (2022): Der Kern der Landwirtschaft. In: Wege für eine Bäuerliche Zukunft, Nr. 371, 1/2022. Aufgerufen unter: https://www.viacampesina.at/der-kern-der-landwirtschaft/ [20.07.2023]

Wiegandt, Claus-Christian; Krajewski, Christian (2020): *Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Wiegandt, Claus-Christian; Krajewski, Christian (2020): Einführung Einblicke in ländliche Räume in Deutschland – zwischen Prosperität und Peripherisierung. In: *Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 11-32.

Weissenbacher, Rudy (2019): *The Core-periphery Divide in the European Union: A Dependency Perspective.* London: Palgrave Macmillan Cham. Aufgerufen unter: https://doi.org/10.1007/978-3-030-28211-0 [20.10.2021]

Wissen, Markus (2014): Auf dem Weg in einen „grünen Kapitalismus“? Die ökologische Modernisierung der imperialen Lebensweise. Aufgerufen unter: https://ifg.rosalux.de/files/2014/05/Imperiale-Lebensweise_2014-05-07.pdf [02.04.2024]

Witzel, Andreas (1982): *Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen*. Frankfurt am Main: Campus.

Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. Forum Qualitative Sozialforschung, 1(1), Art. 22. Aufgerufen unter: http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/viewArticle/1132/2519 [14.11.2023]

WKS (2022, 22.08.): Überall dringend gesucht: Arbeitskräfte! Erschienen unter news.wko.at am 22.08.2022. Aufgerufen unter: https://news.wko.at/news/salzburg/Ueberall-dringend-Arbeitskraefte-gesucht.html [27.08.2022]

WWF (2020): *Living Planet Report 2020. Bending the curve of biodiversity loss.* Gland, Switzerland: WWF.

WWF Österreich (2018): WWF Living Planet Report 2018: Menschlicher Raubbau an der Natur beschleunigt das Artensterben. Österreich-Auswertung gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur. Aufgerufen unter: https://www.wwf.at/wwf-living-planet-report-2018-menschlicher-raubbau-an-der-natur-beschleunigt-das-artensterben/ [10.09.2022]

WWF Österreich (2021a): Der Boden. Die Grundlage des Lebens. Erschienen auf wwf.at. Aufgerufen unter: https://www.wwf.at/nachhaltig-leben/boden/#:~:text=Durch%20die%20intensive%20Nutzung%20von,rund%2025%20%25%20der%20weltweiten%20Treibhausgasemissionen [21.07.2023]

WWF Österreich (2021b): WWF Bodenreport 2021. Die Verbauung Österreichs. Ursachen, Probleme und Lösungen einer wachsenden Umweltkrise. Aufgerufen unter: https://www.wwf.at/files/downloads/wwf_bodenreport.pdf [18.05.2021]

WWF Österreich (2023): WWF Bodenreport 2023. Die Verbauung Österreichs: Ursachen, Probleme und Lösungen einer wachsenden Umweltkrise. Aufgerufen unter: https://wwf-bilder.px.media/share/1685019474BZ7306bgJSl9UO/shared-content/overview [07.2023]

Yin, Robert, K. (2017). *Case study research and applications: Design and methods.* Thousand Oaks, CA: Sage.

Zachrisson, Anna; Bjärstig, Therese; Thellbro, Camilla; Neumann, Wiebke; Svensson, Johan (2021): Participatory comprehensive planning to handle competing land-use priorities in the sparsely populated rural context. In: *Journal of Rural Studies. Vol. 2021/88*, S. 1–13.

Zerche, Nina Jasmin (2022): “Wir, die Peripherisierten“. Kollektive Identitäten unter Bedingungen der Peripherisierung. In: Belina, Bernd; Kallert, Andreas; Mießner, Michael; Naumann, Matthias (Hrsg.): *Ungleiche ländliche Räume*. Bielefeld: transcript Verlag. S. 373-388.

Zhang, Tong (2023): Critical Realism: A Critical Evaluation. In: *Social Epistemology, 37:1,* S. 15-29.

Anhang

Interviewleitfaden

Dauer: ca. 45 Minuten

Kurzfragebogen

- Name
- Alter
- Wohnort
- Höchster Bildungsabschluss
- Staatsbürgerschaft
- Zugehörigkeit zu einer politischen Partei

Einverständniserklärung und Datenschutzvereinbarung

- Angaben zum Interviewführer
- Art der Aufzeichnung
- Zweck der Arbeit, beabsichtigte Verwendung der Daten
- Einverständnis zur Nutzung der (ggf. anonymisierten) Daten zum beabsichtigten Zweck
- Art der Anonymisierung der Daten und Sorgfalt bezüglich Datensicherheit
- Art und Weise der Weitergabe der Daten (z.B. an Universität)
- Ort und Dauer der Speicherung
- Der Gesprächspartner sollte dem Umgang mit diesen Daten explizit zustimmen, entweder schriftlich per Unterschrift oder mündlich zu Beginn der Aufzeichnung.

Einleitung:
Für meine Masterarbeit befasse ich mich mit den hemmenden und förderlichen Faktoren für die Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation, mit besonderem Blick auf Bodennutzung. Dafür möchte ich mir Beispiele, die bereits in die Richtung einer Transformation gehen, genauer anschauen. Die Dorfschmiede ist ein solches Beispiel – sie umfasst die Aspekte nachhaltiges Wohnen, Partizipation, Leerstandsbelebung, nachhaltige Lebensmittelproduktion, Belebung von regionale Wertschöpfung, soziales Zusammenleben sowie eine Kooperation aus Zivilgesellschaft, Betrieben und Politik. Die Dorfschmiede gibt es jetzt schon einige Zeit, ich möchte gerne ein bisschen zurückblicken in den Entstehungsprozess, die Umsetzung und den laufenden Prozess und welche Schwierigkeiten und helfenden Faktoren es dabei gab.

Angaben zum Projekt:

- Was ist die Dorfschmiede?
- Was ist die Idee dahinter? Was war das Motiv? Welche Ziele gibt es?
- Wann wurde die Genossenschaft gegründet?
- Wer hat sie gegründet und wie? Wer war am Entscheidungsprozess maßgeblich beteiligt?
- Wie wird sie finanziert?
- Welche Tätigkeiten umfasst die Dorfschmiede?

Allgemeine Fragen

- Wenn Sie sich zurückerinnern, gab es bei der Umsetzung der Dorfschmiede Hindernisse? Was waren sie? Welche Schwierigkeiten gibt es jetzt?
- Gab bzw. gibt es Widerstand? Von wem? Beteiligte/nicht Beteiligte?
- Was hat die Umsetzung deutlich erleichtert, was hat dabei geholfen?
- Wer „trägt“ die Dorfschmiede? Welche Personen sind wichtig und wer war/ist in Entscheidungen beteiligt?
- Wie wurde in der Gemeinde über die Dorfschmiede gesprochen?
- Was bedeutet für Sie „Nachhaltigkeit“?
- Was bedeutet für Sie „Ländlichkeit“ bzw. „Dorf“?
- Was verstehen Sie unter nachhaltiger Bodennutzung?
- Können Ihrer Meinung nach die Aspekte sozial und ökologisch Hand in Hand gehen?
- Wie zum Beispiel?

E: Ähm, ich bräucht nur ein paar grundsätzliche so äh für einen Kurzfragebogen ahm Daten. Entweder ich schreib‘s mir gleich hier mit oder also Name ähm Theresa Mai, geh. Ähm Alter

T.: 31

E: Wohnort Gutenstein, nehm ich an. Genau. Höchster Bildungsabschluss

T: Ah Masterabschluss

E: Mhm … Staatsbürgerschaft

T: Österreich

E: Bist du zugehörig zu einer politischen Partei?

T: Nein

E: nein, ok … Danke. Ahm. Genau. Ich hab dir gsagt dass ich das aufzeichne. Ich verwende das eben nur für meine Masterarbeit … genau …verwendet. […] Und. Genau. Dann würd ich gleich starten. Ich befass mich eben mit den hemmenden und förderlichen Faktoren für eine sozialökologische Transformation in ländlichen Räumen in Österreich mit besonderem Fokus auf Bodennutzung. Und hab mir halt dacht dass ahm euer Beispiel hier in Gutenstein, was ihr hier aufgebaut habts, sehr viele von diesen Faktoren abdeckt. Ich habt das Wohnen, ihr habt die soziale Komponente, ihr habt die nachhaltige Verwendung also von auch Lebensmitteln, ahm was auch mit Bodennutzung irgendwie zu tun hat, auf jeden Fall. Die regionale Wertschöpfung, ihr habts auch viel Partizipation, eben durch eure genossenschaftliche äh ähm Struktur. Und also mich würd interessieren, wenn du jetzt zurückblickst an die Anfänge mit der Umsetzung ahm äh gab’s gab es irgendwelche Hindernisse. Also was waren die Hindernisse, welche Schwierigkeiten hattet ihr dabei?

T: Welche Schwierigkeiten hatten wir dabei hm [lacht] ahm. Eine Herausforderung des woa immer äh die Balance zu finden zwischen Begeisterung und ahm da ausreichend Menschen zu finden, die das gut finden, die das interessiert, die da mit dabei sein wollen. Ahm und gleichzeitig das dann wieder in einen Rahmen gießen zu können. Also da kommen dann 300 Leut und die interessiert das alles und was mach ich mit denen [lacht]. Also wer organisiert die, wer organisiert Partizipation? Also es braucht grade bei so gemeind- je mehr Menschen, desto besser müsste die Organisation sein. Je mehr Partizipation, desto besser müssen die Kommunikationsstrukturen sein und desto mehr muss ich eigentlich schauen ahm ok i hab jetzt da ganz viele Meinungen, ganz viele Erwartungen und Wünsche, bringe ich die aller unter einen Hut, will ich sie überhaupt unter einen Hut bringen oder muss ich manche per se enttäuschen, weil die Erwartungen gar ned zum Projekt passen? Ahm also da waren wir tatsächlich am Anfang ahm ganz stark gefordert und teilweise …

E: darf ich ganz kurz unterbrechen, ich hab das Gefühl die Mikro…

T: ja, wir waren am Anfang, da war einer der wesentlichen Faktoren ahm Organisations und Kommunikationskompetenz intern also das lebt ja davon ich will einerseits Menschen erreichen, die mit dem Projekt in Resonanz gehen, da mitmachen wollen und begeistert sind und sich einbringen wollen. Wenn Leute begeistert sind, kommen sie aber auch mit ihren Erwartungen, mit ihren Anforderungen und ihren Wünschen zum Projekt und des alles unter an Hut zu bringen, zu organisieren, zu kommunizieren, war für uns ganz schön herausfordernd gerade am Anfang. Hat auch dazu geführt, dass wir manchmal Erwartungen nicht klar genug waren oder wir quasi Menschen dann enttäuscht haben oder enttäuschen mussten weil sie andere Erwartungen hatten als dass wir erfüllen konnten. Ahm

E: Wie seid ihr dann damit umgegangen?

T: Wir haben für uns ein paar Kommunikationstools gefunden, die wir super wertvoll finden. Also wir so organisieren und im interner Organisationsgruppe nach soziokratischen Prinzipien. Soziokratie ist was, was sich in Gemeinschaftsprojekten als sehr wertvolles Tool rauskristallisiert hat. Wir arbeiten da nicht streng danach aber im Wesentlichen geht's darum, dass man keine wesentlichen Einwände von Kerngruppenmitgliedern übergeht, dass man Arbeitsgruppen schafft, dass man für Projekte Verantwortliche hat. Also wir hatten am Anfang oft das Problem, es gab eben ne Idee, irgendwer bringt das in die Gruppe mit ein und will, dass es einen … Gartenprojekt oder ein Konzert oder irgendwas gibt. Der aber das einbracht hat übernimmt aber nicht die Verantwortung dafür, dass es dann organisiert, kommuniziert und fertig ist und erwartet das aber ner Form von vom Vorstand, von den anderen Mitgliedern, die des aber gar nicht leisten können. Also wir sind bei so Gemeinschaftsprojekten oft noch so bissl in an so am Konsumentendenken gefangen. Quasi so bestell mir jetzt mein mein Gemeinschaftsprojekt. Aber dass i da selber was dafür tun muss und auch Verantwortung tragen muss, damit das gelingen kann, ist noch nicht bei allen so angekommen. Und für hat's geheißen, dass wir ein bisschen strenger werden in der Organisation, als uns eigentlich so vom Naturell her, sind wir sehr offene, sehr okay, pack ma gemeinsam an, wird schon klappen. Viele Gemeinschaftsprojekte sind so. Dieses „Ja klar, lass uns was gemeinsam machen!" Und wir waren ganz schön gefordert in unserer Organisation, Kommunikation, sehr sehr klar, sehr transparent zu werden, sehr gut organisiert zu werden und auch Nein zu sagen zu Projekten, die keine klare Verantwortung haben. Dann einfach da nicht loszulegen … ahm … bis das geklärt ist. Ahm … Für uns ein hemmender Faktor war dann … also das war so das erste. Das hama dann aber gut in den Griff bekommen, wie gesagt, Soziokratie hat uns geholfen und a Gesprächskultur, de so auf ah ana Kreiskultur basiert. Das ist eigentlich was ganz Altes. Also ga.. ah wie sich früher Stämme organisiert haben. Man sieht's also … im Wesentlichen geht's drum, man sitzt im Kreis und wenn man jetzt ein Problem, einen Konflikt, ein Thema hat, wird jedem in diesem Kreis die Möglichkeit gegeben, dazu was zu sagen. Also man diskutiert nicht wild herum, sondern man stellt ne Frage. Und alle antworten darauf aus dem Herzen, was sie halt, was sie selbst betrifft. Und die anderen hören mal zu und es wird aber nicht sehr diskutiert. Und ahm, diese Kreiskultur, also da haben wir ah noch Mitglieder, die so aus dem Wildniskulturbereich kommen und das so mitgebracht wer, haben, oder da auch schon Erfahrungen damit hatten. Das hat uns sehr geholfen, auch offen auf Konflikte zuzugehen, die als Lernchance zu begreifen, da nicht uns zu verlieren auch drinnen in diesen Konfliktthemen, sondern das gut zusammen zu bearbeiten. Und ja. Das sind so die wesentlichsten zwei Tools für uns in der Kommunikation, war Kreiskultur und Soziokratie. Ahm. Da gibt's noch ein paar andere Bausteine eben vom Organisatorischen her einfach regelmäßige Treffen einmal im Monat, klare Agenda, Zusammenfassung. Und für uns ein Game-Changer war dann wirklich, wie wir die Möglichkeit hatten, ne Bürostelle einzurichten in der Dorfschmiede. Wie das geklappt hat, dass wir jemanden haben, der sozusagen, diese Fäden zusammenlaufen lässt, das war der Wahnsinn dann. Aber das ist schon. Ja. War ein ganz ein großer Schritt. Ahm … [holt tief Luft] Dann war für uns ein, ein schwieriger Faktor, über den wir auch immer noch nicht ganz drüber sind, war Corona. Also wir sind so mit diesem mmh … Schwung gestartet 2018/19, waren so ganz starke Aufbaujahre. Da ist ganz viel passiert, viele Kontakte, viel viel Treffen, viele Veranstaltungen und auch viel Chaos [lacht]. Und dann kam Corona und das haben wir zuerst einmal auch cool gefunden, dass sozusagen dieses Chaos geordnet werden kann, dass wir uns Zeit für Struktur nehmen können, auch für's Teambuilding intern, dass da nicht dauernd kommen neue Leute, die irgendwas wissen wollen, man muss die bespaßen, sondern … wir können uns auch um unsere internen Strukturen mal kümmern. Und das zweite Jahr war dann schon bissl hart und dann ist aber sozusagen diese, dieser Schwung nicht einfach weitergegangen, sondern … so ein bissl …. Ja mei, ne Hemmung auch geblieben für Veranstaltungen, für Vernetzung im Ort, für ähm pack ma was an miteinander. Und das baut sich jetzt langsam wieder auf. Also das hat echt Nachwirkungen gehabt. Ich

will nicht nur sagen, nicht nur schlechte, weil wie gesagt, wir haben auch uns ganz anders strukturieren können, wir konnten unsere Basis viel besser aufbauen. Wir haben die Zeit super gut für Renovierungen genutzt, das wir ham im Haus so viel umbaut ahm in der Zeit, was ja auch wichtig war, aber, genau … das war herausfordernd … ahm … Was für uns ein ganz ein großer und positiver Faktor ist, ist die Connection zur Gemeinde, also dass der Bürgermeister einfach Mitglied im Vorstand ist, dem Ganzen also nicht nur sehr positiv gegenüber steht, sondern der's aktiv unterstützt, aktiv Kontakte legt, aktiv selbst Projekte miteinbringt. Ahm … war ganz ein wesentlicher Erfolgsfaktor … oder ist uns auch ganz wichtig, nach wie vor.

E: Gab es irgendwie auch Widerstand auch … von Beteiligten, nicht Beteiligten, bei manchen Projekten?

T: Mh also im Ort haben sich am Anfang manche … also insgesamt sind wir extrem gut aufgenommen worden und ich find das herausragend wie offen und positiv die Menschen hier sind. Also ich komm selber aus einer Gegend, die viel verschlossener neuen Entwicklungen gegenüber ist. Weil „kunt jo jeder kuma, homa scho immer so gmocht", so der klassische [lacht] das Klassische. Das Verbindende das ist hier wirklich anders als .. und ist ganz viel Offenheit und Neugier ah entgegengebracht worden. Die Leit haben an Kuchen vorbeibracht zu Veranstaltungen, ungefragt, sind äh mit ihre äh einfach herzlich. Wir haben uns auch bemüht drum, dass wir die Menschen kennenlernen, dass wir uns genauso interessieren dafür, was jetzt der Feuerwehrhauptmann oder der äh Musik … äh was die grad, also was bei denen ansteht hm.. Aber .. ja. Hemmend war dann noch also bei machen, manche verstehen die Idee nicht oder verstehen nicht sozusagen wie dieser diese Plattform Dorfschmiede als Netzwerk in die Region reinwirken kann. Also die verstehen das Potenzial nicht. Weil auch die Kommunikation einfach noch nicht, also das ist gar nicht so leicht das zu erklären. Ahm Und die, die's nicht verstehen, da war so bissl ne äh Widerstand im Sinn von „Die erklären mir jetzt wie Dorf funktioniert, und wir sind schon a Dorf. Also wir sind schon a Gemeinschaft, des is scho do. Wir ham unsere Vereine, wir ham unser regionales Netzwerk". Und das stimmt auch. Und es geht uns gar nicht darum, irgendwem, der eh schon regional super vernetzt ist, zu zeigen, wie „Dorf geht". Und dass es dass wir jetzt da verstanden haben, was so viel gscheiter ist. Sondern eher genau im Gegenteil. Diesen Wert herauszustreichen, das zu fördern, zu erhalten, und auch anderen Menschen, anderen Regionen zu zeigen, wie wertvoll diese aktiven regionalen Netzwerke sind. Weil's eben insgesamt grad in die genaue Gegenteilrichtung geht. So Thujenhecke, Swimmingpool, ich verschwinde da dahinter, ich pendel mit meinem Auto dort rein und dann hab ich aber mit meinen Nachbar nix mehr zu tun. Der soziale Zusammenhalt geht verloren, das Verständnis füreinander geht verloren. Ahm dadurch auch die Bereitschaft für Kompromisse und aufeinander zuzugehen. Und man kommt halt mehr in die Konsumenthaltung, auch der Regionalpolitik gegenüber und das halte ich für total problematisch. Weil wir einfach nur miteinander regional gut gestalten können. Wenn da jeder nur auf seinen Vorteil schaut, dann komm ma ned weiter. Und es Leben is auch viel weniger lebenswert weil genau des san die schönen Sochen. Die Festln wo wir zamhelfen, die Treffpunkte, die dieses Miteinander, der Austausch, der Bledsinn, den ma miteinander mocht. Des sind die schönen Dinge und ahm das braucht aber so gewisses Grundverständnis und Treffpunkte und Gründe, warum man .. früher hat a Dorf oder das Dorfleben funktioniert, weil wir uns dringendst gebraucht haben. Wir haben das Holz machen müssen, wir ham uns bei der Ernte helfen müssen, wir konnten nicht anders als miteinander, weil, hat nicht geklappt. Mittlerweile brauchma uns nicht mehr zum Überleben, aber zum Leben schon. Und das, da geht's uns eigentlich drum, dieses Verständnis dafür zu stärken, wie schön a gemeinsames Sonnwendfeuer ist, wie cool des is, wenn ma Festln miteinander schupft, wie wertvoll das ist, wenn ma im Einkauf und im Wirtschaften die Region im Blick hat. Ned also nur das Billigste von irgendwo kauf und am besten im Internet beim Großkonzern bestellt, weil' s dann vor die Haustür geliefert ist. Ahm und ja. Das war eben ein Widerstand, dass die Menschen das

nicht verstanden haben, weil's auch komplexer ist und sich da bissl auf'n Schlips getreten gefühlt haben und vor allem die falschen Menschen sich auf'n Schlips getreten gefühlt haben, für mich. Weil die die sind, die ich eigentlich total feier', die das eh schon leben, die da eigentlich wirklich sich bemühen um ein aktives Dorfleben, das hat mit hat mit dem … also wir haben da viel gsprochen danach dazu und und mit vielen Menschen geredet, sicher nicht alle erreicht ahm, aber, genau.

E: Ahm, wer trägt die Dorfschmiede, welche Personen sind an den Entscheidungen beteiligt?

T: Wir haben ein monatliches Genossenschaftstreffen, die wesentlichen Entscheidungen werden dort gefällt, miteinander. Dort sind grundsätzlich alle Mitglieder eingeladen. Ah wir haben ein Team von um die 10 15 Leute, die sehr regelmäßig zu diesen Treffen kommen, dann auch genau am Ball sind, sozusagen, was sind die Projekte, was wird entschieden und ahm dort bringt sozusagen ein Projektteam oder der Vorstand die Entscheidungen mit ein, bereitet die vor und dann wird das in dieser Gruppe entschieden. Ahm die laufende Geschäfts- äh Entscheidungen laufen in den Arbeitsgruppen. Also der Vorstand, die großen wirtschaftlichen Entscheidungen, der Dorfküchebetrieb und der Mariahilfbergbetrieb, die, dort gibt's immer einen Betriebsleiter und die treffen ihre eigenen Entscheidungen, also die Yvonne fragt mich nicht, ob's wieder Bier bestellen kann, das muss jetzt nicht in der Gruppe besprochen werden, das wär absurd. Also sind schon normale Betriebsstrukturen dahinter, aber die Richtungsentscheidungen, die kommen dann wieder zurück in die Gruppe.

E: Mhm. Ahm du hast es schon ein bisschen erwähnt, wie wurde und wird über die Dorfschmiede, über dieses Projekt gesprochen, in der Region, in der Gemeinde, was hast du da so mitbekommen?

T: Mh … gemischt. Also … hm … [lacht] i glaub, dass noch nicht bei allen angekommen ist, dass die Dorfschmiede was anderes ist als Wohnwagon. [lacht] Weil das ja doch beides ich mache. [lacht] Selber schuld. Ahm Also da fehlt, glaub ich, bei vielen noch die Klarheit, was es genau ist, und was wir machen. Dann ist halt so präsent, dieser Gutensteinerhof, weil es auch so als Gebäude in der Region und so präsent ist. Es ist glaub ich auch noch nicht allen klar, dass die Dorfküche und die Dorfpension, dass das eins ist, dass das zusammen gehört. Und ich glaub es ist auch noch nicht angekommen, dass ich, wenn man möchte, wirklich Mitglied werden kann und Mitbesitzer von dem allen ist. Ein Genossenschaftsprojekt ist darauf aufgebaut, jedes Mitglied, dem gehört zu gleichen Teilen das, was wir da aufbauen. Und das war … glaub ich auch okay, das wir jetzt noch nicht so viele, so viele Mitglieder haben. Aber das wär schon ein Ziel von mir, dass man wirklich dieses, „das sind unsere regionalen Betriebe", dieses Bewusstsein stärkt, dieses Werkzeug Genossenschaft dafür nutzt. Ich glaub das weiß … echt noch keiner, dass die Möglichkeit gibt, dass mir das Haus quasi mitgehört, dass ich da mitgestalten kann und mitentscheiden kann. Ahm an sich taugt ihnen die Veranstaltungen, das kommt positiv an. Also wir machen jetzt grad so ein Kinoprogramm. Das spricht sich dann schnell rum. Und dann kommen da auch Leute, die ahm, die Konzerte, zu den Kabarettabenden, das genießen die Leute, glaub ich. Ahm Also Hauptbild also was sie wissen, ist, hat was mit Wohnwagon zu tun und es gibt hin und wieder Veranstaltungen [lacht] so … ah .. wie es dann weiter, die sich weiter damit beschäftigen, glaub ich, haben auch kapiert, irgendwas nachhaltig, irgendwas Regionalwirtschaft und ich glaub da endet's auch bei den meisten. Was … wie viel angekommen ist schon. Okay, ich muss auch mir eingestehen, ich hab halt einen Betrieb mit 50 Mitarbeitern, der muss laufen, da bin ich alleinige Geschäftsführung und dann hab ich nebenbei in meiner Freizeit und an meinen Abenden dieses Dorfschmiede-Projekt, was mein Herzensprojekt ist und was sich halt auch über die Jahre in Wirklichkeit auch aufbauen wird. Und auch dieses … Bewusstsein dafür, was, also das Potenzial ist lange, lange noch nicht ausgeschöpft. Vor allem, was die Vernetzung

in der Region betrifft und das Miteinander. So ne gute Basis. Wir haben Mitglieder aus Gutenstein, wir haben die Kommunalpolitik vernetzt, wir kommen in a immer engere Vernetzung mit den Vereinen, so diese Feste, die wir jetzt da miteinander organisieren, und der Rest muss wachsen. … ja.

E: Mh

ihr habt's noch viel vor. Du hast es eh schon ein bisschen erwähnt. Welche Projekte schweben dir noch vor?

T: Also in meiner Traumvorstellung wär die Dorfschmiede einiges größer. Also ich fänd's genial, wenn wir eine Mitgliederbasis von ein paar hundert Mitgliedern hätten, die aus der Region sind und die wir sozusagen über unser Büro so vernetzen, dass jedes Mitglied, seine Ideen, seine Potenziale optimal nutzen kann und organisieren kann, weil, i sag jetzt mal, damit ma für jede blöde Idee Mitstreiter findet, die da an einem Strang ziehen und das machen. Sei es eben, am einfachsten oder wo es schon gut geht, ist bei Veranstaltungen, Events, Workshops, „ich will einen Tanzabend organisieren, ich möchte einen äh Sport äh -abend, ich möchte einen Diavortrag, ich möchte a Ausstellung machen". Und unser Büro dafür genutzt werden kann, das zu organisieren. Also das ist ein Riesenluxus, das hat kein Verein, dass wir eine Bürostelle haben. Eine Vollzeitstelle, die da ist, um die Organisation zu unterstützen. Ahm, also das das besser genutzt wird, ahm, dass das Haus durch diese Veranstaltungen belebt wird und auch die Betriebe durch dieses Bewusstsein – he das ist unser, das ist unser Frühstückspension und wenn ich jetzt Gäste hab, oder, wenn ich jemandem was zum Geburtstag schenken will, schenk ich vielleicht eine Übernachtung in dieser Frühstückspension her. Weil's weil ich mich damit identifizier, weil ich sag, he, das ist eigentlich was Tolles. Ahm. Das fänd ich wirklich toll. Parallel stehen halt einfach jetzt so von Vorstandsseite einfach so viele To do's auch auf der Liste, dass man sich einfach auch bewusst sein muss, dass das wahrscheinlich noch ein paar Jahre dauern wird, bis dieses volle Potenzial erblüht ist. Weil, da noch Renovierungsschritte, hier noch Renovierungsschritte, da noch ah also wir kämpfen zum Beispiel auch grad total mit einer neuen Satzung, um diese gemeinschaftliche Finanzierung einfach auf bessere Beine zu stellen. Da ist ganz viel Rechtliches zum Abklären, das Genossenschaftswesen, eigentlich ist schon so alt, aber andererseits hat man das Gefühl, da ist noch so viel auch veraltet. Ahm grad um miteinander Projekte zu finanzieren.

E: Was sind da die Schwierigkeiten?

T: Ahm, der Vermögenspool, wie wir's jetzt finanziert haben, ist ein ahm, eine Anleihe, und dadurch im Fremdkapital von der Genossenschaft und Genossenschaften würden ja eigentliche eine tolle Möglichkeit bieten, mit Genossenschaftsanteilen auch a Eigenkapitalfinanzierung auch zu machen, die aber auch eine Nachhaftung … also ein Genossenschaftsanteil, wenn du hundert Euro in die Genossenschaft einlegst, da können die weg sein und du musst dann, wenn ein Konkursfall wäre, noch einmal hundert Euro nachschießen. Das ist bei Hundert Euro nicht existenzgefährdend, aber wenn jemand sagt, super, ihr habt's schöne Projekte, ich investier hier 10.000 Euro in das Haus. Wo wir durchaus Menschen haben, die das machen wollen, da können die das nicht, weil das ist einfach viel zu gefährlich. Ähm noch einmal mit 20 noch mal mit 30.000 Euro nachzuhaften. Und es gibt im europäischen Genossenschaftsrecht diese klare Richtung, dass diese Nachhaftung nur den ersten, für die ersten 100 Euro gilt, dass das sozusagen das Risiko auch miteingebracht wird. Aber für die weiteren Genossenschaftsanteile nicht. Und das haben wir leider in zweiter Instanz verloren, diese ähm, obwohl's auf europäischer Ebene ist es gewollt, aber in österreichischer, in der Gesetzgebung hat's noch keine Tradition. Wir sind jetzt so, in Wien gibt's schon a Genossenschaft, die danach agiert, in Niederösterreich noch nicht. Ahm. Die Wiener haben's zugelassen, die Niederösterreicher haben gesagt, nein, machen wir nicht. Und ja, sind wir grad dran zu schauen, vielleicht gründen wir um in eine europäische Genossenschaft, dort wär's schon möglich.

E: Das wär möglich?

T: Ja, vielleicht ändern wir's in der Hinsicht dann. Ja. Also es ist ach. Im Hintergrund vieles zu organisieren. Das ist ein bissl spannend noch grad [lacht].

E: Hast du die Vorstellung, dass das irgendwann beendet ist, also dann ist das renoviert, das, und ist es …

T: Na.

E: läuft's einmal? Nein.

T: Naja, läuft's einmal, also, wir sind jetzt noch in der Aufbauphase, man ist sicher nicht die nächsten 30 Jahre in der Aufbauphase, aber das ist'n Projekt, das Menschen zusammenbringt, und per se damit nie abgeschlossen ist. Weil immer wieder, also ich seh das so schön in der Firma, uns gibt's jetzt seit 10 Jahren, und du kommst einfach, manchmal gibt's ruhige Phasen, wo die Strukturen zu, zum zum zur Unternehmensphase gut passen, das eigentlich schön ineinander geht und dann ändert sich was. Im Markt, im Team, in der Größe des Unternehmens, in den Projekten, und schon passen die Strukturen wieder nicht und du hast neue Bedürfnisse, und es mischt sich neu und es ist … ich versteh jedes Projekt als Ökosystem und das darf sich verdichten und wachsen und da wird's immer wieder mal Dinge geben, die man, die absterben, weil das hat jetzt gut funktioniert eine Zeit lang, jetzt klappt's nicht mehr. Und Dinge, die neu entstehen, und das darf auch so sein, also das, das ist jetzt nicht so, dass das irgendwann einfach fertig ist, und dann, genau. Glaub ich nicht, dass das final ist. Also ich versteh generell, ist es mein Unternehmensverständnis, dass ich das als Ökosystem wahrnehme und mit allen Phasen im Jahreskreis, die halt da dazugehören von Ideen über Aufbau, Ernte und wieder zur Ruhe kommen ahm, Weglassen von dem, was ich nicht mehr brauch und neu starten. Und mir macht das auch total Freude, diese Prozesse zu begleiten, zu moderieren, auch das ja.

E: Ähm, was verstehst du unter Ökosystem, was verstehst du unter Nachhaltigkeit?

T: Also dieses Ökosystemdenken, für mich bedeutet, dass ich meine Organisation, mein Wirken in dieser Organisation, die Verbindungen sehe, die daraus hervorgehen. Also ich hab vorher so gsagt, na es mach an Unterschied, ob man den Salatkopf beim Erich kauft oder woanders. Also das ist sozusagen das kleinste, dass man da einfach sieht und versteht, okay, mein Wirken in diesem größeren Ganzen ahm. Und Ökosystem setzt sich zusammen sozusagen aus den Menschen, die da Teil davon sind, ist aber noch einmal übergeordnet auch etwas mehr. Also das ist nicht nur die Summe seiner Teile. Das hat wie so ein Eigenleben. Und das ist für mich was, was ganz stark eine Gefühlssache ist, das zu spüren, was es da grad an Bedürfnissen gibt in diesem System, welche Änderungen es vielleicht auch grad fordert. Also ich vergleich's immer ganz gern mit dem Wachstum von an Kind, das braucht in der Volksschul, das braucht als Kleinkind was Anderes, als als Schulkind, als als Teenager, ahm, andere Rahmenbedingungen, andere Freiheiten, andere Möglichkeiten aber auch zu wirken. Plötzlich wird der Rahmen zu klein, zu eng, passt nimmer. Ok, muss was geändert werden. Ahm. Und ja. Da einfach, darum sag ich immer, die Dorfschmiede ist dafür da, die Verbindungen zu stärken. Je besser wir verbunden sind miteinander und verstehen, was es braucht, was wir miteinander brauchen, was die Projekte brauchen, desto einfach ist es, da in einem dynamischen Umfeld zu agieren und das brauchma in Wirklichkeit als Gesellschaft auch, weil wir so herausfordernde Zeiten haben und so ein dynamisches Umfeld, dass es nicht geht, da einfach nur starr, Schema F. Und ich bin auch echt kein Freund von diesen technischen Lösungen, von, irgendeine neue Erfindung kommt daher und damit ist unser CO2-Problem gelöst. Ich glaub da nicht dran. Ich glaub, sobald wir's kapiert haben, dass wir ein Teil der Natur sind und miteinander verbunden sind, anders, uns anders verhalten können. Weil wir ein tieferes Verständnis davon entwickeln und das bedeutet für

mich im Endeffekt auch Nachhaltigkeit. Dieses Verständnis davon zu haben, wie ich im gesamten wirke. Dann schmeiß i mein Papierl ned weg und dann achte i auf region.. also das hängt ja dann auch alles zam. Wenn ich irgendwo anfang, sei's bei der Ernährung. Was tut mir gut, aha, es tun mir auch im Körper die saisonalen Gemüse besser, weil die das was hier wächst, liefert mir jetzt im Winter die Nährstoffe, ich i jetzt brauch, wenn ich hier leb. Jetzt wär's in Marokko was anderes. Aber ich wohn in Gutenstein und meinem Körper tun jetzt auch die Sachen gut, die jetzt da reif sind. Da fangt man halt an, sich von der Ernährung aus zu beschäftigen, kommt aber eh automatisch zu regionalem Wirtschaften, weil man sieht, wie hart's der Erich hat, wie sehr er drum kämpfen muss, dass die Leut wirklich da bei ihm das auch bestellen und dann. Ja. Wächst es da sozusagen von einem Bereich ausgehend. Also Handwerker, also für mich ist Wohnen da auch ganz stark verbunden, was tut mir da gut, welche Materialien umgeben mich – ah – welche Materialien schenkt mir die Natur eigentlich in der Gegend – oh, Holz, stimmt! Da hat auch der lokale Förster was davon, weil's einfach was. Im ersten Winter, wie wir herzogen sind, hatten ma 10.000 Euro Heizkosten und haben die einem Erdölkonzern geben, weil a Ölheizung drinnen war. Das ist das Allerschlimmste. Dann haben wir mit dem ersten Geld, das wir hatten, umgebaut auf Hackschnitzelheizung. Und seitdem kriegt das einfach die Familie Bugl ausm Klostertal. Und die kriegen sozusagen die Kohle von uns. Viel weniger, weil Hackschnitzel auch einfach mit neu … Heizung und so. Ahm also wir haben geringere Kosten, das Geld bleibt in der Region und der kann damit wieder in der Dorfküche essen gehen und den Betrieb so auch erhalten. Und drauf schauen, dass der Wald da gesund ist. Und ahm. Ich kann, wenn man sich als Teil von dem Netzwerk versteht, kann man sich's fast nicht mehr vorstellen, dass es nicht so ist. Aber ich weiß einfach, dass ganz viele Menschen ihr Wirken im großen Ganzen nicht mehr sehen. Und der Gerald Hüter sagt das oft schön, der Hirnforscher, dass man eigentlich, um glücklich zu sein, brauchen wir Menschen das Gefühl, ein selbstwirksamer Teil eines großen Ganzen zu sein. Also diese zwei Bausteine, einerseits selber wirksam zu sein, mit unserem Handeln nicht nur ein paar Knöpfte bedient zu haben und dabei eigentlich nicht wissen, was da rauskommt. Sondern zu sehen, zu spüren, zu erfahren, ich bin wirksam mit meinen Talenten. Und das große Ganze auch zu verstehen. Das ist nämlich teilweise so komplex, so vielseitig, und so weit weg, dass ich gar nicht weiß, was ich da eigentlich tue. In irgendeinem Großkonzern irgendein Teil von einem Produkt, das ich vielleicht gar nicht sehe, für einen Kunden, den ich nicht sehe, produziert in Südindien, wo ich noch nie war. Also keine Verbindung. Und darum bin ich auch so ein Fan vom Handwerk. Weil die Leute hier einfach die, die wissen, wo's Material herkommt, die haben einen täglichen Bezug zu dem, was sie tun. Die kennen den Kunden. Das ist sozusagen, die sehen jeden Tag, das hab ich heute geschaffen. Also für mich ist der Handwerker, also dieses Bewusstsein, diese Wertschätzung ah dem Handwerk gegenüber auch a ein Lösungsteil. Also das ist ähm, hängt für mich auch alles zusammen.

E: Ja schön! Ich finde, du hast jetzt einige meiner Fragen schon vorweggenommen [lacht]. Ich wollte noch, genau, fragen, was verstehst du unter Dorf, unter Ländlichkeit?

T: Ahm … Was versteh ich drunter? Also für mich ist es ahm … also per se, grundsätzlich in einer ländlichen Region zu leben. Aber das, was für mich mehr dahinter steckt ist ähm das Verständnis dafür, dass wir eine Art Community bilden, die sich im Idealfall kennt und gegenseitig unterstützt. Mh. … und … genau. Ahm. … Eine Art nachbarschaftliche Verbindung zueinander hat. Das, was mir halt total taugt, oder für mich auch der wesentliche Unterschied, den ich persönlich erlebe ist, ich hatte in Wien viel mehr Menschen um mich herum, von denen ich aber viel weniger gekannt hab. Ich hab in Gutenstein viel weniger Menschen um mich, von denen ich aber fast, ja alle kenn ich nicht. Aber von denen ich ganz viele kenn. Also wenn da rüber spazieren zur Werkstatt, weiß ich genau, aha, das ist die Conny, mit dem weißen Hund und das ist der und das ist der und man hat so sein, man hat eine viel engere Verbindung zu seinem Umfeld. Und das beruhigt auch auf ne Art und Weise. Das merkt

man gar nicht so, wenn man mitten drin ist, aber zu wissen, wer das ist ahm wie die ticken, sein sein sein System rundum auch so bissl zu verstehen, das schafft so ne schön ruhige Basis. Man fühlt sich verbunden irgendwie. Und auch sicher auf ne Art. Man merkt, wenn da wer Fremder ist. Und da schau, aha, das war das Auto vom Martin, der ist grad zur Abnahme von seinem Wohnwagon da. Aha, Wanderer, den kenn i no ned. Also … ja …Und per se ist es in so ländlichen Regionen wie wir sind, wo es weder starken Tourismus, noch, ist es a bissl a Reduktion ahm stärkere Ruhe, einfach mehr Raum für Naturverbindung auch dann.

E: Ja super. Danke dir. Ich glaube, ich bin mehr als zufrieden. Vielen vielen Dank!

Transkript Interview 2

E: Ahm, darf i nur zu Beginn, ähm, kurz abfragen

M: Ja, ja.

E: Name? Michael Kreuzer mhm

M: Michael Kreuzer

E: Und Alter?

M: 56

E: Wohnort schätz ich Gutenstein

M: Gutenstein, ja

E: Höchster Bildungsabschluss? mhm

M: äh fünfjährige Matura

E: Staatsbürgerschaft wahrscheinlich österreichisch?

M: Ja.

E: Sind Sie Mitglied bei einer politischen Partei? Keiner?

M: Keiner bin parteilos

E: Parteiloser Bürgermeister? Mhm. Äh also genau i zeichne des Interview auf, i hoff das ist in Ordnung und es wird wirklich nur für meine Masterarbeit verwendet

M: Okay.

E: I kann's gern anonymisieren.

M: braucht ned.

E: okay, super. Danke! I hoff des läuft? Ja, es funktioniert. Ahm und jo, wie gesagt i hab eh scho bissl erzählt. Für mi is die, das, was ihr da in Gutenstein geschaffen habt's so ein tolles Positivbeispiel eben, wo ihr Soziales mit ökologisch verbunden habt's. Ahm. Wenn du jetzt zurückdenkst, wie das gestartet ist, was für Schwierigkeiten hat's da gebn? Welche Hemmnisse, oder gibt es jetzt?

M: [puh] Ich glaub alles, was neu ist, ist für die Bevölkerung … oder jede Veränderung ist a Herausforderung für die Bevölkerung. I sag, man möchte ned, man sudert und sagt das ist schlecht oder das war früher besser. Ah aber alles, wo man sagt, okay, da kommt was Neues ist a Veränderung. Und Veränderung tut jeden …. Jeden Einwohner, wo er nachdenkt und sagt „Brauch ma des? Brauchma G'scheite, brauchma die Jungen, haben die Erfahrung?" Und das ist die G'schicht dabei, dass du da bissl a Zurückhaltung ist am Anfang. Also das haben wir schon bemerkt. Also können die das, was die da machen? Haben wir eh schonmal ausprobiert, das bringt nix. Also da ist schon eine, a Distanz a bissl am Anfang da. Man muss da überzeugen, mit Einzelgesprächen und Gesprächen, dass man sich die Bevölkerung ins Boot holt.

E: Mhm … mhm. Und gab's also gab's wirklich Widerstand, gibt's noch Widerstand?

M: Widerstand gibt's nix mehr. Also Widerstand … ja, es gibt manche die sagen, ja das … die reden über jeden, jedes Unternehmen, wissen alles besser. Die gibt's in jeder Gemeinde. Hab ich kein Problem damit. Also Widerstand gibt es keinen mehr.

E: Wie war das für die Gemeinde, warst du da sofort dabei, dass du gesagt hast, ja, machma?

M: Die Geschicht‘ war einfach anders, die ist aus, die haben Wohnwagon ja nach Gutenstein geholt. Äh, die Theresa, weil die hab ich im Kurier mal einen Artikel von ihr gelesen, und dann hab ich sie gleich am nächsten Tag angerufen. Und dann bin ich nach Wien gefahren und da hab ich’s besucht. Und … und da war das wo sie gesagt hat, sie besucht Ortschaften, wo sie vielleicht ansiedeln möchte mit dem Wohnwagon. Dann hab ich ihr das vorgeschlagen mit dem Gutensteinerhof, sie kauf… zum Kaufen wäre. Ja dann haben wir gesagt, okay, warum gehst du jetzt nach Gutenstein. Ich kann ihr auch kein Geld bieten. Dass a bessere Versorgung wäre oder Einmalstartkapital, das haben wir nicht gehabt. Weil wir eher doch eine entlöhnliche, ärmere Gemeinde sind. Ja. Und die Idee war, das weiß ich heute noch, den Spruch, man sagt ja, wo wollen’s hingehen? Und ich hab gsagt, ich möchte die nachhaltigste Gemeinde werden von Österreich. Dann hat sie gesagt, das ist zu wenig. Und ich hab gsagt, die nachhaltigste Gemeinde von Europa. Hat sie auch gsagt, das ist zu wenig. Dann hab ich gsagt, na der Welt. Dann hat’s gsagt, na dann einig‘ man sich, dass wir die nachhaltigste Gemeinde werden von überhaupt. Und das ist noch immer unser Ziel äh wo wir hinmöchten. Dass ma nachhaltig werden. Wir tun auch das Rad nicht neu erfinden, muss man dazu sagen, dass wir nachhaltig werden, sondern man hat’s ja früher auch nachhaltig gehabt. Heute sagt man Onlineshop dazu, bei uns ist man früher ins Geid gfahren und hat einfach das Brot und das Fleisch ausgeführt. Es hat sich nicht viel geändert. Es ist ein bissl mit modernere äh Infrastruktur und mit modernen … Geräten. Is halt besser geworden alles, hat sich nicht viel geändert. Muss man dazu sagen. So seh ich das sozusagen.

E: Mhm. Was hat da besonders geholfen? Gab’s irgendwelche Faktoren, die sehr förderlich waren?

M: Ich glaub die Theresa ist a Person, oder ist noch immer so eine Person, wo man sagt, da spielt das Herz viel mit. Und man sieht, ob eine Gemeinde oder ein Bürgermeister nach Veränderung oder Verbesserung brennt, und sagt, okay, i geh’s an, i steh dazu. Oder er brennt ned dafür. Das glaub ich sind die Entscheidungen, ob i mir wen in die Ortschaft oder ins Boot holen kann. I glaub das Geld ist nicht der Punkt, wo man sagt, das gibt’s bei großen Konzernen, das sind Börseunternehmen, die schauen auf die Rendite, aber auf klein herunter nicht mehr. Da muss das Herz brennen, dass man es herzeigen kann.

E: mhm … mhm … Ahm … Wert trägt die Dorfschmiede? Wer trägt dieses Projekt, wer ist beteiligt?

M: Es ist die Bevölkerung beteiligt und auch Fremde. Äh und tragen, muss man dazu sagen, oder Ideen sammeln tun die Theresa und ich immer. Wir machen sicher alle zwei Wochen unsere Vorstandssitzung. Setzen uns eine Stunde zusammen und quatschen, was wir machen können, wo wir verbessern könnten. Und das Beispiel ist die Dorfschmiede, oben die Dorfpension, wir haben früher, waren wir eine sehr attraktive Gemeinde im Fremdenverkehr äh. Aber das haben wir in den letzten, sagen wir, 50 Jahren verloren. Das heißt wir haben uns, noch früher sehr gut unterwegs, da sind uns die Nächtigungen abhandengekommen. Da war eine Frühstückspension oben am Mariahilfberg. Und die haben die … die Dorfschmiede übernommen. Und haben gesagt, wir führen’s daweil selber, in Eigenregie. Führen’s noch immer in Eigenregie, aber wir haben gesagt wir suchen ein Pärchen oder eine Person, die hier gern wohnen möchte, die auch ein Geld in die Hand nimmt. Dass man sagt, ist nicht kommen und erklärt uns, wie’s besser geht, sondern sie hat ein Geld investiert, in Genossenschaftsanteile. Und die haben wir gefunden. Das hat zweieinhalb Jahre gebraucht, bis wir die gefunden haben. Jetzt haben wir ein Pärchen da, die danach brennen und Veränderungen durchführt und werkelt. Da sagst, gibt’s das. Da glaub ich, ist immer so eine

Genossenschaft, eine Genossenschaft ist, glaub ich, gut. Eine Dorfschmiede, die gewisse Sachen übernimmt, vorübergehend. Soll sich aber nicht darauf hängen, und wenn sich ein Pärchen, oder eine Unternehmerin oder ein Unternehmer sich findet, dann sollte man das auch wieder abgeben. Aber es gibt so ein Zwischen- äh, dass man irgendwo es dazwischen reinschiebt, sagt, man hebt's derweil auf, das Unternehmen. Vielleicht kommt wer und möchte es auch wer haben. Das ist dafür glaub ich sehr gut, wenn man eine gemeinnützige Genossenschaft hat. Dann wissen wir meist auch Daten – wie funktioniert das Unternehmen und was muss man machen. Heißt aber nicht, dass jede, jeder Auftrag erfolgreich ist. Dass muss man auch … Auch bei Genossenschaften lernen wir auch, dass man nicht alles erfolgreich führen kann. Wir haben ein Beispiel gehabt – wir haben probiert, äh … äh Heimpflege, oder nicht Heimpflege, Gartenarbeiten oder solche zu machen. Ja – es waren zu viele Anfragen da und dann waren wir zu klein, dass wir das mit Leuten organisieren können. Dass man sagt, dort zwei Stunden, dort drei Stunden hinfahren. Da waren wir einfach zu klein. Hätten wir müssen mehr Personal brauchen für die Bürokratie. Und das haben wir nicht geschafft. Aber wir sagen, okay, wenn wir es nicht schaffen, äh, dann sind wir noch nicht soweit. Vielleicht sind wir in zwei oder drei Jahren soweit. Aber dann probiert man es vielleicht später nochmal aus, aber da waren wir halt noch nicht soweit. Aber bei dieser anderen, bei der Frühstückspension, da sind wir so weit, dass wir es gut abgegeben haben und das auch gepflegt wird. Wir haben … so eine Dorfschmiede ist nicht nur zum Organisieren, dass wir Unternehmen organisieren, sondern auch Veranstaltungen. Wir machen bei uns Kinoabende, alle zwei, drei Wochen. Wir haben äh … die Ratschkatteln treten bei uns auf, das ist immer ausverkauft. Die bringen so … so … so Lieder, so traditionelle Lieder, das tun sie immer runtersingen, da tut man jedem, über die Lieder wird auch viel ausgerichtet, darüber gelästert. Aber das ist immer ausverkauft. Und es ist für die sozialen Kontakte sehr wichtig, dass das alles mehrere Funktionen als eine Dorfschmiede hat bei uns.

E: Ja. Da würd ich gleich einhaken. Wie können deiner Meinung nach die Aspekte sozial und ökologisch Hand in Hand gehen?

M: … sozialökologisch … Ich glaub, dass man, dass noch viele Sachen offen sind, wo man sagt, mit der neuen Technologie, was wir noch nicht einmal ausnutzen. Aber es gehört auch … das soziale ist wichtig. Ich glaub in jeder Gemeinde steht das soziale im Mittelpunkt, und der soziale Kontakt. [atmet aus] Ich glaub, es gehört viel dazu in der Gemeinde. Das heißt, es gehören die Vereine dazu, es gehören die Genossenschaften dazu, es gehört auch eine Gemeinde, die offen ist, dazu, und nicht immer nur verschlossen ist. Ich glaub das ist auch wichtig, dass eine Gemeinde jedem Freiraum gibt, jedem der kommt. Dass man sagt, schaut man sich an und tut man nicht vorverurteilen. Und das Ökologische, das muss man dazu sagen, ja, wir müssen aufpassen, dass man nicht … dass man … In jeder Gemeinde ist grad das Problem das Geld. Ertragsanteile. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht alles verbauen, dass ich nur Einwohner schnappe und das andere rundherum verloren geht. Das ist glaube ich im Moment so eine Gratwanderung, wo viele Gemeinden gerade gewaltig aufwachen und sagen, wir machen Bauflächen, stehen zur Verfügung und stellen wir ein dreistöckiges Haus hin. Und da glaub ich wieder, äh .. ich bin's nicht der Typ dafür, der sagt, wir machen Flächen auf, wir müssen alles verbauen. Das ist glaub ich nicht der richtige Weg. Ich glaub wir sollten im Prinzip schauen, dass wir stabilisieren, und nicht nur vergrößern. Nicht nur die Größe sagt von einer guten Gemeinde aus, sondern von einer guten Gemeinde sagt aus, wie ist der soziale Kontakt, wie ist die Ökologie, wie ist die Vereinsstruktur, wie ist das alles rundherum, dass das funktioniert. Und da glaub ich ist wichtig der Bürgermeister, der auch offen ist, der zulässt und ab und zu auch Stopp sagt. Und nicht nur wegen die Wähler Stopp sagt, sondern der muss auch … äh .. ich glaub die Politik in der heutigen Zeit den Weg geht, dass sie das gern sagen, was die Wähler gern hören möchten. Und das ist glaub ich der falsche Weg.

E: Mh. … Ahm wie wird bei euch in der Gemeinde über die Dorfschmiede geredet? Wie war das früher und wie ist das jetzt, auch Gemeinderat, also?

M: Über die Dorfschmiede wird positiv gesprochen in der Gemeinde. Also die sind froh, dass es sie gibt. Ah wir sind froh, dass es eine Frühstückspension gibt, wir sind froh, dass die Veranstaltungen stattfinden. Also ich glaub, es ist das positiv, so wie man über jedes Handelsunternehmen spricht. Wir haben a Firma, Dreh und Trink, in Gutenstein, wird genauso positiv gesprochen wie über die Dorfschmiede. Also das ist nicht … da sagt niemand das ist schlecht, oder ist ein Fremdkörper. Na. Das die Dorfschmiede hat sich so etabliert, dass sie zu Gutenstein dazugehört.

E: mhm. Was bedeutet für dich Nachhaltigkeit? Weil du gesagt hast, ihr wollts die nachhaltigste Gemeinde von überhaupt werden.

M: Ich glaub, dass wir gewisse Räder ned neu erfinden müssen. Das glaub ich bei der Nachhaltigkeit. Wie ich gesagt habe, bei diesem Onlineshop, heutzutage kauft jeder online. Früher ist jeder Bäck' – wir haben drei Bäck' gehabt, wir haben zwei, einen Fleischhacker gehabt, einen Greissler. Der ist jeden Tag in die Roten rausgefahren und hat das Gebäck rausgebracht und die haben ein frisches Gebäck gehabt, die Leute draußen. Und jetzt bestellt man's. Da ist diese Nachhaltigkeit eh vorhanden. Aber wir müssen bei der Nachhaltigkeit aufpassen, dass wir unsere, unsere Flächen nicht noch mehr verbauen und zubetonieren und zuasphaltieren. Das ist ein schwerer Schritt, wo man sagt, wir müssen ein paar Schritte wieder zurückgehen und ein paar Flächen wieder aufreißen. Nicht alles vergeben, aber bei Nachhaltigkeit geht's oft darum, wir haben Bauplätze, da sagt die Gemeinde, dass wir auch das Recht haben, dass man sagt, okay wir können das auch zurück in Grünland umwidmen. Da sind uns die Hände gebunden. Das ist uns ein bissl ein Punkt, wo man sagt, da passiert nix. Also i bin ned der Bürgermeister, der sagt, i würd gern umwidmen auf Bauland, sondern i bin der Bürgermeister, der sagt, i will Bauland wieder zurückwidmen in Grünland. Ich weiß nicht ob man dann auch ein schlechtes Omen hat oder dann ah noch in den Bremen steht, das kann ich nicht sagen, das weiß ich nicht [lacht]. Ich geh eben den anderen Weg.

E: Ja. Was ist für dich nachhaltige Bodennutzung?

M: Dass man, glaub ich, ned immer alles nur zuasphaltieren müssen und ned alles zubetonieren müssen. Das heißt wir kommen glaub ich mit Schotter auch zurecht. Wie viele Schotterstraßen hat's früher gegeben? Ja! Da bei uns war, das war auch dabei, dass es Schlaglöcher gegeben hat. Da sind aber die Autos dann aber nicht so schnell gefahren. Ja. Jede Asphaltstraße verleitet ja jeden, dass er noch schneller fahren kann, als einen 60er oder einen 70er. Ich bin in Urgesbach, wie ich das aufgewachsen bin, war da, also die ersten 20, 25 Jahre war da eine reine Schotterstraße. Und da waren Schlaglöcher drinnen. Die Einheimischen haben's gewusst, ja. Man ist trotzdem nicht schnell gefahren. Jetzt ist asphaltiert, die fahren alle einen 50er, 70er. Weil's glauben, sie müssen schneller fahren. Und das glaub ich ist nicht der richtige Weg.

E: Mhm. Ja. Noch eine Frage. Bissl anderes Thema aber was verstehst du unter Ländlichkeit, unter Dorf? Weil es sich Dorfschmiede nennt.

M: Das Ländliche, das ist … wir sind einfach froh, dass wir am Land sind. Ich sag immer, das, das Dorf braucht auch die Stadt, die Stadt braucht auch das Dorf. Ohne diese, wo einer, sagt ich bin Stadt und der andere sagt, ich bin Land – na. Es braucht sich gegenseitig. Vielleicht kommen wir wieder zurück, dass wir sagen, wir produzieren im Dorf gewisse Produkte, die in die Stadt geführt werden, was früher so war. Und wir brauchen aber die Stadt, dass sie sie uns abnehmen. Und wir

brauchen die Stadt, dass sie zu uns aufs Land kommen. Und auch sich bei uns bewegen und den Tourismus und so weiter. Da glaub ich, dass das Ländliche … da gibt's verschiedene Menschen, der eine ist Stadtkind und der andere ist Dorfkind oder Landkind und ich bin halt ein Landkind und man fühlt sich wohl dort. Dass Land ist sehr wichtig, dass man es hat. … aber es gehört halt viel … es gehört viel, viel geändert. Ich sag immer, meine Meinung dazu, dass kann i als Bürgermeister sagen: Der Bürgermeister ist in Österreich für alles verantwortlich und für alles haftbar und geht mit seinen zweieinhalb Tausend netto nach Hause. Und ein Nationalratsabgeordneter geht mit einem 9er heim und braucht nur aufzeigen und hat keine Verantwortung. Das ist der Unterschied. Und Gesetze möchte der Nationalrat entscheiden, für eine Gemeinde. I glaub das ist der falsche Weg. Das heißt, es sollten viel mehr Bürgermeister mitentscheiden, was in den Gemeinden passiert. Da geht's auch um diese ländlichen Gemeinden, was in den ländlichen Gemeinden passiert, da kann man nicht alles über einen Kamm scheren. I will nur ein Beispiel sagen: Ein Radweg, dass er eine Förderung bekommt, müsste mindestens drei Meter breit sein. Bei mir in meinen Berg' – das kann i in Gänserndorf machen oder in Deutsch-Wagram, da fällts nid auf. Aber i kann ned einen Radweg weiterentwickeln bei mir in den Gräben drinnen. I wär froh, wenn i eineinhalb Meter schaffen tät, … für'n Radweg. Weil ich's ned auf die Berg', auf den Hang raufbring, drei Meter. Förderungen bekommt man aber nur bei drei Metern. Und das sind solche gesetzlichen Entscheidungen, wo man sagt, da stehen wir daneben. Und das wär wieder für dieses Ökologische ein Vorteil, wenn man sagt, ja, wir würden den Radweg in den anderen Dörfern gemeinsam oben haben, aber drei Meter wird ned obtreten vorhanden sein und drei Meter wird man in die Gräben, was die Hanglage ist, wird man nicht schaffen. Und das ist ein bissl … entscheiden tut's der Nationalrat, ja, aber wir müssen zurechtkommen, wir kommen mit solchen Sachen nicht zurecht.

E: Wie würde das in deiner Idealwelt funktionieren? Also wär das, dass jede Gemeinde für sich die Gesetze festlegen kann?

M: Nein. Ich glaub, dass sie schon der Nationalrat … nur der Nationalrat muss in die Gemeinden rausgehen. Der, was für diesen Bezirk gewählt ist und der soll ned im Nationalrat für Samstags- und Sonntagsreden da sein, sondern dass sie da sind. Dass man sagt, der geht sich und stellt sich auch der Gemeinde, den Bürgermeistern, trifft sich alle vierteljährlich mit den gesamten Bürgermeistern. Ein Industrieviertel kann ich auch in Vierteln teilen, dass man sagt, man hat 15, 20 Bürgermeister und die sehen auch ihre Probleme, was kommen. Aber der muss si halt stellen. Und dieser Sache zu stellen [atmet tief aus], find ich is ned… trauen sich manche ned. Und da müssen wir aber alle in einer Gruppe sein. Das heißt, i glaub ned, dass man sagt, wir tun farbig unterscheiden, rot, schwarz, blau, grün … irgendwas. Es sollten, alle Bürgermeister sehen ihre Standpunkte, wo der Weg, wo der Schuh drück, aber ein Nationalratsabgeordneter kommt grad zu den Sonntagsreden, Feuerwehrhaushälfte hat ein Feuerwehrauto. Das ist leider das Problem. …

E: mhm. Also wir haben jetzt schon einige von den Schwierigkeiten und Hemmnissen … hervorgestrichen, das ist gut. Gibt's noch irgendwas, was du gerne erwähnen möchtest?

M: … Ich glaub, dass jeder sagen müsst, jeder Bürgermeister schaut, dass im Vordergrund steht, wirklich die Nachhaltigkeit und das Ökologisch. Und man darf … ich glaub, wenn man heute sagt, ökologisch, dass ein Bürgermeister drauf schaut, ja, heißt nicht, dass er entweder bei die Grünen dabei ist und dass er ganz links ist. Und wenn er sagt, ok, es gibt gewisse Regeln in der Gemeinde – Beispiel, bei mir waren's die Flüchtlinge. Die haben müssen bei mir Deutsch lernen. Also vom ersten Tag, wo die große Flüchtlingswelle war, war in Gutenstein haben wir 100 Flüchtlinge gehabt. Die haben alle bei müssen Deutsch lernen. Sind bei mir im Sitzungssaal gsessn und wir haben, von der Früh bis am Abend haben's Deutsch gelernt. Und die sich nicht dran halten an gewisse Regeln … Heißt ned, dass i ganz rechts bin. Da muss man sehr vorsichtig sein, man wird gleich in einen Topf reingeschmissen. Sondern man muss

auch die Gemeinde vertreten und sagen, das will i gern und das will i ned gern. Das glaub ich sollte man aufpassen, dass man nicht jeden … Man spricht mit jemand anderem, dass man den nicht sofort in eine Schublade gibt. Und man tut in der heutigen Menschheit alle schnell in die Schubladen reingeben. Und sagen, da bist drinnen. Man kommt da nicht mehr raus aus der Schublade. Das ist ein Problem.

E: Mhm. Guter Input. Ja. Ahm, i glaub i hab jetzt, wir haben alle Fragen, sind abgedeckt, beziehungsweise du hast es schon erwähnt, also vorweggenommen. Dann sag i Danke.

M: Bitte!

1 Textstelle Hemmende Faktoren	Zusammenfassung	Kodierung
21-31	Kommunikation, Organisation	1a
34-42	Kommunikation, Organisation, Grenzen des Projekts	1a + 1b
49-57	gemeinschaftliche Verantwortung, Konsumentendenken	1c
80-90	Corona, Einschränkung der sozialen Kontakte	1b
109-117	Mangelndes Verständnis	1c
120-126	Individualismus	1c
137-139	Nicht-Miteinbezug von lokaler Bevölkerung	1a
160-172	Kommunikation, fehlende Bewusstseinsbildung	1a
179-183	Ressourcen - Zeit und Arbeit	1d
204-207	Ressourcen - Zeit und Arbeit	1d
207-210	rechtliche Hürden	1b
212-228	rechtliche Hürden (politisch)	1b

Subkategorie	2 Förderliche Faktoren Textstelle	Zusammenfassung	Kodierung
innere Strukturen	Z. 5-9	soziodemografischer Hintergrund der Person	2a
Innere Strukturen + Rahmenbedingungen	44-49	Kommunikation, Organisationsstruktur	2b
gesellschaftliche Hürden	75-76	Organisation, regelmäßige Treffen	2b
Rahmenbedingungen	57-62	Kommunikation, klare Grenzsetzung	2b
gesellschaftliche Hürden	63-75	Kommunikation, Partizipation	2b
gesellschaftliche Hürden	77-80	Organisationsstruktur	2b
innere Strukturen	90-93	Organisationsstruktur	2b
innere Strukturen	94-98	Unterstützung durch Politik	2c
Ressourcen	101-107	Offenheit der Menschen	2c
Ressourcen	107-109	Offenheit gegenüber der Bevölkerung, Partizipation	2c
Rahmenbedingungen	139-42	Offenheit gegenüber der Bevölkerung, Partizipation	2c
Rahmenbedingungen	197-199	Organisationsstruktur, zentrale Koordination	2b

183-186	Vernetzung von Akteur*innen und Ebenen	2c
265-271	dynamisches Verständnis von Transformation	2d
297-300	Selbstwirksamkeit	2d
72-74	Konflikte als Lernchance begreifen	2d
295-297	hohes Bildungsniveau der Akteur*innen	2a

Subkategorie	Zusammenfas	2. Kodierung	Subkategorie	3 Verständnis von sozial-ökologischer Bodennutzung Textste
soziodemografischer Hintergrund				120-128
interne Struktur	Soziokratie	2b	interne Struktur	
interne Struktur	Zielsetzung, Agenda	2b	interne Struktur	
interne Struktur				
interne Struktur	Soziokratie	2b	interne Struktur	
interne Struktur				
interne Struktur				
Rahmenbedingungen				
Rahmenbedingungen				
Rahmenbedingungen				
Rahmenbedingungen				
interne Struktur				

Rahmenbedingungen

Selbstverständnis

	Verständnis von komplexen Wirkungszusammenhängen		
Selbstverständnis		2d	Selbstverständnis

Selbstverständnis

soziodemografischer Hintergrund

Zusammenfassung	Kodierung	Subkategorie	4 Verständnis von sozial-ökologischer Transformation Textstelle	Zusammenfassung
sozialer Zusammenhalt, leben auf geteiltem Boden	3a	Commoning	117-120	Bestehendes integrieren
			126-137	Soziales Miteinander, Wechselwirkungen verstehen
			190-197	Vernetzung in der Region
			199-203	Regionale Wirtschaft
			232-251	Dynamischer Prozess
			254-266	Dynamischer Prozess
			266-275	Verbundenheit mit Natur und miteinander
			276-308	regionales Wirtschaften (Kritik: können sich das alle leisten?
			169-175	Partizipation, Mitbestimmung
			237-239	soziale Vernetzung
			239-243	Vergleich mit Unternehmen

Kodierung	Subkategorie	2. Subkat. Zsf	2. Kodierung	Subkategorie
4a	Kommunalität	regionale Netzwerke	4a	Kommunalität
4b	Sozialität			
4a	Kommunalität			
4c	Regionale Wirtschaft			
4d	Flexibilität	Vergleich mit Ökosystem	4g	Vergleich mit Ökosystem
4d	Flexibilität	Vergleich mit Ökosystem	4g	Vergleich mit Ökosystem
4e	Dependenz	Handlungsspielraum und die	4b+4f	Sozialität + Demokratisierung
4e+4d+4c	Dependenz + Flexibilität + Regionale Wirtschaft	einzelner im großen	4b+4f	Sozialität + Demokratisierung
4f	Demokratisierung			
4b	Sozialität			
4c	Regionale Wirtschaft			

5 Narrativ von Ländlichkeit Textstelle	Zusammenfas	Kodierung	Subkategorie	6 Partizipation Textstelle
310-328				
	Naturverbundenheit	5a	Ländliches Idyll/Naturverbundenheit	94-97
	Sicherheit	5b	Sehnsuchtsort/Sicherheit	145-156
	Gemeinschaft, sozialer Zusammenha	5c	Sozialer Aspekt	160-172
	Reduktion	5d	Rückständigkeit	184-186
	Gegensatz zu Stadt	5f	dichotomes Verständnis	

Zusammenfassung	Kodierung	Subkategorie	7 Trends Textstelle
Lokalpolitik und Zivilgesellschaft	6a	offen	293-308
geschlossene Struktur (nur Genossenschaftsmitglieder bestimmen); kleinmaschige Struktur mit Hierarchie	6b	geschlossen	284-293
Herausforderung bei Partizipation: Mangelndes Wissen/Verständnis über Strukturen und Zusammenhänge des Projekts. Kommunikation ist wichtig.	6c	Herausforderungen	275-284
verschiedene Ebenen und Akteur*innen	6a	offen	

Zusammenfassung	Kodierung	Subkategorie
Das eigene Wirken im großen Ganzen spüren und verstehen	7a	Sozialität
Orientierung an Tradition, Rückbesinnung	7b	Rückbesinnung, Systemdenken
Orientierung an Tradition, Natur	7b	Rückbesinnung, Systemdenken
Postwachstum, Deglobalisierung	7d	Suffizienz
Das eigene Wirken im großen Ganzen spüren und verstehen	7a	Sozialität
Mitspracherecht für alle Beteiligten	7c	Demokratisierung
Verantwortung der* Einzelnen	7a	Sozialität
Naturverbundenheit	7e	Naturverbundenheit

1 Textstelle Hemmende Faktoren	1a Subkategorie Zsfg.	Kodierung
25-33	Akzeptanz, Kommunikation	1c
44-48	finanzielle Grenzen	1d
91-98	Strukturen zu klein	1a
117-20	finanzielle Grenzen, Dilemma zwischen Wachstum und Ökologie	1d + 1c
127-129	politische Abhängigkeit	1b
149-152	rechtliche Hürden	1b
153-155	Ansehen in der Politik	1b
178-184	Verantwortung, Politik, Macht	1b
184-196	zentralistische Politik	1b
203-206	politische Abhängigkeit	1b
220-224	Parteipolitik, Schubladendenken	1b

Subkategorie	2 Förderliche Faktoren Textstelle	2a Zusammenfassung	Kodierung
gesellschaftliche Hürden	z. 9-12	soziodemografischer Hintergrund	2a
Ressourcen	40-54	Überzeugung	2d
innere Strukturen	61-67	Überzeugung	2d
Ressourcen + gesellschaftliche Hürden	83-85	Organisationsstruktur, genossenschaftliche Lösung	2b
Rahmenbedingungen	13-15	Parteiunabhängigkeit	2c
Rahmenbedingungen	70-73	Kooperation von Politik und Zivilgesellschaft	2c
Rahmenbedingungen	88-90	Organisationsstruktur, genossenschaftliche Lösung	2b
Rahmenbedingungen	112-115	Offenheit	2d
Rahmenbedingungen	123-126	aktive Politik	2d
Rahmenbedingungen	126-129	Überzeugung	2d
Rahmenbedingungen	152-155	Überzeugung	2d
	213-219	Überzeugung	2d
	132-138	postives Narrativ über Projekt	2c

Subkategorie	2b Zusammenfassung	Kodierung	Subkategorie
soziodemografischer Hintergrund			
Selbstverständnis	Kommunikation, Vernetzung	2b	interne Struktur
Selbstverständnis			
interne Struktur			
Rahmenbedingungen			
Rahmenbedingungen			
interne Struktur			
Selbstverständnis			
Selbstverständnis	soziales Netzwerk	2c	Rahmenbedingung
Selbstverständnis			
Selbstverständnis			
Selbstverständnis			
Rahmenbedingungen	Akzeptanz: Projekt wird als Teil der Gemeinde gesehen.	2c	Rahmenbedingung

3 Verständnis von sozial-ökologischer Bodennutzung Textstelle	Zusammenfassung	Kodierung	Subkategorie	2. Kat. Zusammenfassung
43-45	Leerstandsnutzung	3b	konkrete Beispiele	
117-129	Baustopp	3b	konkrete Beispiele	Stabilisieren statt Wachsen
146-155	Postwachstum	3c	Suffizienz	Rückwidmung
158-159	Baustopp	3b	konkrete Beispiele	
159-166	Verkehrswende	3b	konkrete Beispiele	Rückbesinnung auf früher
183-196	Verkehrswende	3b	konkrete Beispiele	

en

en

Kodierung	Subkategorie	4 Verständnis von sozial-ökologischer Transformation Textstelle
		123-125
3c	Suffizienz	51-53
3b	konkrete Beispiele	53-58
		100-106
3d	"Rückbesinnung"	110-112
		109-110
		96-98
		122-123
		141-146
		212-215
		35-37

Zusammenfassung	Kodierung	Subkategorie	2. Subkat. Zsfg.
soziale Netzwerke	4b	Sozialität	
Nachhaltigkeit	4g	Vergleich mit Ökosystem	
Rückbesinnung	4a	Kommunalität	
soziale Netzwerke	4b	Sozialität	Multifunktionalität
soziale Netzwerke	4b	Sozialität	
neue Technologien	4h	neue Technologien	
langsam wachsender Prozess	4d	Flexibilität	
Postwachstum	4i	Suffizienz	
Rückbesinnung	4a	Kommunalität	
Parteiunabhängigkeit	4j	politische Rahmenbedingungen	Universalität
Demokratisch: Einstellung zu Widerstand, man kann es nicht allen recht machen	4j	politische Rahmenbedingungen	

2. Kodierung	Subkategorie	5 Narrativ von Ländlichkeit Textstelle	Zusammenfassung	Kodierung	Subkategorie
		170-176	Dependenz	5e	Dependenz
		176-178	Geborgenheit	5b	Sehnsuchtsort/Sicherheit
		178-179	Land ist rückständig	5d	Rückständigkeit
4i	Suffizienz				
4k	Universalität				

2. Subkat. Zsfg.	2. Kodierung	Subkategorie	6 Partizipation Textstelle
Stadt und Land als Gegensätze	5f	dichotomes Verständnis	70-73
			76-83
			112-115
			137-138

Zusammenfassung	Kodierung	Subkategorie	7 Trends Textstelle	Zusammenfassung	Kodierung
Zivile Akteur*innen und Lokalpolitik	6a	offen	179-186	Politik nahe am Menschen	7c
Lokale Wirtschaftsbetriebe	6a	offen	40-53	Politik gestaltet	7c + 7a
Kooperation aus Vereinen, Lokalpolitik, Zivilgesellschaft	6a	offen	13-14	Politik parteiunabhängig	7c
Zivilgesellschaft akzeptiert Projekt	6a	offen	91-96	dynamischer Lernprozess	7f
			123-129	Politik aus Überzeugung	7g
			152-155	Politik aus Überzeugung	7g
			199-205	Politik nahe am Menschen	7c

Subkategorie
Demokratisierung
Demokratisierung + Sozialität
Demokratisierung
dynamischer Lernprozess
Politik aus Überzeugung
Politik aus Überzeugung
Demokratisierung